

Sachsen-Anhalt-Monitor

2020



30 Jahre Bundesland Sachsen-Anhalt

30 Jahre Deutsche Einheit

Everhard Holtmann • Tobias Jaeck • Kerstin Völkl

Zentrum für Sozialforschung Halle e.V.
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Institut für Politikwissenschaft
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Eine Studie im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:

wahlberechtigte Bevölkerung in Sachsen-Anhalt ab 18 Jahren

Stichprobe:

repräsentative Zufallsauswahl

Erhebungsverfahren:

Computergestützte Telefoninterviews (CATI),
Computergestützte Onlineinterviews (CAWI)

Fallzahl: $N_{\text{Gesamt}} = 1.142$

Fehlertoleranz:

Prozent in der Stichprobe	Toleranz ohne Korrekturfaktor (optimistisch)	Toleranz mit Korrekturfaktor (konservativ)
5% bzw. 95%	+/- 1,3	+/- 1,8
10% bzw. 90%	+/- 1,7	+/- 2,5
20% bzw. 80%	+/- 2,3	+/- 3,3
30% bzw. 70%	+/- 2,7	+/- 3,8
40% bzw. 60%	+/- 2,8	+/- 4,0
50%	+/- 2,9	+/- 4,1

Erhebungszeitraum: 27.8. bis 24.9. 2020 (Pretest 17.8. -19.8. 2020)

Institut: Conoscope - GmbH

<http://www.conoscope.de/>

Anmerkung zur Grammatik und Orthographie: Zugunsten einer besseren Lesbarkeit und Barrierefreiheit wird im Folgenden auf die Unterscheidung des Genus verzichtet und ausschließlich das Maskulinum verwendet, in dem das feminine Geschlecht – sofern nicht ausdrücklich erwähnt – jedoch immer mitgedacht und -gemeint ist.

Inhaltsverzeichnis

UNTERSUCHUNGSANLAGE	2
INHALTSVERZEICHNIS	3
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	5
TABELLENVERZEICHNIS	8
KURZFASSUNG WICHTIGER ERGEBNISSE	10
1 EINLEITUNG	30
2 VERBUNDENHEIT	33
3 LANDESIDENTITÄT – 30 JAHRE BUNDESLAND SACHSEN-ANHALT	41
3.1 BLEIBEWUNSCH UND UMZUGSABSICHT	42
3.2 SACHSEN-ANHALT – EIN VON DER BEVÖLKERUNG GEZEICHNETES PORTRÄT DES LANDES	44
3.3 EINSCHÄTZUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE UND KÜNFTIGEN ENTWICKLUNG	46
4 30 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT – EINE BILANZ	54
4.1 DIE DEUTSCHE EINHEIT – GEWINN ODER VERLUST?.....	54
4.2 DOPPELTER TRANSFORMATIONSSCHOCK?.....	56
4.3 DREI DIMENSIONEN EINES DDR-BILDES.....	61
4.3.1 DETERMINANTEN DER DIMENSION – SOZIALISMUS ALS STAATS- UND WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSORDNUNG	66
4.3.2 DETERMINANTEN DER DIMENSION – LEBENSWELTEN IN DER DDR – „ES WAR NICHT ALLES SCHLECHT“	69
4.3.3 DETERMINANTEN DER DIMENSION – VERURTEILUNG DES SOZIALISMUS IN DER DDR.....	72
5 VERTRAUEN	76
5.1 VERTRAUEN IN MITMENSCHEN	76
5.2 VERTRAUEN IN POLITISCHE INSTITUTIONEN	79
6 POLITISCHE INVOLVIERUNG UND POLITISCHE RESPONSIVITÄT	85
6.1 EINBINDUNG DER BÜRGER IN DIE POLITIK.....	85
6.2 BEURTEILUNG DER OFFENHEIT DES POLITISCHEN SYSTEMS	90
7 EINSTELLUNGEN ZUR DEMOKRATIE	93

7.1	DIE DREI DIMENSIONEN DES VERSTÄNDNISSES VON DEMOKRATIE.....	93
7.2	DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS UND INSTITUTIONELLE GARANTIE.....	99
7.3	4 TYPEN DER EINSTELLUNG ZUR DEMOKRATIE.....	103
8	GERECHTIGKEITSEMPFINDEN.....	106
9	FREIHEIT-GLEICHHEIT-SICHERHEIT.....	112
10	PROBLEMPRIORITÄT UND LÖSUNGSKOMPETENZ.....	117
10.1	WICHTIGSTE PROBLEME IN SACHSEN-ANHALT.....	117
10.2	DEN PARTEIEN ZUGESCHRIEBENE LÖSUNGSKOMPETENZ.....	119
11	EINSTELLUNGEN ZUM FORMAT EINER MINDERHEITSREGIERUNG UND ZU DEREN BEVORZUGTER ZUSAMMENSETZUNG.....	122
11.1	BILDUNG EINER MINDERHEITSREGIERUNG? – BEFÜRWORDUNG UND ABLEHNUNG.....	122
11.2	BEVORZUGTE ZUSAMMENSETZUNG.....	123
12	EINSTELLUNGSKOMPLEX POLITISCHER EXTREMISMUS.....	125
12.1	BEGRIFFSKLÄRUNG.....	125
12.2	„REGIEHINWEISE“ UND METHODISCHES VORGEHEN.....	126
12.3	DIE MESSUNG EXTREMISTISCHER EINSTELLUNGEN.....	127
12.4	DETERMINANTEN EINES SYSTEMKRITISCHEN EXTREMISMUS.....	133
12.5	EXTREMISTISCHES TÄTERFELD IN SACHSEN-ANHALT.....	136
12.6	GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT.....	139
	12.6.1 VERTEILUNG DES GMF-SYNDROMS IN SACHSEN-ANHALT.....	142
	12.6.2 DETERMINANTEN VON GRUPPENBEZOGENER MENSCHENFEINDLICHKEIT.....	144
12.7	ANTISEMITISMUS.....	150
	12.7.1 ANTISEMITISCHE EINSTELLUNGEN IM LAND.....	155
	12.7.2 DETERMINANTEN VON ANTISEMITISMUS.....	156
13	FRAGEBOGEN SACHSEN-ANHALT MONITOR 2020.....	159
	AUTORENVERZEICHNIS.....	169

Abbildungsverzeichnis

ABB. 1	VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RÄUMLICHEN EINHEITEN.....	34
ABB. 2	VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RÄUMLICHEN EINHEITEN IM ZEITVERLAUF, 2007 – 2020.....	35
ABB. 3	VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RAUMEINHEITEN NACH WOHNDAUER IN SACHSEN-ANHALT	37
ABB. 4	VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RAUMEINHEITEN NACH BEURTEILUNG DER ZUKUNFT VON SACHSEN-ANHALT.....	39
ABB. 5	GRÜNDE, DIE FÜR SACHSEN-ANHALT SPRECHEN.....	43
ABB. 6	GRÜNDE FÜR WEGZUG AUS SACHSEN-ANHALT.....	44
ABB. 7	EIGENSCHAFTEN VON SACHSEN-ANHALT.....	46
ABB. 8	WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND LEBENSZUFRIEDENHEIT IN GEGENWART UND ZUKUNFT	48
ABB. 9	WIRTSCHAFTLICHE LAGE IN SACHSEN-ANHALT UND LEBENSZUFRIEDENHEIT IM ZEITVERLAUF, 2007 – 2020.....	49
ABB. 10	EINSCHÄTZUNG WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND LEBENSZUFRIEDENHEIT IN GEGENWART UND ZUKUNFT NACH VERBUNDENHEIT MIT SACHSEN-ANHALT.....	50
ABB. 11	EINSCHÄTZUNG WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND LEBENSZUFRIEDENHEIT IN GEGENWART UND ZUKUNFT NACH INSTITUTIONENVERTRAUEN.....	51
ABB. 12	EINSCHÄTZUNG WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND LEBENSZUFRIEDENHEIT IN GEGENWART UND ZUKUNFT NACH BEURTEILUNG DES PERSÖNLICH GERECHTEN ANTEILS.....	51
ABB. 13	EINSCHÄTZUNG EIGENE WIRTSCHAFTLICHE LAGE, LEBENSZUFRIEDENHEIT UND PERSÖNLICHE ZUKUNFT NACH ERWERBSTÄTIGKEIT UND FINANZIELLER SITUATION.....	53
ABB. 14	VORTEILE VS. NACHTEILE DER WIEDERVEREINIGUNG	55
ABB. 15	BETROFFENHEIT VON TRANSFORMATIONSSCHOCK.....	57
ABB. 16	PERSÖNLICHE BETROFFENHEIT VON TRANSFORMATIONSSCHOCK NACH VERSCHIEDENEN KRITERIEN.....	59
ABB. 17	PERSÖNLICHE BETROFFENHEIT VON TRANSFORMATIONSSCHOCK NACH REGIONEN UND ORTSGRÖßEN.....	60
ABB. 18	SOZIALISMUS ALS STAATS-, WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSFORM NACH UNTERSCHIEDLICHEN EINSTELLUNGEN	67
ABB. 19	SOZIALISMUS ALS STAATS-, WIRTSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSFORM NACH SOZIÖKONOMISCHEN KRITERIEN UND EINSTELLUNGEN.....	68

ABB. 20	LEBENSWELTEN IN DER DDR („ES WAR NICHT ALLES SCHLECHT...“) NACH UNTERSCHIEDLICHEN EINSTELLUNGEN	70
ABB. 21	LEBENSWELTEN IN DER DDR (ES WAR NICHT ALLES SCHLECHT...) NACH SOZIÖKONOMISCHEN KRITERIEN UND EINSTELLUNGEN.....	71
ABB. 22	VERURTEILUNG DES SOZIALISMUS IN DER DDR NACH UNTERSCHIEDLICHEN EINSTELLUNGEN.....	73
ABB. 23	VERURTEILUNG DES SOZIALISMUS IN DER DDR NACH SOZIÖKONOMISCHEN KRITERIEN UND EINSTELLUNGEN.....	74
ABB. 24	ZWISCHENMENSCHLICHES VERTRAUEN.....	77
ABB. 25	ZWISCHENMENSCHLICHES VERTRAUEN NACH VERSCHIEDENEN ERKLÄRUNGSFAKTOREN	78
ABB. 26	VERTRAUEN IN VERSCHIEDENE INSTITUTIONEN.....	80
ABB. 27	VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN IM ZEITVERLAUF, 2007 – 2020.....	82
ABB. 28	INSTITUTIONENVERTRAUEN NACH RESPONSIVITÄT, DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT UND GERECHTIGKEITSBEURTEILUNG.....	83
ABB. 29	INSTITUTIONENVERTRAUEN NACH EINSCHÄTZUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE UND DER PERSÖNLICHEN ZUKUNFT IN SACHSEN-ANHALT UND PARTEIPRÄFERENZ	84
ABB. 30	ZUSAMMENHANG ZWISCHEN POLITIKINTERESSE, POLITISCHER DISKUSSIONSHÄUFIGKEIT UND POLITISCHEM KOMPETENZGEFÜHL	86
ABB. 31	POLITISCHES INTERESSE, POLITISCHE DISKUSSIONSHÄUFIGKEIT UND POLITISCHE KOMPETENZ	87
ABB. 32	ENTWICKLUNG DER POLITISCHEN INVOLVIERUNG UND RESPONSIVITÄT IM ZEITVERLAUF, 2007 – 2020.....	88
ABB. 33	POLITISCHE INVOLVIERUNG NACH VERSCHIEDENEN ERKLÄRUNGSFAKTOREN	89
ABB. 34	RESPONSIVITÄTSGEFÜHL.....	90
ABB. 35	RESPONSIVITÄTSGEFÜHL NACH VERSCHIEDENEN ERKLÄRUNGSFAKTOREN	92
ABB. 36	DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS UND INSTITUTIONELLE GARANTIEN.....	100
ABB. 37	DEMOKRATIETYPEN IN SACHSEN-ANHALT 2018 UND 2020.....	104
ABB. 38	GERECHTIGKEITSEMPFINDEN BEZOGEN AUF DEUTSCHLAND.....	107
ABB. 39	FREIHEIT VERSUS GLEICHHEIT IM ZEITVERLAUF SEIT 2007	114
ABB. 40	FREIHEIT VERSUS SICHERHEIT IM ZEITVERLAUF SEIT 2007.....	115
ABB. 41	DAS WICHTIGSTE POLITISCHE PROBLEM IN SACHSEN-ANHALT.....	118

ABB. 42	ZUSCHREIBUNG LÖSUNGSKOMPETENZ DER PARTEIEN FÜR DAS WICHTIGSTE POLITISCHE PROBLEM IN SACHSEN-ANHALT.....	120
ABB. 43	LINKS-RECHTS-SELBSTEINSTUFUNG.....	128
ABB. 44	GEWALT ALS INSTRUMENT DER KONFLIKTLÖSUNG.....	129
ABB. 45	EXTREMISMUS-MODELL DES VERFASSUNGSSCHUTZES.....	130
ABB. 46	SYSTEMKRITISCHE UND SYSTEMFEINDLICHE EINSTELLUNGEN	132
ABB. 47	SKALA SYSTEMKRITISCHER EXTREMISMUS NACH POLITISCHEN EINSTELLUNGEN.....	134
ABB. 48	SKALA SYSTEMKRITISCHER EXTREMISMUS NACH SOZIALSTRUKTURELLEN EINSTELLUNGEN/KRITERIEN	135
ABB. 49	POLITISCH MOTIVIERTE STRAFTATEN (LINKS UND RECHTS) IM ZEITVERLAUF SEIT 2010	137
ABB. 50	POLITISCH MOTIVIERTE GEWALTTATEN UND STRAFTATEN IM ZEITVERLAUF SEIT 2010	138
ABB. 51	DIMENSIONEN DER GRUPPENBEZOGENEN MENSCHENFEINDLICHKEIT IM SAM 2020.....	140
ABB. 52	SKALA GMF-SYNDROM NACH POLITISCHEN EINSTELLUNGEN.....	147
ABB. 53	SKALA GMF-SYNDROM NACH SOZIALSTRUKTURELLEN EINSTELLUNGEN/KRITERIEN	149
ABB. 54	SKALA ANTISEMITISMUS NACH POLITISCHEN EINSTELLUNGEN	157
ABB. 55	SKALA ANTISEMITISMUS NACH SOZIALSTRUKTURELLEN EINSTELLUNGEN/KRITERIEN	158

Tabellenverzeichnis

TAB. 1	VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RAUMEINHEITEN NACH ALTER.....	36
TAB. 2	VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RAUMEINHEITEN NACH BILDUNG UND FINANZIELLER SITUATION.....	38
TAB. 3	VERBUNDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN RAUMEINHEITEN NACH PARTEIPRÄFERENZ	40
TAB. 4	EINSCHÄTZUNG WIRTSCHAFTLICHE LAGE, LEBENSZUFRIEDENHEIT UND ZUKUNFT NACH PARTEIPRÄFERENZ	52
TAB. 5	VORTEILE VS. NACHTEILE DER WIEDERVEREINIGUNG NACH ALTER UND SCHULABSCHLUSS	55
TAB. 6	VORTEILE VS. NACHTEILE DER WIEDERVEREINIGUNG NACH PARTEISYMPATHIE.....	56
TAB. 7	EINSTELLUNGEN ZUR DDR NACH ALTER UND BILDUNG, IM ZEITVERLAUF SEIT 2007	64
TAB. 8	DEMOKRATIE ALS BESTE STAATSIDEE.....	94
TAB. 9	DAS DEMOKRATISCHE VERFASSUNGSSYSTEM DER BUNDESREPUBLIK.....	95
TAB. 10	ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND, NACH ALTERSGRUPPEN UND BILDUNG.....	96
TAB. 11	ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND, NACH ERWERBSSTATUS UND EINKOMMEN.....	97
TAB. 12	ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND NACH ZUFRIEDENHEIT MIT LEBENSITUATION UND EINSCHÄTZUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE.....	97
TAB. 13	ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND NACH PARTEIPRÄFERENZ	98
TAB. 14	ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND NACH LINKS-RECHTS-SELBSTEINSTUFUNG.....	99
TAB. 15	EINE TYPOLOGIE DEMOKRATISCHER ORIENTIERUNGEN	103
TAB. 16	GERECHTIGKEITSEMPFINDEN BEZOGEN AUF DEUTSCHLAND NACH GESCHLECHT UND PARTEIPRÄFERENZ	107
TAB. 17	GERECHTIGKEITSEMPFINDEN BEZOGEN AUF DEUTSCHLAND NACH ALTER UND SCHULABSCHLUSS.....	108
TAB. 18	GERECHTIGKEITSEMPFINDEN BEZOGEN AUF DEUTSCHLAND NACH TÄTIGKEIT	108
TAB. 19	GERECHTIGKEITSEMPFINDEN BEZOGEN AUF DEUTSCHLAND NACH LEBENSZUFRIEDENHEIT, EIGENER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE UND DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT	109
TAB. 20	ERHALT VON GERECHTEM ANTEIL NACH LEBENSZUFRIEDENHEIT UND DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT	110

TAB. 21	ERHALT VON GERECHTEM ANTEIL NACH ALTER UND STELLUNG IM BERUF	110
TAB. 22	ERHALT VON GERECHTEM ANTEIL NACH SCHULABSCHLUSS UND EINKOMMEN.....	111
TAB. 23	FREIHEIT VERSUS GLEICHHEIT UND FREIHEIT VERSUS SICHERHEIT NACH ALTER UND PARTEIPRÄFERENZ.....	116
TAB. 24	DIE ZWEI WICHTIGSTEN PROBLEME IN SACHSEN-ANHALT, NACH ALTER, STELLUNG IM BERUF, EINKOMMEN UND PARTEIPRÄFERENZ.....	119
TAB. 25	DIE DEN PARTEIEN ZUGEWIESENE LÖSUNGSKOMPETENZ FÜR DIE 10 MEISTGENANNTEN „WICHTIGSTEN PROBLEME“	121
TAB. 26	PRO UND KONTRA MINDERHEITSREGIERUNG, NACH PARTEISYMPATHIEN	123
TAB. 27	BEVORZUGTE ZUSAMMENSETZUNG EINER MINDERHEITSREGIERUNG NACH PARTEISYMPATHIEN	124
TAB. 28	POTENTIAL RECHTSEXTREMISTISCHER PERSONEN IN SACHSEN-ANHALT.....	139
TAB. 29	POTENTIAL LINKSEXTREMISTISCHER PERSONEN IN SACHSEN-ANHALT	139
TAB. 30	GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT IN SACHSEN-ANHALT	142
TAB. 31	ANTISEMITISMUS IN SACHSEN-ANHALT	155

Kurzfassung wichtiger Ergebnisse

Verbundenheit mit dem Land

1. Im Vergleich zur letzten Monitorumfrage (2018) ist die Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts zu sämtlichen Raumeinheiten (Wohnort, Sachsen-Anhalt, Ostdeutschland, Gesamtdeutschland, Europa) geringfügig zurückgegangen.
2. Aktuell fühlen sich 35 Prozent der Befragten sehr stark und weitere 46 Prozent ziemlich stark mit Sachsen-Anhalt verbunden.
3. Die stärkste Verbundenheit wird dem Wohnort entgegengebracht, dicht gefolgt von der Bindung an Ostdeutschland. Hingegen fällt der persönliche Bezug zu Gesamtdeutschland und insbesondere zu Europa geringer aus als zu Sachsen-Anhalt. An dieser Rangfolge hat sich verglichen mit 2014 und 2018 nichts geändert.
4. Differenziert nach dem Alter der Befragten, zeigen sich klare Generationeneffekte. Jüngere Sachsen-Anhalter (18- bis 29-Jährige) fühlen sich generell weniger mit verschiedenen räumlichen Einheiten verbunden als Ältere. Eine Besonderheit der 18- bis 29-Jährigen ist außerdem, dass sie sich im Vergleich mit den anderen Altersgruppen am zweitstärksten mit Gesamtdeutschland und am geringsten mit Ostdeutschland verbunden fühlen.
5. Erwartungsgemäß hat die Wohndauer in Sachsen-Anhalt auf die kleineren räumlichen Einheiten, zu denen eine größere geographische Nähe besteht, einen identitätsstiftenden Einfluss. Das Gefühl der Verbundenheit zum Wohnort, zum Land und zu Ostdeutschland steigt mit zunehmender Wohndauer in Sachsen-Anhalt.
6. Auch die individuelle materielle und immaterielle Ressourcenausstattung beeinflusst das Verbundenheitsgefühl der Befragten deutlich. Allgemein gilt: Je besser die eigene finanzielle Situation eingeschätzt wird und je höher das Bildungsniveau der Befragten ist, desto höher fällt die Verbundenheit mit verschiedenen Gebieten aus.
7. Wie positiv die Zukunft Sachsen-Anhalts gesehen wird, ist ein weiterer Faktor, der das Verbundenheitsgefühl mit verschiedenen Raumeinheiten stärkt. Wer die künftige Lage des Landes optimistisch bewertet, identifiziert sich vergleichsweise stärker mit verschiedenen territorialen Einheiten – insbesondere mit Sachsen-Anhalt.

Identifikation mit dem Land

8. Lediglich ein Fünftel der Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts kann sich vorstellen, in einem anderen deutschen Bundesland zu leben. Für vier Fünftel der Befragten stellt der Umzug in ein anderes Bundesland dagegen keine Option dar. Dabei gilt, dass mit zunehmendem Alter und längerer Wohndauer in Sachsen-Anhalt die Umzugsbereitschaft abnimmt. Umgekehrt ist zu beobachten: Je negativer ein Befragter seine persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt beurteilt, desto eher kann er sich vorstellen, in einem anderen Bundesland zu leben.
9. Der mit Abstand wichtigste Grund, warum die Befragten gerne in Sachsen-Anhalt leben, ist ihren eigenen Aussagen zufolge die Verbundenheit mit diesem Bundesland, der Umstand, dass es sich um ihren Geburtsort handelt, bzw. dass sie Sachsen-Anhalt als Heimat ansehen.
10. Die beiden Hauptgründe, die von den „Umzugswilligen“ angegeben werden, sind die attraktivere Landschaft und Natur sowie die Hoffnung auf bessere wirtschaftliche Verhältnisse in einem anderen Bundesland.

Persönliche Bilanz der deutschen Einheit

11. Im Monitor 2009 wurde anlässlich der 20. Wiederkehr des Datums des Systemumbruchs von 1989/90, folgende „Frage zur deutschen Einheit“ gestellt: „Würden Sie sagen, dass für Ostdeutschland alles in allem eher die Vorteile oder die Nachteile überwiegen?“ – Seinerzeit überwogen für 53 Prozent der Landesbevölkerung die Vorteile der Einigung, für etwa jeden dritten Befragten die Nachteile (35 %). 10 Prozent mochten sich nicht eindeutig entscheiden.
12. Genau elf Jahre später und 30 Jahre nach Überwindung der deutschen Teilung, hat sich die positive Bewertung der Einigung gefestigt. Gegenwärtig sehen 65 Prozent mehr Vorteile und nur knapp 23 Prozent überwiegend Nachteile. Unentschieden in ihrem Urteil sind ca. 12 Prozent. Die positiven und negativen Einschätzungen liegen in etwa auf dem Niveau von für Ostdeutschland in vergleichbaren Umfragen gemessenen Werten.
13. Mehrheitlich einheitsfreundlich ist die Grundeinschätzung gegenwärtig unter den Anhängern aller Landesparteien. Allerdings wird dabei ein Gefälle erkennbar: Während zwischen gut 70 und über 80 Prozent derer, die mit CDU, SPD, Grünen oder FDP sympathisieren, der deutschen Einheit ein überwiegend gutes Zeugnis ausstellen, tun dies unter Anhängern von AfD und Linkspartei nur jeweils wenig mehr als 50 Prozent.

14. Die Frage stellt sich, ob der in der Literatur so umschriebene „doppelte Transformationsschock“, der zunächst in den frühen 1990er Jahren und sodann in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 wirksam wurde, heute noch nachweisbar ist und das politische Bewusstsein prägt. Im Sachsen-Anhalt-Monitor 2020 wird die Schockthese mit der Frage überprüft, ob Befragte persönlich oder ob Menschen in ihrem näheren Umfeld von den ökonomischen Herausforderungen nach 1990 betroffen waren.
15. Nach den aktuellen Daten verneint ein reichliches Viertel der Bevölkerung (ca. 27 Prozent) eine derartige Betroffenheit. Etwa gleich viele (rund 25 Prozent) kennen Betroffene im Freundes- und Bekanntenkreis. Deutlich mehr Befragte sind es, die angeben, in eigener Person und/oder in ihrer Familie bzw. Verwandtschaft nachteilige finanzielle bzw. berufliche Folgen erfahren zu haben. Als selbst betroffen bezeichnen sich insgesamt 42 Prozent, darunter vorwiegend 50- bis 65-Jährige. Rund 45 Prozent, hier häufiger in den Altersgruppen von 18 bis 49 Jahren, begegnen Betroffenen in ihrem familiären bzw. verwandtschaftlichen Umfeld.
16. Persönlich Betroffene sind in allen Einkommensgruppen etwa gleich vertreten. Unter betroffenen Familienangehörigen, Verwandten, Freunden und Bekannten finden sich deutlich häufiger Personen mit (vormals) höherem Einkommen und höherem Bildungsgrad. Das deutet auf nach 1990 erlebte berufliche und soziale Abstiege von Angehörigen der technischen Intelligenz und der staatlichen Dienstklasse der DDR hin. Das in der eigenen Erinnerung gespeicherte Krisenerlebnis beeinflusst auch die aktuelle Nähe zu einer politischen Partei. Unter Anhängern der AfD und der Linkspartei sind persönlich Betroffene häufiger vertreten, gar nicht Betroffene hingegen seltener.
17. Nach Generationen aufgeschlüsselt zeigt sich: Die erste und die zweite Generation Ost, also die heute über 68-Jährigen sowie 46- bis 67-Jährigen, sehen sich überdurchschnittlich betroffen, nämlich zu knapp 50 bzw. 58 Prozent. In der Nachwende-Generation (unter 35 Jahren) bestätigen nur zu rund 11 Prozent eine persönliche Betroffenheit; das weist auf ein von älteren an jüngere Generationen vermitteltes Erleben von Familienangehörigen oder Verwandten hin.
18. Unter vom Transformationsschock persönlich Betroffenen sind Personen, die mit der deutschen Einheit eher Nachteile verbinden (ca. 51 Prozent), sowie „systemkritische Demokraten“ (Erläuterung dieses Typus unten) mit ca. 56 Prozent überdurchschnittlich häufig vertreten. Auch wird in dieser Bevölkerungsgruppe die seitherige Entwicklung der Demokratie im Land mehrheitlich (zu rund 47 Prozent) kritisch eingeschätzt. Ökonomische und soziale Verlust- und Abstiegs Erfahrungen, die während der beiden Transformationskrisen gemacht worden sind, bewirken demnach häufig eine anhaltend kritische bzw. skeptische Grundhaltung gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik.

19. Jedoch ginge die Annahme fehl, vom doppelten Transformationsschock Betroffene seien im wiedervereinigten Deutschland ausnahmslos „nicht angekommen“. Denn annähernd 40 Prozent derer, die persönliche Betroffenheit bezeugen, ziehen eine vorteilhafte Bilanz der Einheit und bescheinigen der Demokratie hierzulande eine positive Entwicklung. Persönliche Betroffenheit durch den Systemumbruch 1990 und die Folgekrise von 2008/2009 zementiert also nicht unabänderlich und für alle Zeit den Status eines gefühlten Einheitsverlierers.
20. Für die überwiegende Mehrheit der Sachsen-Anhalter war die DDR eine Diktatur. Diese grundsätzlich negative Bewertung hat sich in den vergangenen Jahren kaum verändert. Als „Unrechtsstaat“ mögen die DDR indessen, wie ähnlich schon in den Jahren zuvor, gegenwärtig nur etwa zwei von fünf Befragten bezeichnen.
21. Kontinuierlich seit dem Beginn der Erhebungen des Sachsen-Anhalt-Monitors von 2007 bis heute sind die Befragten ganz überwiegend, aktuell zu 70 Prozent, der Meinung, dass es sich „in der DDR privat alles in allem ganz gut leben“ ließ. Diese Einschätzung liefert eine Erklärung für das vor allem bei in der DDR aufgewachsenen Befragten häufige Widerstreben, die eigene Biografie als Teil eines Unrechtsstaates anzusehen. Damit verbindet sich die Überzeugung, dass man zu DDR-Zeiten zwischen dem durch Bevormundung, Repression und Konformitätsdruck geprägten politischen Dasein und einem selbstbestimmtem privaten Leben trennen konnte und dies auch im Rückblick trennen müsse. Hierzu passt auch die Bejahung der Aussage „Es war nicht alles schlecht in der DDR“. Diese Einschätzung erhält innerhalb des DDR-Fragenkomplexes seit 2007 die höchsten Zustimmungswerte. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung stimmen 80 Prozent dieser Aussage eher bzw. voll zu.
22. Gerade die älteren Generationen haben ihr in der DDR zugebrachtes privates Leben, unbeschadet des nicht bestrittenen Diktaturcharakters dieses Systems, mit rund 88 Prozent in positiver Erinnerung. Diese Einschätzung ist umso fester verankert, je mehr Zeit ihres Lebens Befragte in der DDR verbracht haben.
23. Dieselbe Einschätzung wird zudem dadurch geprägt, welche persönlichen Erfahrungen im geeinten Deutschland gemacht worden sind. So werden die vermeintlich guten Seiten der DDR besonders dann betont, wenn die Perspektive auf das politische und eigene Leben der letzten 30 Jahre eher negativ ausfällt (Ebenda). Persönliche Betroffenheit durch negative Transformationserfahrungen in den 1990iger Jahren verstärkt dieses Bild nochmals deutlich.

24. Die grundsätzliche Zustimmung zum Sozialismus als Systemmodell ist innerhalb der letzten sechs Jahre etwas gestiegen. Doch nach wie vor sieht nur eine kleine Minderheit, aktuell mit 13 Prozent etwas mehr als jeder Zehnte, in der Rückkehr zu sozialistischer Ordnung eine politische Option für das Land. In der Nachwendegeneration teilt jeder fünfte Befragte diese Meinung. Dass der Sozialismus „im Grunde eine gute Idee ist“, welche in der Vergangenheit in der Praxis nur unzulänglich umgesetzt wurde, glaubt die Mehrheit (57 Prozent) der Befragten.
25. Eine Rolle spielen bei dieser Einschätzung auch bestimmte sozioökonomische Einflussfaktoren. Empfundene Ungerechtigkeit, ein geringes Haushaltseinkommen, die Bedrohung durch Armut und ein niedriger Bildungsabschluss tragen dazu bei, dass der Sozialismus als alternative Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung überdurchschnittlich positiv eingeschätzt wird.
26. In der Zusammenfassung aller drei Dimensionen des DDR-Bildes bestätigt sich aktuell das bereits 2012 und 2014 herauskristallisierte Grundmuster: Je nach Alter, Lebenszufriedenheit, Demokratieakzeptanz und Parteipräferenz sowie abgeschwächt in Teilen auch nach sozioökonomischen Kriterien, fällt die Sicht des abstrakten Sozialismusmodells „hinter“ der DDR und des vormals real existierenden Sozialismus der DDR mit den dort gegebenen Lebensumständen unterschiedlich aus. Menschen, die mit ihren heutigen Lebensverhältnissen und mit den Leistungen der Demokratie insgesamt wie in den letzten Jahren zufrieden sind, gehen häufiger auf Distanz zum sozialistischen Systemmodell. Sie verweisen weniger auf die vorgeblich guten Seiten der DDR und heben die repressiven Regime-merkmale nachdrücklicher hervor. In der jüngeren Generation findet die sozialistische Systemalternative, entsprechend einer hier teilweise existierenden kapitalismuskritischen Grundhaltung, moderat häufiger Zuspruch.

Wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit im Land

27. Die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Land hat sich seit 2014 kaum verändert. Jeder zweite Befragte sieht teils positive und teils negative Momente. Ein knappes Drittel (31 Prozent) stuft die ökonomischen Gegebenheiten als sehr gut oder gut ein. 17 Prozent meinen, es sei schlecht oder sehr schlecht um die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt bestellt.
28. Auch bezüglich der Wirtschaftskraft des Wohnorts halten sich bessere und schlechtere Werte im Schnitt weitgehend die Waage. Allerdings erscheint das Meinungsbild hier stärker polarisiert. Während jeweils ein gutes Drittel die lokale Wirtschaftskraft als mittelmäßig oder (sehr) gut einstuft, beurteilt sie ein Fünftel als (sehr) schlecht.
29. Etwas zuversichtlicher fällt das Urteil aus, wenn nach der Zukunft von Sachsen-Anhalt gefragt wird. Immerhin die Hälfte der Sachsen-Anhalter glaubt, dass das Land einer positiven Entwicklung entgegengeht.

30. Die eigene wirtschaftliche Situation wird im Vergleich zur allgemeinen ökonomischen Lage im Land und am Wohnort abermals deutlich zuversichtlicher von der Bevölkerung Sachsen-Anhalts bewertet. 62 Prozent bezeichnen ihre derzeitige persönliche Wirtschaftslage als gut oder sehr gut. Verglichen mit 2018 sind dies allerdings 14 Prozentpunkte weniger. 11 Prozent der Befragten sind aktuell mit der eigenen wirtschaftlichen Lage unzufrieden.
31. Die Lebenszufriedenheit wird 2020 etwas besser eingeschätzt als die eigene wirtschaftliche Lage. Allerdings ist im Vergleich zu 2018 auch hier ein leichter Rückgang in der Zufriedenheit zu verzeichnen. Derzeit sind 18 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sehr zufrieden mit ihrer Lebenssituation. Weitere 47 Prozent geben an, eher zufrieden zu sein (insgesamt ein Minus von 5 Prozentpunkten im Vergleich zu 2018). Lediglich 8 Prozent der Befragten äußern sich unzufrieden über ihre Lebenslage.
32. Auch die Beurteilung der persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt bestätigt, dass diese Perspektive für die eigene Person positiver ausfällt als für das Land, wenn auch auf etwas niedrigerem Niveau als 2018. 62 Prozent (minus 8 Prozentpunkte) der Landesbewohner sehen ihre persönliche Zukunft im Land zuversichtlich. Nur 8 Prozent sehen sie (sehr) negativ.
33. Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und der Zukunft des Landes und der eigenen Person hängt vor allem mit der Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt und dem Wohnort, dem Institutionenvertrauen und Gerechtigkeitsvorstellungen zusammen. Dabei gilt: Je stärker die Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt und dem Wohnort ausgeprägt ist, je größer das Vertrauen in die Institutionen des politischen Systems ist und je stärker jemand überzeugt ist, persönlich einen gerechten Anteil zu erhalten, desto positiver wird die gesamtgesellschaftliche und eigene Wirtschaftslage und Zukunft eingeschätzt.

Vertrauen

34. Das zwischenmenschliche Vertrauen ist unter den Bürgern Sachsen-Anhalts im Mittel geringfügig negativ ausgeprägt. Fast jeder Zweite stimmt der Aussage zu, „Man kann nicht vorsichtig genug sein“. 40 Prozent der Sachsen-Anhalter sind dagegen überzeugt, dass man den meisten Menschen vorbehaltlos trauen kann.
35. Generell besteht zwischen personalem Vertrauen in Mitmenschen und generalisiertem Vertrauen in politische Institutionen ein enger Zusammenhang. Das heißt: Wer den Mitmenschen vertraut, vertraut auch eher politischen Institutionen – und umgekehrt.

36. Beim politischen Institutionenvertrauen wird die allgemein bekannte Vertrauenshierarchie abermals erkennbar: Den rechtsstaatlichen Institutionen wie Polizei, Bundesverfassungsgericht und Verwaltung wird mehr Vertrauen entgegengebracht als den parteienstaatlichen Institutionen wie Bundes- und Landesregierung, Parteien und Politikern.
37. Im Zeitverlauf fällt der deutliche Vertrauenszuwachs unter den Sachsen-Anhaltern in die Landesregierung auf, welche die beste Bewertung seit Durchführung des Sachsen-Anhalt-Monitors 2007 erhält.
38. Bemerkenswert ist, dass die Bevölkerung ganz klar zwischen dem Vertrauen in politische Parteien allgemein und dem Vertrauen, in die jeweils präferierte Partei differenziert. Während die Einstellung gegenüber Parteien allgemein negativ ausfällt, wird der persönlich bevorzugten Partei das zweitstärkste Vertrauen – nach der Polizei – entgegengebracht.
39. Die politische Involvierung, also die Selbsteinschaltung in Politik, fällt je nach Indikator unterschiedlich aus. Insgesamt ist knapp die Hälfte der Sachsen-Anhalter stark oder sehr stark an Politik interessiert (minus 9 Prozentpunkte verglichen mit 2018). Jeder Zweite diskutiert, eigenen Angaben zufolge, täglich oder mehrmals die Woche mit Familienmitgliedern, Freunden oder Arbeitskollegen über Politik (minus 5 Prozentpunkte). Politisch kompetent fühlen sich 35 Prozent der Befragten (minus 3 Prozentpunkte).
40. Im Zeitverlauf betrachtet ist das Interesse an Politik erstmals seit 2007 zurückgegangen. Ebenso ist die politische Diskussionsfreudigkeit im Vergleich zu 2018 etwas geringer ausgeprägt, während die Selbstzuschreibung politischer Kompetenz im Mittel stabil geblieben ist.
41. Verglichen mit der politischen Involvierung wird die Offenheit des politischen Systems (Responsivität) deutlich negativer beurteilt. Lediglich 8 Prozent der Bevölkerung des Landes sind der Ansicht, dass sich die politische Positionselite responsiv gegenüber den Wünschen der Bürger verhält. 51 Prozent der Befragten vertreten die Meinung, dass die politischen Entscheidungsträger die Anliegen der Bevölkerung weitgehend ignorieren.
42. Dieses kritische Urteil der Bürger hat sich in den letzten zwei Jahren etwas verbessert, nachdem es 2018 den negativsten Wert seit 2009 erreicht hatte.

Einstellung zur Demokratie

43. „Verglichen mit anderen Staatsideen, bin ich für Demokratie“ – dieser Aussage stimmen 2020 „entschieden“ rund 50 Prozent und „eher“ weitere gut 43 Prozent der Sachsen-Anhalter zu - mithin fast alle Befragten, wie bereits 2018. Am anti-demokratischen Gegenpol hat sich die Zahl derer, die der Demokratie eindeutig bzw. eher ablehnend gegenüberstehen, um 3 auf 5 Prozentpunkte, sowie der entschiedenen Systemgegner von 1 auf 3 Prozentpunkte zwar nur mäßig erhöht. Jedoch ist das entschiedene Bekenntnis zur Idee der Demokratie innerhalb der letzten zwei Jahre um 11 Prozent zurückgegangen. Geistige Gegner der Demokratie sind mit 18 Prozent aktuell überdurchschnittlich oft in der jüngeren Altersgruppe unter 30 Jahren vertreten.
44. Die Bewertung des demokratischen politischen Systems in Deutschland, „so wie es in der Verfassung festgelegt ist“, fällt stets kritischer aus als die ideelle Identifikation mit der Demokratie, so auch in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts. Über 70 Prozent sind mit der demokratischen Verfassungsordnung der Bundesrepublik „sehr“ (13 Prozent) bzw. „eher“ (59 Prozent) zufrieden. Demgegenüber äußern sich 22 Prozent „eher“ und 6 Prozent „sehr unzufrieden“. Verglichen mit dem Jahr 2018 ist die Zufriedenheit mit dem politischen System Deutschlands um 15 Prozentpunkte insgesamt gestiegen.
45. Wie schon bei früheren Auflagen des Sachsen-Anhalt-Monitors (SAM) und regelmäßig auch bei anderen Umfragen, fällt im Vergleich mit den beiden eben beschriebenen Demokratie-Dimensionen die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie Deutschlands geringer aus. Der Anstieg dieses Zufriedenheitswerts ist jedoch deutlich: Insgesamt 62 Prozent der Befragten äußern sich sehr zufrieden (8 Prozent/ +5 Prozentpunkte gegenüber 2018) oder eher zufrieden (54 Prozent/ +16). Sehr oder eher unzufrieden mit der Leistungsfähigkeit der Demokratie zeigen sich 39 Prozent (-11). Aufgrund der gewachsenen Zustimmung schließt Sachsen-Anhalt zu dem Niveau der Demokratiezufriedenheit auf, das gegenwärtig für Gesamtdeutschland gemessen wird.
46. Die in den unteren Einkommens- und Bildungsschichten vormals gemessene überdurchschnittliche Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie hat sich gegenwärtig deutlich abgeschwächt. In nahezu allen Alters- und Bildungsgruppen sind zweistellige Zuwachsraten zu verzeichnen.

47. Bei der Demokratiezufriedenheit nach Parteipräferenz bildet sich der gegenwärtig in die Richtung größerer Zufriedenheit weisende Gesamttrend ebenfalls ab. Zufriedenheit bekundet eine große Mehrheit der Anhänger von SPD, Grünen, CDU und FDP. Mit Abstand folgen Parteigänger der Linkspartei, aber auch diese äußern sich mehrheitlich zufrieden. Unzufriedenheit überwiegt aktuell bei Anhängern der AfD und bei erklärten Nichtwählern. Doch auch hier ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie gegenüber 2018 gewachsen (AfD-Anhänger: + 8 Prozentpunkte; Nichtwähler: + 28 Prozentpunkte).
48. In den vorangegangenen Jahren hat eine übergroße Mehrheit der Bevölkerung des Landes das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und auf Demonstration, das grundsätzliche Recht jeder demokratischen Partei auf Regierungsteilhabe sowie die unentbehrliche Existenz einer Opposition bejaht. Das ist auch im Jahr 2020 so, allerdings mit Abstrichen. Die Akzeptanz der vier demokratischen Grundregeln ist zurückgegangen. Man kann darin ein Indiz für die in den letzten Jahren vertiefte politische Spaltung der Gesellschaft sehen. Das heißt: In dem Maße, wie sich die politische Auseinandersetzung zunehmend nach Feindbildern sortiert, verringert sich tendenziell die Bereitschaft, die demokratischen Grundtugenden (partei)politischer Toleranz dem politischen Gegner einschränkungslos zuzubilligen.
49. Die vier genannten demokratischen Elementarrechte werden, wie schon vor zwei Jahren, auch gegenwärtig weitgehend unabhängig von Alter, Bildungsgrad, Stellung im Beruf und sozialem Status eingefordert. Allerdings mit einer für die Zukunftsfähigkeit der Demokratie bedenklichen Abweichung: Bei näherer Betrachtung zeigt sich nämlich bei einem Teil der jüngsten Altersgruppe ein autoritäres bzw. antidemokratisches Denkmuster. 18- bis 29-Jährige sprechen sich überdurchschnittlich häufiger aus gegen das uneingeschränkte Demonstrationsrecht (gegenwärtig annähernd 7 Prozent), die Meinungsfreiheit Andersdenkender (ca. 7 Prozent) das Erfordernis einer politischen Opposition (9 Prozent) sowie die Regierungsfähigkeit einer jeden demokratischen Partei (17 Prozent). Dieser Befund korrespondiert mit der geringer ausgeprägten ideellen Anerkennung des Modells der Demokratie in derselben Altersklasse.
50. Im gewaltsamen politischen Konfliktaustrag sehen insgesamt rund 78 Prozent der befragten Sachsen-Anhalter eine inakzeptable Grenzverletzung. Nur eine kleine Minderheit von knapp 8 Prozent bekundet dafür Sympathie. Gegenüber 2018 hat sich diese Zahl allerdings verdoppelt. Und auch dabei zeigt sich die jüngere Generation anfälliger: Unter Personen bis 29 Jahren, häufiger solchen mit einfachem Schulabschluss, sind diejenigen, die Gewaltbereitschaft nicht ausschließen, mit 17 Prozent deutlich mehr vertreten als in allen anderen Altersgruppen.

51. Repräsentative oder direkte Demokratie: Der Frage, ob wichtige Fragen „nicht von Parlamenten, sondern in Volksabstimmungen entschieden werden“ sollten, stimmen aktuell knapp zwei Drittel der Befragten „eher“ (24 Prozent) oder „voll und ganz“ (38 Prozent) zu. Das sind insgesamt fünf Prozentpunkte weniger als vor zwei Jahren. Wie bereits 2018 fällt die Zustimmung bei Älteren (ab 40 Jahren) größer aus. Mit steigendem Einkommen und höherer Bildung wächst die Plebiszitskepsis. Im Parteienspektrum befürworten AfD-Anhänger überproportional häufig (rund 83 Prozent), Parteigänger der Grünen hingegen unterdurchschnittlich häufig (ca. 49 Prozent) eine Ausweitung der volksunmittelbaren Demokratie.
52. Verglichen mit den Vorjahren ist bei der Verteilung der Zustimmungsraten für die oben dargestellten drei Dimensionen von Demokratie – Idee, bestehendes System, Performanz desselben – ein Wandel erkennbar. Das ideelle Bekenntnis zur Demokratie hat an Intensität eingebüßt. Demgegenüber ist die Zustimmung zur Verfassungsordnung der Bundesrepublik und mehr noch die Zufriedenheit mit deren Funktionieren stark gewachsen. Letztere Zahl basiert jedoch auf situativen Einschätzungen der Systemleistungen und ist entsprechend fluide. Ein gleichgewichtiger Ausgleich für das, wie oben dargelegt, tendenziell rückläufige entschiedene Eintreten für die Idee der Demokratie ist höhere Demokratiezufriedenheit daher nicht.
53. Seit dem Jahr 2015 werden im Sachsen-Anhalt-Monitor auf der Basis der erhobenen Daten 4 Typen der Einstellung zur Demokratie modelliert. Als „Antidemokraten“ werden dabei Personen bezeichnet, die sich gegenüber allen drei Dimensionen der Demokratie ablehnend bzw. unzufrieden äußern. Zu diesem Typus können in Sachsen-Anhalt aktuell fünf Prozent gerechnet werden, drei Prozentpunkte mehr als 2018. Als „systemkritische Demokraten“ gelten jene, welche zwar die Idee der Demokratie prinzipiell gutheißen, aber sowohl mit ihrer in Deutschland existierenden Form als auch ihrer konkreten Leistungsfähigkeit hadern. Diesem Typus lassen sich aktuell 20 Prozent zurechnen, 15 Prozentpunkte weniger als 2018. Der „politikkritische“ Typus schließt jene Befragten ein, die lediglich mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind. Hier ging die Zahl von 36 Prozent 2018 auf aktuell 15 Prozent zurück. Als „zufriedene Demokraten“ firmieren Personen, die alle drei Dimensionen positiv bewerten. Das waren vor zwei Jahren 36 Prozent und das sind jetzt 60 Prozent.

54. Binnen zwei Jahren sind hier folglich erhebliche Verschiebungen eingetreten. Die 'kritische Mitte', also die system- bzw. politikkritischen Demokraten, ist um fast die Hälfte kleiner geworden. Andererseits hat sich die - nach wie vor sehr schmale - Minderheit der Antidemokraten von zwei auf nunmehr fünf Prozent mehr als verdoppelt. Enormen Zuwachs verzeichnet die Gruppe der zufriedenen Demokraten. Diese umfasst mit aktuell 60 Prozent die große Mehrheit der befragten Sachsen-Anhalter. Rechnet man die politikkritischen Demokraten hinzu, so ist, ausweislich dieser Typologie, die Demokratie als ein arbeitendes System in der Masse der Bevölkerung des Landes breit verankert.
55. Einschränkend anzumerken ist hier jedoch, dass diese verbreiterte Akzeptanz der Demokratie vor allem der gegenwärtig hohen Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie geschuldet ist. Diese Einschätzung unterliegt indes tagespolitischen Schwankungen. Der zahlenmäßig große Aufwuchs „zufriedener Demokraten“ ist insofern nur bedingt ein Gradmesser für gefestigte Demokratie im Land. Dass, wie oben dargestellt, eine Tendenz erkennbar ist, der zufolge bei Teilen der Bevölkerung, insbesondere der jungen Generation, das entschiedene Bekenntnis zur Idee der Demokratie aufweicht, gehört mit zur Beschreibung des gegenwärtigen Zustands der Demokratie. Wenn geistige Abkehr vom Demokratieprinzip an Boden gewinnt, rührt dies an den legitimatorischen Kern unserer Verfassungsordnung. Aufgrund der erkennbaren Anzeichen einer beginnenden Kernschmelze des ideellen demokratischen Fundaments ist die wehrhafte Demokratie in besonderem Maße gefordert.

Gerechtigkeitsempfinden

56. Aktuell meinen annähernd 56 Prozent, dass es in Deutschland alles in allem gerecht (ca. 54 Prozent) bzw. sehr gerecht (ca. 2 Prozent) zugehe. Rund 44 Prozent sind gegenteiliger Ansicht. Damit liegt Sachsen-Anhalt in etwa auf der Höhe des bundesweiten Trends. Gegenüber 2018 fällt das überwiegend positive Urteil 2020 nochmals deutlicher aus.
57. Aufgeschlüsselt nach Parteipräferenzen zeigt sich 2020, ähnlich wie schon zwei Jahre zuvor, eine tripolare Verteilung: Während Anhänger von CDU, SPD und Bündnisgrünen vergleichsweise positiv urteilen und in der Bewertung dicht beieinander liegen, bilden mit der AfD Sympathisierende und Nichtwähler eine Kontrastgruppe, die am meisten Gerechtigkeitsdefizite sieht. Zwischen diesen beiden Polen positionieren sich auf gleicher Höhe Anhänger der Linkspartei und der FDP. Parteigänger der Grünen (+8 Prozentpunkte) und mehr noch der AfD (+11 Prozentpunkte) sehen ein höheres Gerechtigkeitsdefizit als noch vor zwei Jahren.

58. Erkennbar sind Generationenunterschiede: In der jüngsten Altersgruppe (18 bis 29 Jahre) werden aktuell die meisten kritischen Stimmen artikuliert, während in der ältesten Generation (ab 66 Jahren) die Verhältnisse am häufigsten als eher/sehr gerecht angesehen werden. Im Vergleich zu 2018 sind die Veränderungen in beiden Alterskohorten erheblich. Die auffallend pessimistische Einschätzung unter jüngeren Erwachsenen ist möglicherweise bedingt durch aktuelle Alltagserfahrungen: Es sind vor allem Angehörige dieser Generation, darunter in die Phase der Ausbildung eintretende Personen und junge Familien, welche die pandemiebedingten Einschränkungen ihrer Lebenschancen und ihrer Lebensgestaltung als bedrückend empfinden.
59. Zwischen dem Gerechtigkeitsempfinden, der Lebenszufriedenheit und der Demokratiezufriedenheit treten auch 2020 die bekannt deutlichen Zusammenhänge zutage: Wer mit seinem Leben, mit der eigenen wirtschaftlichen Situation und mit der Demokratie zufriedener ist, bewertet auch das Ausmaß an Gerechtigkeit in Deutschland wohlwollender, und umgekehrt.
60. Regional, d.h. bezogen auf Stadt- und Landkreise, weist das Gerechtigkeitsempfinden auch gegenwärtig ein Gefälle aus. In einigen Kreisen liegt die Anzahl der Befragten, welche die Verhältnisse allgemein als „ungerecht“ ansehen, erkennbar über dem Landesdurchschnitt (44 Prozent), so im Saalekreis (fast 58 Prozent), in der Stadt Halle (ca. 50 Prozent) und im Landkreis Stendal (rund 50 Prozent). In Mansfeld-Südharz (ca. 14 Prozent), im Jerichower Land (ca. 14 Prozent) sowie im Salzlandkreis (ca. 12 Prozent) leben überproportional viele Befragte, welche die Verhältnisse als „sehr ungerecht“ bewerten.
61. Erstmals wieder seit 2012 ist die Zahl der Sachsen-Anhalter, die bestätigen, persönlich einen gerechten Anteil zu erhalten, zurückgegangen. Aktuell sagen annähernd 54 Prozent der Befragten, rund 10 Prozentpunkte weniger als 2018, persönlich widerfahre ihnen Gerechtigkeit (ca. 49 Prozent) oder sogar ein Übermaß davon (rund 5 Prozent). Einen Mangel an persönlicher Gerechtigkeit beklagen rund 47 Prozent, rund 10 Prozentpunkte mehr als vor zwei Jahren. Dabei liegen die Anteile derer, die glauben, „etwas weniger“ (knapp 38 Prozent) bzw. „sehr viel weniger“ (rund 9 Prozent) als gerecht wäre zu erhalten, höher als 2018. Umgekehrt hat sich die Anzahl derer, die sich *mehr als gerecht* behandelt wähnen (ca. 5 Prozent) seither halbiert.
62. Insbesondere bei den jüngeren Altersgruppen hat sich die Bewertung der persönlichen Habenseite deutlich von „gerecht“ nach „ungerecht“ verschoben. Die für die Veränderungen im allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden angebotene situationsbezogene Erklärung lässt sich folglich auch auf die aktuell als weniger gerecht wahrgenommene persönliche Lebenslage übertragen. Hier werden, bedingt durch „Corona“, bisher als angemessen erachtete Lebensbedingungen und Lebensausichten offenbar als unsicher erfahren.

63. Im Zwei-Jahres-Vergleich treten Verlusterfahrungen an persönlicher Gerechtigkeit bei mittleren und höheren Bildungsschichten häufiger auf. Aufgeschlüsselt nach Parteipräferenzen, sehen sich AfD-Anhänger (ca. 76 Prozent) und Nichtwähler (57 Prozent) am meisten benachteiligt; mit einigem Abstand dahinter folgen Parteigänger der Linkspartei (48 Prozent), von Bündnis90/Die Grünen (ca. 46 Prozent) und FDP (42 Prozent). Demgegenüber sehen sich Anhänger der CDU (ca. 71 Prozent) wie der SPD (68 Prozent) überdurchschnittlich häufig gerecht bzw. mehr als gerecht bedacht.
64. Der bis vor zwei Jahren erkennbare Langzeittrend zu einer „gefühlter gerechter nivellierten Mehrheitsgesellschaft“ – so unsere Aussage im Monitor 2018 – ist einstweilen gestoppt. Dass das bekundete Gerechtigkeitsdefizit nun häufiger auf die individuelle Lebenslage bezogen und nicht in gleichem Maße den allgemein in Deutschland herrschenden Zuständen angelastet wird, spricht für eine situative, konkret pandemiebedingte Erklärung dieses Sachverhalts.

Freiheit-Gleichheit-Sicherheit

65. Ein Wandel ist auch für die hypothetische Präferenzentscheidung „Freiheit versus Gleichheit“ und „Freiheit versus Sicherheit“ festzustellen. Im Vergleich zu den vorangegangenen Erhebungen von 2007, 2009, 2012, 2014 und 2018 bleibt zwar die Rangfolge der Wertorientierungen der Sachsen-Anhalter gleich, aber die Abstände bei der Priorisierung von Freiheit/Gleichheit und Freiheit/Sicherheit haben sich verändert. Gaben vor zwei Jahren noch annähernd drei Viertel aller Befragten der Freiheit gegenüber der Gleichheit den Vorzug, so ist dieser Wert 2020 erstmals seit dem ersten Erscheinen des Sachsen-Anhalt-Monitors 2007 auf ca. 68 Prozent leicht zurückgegangen.
66. Wie schon in der Vergangenheit kehrt sich das Verhältnis um, wenn eine Präferenzentscheidung zwischen „Freiheit“ und „Sicherheit“ getroffen werden soll. Hier ziehen gegenwärtig gut 67 Prozent der Sachsen-Anhalter die Sicherheitskarte, gegenüber 2018 ist das ein Rückgang um mehr als sieben Prozentpunkte. Ursächlich für diese Verschiebung könnte sein, dass angesichts der in Zeiten der Pandemie eingeschränkten persönlichen Bewegungsspielräume der Leitwert „Freiheit“ aktuell größere Bedeutung gewinnt. Doch auch unter Berücksichtigung der mutmaßlich pandemiebedingt rückläufigen Tendenz bleibt das Sicherheitsbedürfnis der Sachsen-Anhalter, wie stets seit Beginn unserer Messungen, auf einem hohen Niveau.

67. Aufgeschlüsselt nach sozialen Merkmalen, sind es relativ häufig Bezieher niedriger Einkommen und Hauptschulabsolventen, die sich vorrangig für „Gleichheit“ entscheiden. Eine ausgeprägte Vorliebe für „Freiheit“ hegen auch diesmal Befragte, die in der Ausbildung sind, sowie Besserverdienende. Sobald „Sicherheit“ hypothetisch ins Spiel kommt, ändert sich das Einstellungsbild nicht unerheblich: Nun sind es insbesondere Ruheständler, Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen sowie Inhaber niedriger und mittlerer Schulabschlüsse, die lieber auf der ‚sicheren Seite‘ sein wollen.

Wichtigste Probleme in Sachsen-Anhalt und Lösungskompetenz

68. Was sind die drängenden Probleme des Landes? –Wir haben die Befragten mittels einer offenen Frage auch diesmal gebeten, die ihrer Meinung nach beiden wichtigsten Probleme zu benennen. Im Ergebnis zeigt sich eine klare Problemhierarchie: 16 Prozent setzen die Corona-Pandemie und deren wirtschaftliche Folgen auf Platz 1 der Dringlichkeitsskala. Rund 15 Prozent nennen das Thema Ausländer/ Zuwanderung/ Flüchtlinge. Mit deutlichem Abstand folgen die Problembereiche Arbeit (ca. 9 Prozent), Wirtschaft (gut 8 Prozent) und soziale Gerechtigkeit (rund 8 Prozent). Nennenswerte Erwähnung erfahren noch die Themen Rechtspopulismus/ Nationalismus (ca. 7 Prozent), Schule/ Bildung (gut 6 Prozent), Umweltschutz/ Klimawandel (annähernd 6 Prozent) und fehlende Responsivität der Politik (ca. 5 Prozent).
69. Vor allem die berufsaktiven Jahrgänge zwischen 25 und 60 Jahren sehen die Pandemie und die Zuwanderung als größte Herausforderungen an. Einkommen, Bildung und berufliche Stellung sind hingegen für die Priorisierung von Problemen nachrangig. Nach Parteipräferenz wird die Dringlichkeit unterschiedlich eingestuft. Für Anhänger der Grünen haben die vom Gros der Bevölkerung gelisteten Probleme vergleichsweise geringe Bedeutung. Parteigänger von AfD und FDP stufen die Zuwanderungsfrage mit 39 bzw. 30 Prozent überproportional häufig als vorrangig ein.
70. Der CDU wird die allgemein größte, d.h. sämtliche von Befragten genannte Probleme bündelnde Lösungskompetenz zugeschrieben, mit geringem Abstand gefolgt von einer – wie immer zusammengesetzten - Koalitionsregierung aus mehreren Parteien. „Keiner Partei“ trauen 16 Prozent die Fähigkeit zu, das erstrangige Problem zu lösen. Alle anderen dem Landtag derzeit angehörenden Parteien kommen auf deutlich geringere Werte bezüglich ihrer allgemeinen Problemlösungskompetenz.

71. Die themenspezifische Lösungskompetenz einzelner Parteien für die nach der Pandemie vorrangig genannten Probleme stellt sich aus Sicht der Sachsen-Anhalter so dar: Der CDU wird für die fünf am häufigsten genannten „wichtigsten“ klassischen Sachfragen – Zuwanderung, Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Soziales - klar die größte Lösungskompetenz zugeschrieben. Die AfD kommt auf relativ viele Nennungen im von ihr selbst vorzugsweise besetzten Politikfeld Zuwanderung/Flüchtlinge. SPD und Linke schreiben ihre traditionelle Kernkompetenz in der Sozialpolitik fort. Für alle fünf Problemlagen mögen zwischen 30 und 40 Prozent der Befragten „keiner Partei“ Lösungsfähigkeit zubilligen. Wie schon vor zwei Jahren, sind generelle Zweifel an der Lösungskompetenz *aller* Parteien mithin weit verbreitet.

Einstellungen zu einer Minderheitsregierung

72. Insgesamt knapp 58 Prozent der Sachsen-Anhalter würden eine Minderheitsregierung grundsätzlich tolerieren. Ablehnend äußern sich knapp 43 Prozent. Unterschiede zwischen den Altersgruppen sind schwach ausgeprägt; lediglich unter Mittvierzigern sind Befürworter über- und ablehnende Stimmen unterdurchschnittlich vertreten (ca. 64 gegenüber ca. 36 Prozent). Frauen favorisieren häufiger ein Minderheitskabinett als Männer (ca. 61 gegenüber ca. 54 Prozent). Die Stellung im Erwerbsleben sorgt nicht für unterschiedliche Einschätzungen, ebenso wenig wie das regionale oder örtliche Umfeld. Der Faktor Bildung hat einen schwachen Effekt: Befragte mit höherem Schulabschluss befürworteten eine Minderheitsregierung häufiger.
73. Ganz überwiegend würde der ein Minderheitskabinett grundsätzlich mittragende Teil der Parteigänger aller sechs Landesparteien zu allererst den Gang der eigenen Partei in ein Minderheitsbündnis unterstützen (mit 78 Prozent noch am wenigsten Anhänger der CDU). Auf der Präferenzliste der CDU-Anhänger folgen die SPD und die FDP, dahinter der zweite derzeitige Koalitionspartner Bündnis90/Die Grünen sowie die Linkspartei. Für die AfD als Bündnisgenossen sprechen sich weniger als ein Prozent der mit der CDU sympathisierenden Befürworter eines Minderheitskabinetts aus.

74. Für dieses Format aufgeschlossene Anhänger der Linkspartei können sich teilweise auch ein Zusammengehen mit der Union vorstellen, geben aber einem Minderheitsbündnis mit SPD bzw. den Grünen den Vorzug. SPD-Anhänger präferieren die derzeitigen Koalitionsparteien CDU und Grüne, eine Allianz mit der Linkspartei ist für weniger Anhänger vorstellbar. Anhänger der Grünen bevorzugen die SPD und sprechen sich zu fast gleichen Teilen außerdem für die Linkspartei und den derzeitigen Koalitionspartner CDU aus. Unter AfD-Anhängern findet nur ein Zusammengehen mit der CDU und/oder der FDP nennenswerte Unterstützung. Diese Angaben stehen sämtlich unter dem Vorbehalt geringer Fallzahlen.
75. Festzuhalten ist: In dem für eine Minderheitsregierung grundsätzlich aufgeschlossenen Teil der Anhängerschaft der CDU findet die AfD als eventueller Partner eines solchen Formats verschwindend geringe Unterstützung. Die Option Rot-Rot-Grün wird zwar von Parteigängern der Linkspartei favorisiert, deutlich weniger aber trifft dies für Sympathisanten der SPD und der Bündnisgrünen zu; hier würde jeweils ein Teil der Anhängerschaft auch ein Zusammengehen mit der CDU bevorzugen.

Systemkritischer Extremismus

76. Selbsteinordnung auf der Links-Rechts-Skala: Auf dieser elfstufigen Skala positionieren sich die Sachsen-Anhalter, wie die meisten Deutschen, politisch vornehmlich in der Mitte (45 Prozent). Wie im Jahr 2018 ist gegenwärtig der Mitte-Links-Bereich mit ca. 34 Prozent stärker besetzt als das Mitte-Rechts-Feld mit 13 Prozent. Letzteres hat gegenüber 2018 um 6 Prozent zugenommen.
77. Bei der Selbstverortung auf dem Links-Rechts-Kontinuum ist ein starker linear ansteigender Zusammenhang zwischen einer gemäßigt linken und einer rechten Verortung mit Staatsablehnung nachweisbar. Jedoch ist hier links außen nicht gleich rechts außen. Wer sich auf dem Kontinuum äußerst links einordnet, erweist sich in etwa so systemtragend bzw. systemkritisch wie der Durchschnitt des Landes, während Personen mit äußerst rechter Anschauung deutlich stärker und grundsätzlich systemkritisch aufgestellt sind.
78. Aufgeschlüsselt nach der Parteipräferenz, wird erkennbar, dass allein die AfD eine Anhängerschaft aufweist, welche sich rechts der Mitte positioniert. Alle anderen Parteianhänger, eingeschlossen jene der CDU, der FDP und der Nichtwähler, verorten sich auf einer gemäßigt linken Mitte-Position. Dabei ordnen sich Anhänger der Linken am deutlichsten und solche der Grünen und auch der SPD sichtbar im linken Spektrum ein.

79. Gewalt als Mittel zur Lösung politischer Konflikte wird nach wie vor nur von einer Minderheit (8 Prozent) in Erwägung gezogen. Aber war 2018 die ablehnende Haltung in der Landesbevölkerung noch nahezu geschlossen, so ist die entschiedene Ablehnung mittlerweile deutlich zurückgegangen (minus ca. 15 Prozentpunkte). Dafür ist der Anteil der bei dieser Frage Unentschiedenen um 10 Prozentpunkte gestiegen.
80. Systemkritische bzw. systemfeindliche Einstellungen werden nur von einem sehr geringen Anteil der Bevölkerung mitgetragen. Gerade einmal 2 Prozent lehnen die Idee der Demokratie grundsätzlich ab. Jeweils etwa 5 bzw. 6 Prozent plädieren entschieden für eine Revolution anstelle weiterer Reformen und für eine Abschaffung des Staates als Instrument der Unterdrückung. Vier Prozent würden eine Diktatur in Zeiten der Not befürworten. Diese Zustimmungsmargen haben sich in den letzten zwei Jahren kaum verändert. Wie die auch hier beobachtbare Zunahme der Selbstplatzierung in der teils/teils-Kategorie anzeigt, wurde im Vergleich zu 2018 die entschieden ablehnende Haltung gegenüber systemkritischen bzw. systemfeindlichen Einstellungen aufgeweicht.
81. Systemkritischer Extremismus wird insbesondere durch ein soziales Deprivationsgefühl, also ein hohes Ungerechtigkeitsempfinden und das Gefühl, zu kurz zu kommen, verstärkt. Dabei ist der Effekt dieser Einflussfaktoren deutlich stärker als derjenige des Haushaltseinkommens. Das heißt, die tatsächliche monetäre Ausstattung trägt weniger zur Affinität für Extremismus bei als subjektiv wahrgenommene allgemeine und persönliche Ungerechtigkeit.
82. Wie schon 2018 wird auch aktuell erkennbar, dass der auf der Einstellungsebene gewonnene Befund einer höheren Gewaltbereitschaft und eines stärker systemkritischen Extremismus im rechten politischen Spektrum sich auf personeller Ebene in der größeren Zahl bekennender Rechtsextremisten sowie auf der Handlungsebene in höherer rechtsextremistisch motivierter politischer Delinquenz widerspiegelt. Dementsprechend spiegeln sich die Befunde der Einstellungsebene, d.h. einer höheren Gewaltbereitschaft und eines stärkeren systemkritischen Extremismus, im rechten politischen Spektrum auch in den Daten der Handlungsebene wider.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)

83. Gegenüber homosexuellen Mitmenschen sind die Sachsen-Anhalter toleranter als der Bundesdurchschnitt. Bei asylkritischen und fremdenfeindlichen Einstellungen fallen die Anteile im Land hingegen teilweise deutlich höher als im bundesweiten Mittel aus.

84. Auffallend ist wie schon 2018, und aktuell noch deutlicher als vor zwei Jahren, dass die einzelnen diskriminierenden Dimensionen, aus denen sich da GMF-Syndrom zusammensetzt, in Sachsen-Anhalt wesentlich weniger entschieden als bundesweit abgelehnt werden. Hier finden sich mittlerweile Unterschiede von bis zu 30 Prozentpunkten zu bundesweiten Vergleichswerten, und das ausnahmslos bei allen Facetten des GMF-Syndroms. Besonders deutlich ist die Diskrepanz bei Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit sowie Einstellungen zu Geflüchteten und sogenannten Etabliertenvorrechten.
85. Wie auch beim Extremismus haben sich die Anteile derer verkleinert, die eine klar ablehnende Haltung vertreten. Für die politisch- wie sozialkulturelle Widerstandsfähigkeit der regionalen Zivilgesellschaft gegenüber Intoleranz und konkreten Ausprägungen des Syndroms gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist die verstärkte Neigung, sich nicht festzulegen und stattdessen eine „neutrale“ Position einzunehmen, eine ernsthafte Herausforderung.
86. Bei Überprüfung der Faktoren, welche gruppenbezogene Menschlichkeit beeinflussen, zeigt sich eine klar unterschiedliche Zuordnung: Wer sich ausweislich unserer Daten vornehmlich als systemkritisch bekennt und sich offen für Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung zeigt, äußert sich signifikant abwertender gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen als andere Befragte. Hingegen erweisen sich überdurchschnittlich systemloyale Personen als am meisten aufgeschlossen und tolerant gegenüber Anderen.
87. Unter den Sympathisanten politischer Parteien positionieren sich Anhänger der AfD dem Pol eines ausgeprägten GMF-Syndroms am nächsten. CDU-, FDP- und SPD-Wähler entsprechen mehr oder weniger dem landesweiten Durchschnitt. Hingegen zeigen sich Anhänger der Linken und mehr noch der Grünen für dieses Einstellungsmuster am wenigsten empfänglich. Nichtwähler liegen in ihrer Position zwischen AfD-Anhängern und dem Landesdurchschnitt. Dieser Befund war schon 2018 in gleicher Weise, wenngleich weniger stark ausgeprägt feststellbar. Bekennende äußerst Rechte, zu denen insgesamt vier Prozent zählen, zeigen die mit Abstand stärkste Ausprägung menschenfeindlicher Einstellungen.

88. Relative Deprivation, d.h. das Empfinden zu kurz zu kommen, erhöht die Anfälligkeit für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ist jemand überzeugt, dass ihm mehr zusteht als er bekommt, betrachtet dieser außerdem die Zeit seit der Wiedervereinigung überwiegend negativ und glaubt dieselbe Person ferner, es gehe hierzulande prinzipiell ungerecht zu, dann äußert sich das nicht nur in Unzufriedenheit und sinkendem Vertrauen gegenüber der Regierung, der Verfassung und den Politikern, sondern schlägt sich auch in einem manifest menschenverachtenden Weltbild nieder. Dabei werden in erster Linie „Andere“ (Politiker, „das Establishment“, „die Westdeutschen“ oder eben, wie im GMF-Syndrom verankert, Fremde, Geflüchtete, Muslime bzw. vermeintlich Schwächere usf.) für das eigene Scheitern oder Nachteileerleben verantwortlich gemacht. Am stärksten zeigt sich diese Reaktion bei der Beurteilung der persönlichen Zukunft. Fällt das Zeugnis hier ungenügend aus, sind intolerante Einstellungen wahrscheinlich.

Antisemitismus und Reaktionen auf den Anschlag auf die Synagoge in Halle

89. Für die meisten Menschen im Land ist die eigene Grundhaltung zum Antisemitismus in Deutschland nach dem Anschlag unverändert geblieben (62 Prozent). Nur etwa jeder Fünfte gibt an, seine Einschätzung geändert zu haben. Weitere 10 Prozent haben dazu keine Meinung.
90. Für Befragte, deren Meinung sich nach der Terrorat verändert hat, ist ausgemacht, dass antisemitische Einstellungen im Land wieder erstarken. Viele zeigen sich entsetzt, überrascht und geschockt über das Ausmaß, die Heftigkeit und die Brutalität der Tat und geben an, seitdem mehr Angst vor vergleichbaren Anschlügen zu haben. Als Gegenmaßnahmen werden vor allem politische Schritte gefordert. Plädiert wird hier unter anderem für ein strengeres und strikteres Vorgehen, für härtere Strafen und keinerlei Nachsicht mit antisemitischen Äußerungen. Vergleichsweise häufig wird zudem angegeben, man sei sich nach dem Anschlag der Tragweite eines antisemitischen Weltbildes überhaupt wieder bewusst geworden.
91. Auch 2020 stimmen nur etwa drei Prozent dem „Phantasma jüdischer Macht“, das heißt der Meinung zu, Juden hätten in Deutschland bzw. auf der Welt zu viel Einfluss. Ein ebenso kleiner Teil glaubt, Juden hätten quasi-natürliche Eigenschaften, welche ihre Verfolgung rechtfertigen würde. Die in Sachsen-Anhalt gemessenen Anteile entsprechen dem deutschlandweiten Niveau.

92. Der Anteil derer, die den Ansichten eines sekundären Antisemitismus beipflichten, liegt deutlich höher als noch 2018. Jeder fünfte empfindet es als lästig, auch heute noch mit Informationen über den Holocaust konfrontiert zu werden, und gut jeder zehnte nimmt mit Missbehagen zur Kenntnis, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden. Einer israelbezogenen Kritik am jüdischen Volk stimmt eine Minderheit von im Schnitt gut fünf Prozent der Sachsen-Anhalter zu.
93. Anlass zum Nachdenken geben auch hier die im Zwei-Jahres-Vergleich rückläufigen Anteile der antisemitische Stereotype ausdrücklich verneinenden Antworten, die sich erheblich, beim klassischen Antisemitismus um bis zu 25 Prozentpunkte, verringert haben. Liegen die Sachsen-Anhalter bei den antisemitismusaffinen Zustimmungsraten im bundesweiten Vergleich noch in etwa gleichauf, fallen die Anteile der Ablehnenden durchwegs unverkennbar niedriger aus als in der Bundesrepublik insgesamt.
94. Klar judenfeindliche Positionen finden sich vor allem bei Menschen mit einem überdurchschnittlich stark ausgeprägten systemkritischen Einstellungshorizont, einer höheren Gewaltbereitschaft und denjenigen, die sich auf dem politischen Spektrum eher rechts verorten. Zufriedenheit mit dem demokratischen System und ein höheres Vertrauen in die politischen Institutionen des Landes mindert die Wahrscheinlichkeit antijüdischer Denkmuster.

1 Einleitung

Es sind vor allem drei Ereignisse, welche die politisch-psychologische Situation im Jahr 2020, dem Jahr also, in dem die Bevölkerungsumfrage für den hier vorgelegten aktuellen Sachsen-Anhalt-Monitor in Feld gegangen ist, maßgeblich prägen. Das ist zum einen der rechtsextremistische Mordanschlag am 9. Oktober 2019 auf die Synagoge in Halle, dem zwei Menschen zum Opfer gefallen sind und der seit dem Sommer 2020 vor Gericht verhandelt wird. Das ist zum anderen die Corona-Pandemie, deren gesundheitsgefährdende und das öffentliche Leben einschneidend reduzierende Auswirkungen auch in Sachsen-Anhalt verstärkt spürbar sind. Und da ist zum dritten die dreißigste Wiederkehr des Jahres der deutschen Einheit – eines epochalen Vorgangs, welcher die Lebensbedingungen und die Zukunftsperspektiven von Millionen betroffener Ostdeutscher abrupt und grundlegend veränderte.

Der Sachsen-Anhalt-Monitor 2020 trägt mit der Anlage des Fragebogens für die Bevölkerungsumfrage diesen drei Ereignissen in je spezifischer Weise Rechnung. Da antisemitischer Ungeist als Handlungsmotiv für den Attentäter von Halle feststeht, wie dies auch der seit Juli 2020 stattfindende Gerichtsprozess belegt, wurden Fragen neu aufgenommen, mittels derer ausgelotet wird, ob und in welcher Weise sich in Reaktion auf den Anschlag die Meinungen der Landesbevölkerung über Antisemitismus geändert haben.

Nach „Corona“ wird im aktuellen Monitor zwar nicht explizit gefragt. Dazu, wie die Maßnahmen der Politik zur Eindämmung der Pandemie seitens der Bevölkerung bewertet werden, liegen bereits bundesweite umfragebasierte Studien vor, die zum Beispiel über die allgemeine Wahrnehmung des Krisen-Managements der Regierungen in Bund und Ländern sowie der kommunalen Behörden Auskunft geben.¹ Aufschlussreich für die Öffentlichkeit und die politisch verantwortlich Handelnden hierzulande ist jedoch darüber hinaus zu erfahren, wie die Pandemie die Rangfolge der subjektiv als dringlich eingeschätzten Probleme beeinflusst und ob sie indirekt auf politische Einstellungen und Bewertungen abfärbt, wie etwa das Institutionenvertrauen, die Lebenszufriedenheit und das Gerechtigkeitsempfinden.

Die Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands im Jahr 1990 setzte individuell mannigfache Hoffnungen frei, wurde aber auch millionenfach als ein krisenhafter Umbruch gewohnter Lebenslagen und Lebensformen erlebt. Dreißig Jahre später bietet sich an zu erfragen, wie die Bürgerinnen und Bürger im Rückblick und in der Sicht voraus persönlich Bilanz ziehen: Überwiegen aus ihrer Sicht die Vorteile oder Nachteile der Einigung? Wie fällt im Rückblick das Urteil über die DDR aus? Hat sich die Demo-

1 Vgl. Kühne, Simon u.a. (2020): Zusammenhalt in Corona-Zeiten: Die meisten Menschen sind zufrieden mit dem staatlichen Krisenmanagement und vertrauen einander (DIW Aktuell 49); ferner Kreyenfeld, Michaela/ Zinn, Sabine (2020): Coronavirus & Care: How the Coronavirus` Crisis affected Father`s Involvement in Germany (SOEP Papers 1096-2020).

kratie seither zum Positiven oder Negativen entwickelt? – Soweit wir diese Fragen bereits im Jahr der zwanzigsten Wiederkehr des Systemumbruchs im Monitor 2009² gestellt haben, können wir direkt vergleichen, was sich im Denken der Menschen seither festgesetzt oder aber verändert hat.

Nach drei Jahrzehnten des geeinten Deutschland greift der Monitor 2020 zudem die Frage nach den psychologischen Langzeiteffekten des Systemumbruchs auf: Sind die mentalen Spuren des *doppelten Transformationsschocks*, der zunächst in den frühen 1990er Jahren und sodann in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 seine Wirkung entfaltete, im politischen und gesellschaftlichen Bewusstsein der heutigen Bevölkerung Sachsen-Anhalts noch nachweisbar? – Um dies zu ergründen, wurde die Frage mit aufgenommen, ob Befragte selbst oder in ihrem Familienkreis oder im näheren Lebensumfeld von den Zäsuren der jüngeren Vergangenheit beruflich und finanziell betroffen waren bzw. immer noch sind.

Mit jedem neuen Sachsen-Anhalt-Monitor verlängert sich die Zeitreihe, anhand welcher die Entwicklung wichtiger politischer und sozialer Einstellungen über längere Zeiträume hinweg abgelesen werden kann. Dank etlicher Fragen, die zum festen Kern des Monitors gehören und seit 2009 bis zuletzt 2020 wiederholt gestellt worden sind, kann fortlaufend dargestellt werden, wie sich bestimmte Orientierungen im Zeitrahmen des letzten Jahrzehnts gewandelt oder verstetigt haben. Das betrifft unter anderem die Fragenkomplexe Demokratie, Gerechtigkeitsempfinden, Vertrauen in die politischen Institutionen sowie Freiheit/Gleichheit/Sicherheit. Wer darüber hinaus Interesse hat zu erfahren, wie Stand und Verlauf der politischen Kultur und der Sozialkultur Sachsen-Anhalts in den zeitlich und geografisch weiter ausgreifenden Entwicklungszusammenhang in Deutschland seit 1990 eingeordnet werden können, dem sei die Lektüre der in neueren Publikationen dokumentierten Metadaten-Zeitreihen empfohlen.³

In den letzten Jahren ist, wie zuletzt die Ergebnisse der drei ostdeutschen Landtagswahlen im Herbst 2019 gezeigt haben, auf der Landesebene die Regierungsbildung nach Wahlen komplizierter geworden. Die Bandbreite der Koalitionsformate, die regional entweder bereits realisiert wurden oder öffentlich diskutiert werden, einschließlich der Variante einer Minderheitsregierung, hat sich vergrößert. In den Sachsen-Anhalt-Monitor 2020 fand daher auch die Frage Eingang, was die Bürgerinnen und

2 Holtmann, Everhard/ Jaeck, Tobias/ Völkl, Kerstin (2009): Werte und politisches Bewusstsein – 20 Jahre nach dem Systemumbruch. Sachsen-Anhalt-Monitor 2009.

3 Siehe hierzu Gabriel, Oscar W./ Holtmann, Everhard/ Jaeck, Tobias (2015): Deutschland 25. Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen (Zeitbilder Bundeszentrale für politische Bildung), Bonn; ferner Holtmann, Everhard (Hrsg.) (2019): Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt und New York (auch erschienen als Band 10486 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung); sowie neuestens Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2020, hrsg. von BMWi/ Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Berlin, hier insbesondere Kapitel III, Entwicklung der Einstellungen in den neuen Ländern, S. 45 – 50 (www.bmwi.de).

Bürger des Landes vom Modell einer Minderheitsregierung grundsätzlich halten und welche Partei bzw. welche Parteienbündnisse sie dafür bevorzugen würden.

2 Verbundenheit

Die Frage nach der Verbundenheit mit verschiedenen Gebietseinheiten zählt zum Standardrepertoire des Sachsen-Anhalt-Monitors. Grund hierfür ist, dass in Zeiten von infrastrukturellem Erneuerungsbedarf, Fachkräftemangel und demografischem Wandel die Verbundenheit mit verschiedenen Gebietseinheiten ein wichtiger Indikator für die wahrgenommene Lebensqualität, die Chancen gesellschaftlicher Selbsterneuerung und die Zukunftsfähigkeit einer Kommune oder anderer territorialer Einheiten ist.⁴

Die Bürger wurden auch 2020 gebeten, die Stärke ihrer Verbundenheit mit fünf verschiedenen Gebietseinheiten anzugeben, die unterschiedlich weit entfernt von ihrem Lebensumfeld liegen. Nach räumlicher Distanz geordnet sind dies der Wohnort, das Bundesland Sachsen-Anhalt, Ost- und Gesamtdeutschland sowie Europa. Voraussetzung für eine Bewertung ist, dass den Befragten die Raumeinheiten bekannt sind, dass sie über Erfahrungen mit diesen verfügen und sie als Teil ihres Lebensumfelds akzeptieren. Damit geht einher, dass ein gewisses (auch geschichtliches) Wissen über die Gebietseinheiten vorhanden ist, dass die Raumeinheiten eine persönliche Bedeutung haben und dass das Zugehörigkeitsgefühl Ausdruck in aktivem Engagement findet.⁵

Wie die folgende Abbildung (Abb. 1) zeigt, steigt das Verbundenheitsgefühl der Befragten mit zunehmender Nähe der lebensräumlichen Gebietseinheiten. Generell nehmen die Bürger Sachsens-Anhalts zwei unterschiedliche Gruppen von Raumeinheiten wahr:⁶ einerseits die räumlich näher liegenden (Wohnort, Sachsen-Anhalt, Ostdeutschland), denen sie sich stärker verbunden fühlen, und andererseits die räumlich entfernter liegenden (Gesamtdeutschland, Europa), denen sie sich weniger stark verbunden fühlen.

Die große Mehrheit der Sachsen-Anhalter weist eine positive emotionale Bindung zu ihrem Wohnort und zu Ostdeutschland auf. Knapp die Hälfte (jeweils 47 Prozent) fühlt sich „sehr stark“ mit dem Wohnort und Ostdeutschland verbunden. Offensichtlich stellt der Raum, in dem man lebt, etwas Besonderes im Sinne von Vertrautem dar. Umgangssprachlich findet dieses diffuse und vielschichtige Phänomen Ausdruck in Begriffen wie Heimat, Heimatgefühl oder Heimatbewusstsein.⁷ Das starke Verbundenheitsgefühl zu Ostdeutschland im Sinne des ehemaligen Staatsgebiets der DDR ist insofern bemerkenswert, als dieser Staat mit dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1990 seit mittlerweile 30 Jahren nicht mehr existiert. Dessen ungeachtet be-

4 Vgl. Gabriel, O. W./Holtmann, E. u. a. 2015: Deutschland 25. Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

5 Vgl. Blotevogel, H. H./Heinritz, G./Popp, H. 1989: „Regionalbewusstsein“. Zum Stand der Diskussion um einen Stein des Anstosses. In: Geographische Zeitschrift 77 (2), S. 65-88.

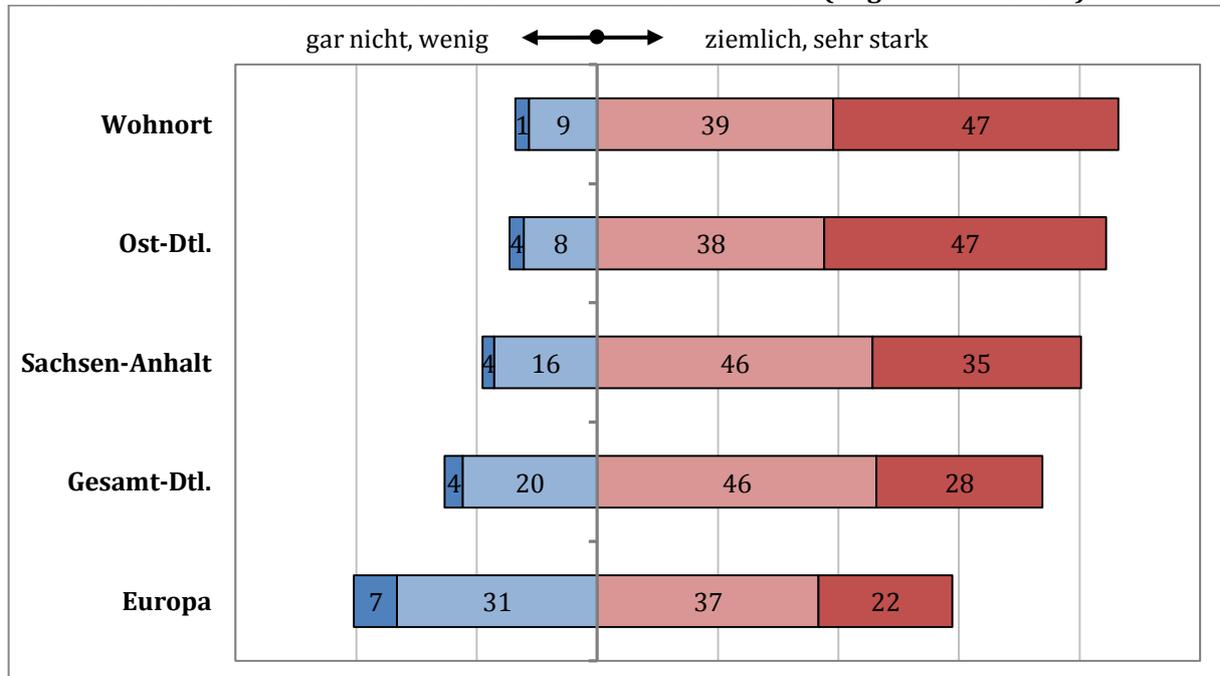
6 So das Ergebnis einer Hauptkomponentenanalyse.

7 Vgl. Weichhart, P. 1999: Raumbezogene Identitäten, <http://gpm.ruhosting.nl/avh/PlaceId01new.pdf>, zuletzt zugegriffen am 05.11.2020.

kunden mehr Bürger ein stärker ausgeprägtes Verbundenheitsgefühl zu Ostdeutschland als zu Sachsen-Anhalt und zu Gesamtdeutschland.

81 Prozent der Sachsen-Anhalter fühlen sich ziemlich oder sehr stark mit ihrem Bundesland verbunden, mit Gesamtdeutschland bekunden dies drei Viertel. Dabei ist insbesondere das sehr starke Verbundenheitsgefühl im Vergleich zum Wohnort und zu Ostdeutschland geringer ausgeprägt. Den letzten Platz in der Rangordnung beim Verbundenheitsgefühl nimmt Europa ein, zu dem allerdings noch immer weit mehr als die Hälfte der Bürger Sachsen-Anhalts (59 Prozent) eine positive Verbindung haben. Das geringer ausgeprägte Verbundenheitsgefühl ist insofern nachvollziehbar, als allgemein davon ausgegangen wird, dass mit zunehmender Größe und Entfernung des räumlichen Bezugsrahmens das Verbundenheitsgefühl abnimmt. Hinzu kommt, dass die EU als Synonym für „Europa“ nach wie vor von den Bürgern der EU-Mitgliedstaaten kritisch gesehen wird.⁸

Abb. 1 Verbundenheit mit verschiedenen räumlichen Einheiten (Angaben in Prozent)



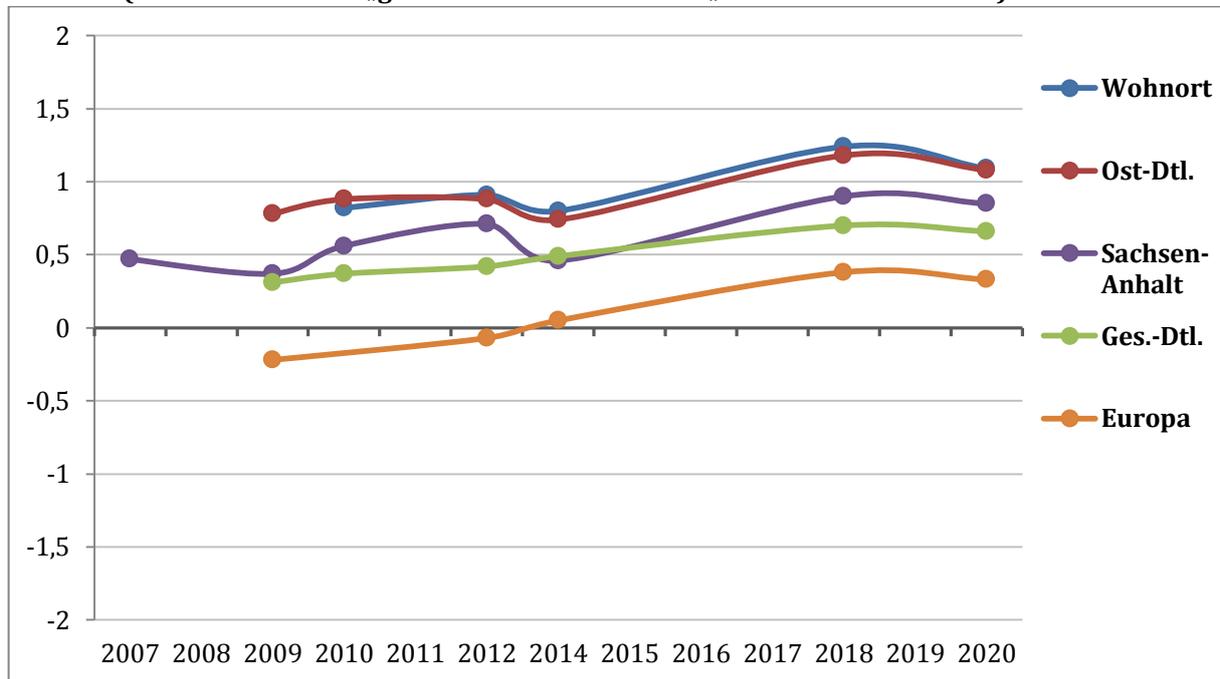
Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Im Zeitverlauf betrachtet (vgl. Abb. 2) bestätigt das Bild von 2020 den Befund früherer Jahre: Die Bürger in Sachsen-Anhalt fühlen sich seit längerem sowohl ihrem Wohnort als auch Ostdeutschland am stärksten und Europa am wenigsten verbunden. Größere Einstellungsänderungen zwischen 2007 und 2020 sind nicht erkennbar. Nach einem Anstieg des Verbundenheitsgefühls von 2014 auf 2018 ist 2020 eine geringfügige Abnahme bei allen fünf Gebietseinheiten festzustellen. Das Verbundenheitsgefühl liegt gegenwärtig aber nach wie vor über dem Niveau der Jahre zwischen 2007 und 2014. Folglich bestätigen die Befunde *nicht* die in der Literatur vertretene Meinung, dass sich

⁸ Vgl. Standard-Eurobarometer 89, Frühjahr 2018. Bericht. Die europäische Bürgerschaft, S. 5 und S. 13 ff.

raumbezogene Gruppenidentifikationen im Zuge von sozialem Wandel, Modernisierung und Globalisierung auflösen werden.⁹

Abb. 2 Verbundenheit mit verschiedenen räumlichen Einheiten im Zeitverlauf, 2007 – 2020
(Mittelwerte von -2 „gar nicht verbunden“ bis 2 „sehr stark verbunden“)



Quellen: SAM 2007 – 2020

Die Verbundenheit von Personen mit räumlichen Einheiten hängt von verschiedenen Faktoren ab. Drei Gruppen von Erklärungsfaktoren erweisen sich als besonders aussagekräftig: Erstens sind dies längerfristig wirksame Variablen, wie z. B. das Alter oder die Wohndauer in Sachsen-Anhalt. Zweitens spielen Faktoren eine Rolle, die sich auf die materielle und immaterielle individuelle Ressourcenausstattung beziehen, wie z. B. die persönliche finanzielle Situation oder das Bildungsniveau. Zu einer dritten Gruppe von erklärenden Faktoren gehören subjektive Einschätzungen, aber auch politische Verhaltensdispositionen der Befragten, wie z. B. die Beurteilung der Zukunft Sachsens-Anhalts oder die parteipolitische Präferenz.

Was die längerfristig wirksamen Erklärungsfaktoren betrifft, wird allgemein davon ausgegangen, dass das Verbundenheitsgefühl mit dem Alter der Befragten variiert und generationenabhängig ist. Diese Annahme erscheint insofern plausibel, als davon auszugehen ist, dass jüngere Befragte, die nach der deutschen Einigung geboren sind, einen anderen Bezug zu räumlichen Einheiten wie Ostdeutschland und Gesamtdeutschland haben als Befragte, die noch zu Zeiten der DDR sozialisiert worden sind.

⁹ Vgl. Mühler, K. 2011: Raumbezogene Gruppenidentifikation als Bestandteil der sozialen Identität. Vortrag im DACHL-Landeskundesminar „Identitäten in Bewegung“ des Herder-Instituts der Universität Leipzig; http://sozweb.sozphil.uni-leipzig.de/fileadmin/user_upload/raumbezogene_gruppenidentifikation.pdf, zuletzt zugegriffen am 15.10.2020.

Wie die unten stehende Tabelle (Tab. 1) zeigt, lassen sich in der Tat klare Generationeneffekte beim Verbundenheitsgefühl mit räumlichen Einheiten beobachten. Zunächst fällt auf, dass sich jüngere Menschen generell weniger mit territorialen Einheiten verbunden fühlen als ältere (vgl. dazu die vorletzte Zeile in Tab. 1). Die geringere Raumbindung dürfte sich lebensphasentypisch erklären; wer jung ist, ist weniger sesshaft. Ebenso ist anhand der Spannweite zwischen der stärksten und geringsten Bindung je Altersgruppe erkennbar (vgl. dazu die letzte Zeile in Tab. 1), dass die 18- bis 29-Jährigen ein deutlich homogeneres Meinungsbild bezüglich der Bindung an verschiedene territoriale Einheiten haben als ältere Personen. Ein besonders heterogenes Verbundenheitsgefühl zu den fünf verschiedenen Gebietseinheiten weisen die 50- bis 65-Jährigen auf. Eine denkbare Erklärung hierfür könnte sein, dass gerade in diesen berufsaktiven Jahrgängen, bei welchen sich sozialisationsbedingte Prägungen zweier Systeme, d. h. der DDR und der Bundesrepublik überlagern, die Gebietseinheiten Ost- und Gesamtdeutschland als stärker kontrastiv erfahren werden (vgl. Tab. 1).

Tab. 1 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Alter
(Mittelwerte von -2 „gar nicht verbunden“ bis 2 „sehr stark verbunden“;
in Klammern Rangordnung)

Verbundenheit	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren				
		18-29	30-39	40-49	50-65	66+
Wohnort*	1,09 (1)	0,83 (1)	0,98 (1)	1,06 (2)	1,08 (2)	1,24 (2)
Ostdeutschland*	1,07 (2)	0,37 (5)	0,87 (2)	1,14 (1)	1,19 (1)	1,26 (1)
Sachsen-Anhalt*	0,85 (3)	0,44 (3)	0,67 (3)	0,85 (3)	0,86 (3)	1,06 (3)
Gesamtdeutschland	0,66 (4)	0,52 (2)	0,60 (4)	0,70 (4)	0,60 (4)	0,77 (4)
Europa	0,33 (5)	0,39 (4)	0,24 (5)	0,39 (5)	0,20 (5)	0,44 (5)
generell	0,88	0,51	0,67	0,83	0,79	0,95
Differenz Max. - Min.	0,76	0,44	0,74	0,75	0,99	0,80

Anmerkung: blau = niedrigste Verbundenheit, rot = höchste Verbundenheit. Falls sich die niedrigste bzw. höchste Verbundenheit im Durchschnitt nur geringfügig von der zweitniedrigsten bzw. zweithöchsten Verbundenheit unterscheidet, wird diese zusätzlich hellblau oder hellrot markiert.

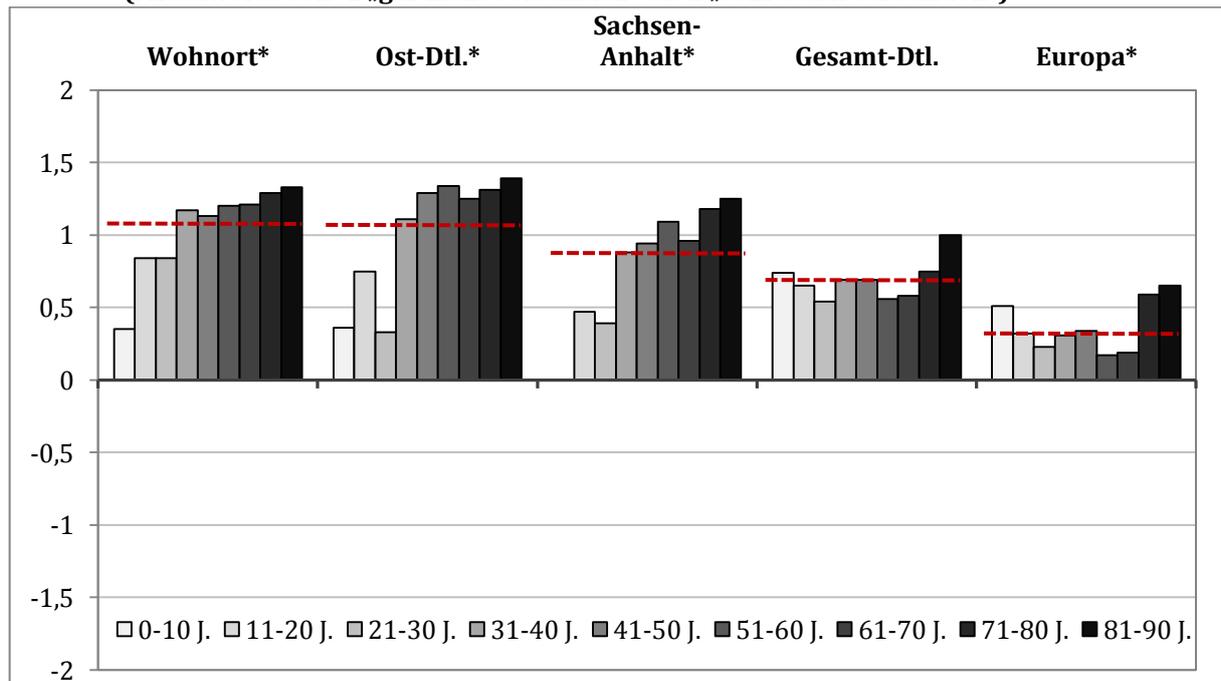
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Abkürzungen: Min. = Minimum, Max. = Maximum.

Insgesamt stimmen die verschiedenen Generationen weitgehend darin überein, welchen Gebieten sie sich stärker verbunden fühlen und welchen weniger stark. So ist die Reihenfolge bei der Bindungskraft an verschiedene räumliche Gebiete über alle Altersgruppen hinweg nahezu identisch. Eine Ausnahme stellen lediglich die 18- bis 29-Jährigen dar, die sich am zweitstärksten mit Gesamtdeutschland und am geringsten mit Ostdeutschland verbunden fühlen. Eine Bindung an Ostdeutschland, das ja nicht nur ein Gebiet bezeichnet, sondern auch eine Chiffre für das vergangene politische System der DDR sowie für damalige Lebensweisen darstellt, wirkt unter der jüngeren Bevölkerung in Sachsen-Anhalt offenbar nicht nach. Auch die Bindung an das unmittelbare örtliche Wohnumfeld ist unter den jüngeren Befragten im Vergleich zu den anderen Altersgruppen klar unterdurchschnittlich ausgeprägt, was für eine geringe raumbezogene Gruppenidentifikation dieser Altersgruppe spricht.

Erwartungsgemäß hat die Wohndauer in Sachsen-Anhalt lediglich auf die kleineren räumlichen Einheiten, zu denen eine geographische Nähe besteht, einen identitätsstiftenden Einfluss. Das Verbundenheitsgefühl zum Wohnort, zum Bundesland und zu Ostdeutschland steigt mit zunehmender Wohndauer in Sachsen-Anhalt. Auf die größeren territorialen Einheiten (Gesamtdeutschland, Europa) übt die Wohndauer hingegen keinen linearen Einfluss aus (vgl. Abb. 3).

Abb. 3 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Wohndauer in Sachsen-Anhalt (Mittelwerte von -2 „gar nicht verbunden“ bis 2 „sehr stark verbunden“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt das durchschnittliche Verbundenheitsgefühl zur jeweiligen Raumeinheit an.

Außerdem zeigt sich, dass Befragte, die lieber in einem anderen deutschen Bundesland leben würden, eine deutlich geringere Bindung an die kleineren Gebietseinheiten (Wohnort, Sachsen-Anhalt, Ostdeutschland) aufweisen, als Personen, die sich nicht vorstellen können, in ein anderes Bundesland zu ziehen (vgl. Kap. 3.1).

Zur zweiten Gruppe von Erklärungsfaktoren, die das Verbundenheitsgefühl beeinflussen, zählen die individuelle immaterielle und materielle Ressourcenausstattung. Hierzu gehören das Bildungsniveau und die persönliche finanzielle Situation.

Wie die nächste Tabelle (Tab. 2) veranschaulicht, übt das Bildungsniveau der Befragten zwar einen Einfluss auf das Verbundenheitsgefühl mit verschiedenen Raumeinheiten aus, allerdings handelt es sich hierbei nicht um einen linearen Effekt. Der deutlichste Unterschied bezüglich des Effekts des Bildungsniveaus besteht darin, dass je nach höchstem Schulabschluss das Verbundenheitsgefühl der Befragten zu den territorialen Einheiten mehr oder weniger heterogen ist, was die Spannweite zwischen der stärksten und geringsten Verbundenheit zum Ausdruck bringt (vgl. Tab. 2 letzte Zeile). Während Personen mit Abitur aber auch solche mit Hauptschulabschluss relativ homo-

gene Bindungen zu den räumlichen Gebieten aufweisen, fällt das Verbundenheitsgefühl von Personen mit mittlerer Reife deutlich heterogener aus. Hauptverantwortlich hierfür ist die extrem niedrige Bindung an Europa.

Anders als die immaterielle Ressourcenausstattung in Form des Bildungsniveaus übt die materielle Ressourcenausstattung der Befragten in Form der Beurteilung der eigenen finanziellen Situation¹⁰ einen linearen Einfluss auf das Verbundenheitsgefühl aus (vgl. Tab. 2). Tendenziell gilt: Je schlechter die eigene finanzielle Situation wahrgenommen wird, desto geringer fällt die Verbundenheit mit verschiedenen Gebieten aus. Vor allem die Verbundenheit zu Gesamtdeutschland hängt relativ stark von der Einschätzung der eigenen finanziellen Situation ab.

Tab. 2 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Bildung und finanzieller Situation (Mittelwerte von -2 „nicht verbunden“ bis 2 „sehr stark verbunden“; in Klammern Rangordnung)

Verbundenheit	Sachsen-Anhalt (Ø)	Bildung			Finanzielle Situation			
		Hauptschule	Mittlere Reife	Abitur	sehr schlecht	eher schlecht	eher gut	sehr gut
Wohnort(*)	1,09 (1)	1,11 (1)	1,13 (2)	0,99 (1)	0,81 (2)	1,09 (1)	1,15 (1)	1,13 (2)
Ost-Dtl.*	1,07 (2)	0,99 (3)	1,16 (1)	0,96 (2)	0,99 (1)	0,87 (2)	1,07 (2)	1,17 (1)
Sachsen-Anhalt*	0,85 (3)	1,04 (2)	0,93 (3)	0,67 (4)	0,58 (3)	0,84 (3)	0,82 (3)	0,92 (3)
Gesamt-Dtl.*	0,66 (4)	0,63 (4)	0,58 (4)	0,76 (3)	0,28 (4)	0,48 (4)	0,80 (4)	0,77 (4)
Europa*	0,33 (5)	0,49 (5)	0,15 (5)	0,51 (5)	0,05 (5)	0,28 (5)	0,34 (5)	0,40 (5)
generell	0,80	0,85	0,79	0,78	0,54	0,71	0,84	0,88
Differenz Max. - Min.	0,76	0,62	1,01	0,48	0,94	0,81	0,81	0,77

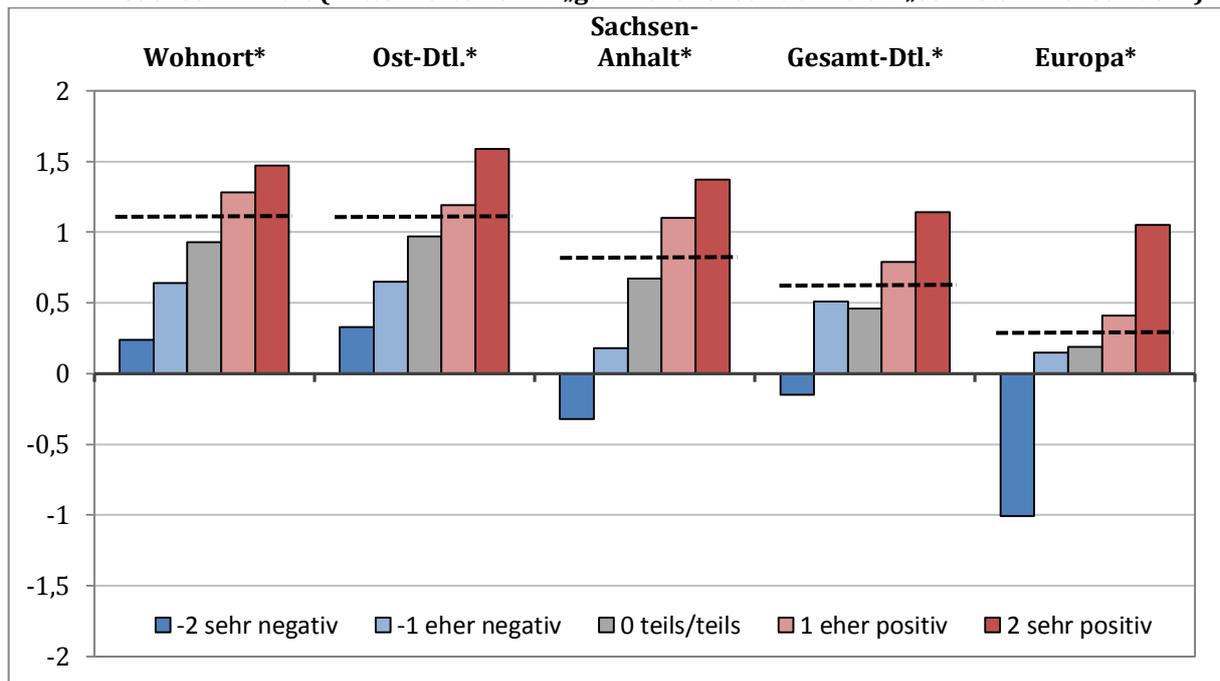
* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.
Abkürzungen: Min. = Minimum, Max. = Maximum.

Es tragen jedoch nicht nur Merkmale, die auf die eigene Person bezogen sind, zur Erklärung des Verbundenheitsgefühls mit territorialen Einheiten bei, sondern auch subjektive Beurteilungen der Zukunft Sachsens-Anhalts sowie Verhaltensdispositionen der Befragten wie die Parteipräferenz.

Ein ähnlicher Zusammenhang wie bei der Einschätzung der individuellen finanziellen Situation zeigt sich auch zwischen der Bewertung der Zukunft von Sachsen-Anhalt und dem Grad der Verbundenheit (vgl. Abb. 4). Je positiver die Zukunft von Sachsen-Anhalt gesehen wird, desto stärker ist auch das Verbundenheitsgefühl mit verschiedenen Raumeinheiten. Besonders deutlich fällt dieser Effekt naturgemäß bei Sachsen-Anhalt aus. Das heißt, wer die Zukunft von Sachsen-Anhalt positiv bewertet, identifiziert sich stärker mit dem Bundesland. Eine optimistische Sicht auf die Zukunft Sachsens-Anhalts wirkt sich jedoch auch positiv auf die Verbundenheit mit den anderen territorialen Einheiten aus.

10 Die Variable basiert auf einem additiven Index, der sich aus drei Fragen zur individuellen Vermögensbildung und Schuldensituation zusammensetzt: a) Sind Sie in der Lage, jeden Monat einen bestimmten Betrag für schlechte Zeiten zurückzulegen?; b) Wären Sie in der Lage, bei einem Einkommensausfall zwei Monate Ihren Lebensunterhalt zu bestreiten?; c) Haben Sie schon einmal Schulden machen müssen, um Ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können?

Abb. 4 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Beurteilung der Zukunft von Sachsen-Anhalt (Mittelwerte von -2 „gar nicht verbunden“ bis 2 „sehr stark verbunden“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt das durchschnittliche Verbundenheitsgefühl zur jeweiligen Raumeinheit an.

Wichtigen Einfluss auf das Verbundenheitsgefühl mit verschiedenen räumlichen Einheiten nimmt auch die Parteipräferenz der Befragten (vgl. Tab. 3). Über alle territorialen Einheiten hinweg betrachtet, weisen Anhänger von SPD und CDU eine überdurchschnittliche territoriale Bindung auf, während diese bei Anhängern der AfD und sonstiger Parteien unterdurchschnittlich entwickelt ist (vgl. vorletzte Zeile ebenda). Ferner ist erkennbar, dass je nach Parteipräferenz die Unterschiede in der Verbundenheit zu verschiedenen Raumeinheiten mehr oder weniger groß ausfallen (vgl. letzte Zeile ebd.). Relativ homogene Bindungen zu den fünf unterschiedlichen Raumeinheiten haben die Anhänger der Grünen. Im Gegensatz hierzu weisen insbesondere Parteigänger der AfD sehr heterogene Bindungen zu den Gebieten auf. Stärkste identifikatorische Bezugsgröße ist hier Ostdeutschland.

Abweichungen vom durchschnittlichen Verbundenheitsmuster in Sachsen-Anhalt weisen Personen auf, die mit den Linken oder den Grünen sympathisieren. Während der Großteil der Befragten nahezu gleich starke Bindungen zum Wohnort und zu Ostdeutschland bekundet, rangiert bei Anhängern der Linken die Bindung zu Ostdeutschland eindeutig vor dem Wohnort. Personen mit einer Präferenz für die Grünen wiederum fühlen sich im Vergleich zu Anhängern aller anderen Parteien mit Ostdeutschland am wenigsten verbunden. Hier gilt die zweitstärkste Bindung Gesamtdeutschland. Anders als bei allen anderen Parteianhängern liegt in der Verbundenheitshierarchie von Grünen-Anhängern außerdem nicht Europa auf dem letzten Platz, sondern Sachsen-Anhalt.

**Tab. 3 Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten nach Parteipräferenz
(Mittelwerte von -2 „nicht verbunden“ bis 2 „sehr stark verbunden“;
in Klammern Rangordnung)**

Verbundenheit	Sachsen-Anhalt (Ø)	Parteipräferenz						
		CDU	AfD	Linke	SPD	Grüne	FDP	Sonst.
Wohnort	1,09 (1)	1,21 (1)	1,06 (2)	1,01 (2)	1,28 (1)	0,97 (1)	1,09 (1)	1,10 (1)
Ost-Dtl.*	1,07 (2)	1,18 (2)	1,07 (1)	1,29 (1)	1,27 (2)	0,75 (4)	1,02 (2)	0,87 (2)
Sachsen-Anhalt*	0,85 (3)	1,08 (3)	0,66 (3)	0,80 (3)	1,10 (3)	0,66 (5)	0,86 (3)	0,61 (3)
Gesamt-Dtl.*	0,66 (4)	1,01 (4)	0,25 (4)	0,43 (4)	0,97 (4)	0,91 (2)	0,57 (4)	0,38 (4)
Europa*	0,33 (5)	0,61 (5)	-0,35 (5)	0,48 (5)	0,62 (5)	0,81 (3)	0,33 (5)	0,15 (5)
generell	0,80	1,02	0,54	0,80	1,05	0,82	0,77	0,62
Differenz Max. - Min.	0,76	0,60	1,42	0,81	0,66	0,31	0,76	0,95

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Abkürzungen: Min. = Minimum, Max. = Maximum.

Insgesamt ist erkennbar, dass die Verbundenheit mit territorialen Gebieten von verschiedenen Faktoren abhängt, die teils, wie bei der Wohndauer, aus der ‚Macht der Gewohnheit‘ rühren und teils tradierte Identifikationsmuster lebendig halten (so bezüglich „Ostdeutschland“). Räumliche Bindungen sind durchaus affektiv aufgeladen. Aber offenkundig liegen ihnen ebenso rationale Erwägungen zugrunde, wie der in obigen Daten dokumentierte Zusammenhang von subjektiver Bewertung der Zukunft Sachsen-Anhalts und territorialer Selbstzuordnung aufzeigt.

3 Landesidentität – 30 Jahre Bundesland Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt besteht, nach dem kurzen historischen Intermezzo seiner Staatlichkeit von 1945 bis 1952, in seiner heutigen Gestalt zwar erst seit der deutschen Wiedervereinigung. Sein geographischer Raum hat jedoch einen bedeutenden Anteil an der deutschen Geschichte.¹¹ Die Gegend des heutigen Sachsen-Anhalts gehörte bereits im Frühmittelalter zu den kulturellen Zentren im deutschsprachigen Raum. Diese frühe Bedeutung spiegelt sich heute in etlichen Baudenkmalern und Kulturstätten wider. So ist Sachsen-Anhalt das Bundesland mit den meisten UNESCO-Welterbe-Stätten. Zur Forschungs- und Wissenschaftslandschaft in Sachsen-Anhalt gehören eine Reihe verschiedener akademischer Einrichtungen wie die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Neben den beiden Landesuniversitäten gibt es acht weitere Hochschulen und eine Reihe außeruniversitärer Forschungseinrichtungen von internationalem Rang wie die Leopoldina.

Mit 20.452 qkm und knapp 2,2 Mio. Einwohnern zählt Sachsen-Anhalt zu den kleineren und eher dünn besiedelten Bundesländern. Zwischen 1991 und 2019 ist die Bevölkerung Sachsen-Anhalts stetig geschrumpft; seither hat das Land jeden vierten Einwohner verloren.¹² Besonders betroffen von Abwanderung sind die ländlichen Kreise. Das Durchschnittsalter fällt im Vergleich zu Deutschland in Sachsen-Anhalt überdurchschnittlich aus. Auch schreitet die Alterung in Sachsen-Anhalt schneller voran als anderswo. Das BIP je Einwohner lag 1991 bei nur 31 Prozent im Vergleich zu Westdeutschland, stieg 1996 auf 58 Prozent und lag 2018 bei 65 Prozent. In den letzten Jahren (2017–2019) verzeichnet Sachsen-Anhalt eine der geringsten Zuwachsraten der ostdeutschen Länder.¹³ Aufgrund der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt wird künftig kaum eine weitere Angleichung des BIP je Einwohner an das Westniveau zu erwarten sein.¹⁴ Auch andere Indikatoren wie die geringe Exportorientierung und Produktivität sowie das Fehlen großer Unternehmen verweisen auf die Strukturschwäche von Sachsen-Anhalt und des Ostens allgemein. So ist das Armutrisiko in Sachsen-Anhalt bundesweit am zweithöchsten, wovon vor allem Erwerbslose und Alleinerziehende betroffen sind.¹⁵

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden der Blick näher auf das Bild gerichtet, das sich die Bürger konkret von Sachsen-Anhalt machen. Ausgangspunkt ist die Frage,

11 Vgl. Tullner, M. 2001: Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt. Opladen: Leske + Budrich, S. 9 ff.

12 <https://www.volksstimme.de/deutschland-welt/politik/bevoelkerung-immer-weniger-einwohner-in-ost-laendern>. Zugegriffen am 16.10.2020.

13 Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2020, S. 254.

14 Vgl. Holtemöller, O./Lindner, A. 2018: Die wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts seit 1990. In: IWH discussion papers 6. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:3:2-89883>, S. 9. Zugegriffen am 16.10.2020.

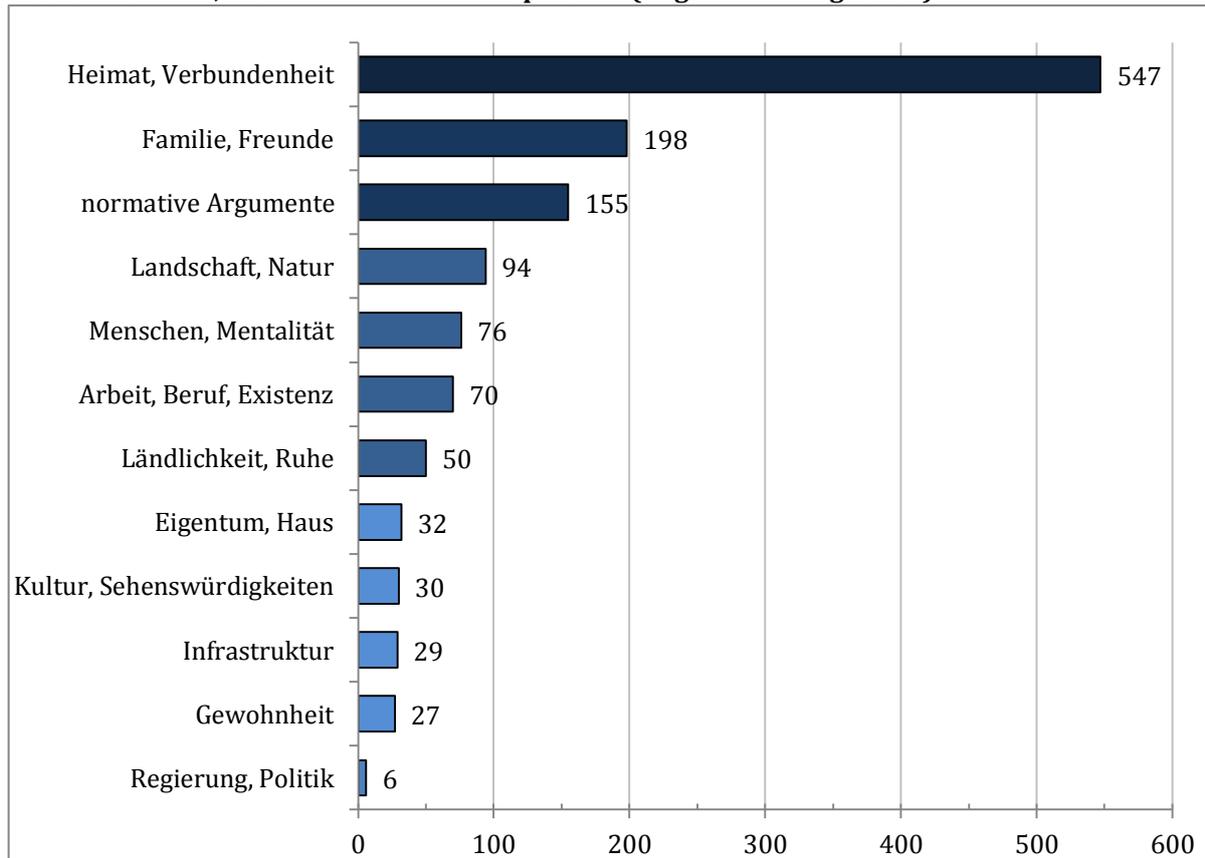
15 Vgl. Völkl, K. 2020: Land Sachsen-Anhalt. In: Andersen, U. u. a. (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Springer, https://doi.org/10.1007/978-3-658-23670-0_82-1.

ob die Sachsen-Anhalter lieber in einem anderen Bundesland leben würden oder nicht. Und falls ja, in welchem und warum. Falls nein, sollten die Befragten angeben, warum sie gerne in Sachsen-Anhalt leben. Daran knüpft die weitere Frage an, welche Eigenschaften die Befragten dem Land Sachsen-Anhalt zuschreiben. Auch im Zusammenhang dieser Fragen ist aufschlussreich, wie die Befragten die wirtschaftliche Lage und die Zukunft Sachsen-Anhalts sowie ihre eigene wirtschaftlichen Verhältnisse und ihre persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt beurteilen.

3.1 Bleibewunsch und Umzugsabsicht

Gefragt, ob Sie, wenn sie die Wahl hätten, lieber in einem anderen deutschen Bundesland leben würden, antworten ein Fünftel der Befragten mit „Ja“ (21 Prozent) und vier Fünftel mit „Nein“ (79 Prozent).

Bei den Gründen, warum sie gerne in Sachsen-Anhalt leben (vgl. Abb. 5), dominiert bei den Bürgern als Antwort, dass Sachsen-Anhalt ihre Heimat bzw. ihr Geburtsort ist, sie dort aufgewachsen bzw. groß geworden sind, sie schon sehr lange hier wohnen oder sich mit dem Land verbunden fühlen ($n = 547$). Manche bezeichnen es auch etwas pragmatischer als Gewohnheit ($n = 30$). Mit großem Abstand werden als zweithäufigster Grund Familie und Freunde genannt ($n = 198$). Nicht wenige führen auch normative Argumente an, wie z. B. dass sie sich hier wohl fühlen, dass es ihnen gefällt, oder dass sie dort, wo sie leben, es schön finden ($n = 154$). Weniger wird auf die Sehenswürdigkeiten und die Kultur, die Sachsen-Anhalt zu bieten hat, verwiesen ($n = 30$). Für 95 Personen ist die Landschaft und Natur ein entscheidender Grund, warum sie gerne in Sachsen-Anhalt leben. Ausdrücklich wird der Harz einige Male hervorgehoben. Ferner wird die Ländlichkeit und die Ruhe geschätzt, die das Land bietet ($n = 50$). Auch die Menschen und deren Mentalität zählen zu den Gründen, die Sachsen-Anhalt in den Augen der Befragten lebenswert machen ($n = 76$). Rationale Gründe, die angegeben werden, sind die Arbeit bzw. der Beruf, Eigentum bzw. Hausbesitz oder die Infrastruktur. Einige wenige ($n = 6$) verweisen auf die „gute“ Regierung bzw. die politischen Verhältnisse.

Abb. 5 Gründe, die für Sachsen-Anhalt sprechen (Angaben: Häufigkeiten)

Quelle: Eigene Auswertungen.

Von der Minderheit der Befragten, die lieber in einem anderen deutschen Bundesland leben würden, nannte die Hälfte ein westdeutsches Bundesland, 44 Prozent eines der vier anderen ostdeutschen Bundesländer und 6 Prozent führten Berlin an. Die drei am häufigsten genannten Bundesländer, denen Umzugswillige gegenüber Sachsen-Anhalt den Vorzug geben würden, sind Mecklenburg-Vorpommern, Bayern und Sachsen. Wenige können sich auch vorstellen, in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg oder Schleswig-Holstein zu leben.

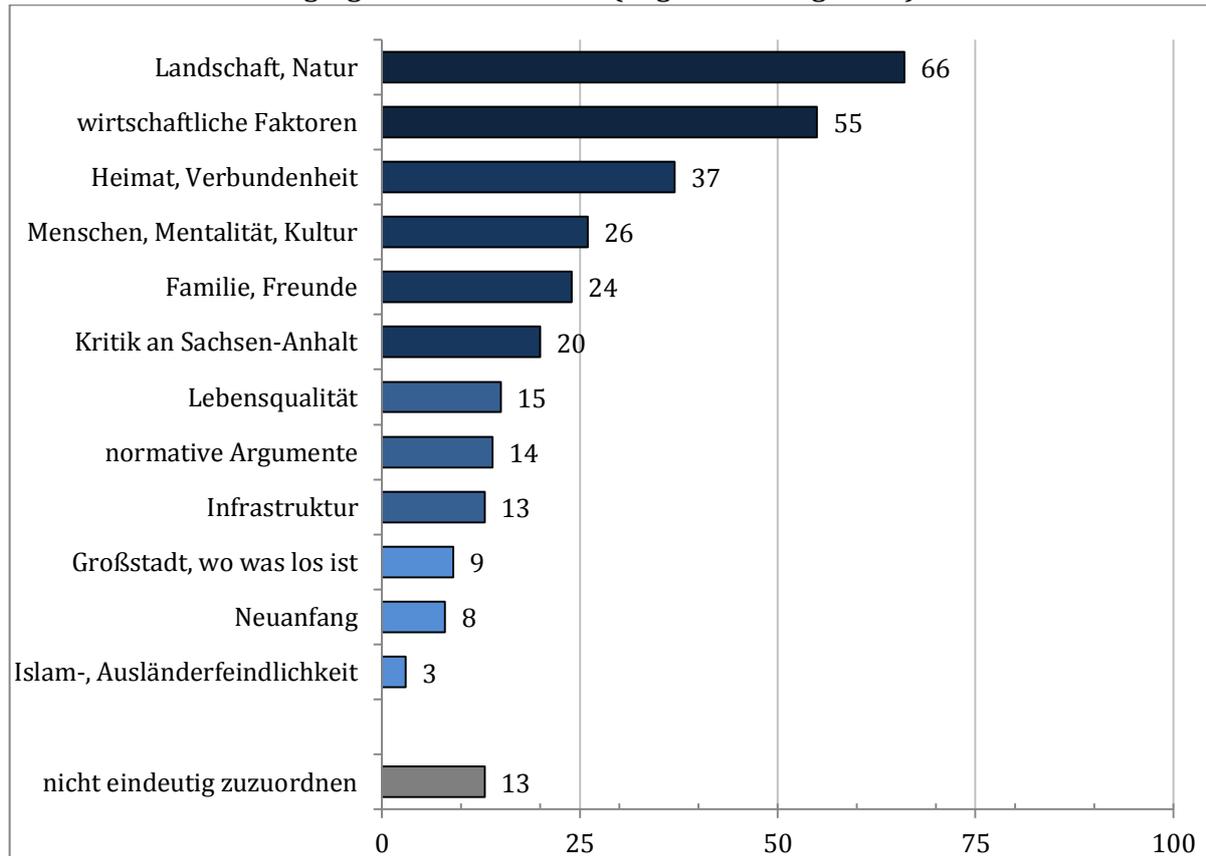
Die Gründe, die angeführt werden, warum Befragte lieber in einem anderen Bundesland leben würden, sind vielfältig (vgl. Abb. 6). Generell gleichen sie aber denen, die aus Sicht der Bürger umgekehrt *für* ein Leben in Sachsen-Anhalt sprechen – wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung. Der am häufigsten genannte Grund für einen Wegzug ist Landschaft und Natur ($n = 66$). Mehrfach wird ferner die gewünschte Nähe zum Meer, zum Wasser, zur Ostsee, aber auch zu den Bergen angeführt. Auch die Verbundenheit mit einem anderen Bundesland ($n = 37$), in dem man geboren bzw. aufgewachsen ist oder Familie und Freunde hat ($n = 24$), sind ausschlaggebend für die Bereitschaft, Sachsen-Anhalt zu verlassen. Manche finden es auch einfach woanders schön ($n = 14$).

Der zweithäufigste Grund, der von Umzugswilligen genannt wird, sind wirtschaftliche Motive ($n = 55$). Dabei geht es den meisten Befragten um bessere Arbeitsmöglichkeiten, bessere Berufsperspektiven, bessere Bezahlung oder schlichtweg um mehr

Chancen. Für andere ist die Infrastruktur (n= 13) und die Lebensqualität (n = 15) in einem anderen Bundesland ausschlaggebend. Einige gaben an, dass sie lieber in einer Großstadt mit mehr „Events“ leben möchten (n = 9). Vereinzelt wird auch ein Neuanfang gewünscht (n = 8).

Konkrete Kritikpunkte an Sachsen-Anhalt nennen 21 Personen für ihren Umzugs-willen. Negativ werden u. a. der Politikstil, die Infrastruktur, die Entwicklung, aber auch die Menschen in Sachsen-Anhalt wahrgenommen.

Abb. 6 Gründe für Wegzug aus Sachsen-Anhalt (Angaben: Häufigkeiten)



Quelle: Eigene Auswertungen.

3.2 Sachsen-Anhalt – ein von der Bevölkerung gezeichnetes Porträt des Landes

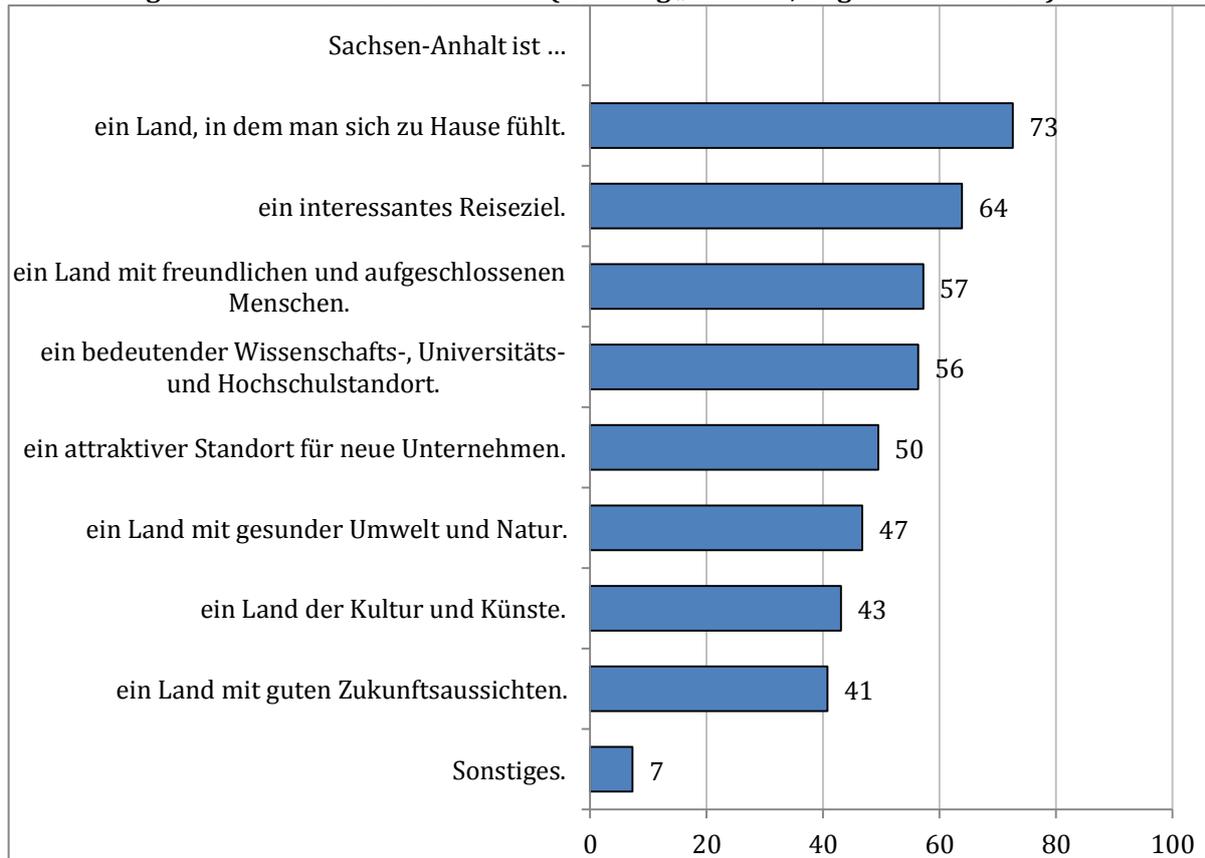
Das Bild, das die Bürger von ihrem Land zeichnen, prägt zum Teil auch die Außenwahrnehmung eines Bundeslandes und ist folglich ein nicht unbedeutender Faktor für die touristische Vermarktung. Außerdem stellt das Image eines Bundeslandes einen weichen Standortfaktor dar, der sich auf die Entscheidung von Investoren, Gewerbetreibenden und von Personen auswirkt, sich im Land anzusiedeln bzw. dort zu investieren. Daher ist es wichtig zu erfahren, welches Bild die Sachsen-Anhalter von ihrem Land haben. Anhand verschiedener vorgegebener Eigenschaften des Bundeslandes kann beschrieben werden, wie die Bürger ihr Land wahrnehmen. Bei der Befragung

2020 sollten die Befragten zu acht Zuschreibungen angeben, ob die jeweilige Aussage ihrer Meinung nach auf Sachsen-Anhalt zutrifft oder nicht.

In den Augen von fast drei Viertel der Bürger ist Sachsen-Anhalt vor allem „ein Land, in dem man sich zu Hause fühlt“ (vgl. Abb. 7). Dies deckt sich mit den Angaben auf die offene Frage, warum die Befragten gerne in Sachsen-Anhalt leben, und belegt die Beliebtheit des Landes unter seinen Bewohnern. Für 64 Prozent der Sachsen-Anhalter stellt ihr Bundesland „ein interessantes Reiseziel“ für auswärtige Besucher dar. Damit einher geht die Meinung von 56 Prozent der Befragten, dass Sachsen-Anhalt „ein bedeutender Wissenschafts-, Universitäts- und Hochschulstandort“ ist. 43 Prozent wissen insbesondere Kultur und Künste zu schätzen. Folglich gründet das Image von Sachsen-Anhalt aus Bürgersicht einerseits auf einer positiven affektiven Verbundenheit zum Land und andererseits auf der Attraktivität als Reiseziel sowie als Wissenschafts-, Hochschul- und Kulturstandort. Ergänzt wird dieses Bild um den Eindruck, dass in Sachsen-Anhalt freundliche und aufgeschlossene Menschen leben (57 Prozent).

Geteilter Meinung ist die Bevölkerung bezüglich der Aussage, Sachsen-Anhalt sei „ein attraktiver Standort für neue Unternehmen“. Während die eine Hälfte der Befragten diese Aussage für zutreffend hält, trifft sie für die andere Hälfte nicht zu. Gute Zukunftsaussichten werden dem Land nur von 41 Prozent attestiert. Ebenso bestätigt nur knapp die Hälfte der Befragten (47 Prozent), dass Sachsen-Anhalt „ein Land mit gesunder Umwelt und Natur“ sei.

Generell bestehen deutliche Zusammenhänge zwischen dem Gefühl einer Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt und der Zustimmung zu einzelnen Eigenschaftsmerkmalen des Landes. Das heißt, dass diejenigen Befragten, die sich stärker mit Sachsen-Anhalt verbunden fühlen, über alle Aussagen hinweg der Meinung sind, dass die positiven Beschreibungen auf Sachsen-Anhalt tendenziell zutreffen. Dies gilt in besonderem Maß für das Heimatgefühl.

Abb. 7 Eigenschaften von Sachsen-Anhalt (Nennung „trifft zu“; Angaben in Prozent)

Quelle: Eigene Berechnungen.

3.3 Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und künftigen Entwicklung

2019 lag die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt bei 7,1 Prozent.¹⁶ Damit ist diese Quote im Vergleich zu den Jahren zwischen 1997 und 2005, wo sie knapp über 20 Prozent betrug, kontinuierlich zurückgegangen.¹⁷ Allerdings liegt Sachsen-Anhalt im Bundesländervergleich auf dem viertletzten Platz vor Bremen, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Auch im ostdeutschen Vergleich schneidet Sachsen-Anhalt unterdurchschnittlich ab. Durch die Einschränkungen der Corona-Pandemie ist zudem seit Mitte März 2020 ein Negativtrend bei der Anzahl der Erwerbstätigen zu beobachten.¹⁸ Ebenso stellt die Langzeitarbeitslosigkeit nach wie vor ein Problem dar.¹⁹ Zwar erzielte Sachsen-Anhalt das sechste Jahr in Folge ein positives Wirtschaftswachstum, allerdings war dieses im Vergleich zu Deutschland und zu den anderen neuen Bundesländern im

¹⁶ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2192/umfrage/durchschnittliche-arbeitslosenquote-nach-bundeslaendern/>. Zugegriffen am 23.10.2020.

¹⁷ http://www.khd-research.net/Docs/BAfA_Arbeitslose_1991-2007.pdf. Zugegriffen am 23.10.2020.

¹⁸ <https://hallespektrum.de/kurznachrichten/erwerbstaetigkeit-im-ii-quartal-2020-stark-gesunken/383543/>. Zugegriffen am 23.10.2020.

¹⁹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/436244/umfrage/anteil-der-langzeitarbeitslosen-in-den-bundeslaendern-in-deutschland/>. Zugegriffen am 23.10.2020.

gleichen Zeitraum geringer ausgeprägt.²⁰ Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Bürger Sachsen-Anhalts die wirtschaftliche Lage ihres Bundeslandes sowie ihre eigene wirtschaftliche Lage wahrnehmen.

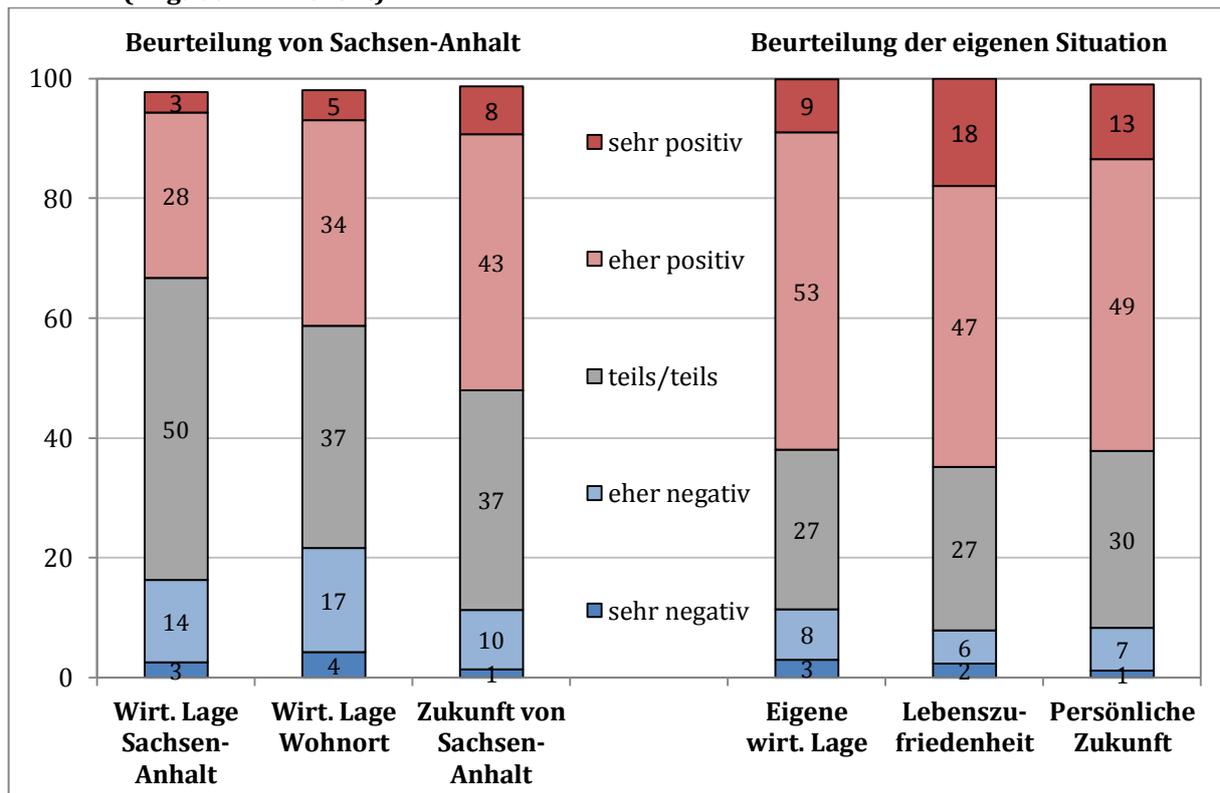
Im Durchschnitt schätzen die Sachsen-Anhalter die wirtschaftliche Lage im Land als mittelmäßig ein (vgl. Abb. 8). Jeder zweite Befragte ist geteilter Meinung, 31 Prozent stufen die ökonomischen Gegebenheiten als sehr gut oder gut ein und 17 Prozent meinen, es sei schlecht oder sehr schlecht um die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt bestellt. Auch bezüglich der Wirtschaftskraft des Wohnorts halten sich bessere und schlechtere Beurteilungen im Schnitt die Waage (Mittelwert von 0,02). Allerdings ist das Meinungsbild hier stärker polarisiert, was an der weniger stark besetzten teils/teils-Kategorie und den häufiger vertretenen Positiv- und Negativurteilen erkennbar wird. Während 39 Prozent die lokale Wirtschaftskraft als (sehr) gut einstufen, beurteilten sie 21 Prozent als (sehr) schlecht. Verhältnismäßig optimistisch äußern sich die Befragten, wenn es um die Zukunft von Sachsen-Anhalt geht. Immerhin die Hälfte der Bürger glaubt, das Land werde sich positiv entwickeln. Dies ist ein Zuwachs von 8 Prozentpunkten im Vergleich zu 2018.

Ihre eigene wirtschaftliche Situation bewertet die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt, wie bereits in den Vorjahren, optimistischer als die allgemeine ökonomische Lage im Land und am Wohnort (vgl. Abb. 8). Dies ist durchaus nachvollziehbar. Jemand kann gut bezahlte Arbeit haben und die eigene ökonomische Situation infolgedessen als auskömmlich bewerten. Aufgrund von Informationen über schwaches Wirtschaftswachstum, Fachkräftemangel oder Firmeninsolvenzen in Sachsen-Anhalt kann dieselbe Person jedoch den Eindruck gewinnen, dass es um die gesamtwirtschaftliche Lage eher negativ bestellt ist.²¹ 62 Prozent der Befragten nehmen ihre derzeitige persönliche Wirtschaftslage als gut wahr. Neun Prozent schätzen sie sogar als sehr gut ein. Das ist ein geringfügiger Rückgang um vier Prozentpunkte im Vergleich zu 2018. Jeder Zehnte ist aktuell mit der eigenen wirtschaftlichen Lage unzufrieden.

20 <https://hallespektrum.de/nachrichten/die-wirtschaft-bevor-corona-kam-positives-wachstum-in-sachsen-anhalt-2019/372088/>. Zugegriffen am 23.10.2020; Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2020, S. 258.

21 Wenzel, E. (2006): „Sozial ist, was Arbeit schafft“? Einstellungen zur Wirtschaftslage und sozialen Gerechtigkeit in Deutschland. In: Falter, J. W. u.a. (Hrsg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. München: C.H. Beck, S. 37-56.

Abb. 8 Wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit in Gegenwart und Zukunft (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Die Lebenszufriedenheit wird von den Sachsen-Anhaltern etwas besser eingeschätzt als die eigene wirtschaftliche Lage (vgl. Abb. 8). Bei der Frage nach der Lebenszufriedenheit werden die Befragten gebeten, selbst ihre allgemeine Lebenslage über einen längeren Zeitraum zu beurteilen. Die individuelle Bewertung schließt verschiedene Bereiche wie Partnerschaft, Freunde, Beruf, Gesundheit etc. ein und sollte – so die Theorie – nicht nur von Gefühlen bestimmt sein.²² In Sachsen-Anhalt sind gegenwärtig 18 Prozent der Bürger sehr zufrieden mit ihrer Lebenssituation, und weitere 47 Prozent geben an, eher zufrieden zu sein. Im Vergleich zu 2018 ist auch hier ein Rückgang, konkret von 5 Prozentpunkten, zu verzeichnen. Lediglich 8 Prozent der Befragten äußern sich unzufrieden über die Lebensbedingungen in ihrem Umfeld.

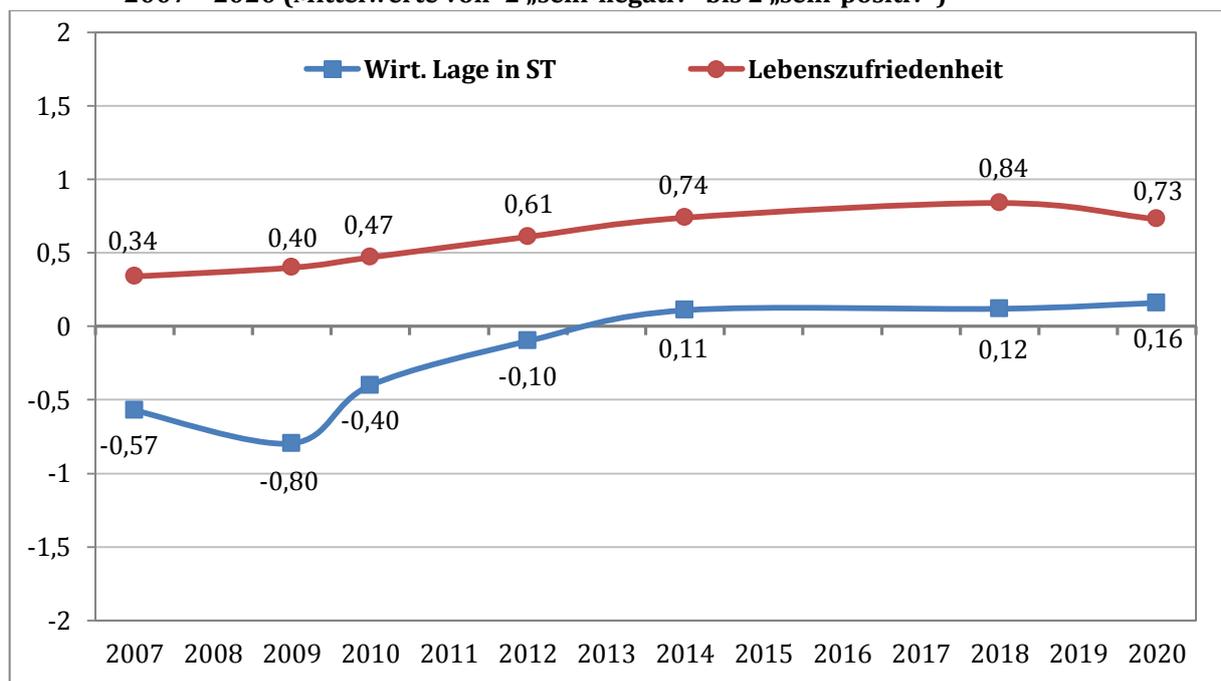
Richtet man den Blick auf die Einschätzung der persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt, zeigt sich abermals, dass die eigene Zukunft im Land von den Befragten positiver bewertet wird als die Zukunft des Landes allgemein (vgl. Abb. 8). Fast zwei Drittel der Sachsen-Anhalter sehen ihre persönliche Zukunft im Land zuversichtlich. Allerdings ist auch hier ein leichter Rückgang bei den positiven Beurteilungen verglichen mit 2018 zu verzeichnen (minus 8 Prozentpunkte). Der Anteil derjenigen, die ihre persönliche Zukunft im Land negativ bewerten (8 Prozent), ist gegenüber 2018 nahezu unverändert geblieben.

²² Asendorpf, J. B./Neyer, F. J. (2012): Psychologie der Persönlichkeit. Berlin, Heidelberg: Springer, Kapitel 4.

Im längerfristigen Zeitverlauf hat sich die wirtschaftliche Situation Sachsen-Anhalts in der Wahrnehmung seiner Bürger zwischen 2009 und 2020 kontinuierlich verbessert (vgl. Abb. 9). Wurde 2009 noch ein im Durchschnitt eher negatives Lagebild gezeichnet (-0,80 auf einer Skala von -2 bis +2), wird die Situation seit 2014 geringfügig positiv beurteilt. Und im September 2020 hat sich die Einschätzung abermals leicht verbessert.

Die Beurteilung der Lebenszufriedenheit (vgl. Abb. 9), der eigenen wirtschaftlichen Lage und der persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt hat sich hingegen innerhalb der letzten zwei Jahre leicht verschlechtert. Während sich die Lebenszufriedenheit in der Wahrnehmung der Bürger zwischen 2007 und 2018 kontinuierlich verbessert hatte, ist sie seitdem erstmals leicht rückläufig (-0,11). Auch die eigene wirtschaftliche Situation und die persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt hatten sich in den Augen der Befragten seit 2010 positiv entwickelt und werden 2020 schlechter als bei der vorherigen Erhebung beurteilt. Am deutlichsten fällt der Rückgang im Vergleich zu 2018 bei der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage aus (-0,24). Für diese situative Eintrübung im langjährigen Bild der Daten könnten pandemiebedingte persönliche und wirtschaftliche Sorgen der Grund sein.

Abb. 9 Wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt und Lebenszufriedenheit im Zeitverlauf, 2007 – 2020 (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis 2 „sehr positiv“)



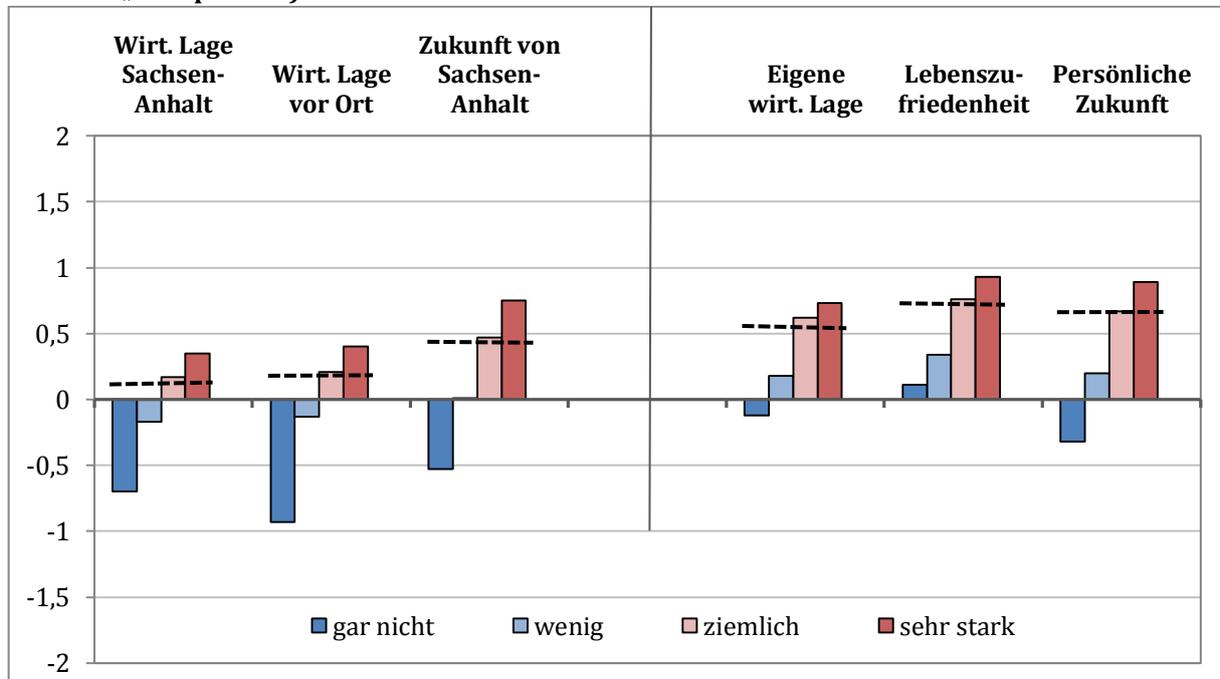
Quellen: SAM 2007 – 2020

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und der Zukunft – sowohl der von Sachsen-Anhalt als auch der eigenen – hängt mit anderen Einstellungsvariablen zusammen. Hierzu zählen die Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt und dem Wohnort, das Institutionenvertrauen und Gerechtigkeitsvorstellungen.

Im Hinblick auf die Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt lässt sich beobachten: Je stärker die Verbundenheit zu Sachsen-Anhalt ausgeprägt ist, desto positiver werden

die Wirtschaftskraft in und die Zukunft von Sachsen-Anhalt sowie die eigene Wirtschaftslage und Zukunft beurteilt (vgl. Abb. 10). Gleiches gilt für die Verbundenheit mit dem Wohnort.

Abb. 10 Einschätzung Wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit in Gegenwart und Zukunft nach Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt * (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



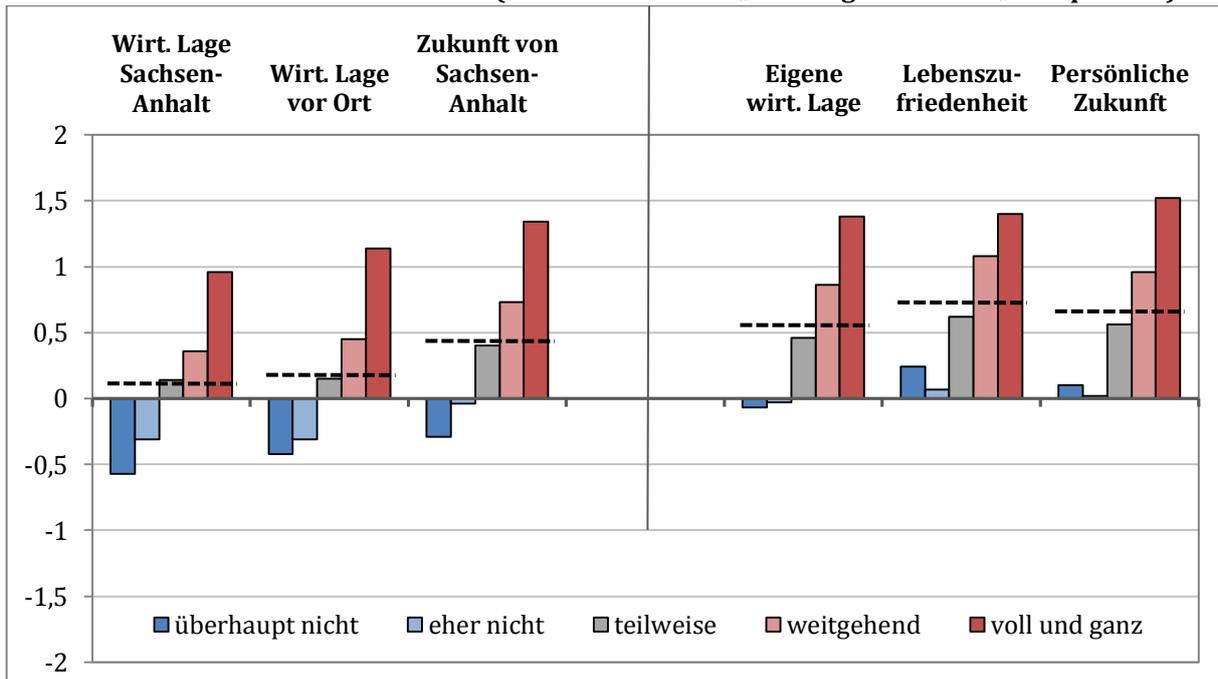
*Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Noch deutlicher als bei der Verbundenheit mit dem Land tritt der Zusammenhang beim Institutionenvertrauen zutage: Je größer das generelle Vertrauen in parteien- und rechtsstaatliche Institutionen auf verschiedenen politischen Systemebenen ist, desto positiver fällt die Bewertung der Wirtschaftskraft und Zukunft Sachsens-Anhalts sowie diejenige der eigenen Wirtschaftslage, Lebenszufriedenheit und der persönlichen Zukunft im Land aus (vgl. Abb. 11).

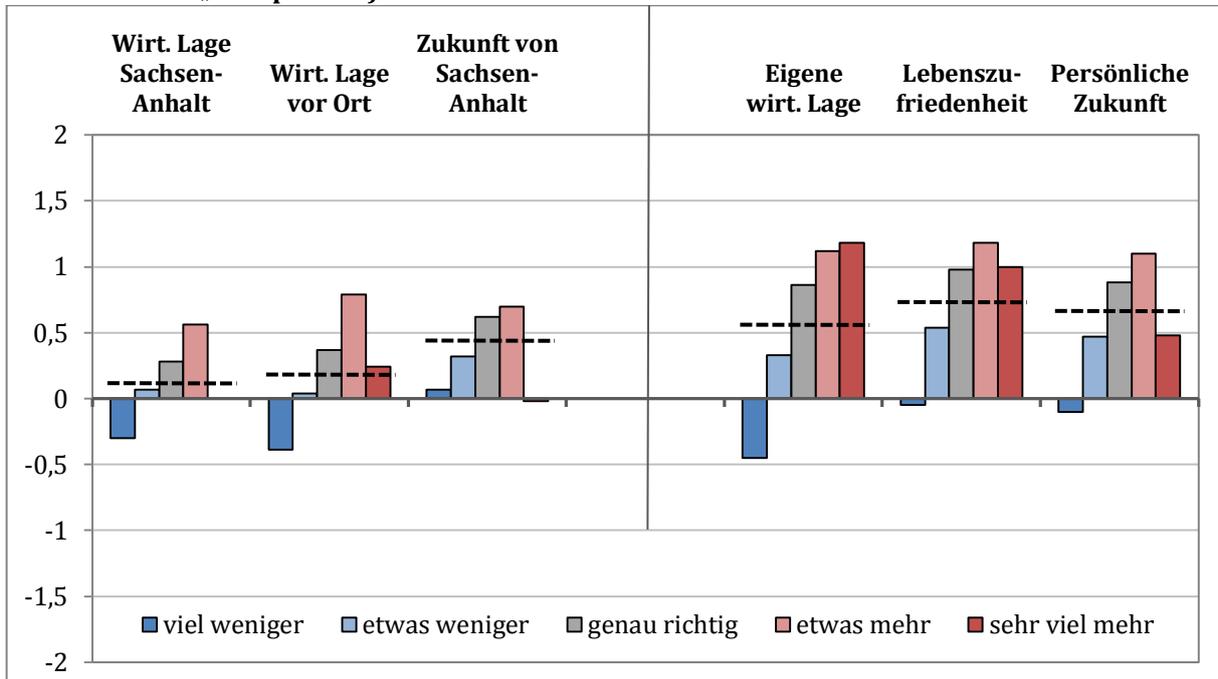
Ebenso unterscheidet sich das Urteil der Befragten je nach Gerechtigkeitsvorstellung. Dabei gilt: Je stärker jemand davon überzeugt ist, seinen gerechten Anteil zu erhalten, desto positiver werden die gesamtgesellschaftliche Wirtschaftslage und die individuelle Lebenssituation wahrgenommen. Besonders deutlich tritt dieser Zusammenhang bei der Beurteilung der eigenen Person zutage (vgl. Abb. 12).

Abb. 11 Einschätzung Wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit in Gegenwart und Zukunft nach Institutionenvertrauen * (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



*Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Abb. 12 Einschätzung Wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit in Gegenwart und Zukunft nach Beurteilung des persönlich gerechten Anteils * (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



*Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Ein klarer Zusammenhang besteht auch zwischen den Parteipräferenzen der Befragten und der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der Zukunft Sachsen-Anhalts einerseits sowie den eigenen Lebenschancen andererseits (vgl. Tab. 4). Generell ist fest-

zuhalten, dass Anhänger der AfD die wirtschaftliche Lage von Sachsen-Anhalt sowie des Wohnorts, die Zukunft des Landes, aber auch die eigene wirtschaftliche Situation, ihre Lebenszufriedenheit und ihre Zukunft in Sachsen-Anhalt am schlechtesten beurteilen. Im Gegensatz dazu bewerten Anhänger von CDU und SPD diese Umstände am besten bzw. zweitbesten.

Verglichen mit 2018 fällt auf, dass die Einschätzungen der Anhänger der Grünen tendenziell schlechter ausfallen. Lag das Urteil der Grünen-Anhänger 2018 bezüglich der Wirtschaftssituation sowie der Zukunfts- und Lebenschancen noch im Durchschnitt oder war überdurchschnittlich ausgeprägt, sind die Bewertungen 2020 durchschnittlich oder unterdurchschnittlich. Das Meinungsbild von Anhängern der Linken fällt dagegen etwas positiver als vor zwei Jahren aus.

Tab. 4 Einschätzung Wirtschaftliche Lage, Lebenszufriedenheit und Zukunft nach Parteipräferenz (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)

	Sachsen-Anhalt (Ø)	Parteipräferenz						
		CDU	AfD	Linke	SPD	Grüne	FDP	Sonst.
Wirt. Lage Sachsen-Anh.*	0,20	0,32	-0,17	0,28	0,32	0,09	0,05	0,10
Wirt. Lage Wohnort*	0,21	0,33	-0,09	0,18	0,39	0,21	-0,02	0,10
Zukunft Sachsen-Anh.*	0,50	0,70	0,11	0,48	0,64	0,36	0,41	0,41
Eigene wirt. Lage*	0,62	0,89	0,12	0,60	0,76	0,49	0,55	0,22
Lebenszufriedenheit*	0,81	1,13	0,23	0,64	0,97	0,80	0,85	0,57
Pers. Zukunft in Sachsen-A.*	0,70	0,88	0,24	0,68	0,88	0,69	0,62	0,42

Anmerkung: blau = negativste Beurteilung, rot = positivste Beurteilung. Falls sich die negativste bzw. positivste Beurteilung im Durchschnitt nur geringfügig von der zweitnegativsten bzw. zweitpositivsten Beurteilung unterscheidet, ist diese hellblau oder hellrot markiert.

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

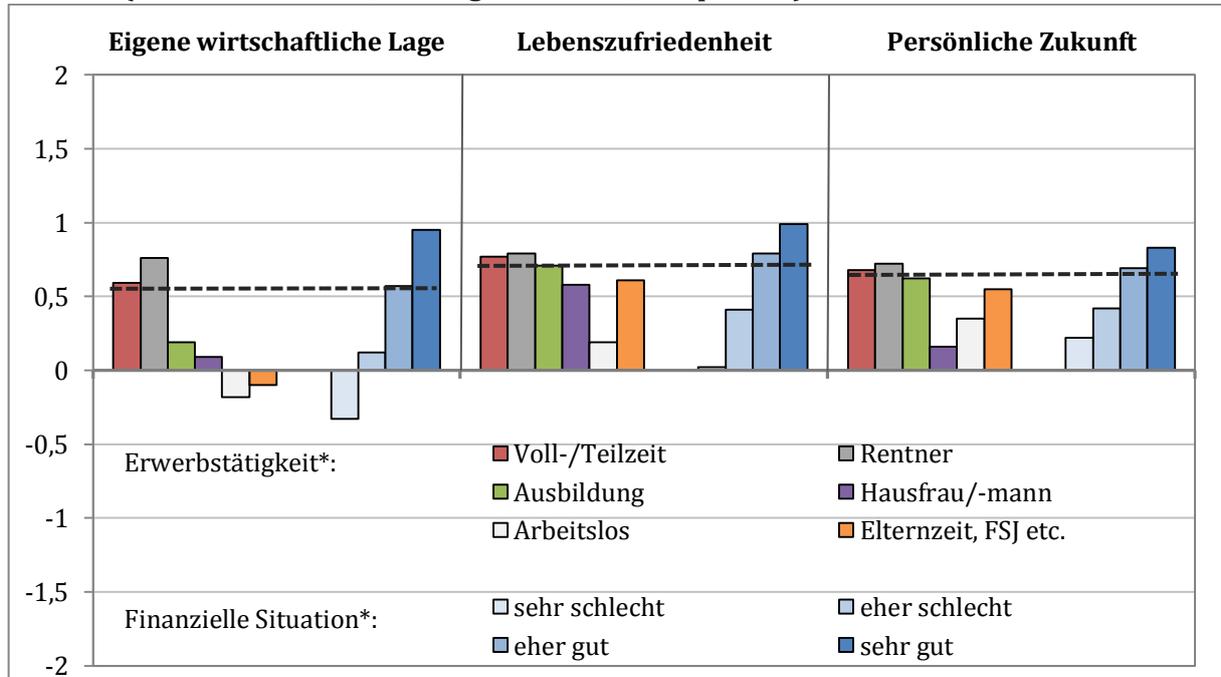
Abkürzungen: Min. = Minimum, Max. = Maximum.

Während soziodemographische Merkmale auf die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt und des Wohnortes sowie der Zukunft des Landes keinen relevanten Einfluss ausüben, lassen sich bei der Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage und Zukunft sowie der Lebenszufriedenheit klare Zusammenhänge feststellen. Dies gilt insbesondere für materielle Ressourcen der Person selbst, wie die Erwerbstätigkeit und die finanzielle Situation.

In Bezug auf die Erwerbstätigkeit zeigt sich, dass allen voran Rentner gefolgt von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten, mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage, ihrem Leben und ihrer persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt am zufriedensten sind. Im Gegensatz dazu schätzen Arbeitslose ihre wirtschaftliche Situation am schlechtesten ein; sie sind mit großem Abstand am wenigsten zufrieden mit ihrer Lebenslage und blicken weder positiv noch negativ in die Zukunft. Noch weniger erwarten lediglich Hausfrauen und -männer von ihrer Zukunft in Sachsen-Anhalt. Ähnlich wie Arbeitslose beurteilen auch Personen in Elternzeit oder Befragte, die ein Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr absolvieren, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse leicht negativ.

Was die Vermögensbildung und Schuldensituation betrifft, gilt: Je besser die finanzielle Situation einer Person ist, desto zufriedener ist sie mit ihrer wirtschaftlichen Lage und Lebenssituation und desto optimistischer sieht sie ihrer persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt entgegen (vgl. Abb. 13).

Abb. 13 Einschätzung eigene wirtschaftliche Lage, Lebenszufriedenheit und persönliche Zukunft nach Erwerbstätigkeit und finanzieller Situation (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

4 30 Jahre Deutsche Einheit – eine Bilanz

4.1 Die Deutsche Einheit – Gewinn oder Verlust?

Im Monitor 2009 wurde anlässlich der 20. Wiederkehr des Datums des Systemumbruchs von 1989/90, folgende „Frage zur deutschen Einheit“ gestellt: „Würden Sie sagen, dass für Ostdeutschland alles in allem eher die Vorteile oder die Nachteile überwiegen?“ – Schon seinerzeit sah die Landesbevölkerung mehrheitlich Vorzüge: Für 53 Prozent überwogen die Vorteile der Einigung, für etwa jeden dritten Befragten die Nachteile (35 Prozent). 10 Prozent mochten sich nicht eindeutig entscheiden.²³

Die Einschätzung zeigte damals einen klaren Zusammenhang mit dem Grad formaler Bildung: Für Hauptschulabsolventen überwogen die Nachteile, Befragte mit Real- schulabschluss und insbesondere mit Abitur sahen die Bilanz der Einheit überwiegend positiv. Ein klar aufsteigender bzw. absteigender Alterseffekt war nicht erkennbar: In der jüngsten Altersgruppe (18 – 24 Jahre) dominierte die negative Sicht (50 Prozent). Die mit Abstand häufigste positive Sichtweise (63 Prozent) wurde unter 35- bis 44-Jährigen eingenommen.²⁴

Bemerkenswert ist im Rückblick dieses Meinungsbild deshalb, weil es vor dem Hintergrund der 2008 einbrechenden und 2009 voll entfalteten globalen Wirtschafts- und Finanzkrise erfolgte. Nur noch 19 Prozent schätzten 2009 die Wirtschaftslage in Sachsen-Anhalt als gut bzw. sehr gut ein, das waren 10 Prozentpunktweniger als zwei Jahre zuvor. Der in der Literatur so apostrophierte *doppelte Transformationsschock* – auf die Strukturbrüche der frühen 1990er Jahre folgten 2008/2009 abermals krisenhafte Verwerfungen im öffentlichen und privaten Leben im Gefolge des kollabierenden Bankensystems – hatte offenbar keine unmittelbaren und massiv negativen Auswirkungen auf die persönliche Bewertung der Wiedervereinigung. Im Vergleich zu 2007 blieb 2009 die Zahl der gefühlten Einigungsgewinner unverändert.

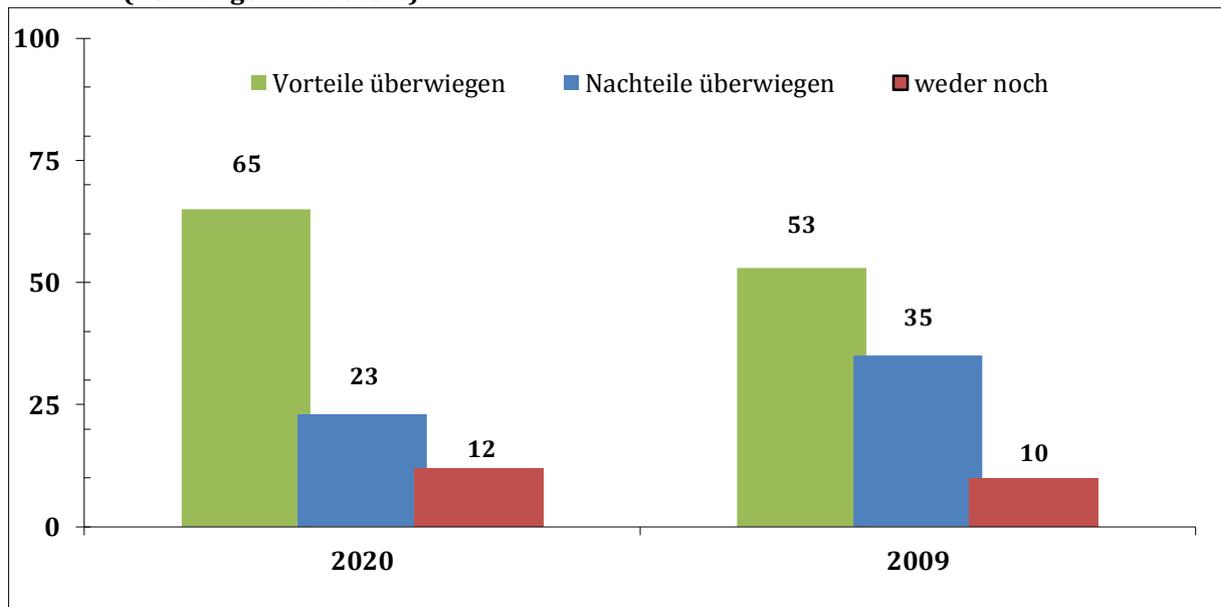
Gut ein Jahrzehnt, genau elf Jahre später und 30 Jahre nach Überwindung der deutschen Teilung, hat sich die positive Bewertung der Einigung erkennbar gefestigt. Gegenwärtig sehen 65 Prozent mehr Vorteile und nur knapp 23 Prozent überwiegend Nachteile. Unentschieden sind ca. 12 Prozent (Abb. 14). Die positiven und negativen Einschätzungen liegen im Bereich von für Ostdeutschland in anderen vergleichbaren Umfragen gemessenen Werten.²⁵

23 Vgl. Sachsen-Anhalt-Monitor 2009. Werte und politisches Bewusstsein 20 Jahre nach dem Systemumbruch, verfasst von Everhard Holtmann, Tobias Jaeck, Kerstin Völkl, Halle 2009, S. 76.

24 Ebenda.

25 ARD-DeutschlandTrend November 2019: 60 % Vorteile, 15 % Nachteile – Forschungsgruppe Wahlen Juni/Juli 2019: Die Einigung halten 30% für „gelungen“ und 11% für „nicht gelungen“. 58% meinten „teils/teils“ (FGW, 30 Jahre Mauerfall).

**Abb. 14 Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung
(Nennungen in Prozent)**



Quelle: Eigene Berechnungen

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Mit höherem Bildungsgrad und steigendem Einkommen (nicht abgebildet) wächst der Anteil derer, die Ostdeutschland auf der Gewinnerseite der Einigung sehen (Tab. 6). Später nach Sachsen-Anhalt Zugezogene festigen die Majorität der positiven Stimmen.

**Tab. 5 Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung nach Alter und Schulabschluss
(Nennungen in Prozent)**

F. 28	Sachsen-Anhalt (Ø)		Alter in Jahren					Schulabschluss		
	2020	2009	18-29	30-39	40-49	45-65	>66	Haupt-schule	Real-schule	Abitur
Vorteile überwiegen	65	53	66	68	68	61	67	50	61	75
Nachteile überwiegen	23	35	26	21	21	28	18	31	26	16
Weder noch	12	10	9	11	11	11	15	19	13	9

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Eine mehrheitlich einheitsfreundliche Grundeinschätzung gibt es gegenwärtig auch unter den Anhängern *aller* Landesparteien. Allerdings wird dabei ein Gefälle erkennbar: Während zwischen gut 70 und über 80 Prozent derer, die mit CDU, SPD, Grünen oder FDP sympathisieren, der deutschen Einheit ein überwiegend gutes Zeugnis ausstellen, tun dies in der Anhängerschaft von AfD und Linkpartei nur jeweils wenig mehr als 50 Prozent (Tab. 6).

Tab. 6 Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung nach Parteisympathie (Nennungen in Prozent)

F. 15	Sachsen-Anhalt (Ø)		Parteisympathie						
	2020	2009	CDU	SPD	B'90Grüne	FDP	Linke	AfD	Nichtwähler
Vorteile überwiegen	65	53	81	78	82	72	52	53	45
Nachteile überwiegen	23	35	11	9	7	21	33	38	43
Weder noch	12	10	8	13	11	7	15	9	13

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

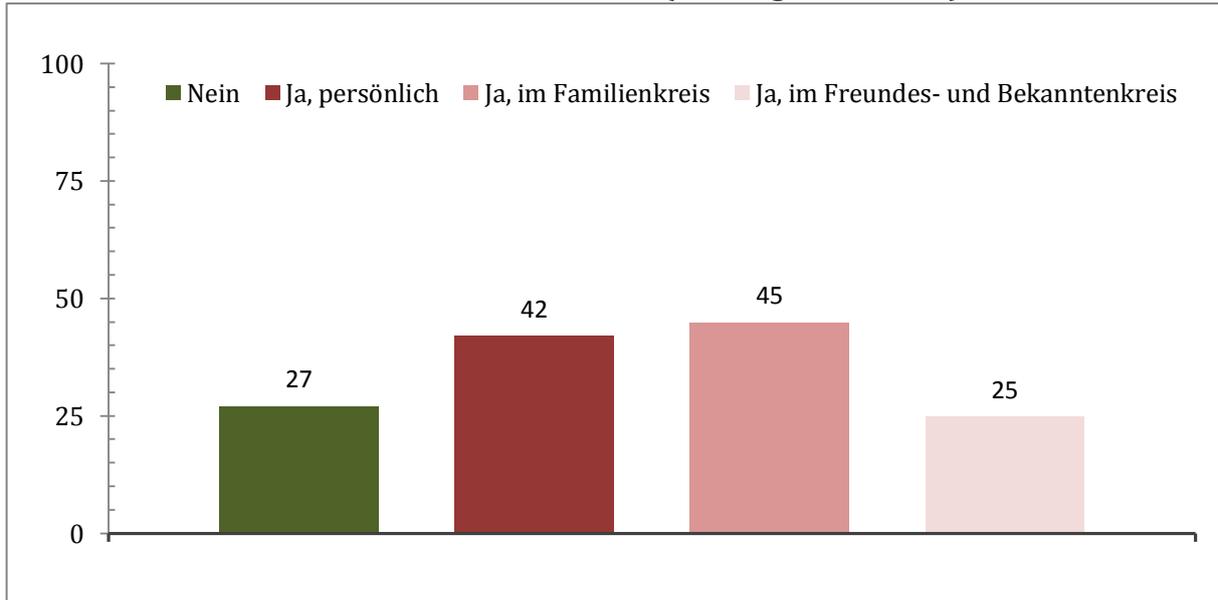
4.2 Doppelter Transformationsschock?

Die durch die Globalisierungskrise 2008/2009 ausgelösten Effekte des doppelten Transformationsschocks werden in der Literatur so beschrieben:

„Die Erfahrung unwägbarer Lebensrisiken, die Ostdeutsche nach dem Systemwechsel millionenfach hatten machen müssen, wurde erneut wachgerufen. Auf einmal erschien die nach 1990 mühsam zurückgewonnene Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen wieder in Frage gestellt. Zwar konnten in Deutschland dank flankierender sozialstaatlicher Leistungen, wie beispielsweise Kurzarbeit, materielle Einbußen weitgehend abgefedert werden. Das unterschwellige Gefühl unsicherer eigener Lebensaussichten erhielt jedoch im Osten Deutschlands wieder Auftrieb, und dieses Gefühl blieb dort auch nach dem Abflauen der Globalisierungskrise gegenwärtig, und zwar unter der Oberfläche einer materiell wie beruflich auskömmlichen Lebenslage.“²⁶

Die Schockeffekte sind demzufolge bestimmbar als eine langfristig wirksame psychologische Reaktion betroffener Personen, welche mit einer Lebenssituation erhöhter Unsicherheit konfrontiert waren oder immer noch sind. Solche biografisch eingeschriebenen Nachteilserfahrungen können sozial oder räumlich wachgehalten werden, also entweder durch persönliche Kontakte im näheren sozialen Umfeld oder aufgrund des Lebens in einem Ort oder Kreis, dessen wirtschaftliche und demografische Entwicklung stagniert bzw. rückläufig ist und der deshalb als problematisch wahrgenommen wird. Teil dieses Erklärungs-Szenarios ist die Annahme, dass sich solcherart untergründig fortwirkende Schockerfahrungen in eine pessimistische Lebenssicht und ein kritisch-distanziertes Verhältnis zur Politik übersetzen.

²⁶ Holtmann, Everhard (Hrsg.) 2019: Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt/New York, S. 121f.

Abb. 15 Betroffenheit von Transformationsschock²⁷ (Nennungen in Prozent)

Quelle: Eigene Berechnungen

Die Beantwortung der Frage, ob Befragte „persönlich oder Menschen in ihrem näheren Umfeld“ von den ökonomischen Herausforderungen nach 1990 betroffen waren, liefert einen ersten Anhaltspunkt, um die Transformationsschockthese zu überprüfen. Im Spiegel der aktuellen Daten verneint lediglich ein gutes Viertel der Bevölkerung (ca. 27 Prozent) eine derartige Betroffenheit (Abb. 15). Etwa gleich viele (rund 25 Prozent) kennen Betroffene in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis. Deutlich mehr Befragte sind es, die in eigener Person – das sind insgesamt 42 Prozent, darunter vorwiegend 50- bis 60-Jährige – und/oder in ihrer Familie bzw. Verwandtschaft – das sind rund 45 Prozent, hier häufiger in den Altersgruppen von 18 bis 49 Jahren – nachteilige finanzielle bzw. berufliche Folgen erfahren haben. Bei persönlich Betroffenen sind alle Einkommensgruppen etwa gleich vertreten, unter Familienangehörigen, Verwandten, Freunden und Bekannten finden sich deutlich häufiger Betroffene mit (vormals) höheren Einkommen und höherem Bildungsgrad, was auf erlebten beruflichen und sozialen Abstieg von Angehörigen der technischen Intelligenz und der staatlichen Dienstklasse der DDR hinweist. Die in der eigenen Erinnerung gespeicherte Krisenerfahrung beeinflusst auch die aktuelle Sympathie zu einer politischen Partei. Unter Anhängern der AfD und der Linkspartei sind persönlich Betroffene häufiger vertreten, gar nicht Betroffene hingegen seltener.

In der folgenden Abbildung (Abb. 16) ist die Gruppe der selbst bzw. im näheren persönlichen Umfeld Betroffenen nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen und Einstellungen aufgeschlüsselt. Männer sind in dieser Betroffenenengruppe nur leicht überrepräsentiert. Dies lässt sich als Bestätigung dafür lesen, dass die mit der ökonomischen

²⁷ Die genaue Fragestellung lautete: In den Jahren nach 1990 mussten die Menschen im Osten Deutschlands große Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt und in Ihrer persönlichen wirtschaftlichen Situation bestehen. Wie ist das bei Ihnen: Waren Sie persönlich oder Menschen in Ihrem näherem Umfeld von diesen Herausforderungen betroffen? (Frage 14)

mischen Transformationskrise einhergehenden Brüche in den Arbeitsbiografien in hohem Maße auch erwerbstätige Frauen betroffen haben. Wird eine besondere Einteilung nach Generationen herangezogen, die auf der unterschiedlichen Dauer der Sozialisation in der DDR basiert so zeigt sich hier: Die erste und die zweite Generation Ost, also die heute über 68-Jährigen sowie 46- bis 67-Jährigen, sehen sich überdurchschnittlich, zu knapp 50 bzw. 58 Prozent, betroffen. Nachwendekinder (unter 35 Jahren) signalisieren nur zu rund 11 Prozent persönliche Betroffenheit, was auf entsprechende Wahrnehmungen im Familien- oder Verwandtenkreis hinweist.

Unter den vom Transformationsschock persönlich Betroffenen sind Personen, die mit der deutschen Einheit eher Nachteile verbinden (ca. 51 Prozent), sowie „systemkritische Demokraten“ (zu dieser Typologie siehe Kapitel 7.3) mit ca. 56 Prozent überdurchschnittlich häufig vertreten. Auch wird die seitherige Entwicklung der Demokratie im Land mehrheitlich (von rund 47 Prozent) kritisch eingeschätzt. Ökonomische und soziale Verlust- und Abstiegserfahrungen, die während der ersten Transformationskrise der 1990er Jahre gemacht worden waren und sich in der zweiten Einbruchsphase von 2008/2009 zu wiederholen drohten, bewirken also eine anhaltend kritische bzw. skeptische Grundhaltung gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik. Unter den politischen Parteien werden in diesem Bevölkerungsteil der Partei die Linke und fast gleichauf der AfD die meisten Sympathien entgegengebracht.

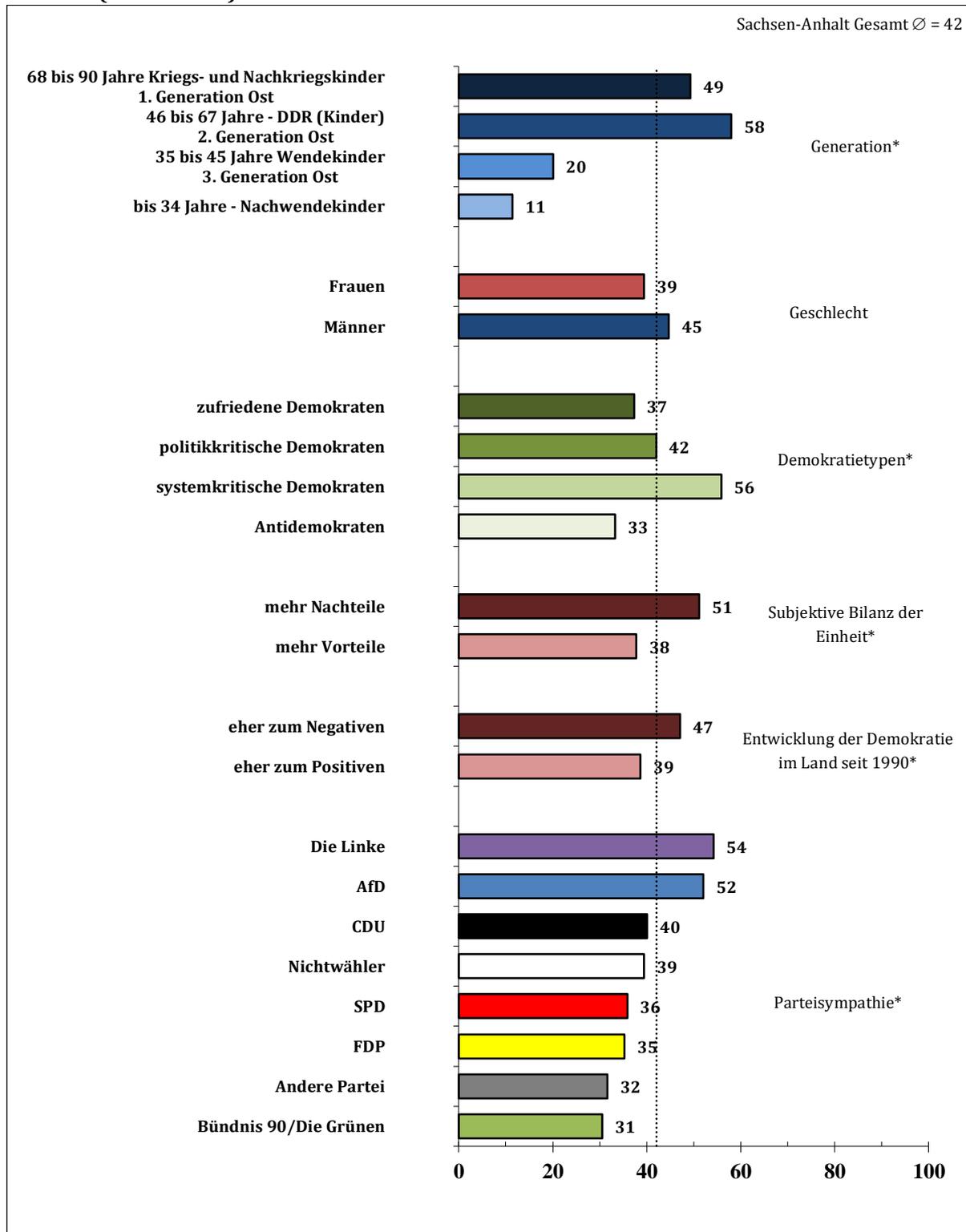
Andererseits ginge die Deutung fehl, vom doppelten Transformationsschock Betroffene seien im wiedervereinigten Deutschland ausnahmslos „nicht angekommen“. Denn die nachfolgende Abbildung (Abb. 16) zeigt auch, dass annähernd 40 Prozent derer, die persönliche Betroffenheit bezeugen, eine vorteilhafte Bilanz der Einheit ziehen und der Demokratie hierzulande eine positive Entwicklung bescheinigen. Persönliche Betroffenheit durch den Systemumbruch 1990 zementiert also nicht unabänderlich und für alle Zeit den Status eines gefühlten Einheitsverlierers.

Räumliche Einflüsse dahingehend, dass das transformationsbedingte Schockerlebnis in Distrikten, die unterschiedliche Strukturmerkmale aufweisen, unterschiedlich nachwirkt, sind in Sachsen-Anhalt systematisch nicht nachweisbar. Persönlich betroffen von der damaligen Wirtschafts- und Beschäftigungskrise zeigen sich nämlich in nach ihrer Bevölkerung schrumpfenden Gebieten weniger Befragte als in stagnierenden oder wachsenden Regionen des Landes (im Verhältnis ca. 33 zu ca. 38 zu ca. 50 Prozent). Möglicherweise ist dies ein später Ausdruck überdurchschnittlich hoher Abwanderung krisenbetroffener Personen seit den 1990er Jahren.

Zudem ist, wer in einer demografisch schrumpfenden Region lebt, der Politik gegenüber nicht eindeutig kritischer bzw. distanzierter eingestellt: Wohl sind hier erklärte Nichtwähler häufiger und auch die kritischen Stimmen zur bisherigen Entwicklung der Demokratie in Sachsen-Anhalt zahlreicher. Auch fällt das Vertrauen in die Bundes- und die Landesregierung niedriger aus. Andererseits entspricht hier die Zufriedenheit

mit der Demokratie dem Landesdurchschnitt, ebenso wie die Zahl derer, die überwiegend Vorteile der Einigung sehen (nicht abgebildet).²⁸

Abb. 16 Persönliche Betroffenheit von Transformationsschock nach verschiedenen Kriterien (Anteile in %)



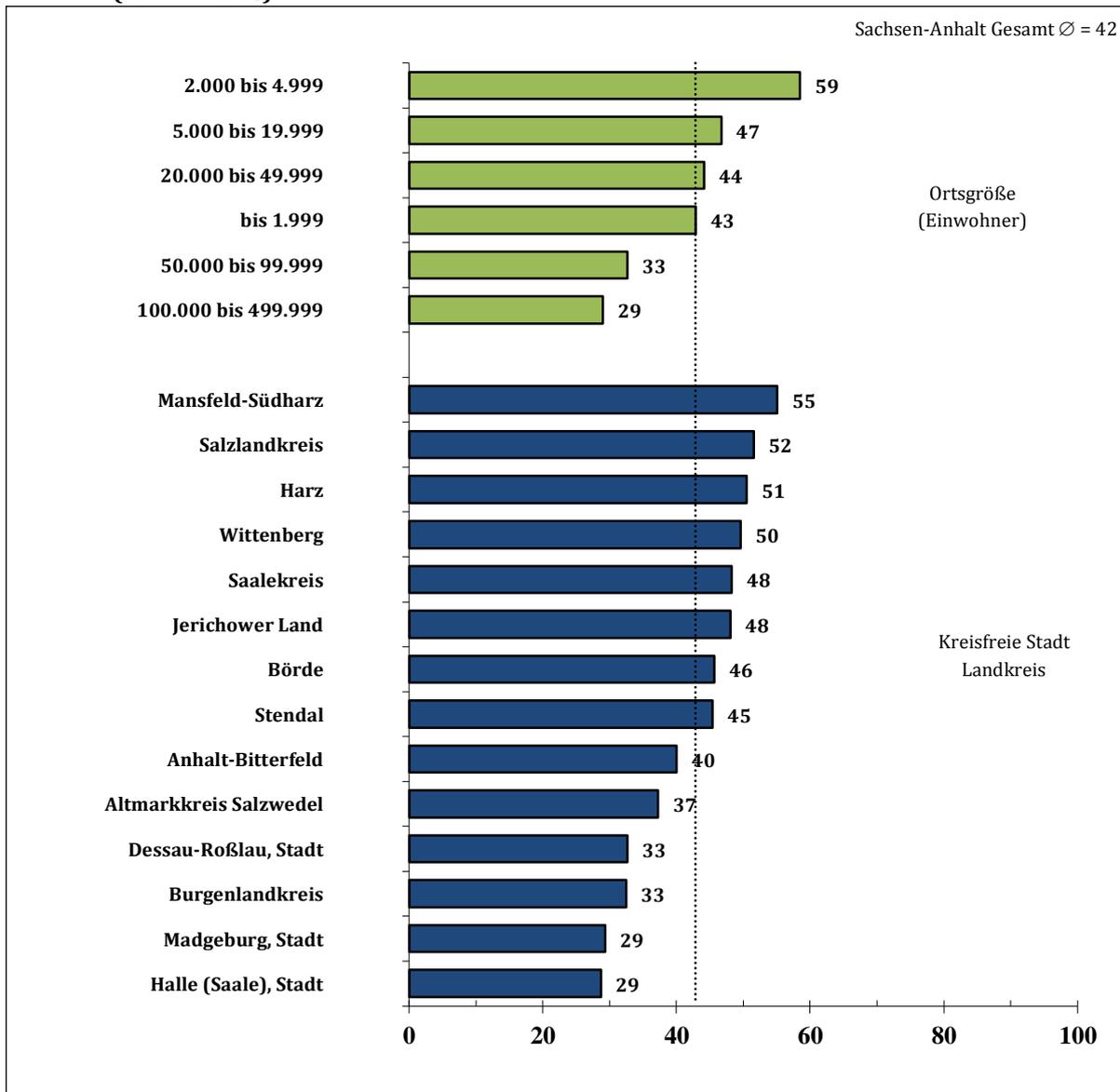
* Einflussfaktoren sind auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

²⁸ Zu berücksichtigen ist hier jedoch die geringe Fallzahl (n = 41).

Ein eindeutiges Muster, das bezüglich zentraler politischer Einstellungen eine Sonderstellung schrumpfender Regionen ausweist, wobei der Transformationschock gleichsam sozialräumlich konserviert wird, ist folglich nicht erkennbar.

Allerdings treten bei der Verteilung der transformationsbedingten persönlichen Betroffenheit durchaus regionale Unterschiede auf (Abb. 17). Am stärksten verdichtet ist Betroffenheit in Landgemeinden bis 5.000 Einwohnern, am schwächsten in den Ortsgrößenklassen größerer Städte und der Großstädte. Auf der Kreisebene differiert der Betroffenheitsgrad zwischen Mansfeld-Südharz (ca. 55 Prozent) und dem Burgenlandkreis (annähernd 33 Prozent).

Abb. 17 Persönliche Betroffenheit von Transformationschock nach Regionen und Ortsgrößen (Anteile in %)



Alle Einflussfaktoren sind auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

4.3 Drei Dimensionen eines DDR-Bildes

Welches Bild hegen 30 Jahre nach der Deutschen Einheit vom Oktober 1990 die Sachsen-Anhalter von der DDR? - Die retrospektiven Einschätzungen des Systemcharakters und der Lebensbedingungen in der DDR sind seit 2007 wiederholt Bestandteil des Sachsen-Anhalt-Monitors gewesen²⁹. Wie in den vorangegangenen Studien wurde den Befragten ein Fragenkatalog mit wertenden Aussagen vorgelegt, welche auf die Einschätzungen der Herrschaftspraxis der DDR, der Lebensbedingungen im real existierenden Sozialismus und des Sozialismus als Regierungsform abhebt.

Wie bisher schon, werden mit Hilfe von insgesamt 10 Fragen drei Dimensionen eines DDR-Bildes konstruiert und betrachtet:

- ❖ Sozialismus als Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung (1. Dimension)
- ❖ Lebenswelten in der DDR (2. Dimension)
- ❖ Bewertung der Herrschaftspraxis der DDR (3. Dimension)

Die drei Dimensionen jeweils durch mehrere Fragen repräsentiert. Der Anteil von Personen, welche die vorgelegten Aussagen nicht beantworten konnten oder wollten, ist über alle Altersgruppen hinweg und auch insgesamt sehr gering. Dies zeigt, dass die Fragen auch 30 Jahre nach dem Systemumbruch von Befragten noch valide eingeschätzt werden können. Allerdings ist nicht in allen Fragen ein direkter DDR-Bezug enthalten (vgl. Tab. 7).

Seit 2007 besteht für die Befragten mehrheitlich wenig Zweifel daran, dass es sich bei dem politischen System der DDR um eine Diktatur gehandelt hat. Dieser Aussage stimmt auch aktuell der überwiegende Teil (65 Prozent) der Bevölkerung zu, allerdings etwas weniger eindeutig als noch vor 6 Jahren. (ebenda). Im Mittel zeigt sich diese Einstellung seit 2007 aber weitgehend konstant.

Dass die DDR auch ein Unrechtsstaat war, ist nach wie vor nicht die Mehrheitsmeinung. Nur etwa 38 Prozent (-2 im Vergleich zu 2014) der Sachsen-Anhalter stimmen gegenwärtig dieser Aussage zu. Dieses gespaltene Meinungsbild über den Systemcharakter der DDR spiegelt die seit längerem öffentlich kontrovers geführte und derzeit im Rahmen der Jubiläen 30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit neu aufgelebte Debatte in Deutschland wider.³⁰

Das verbreitete Widerstreben, die DDR als Unrechtsstaat anzusehen, dürfte zum einen darin begründet sein, dass in der DDR nicht völlig rechtlose bzw. gesetzlose Zu-

29 Vgl. Fürnberg, O./Holtmann, E./Jaeck, T. (2007): Sachsen-Anhalt-Monitor und Holtmann, E./Jaeck, T./Völkl, K. (2009, 2012, 2014). Sachsen-Anhalt-Monitor.

30 Vgl. u.a. Holtmann, E. (2020): Die DDR ein Unrechtsstaat? <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47560/unrechtsstaat>; und Gaugele, J. (8. 10. 2019): <https://www.morgenpost.de/politik/article227291775/DDR-kein-Unrechtsstaat-Schwesig-und-Ramelow-sorgen-mit-Aeusserung-fuer-Wirbel.html>

stände geherrscht haben. In der Tat waren, wie in jeder Diktatur, auch in der DDR weite Teile des privaten und gesellschaftlichen Alltags gesetzlich geregelt. Zum anderen dient der gleichermaßen analytische wie politisch-normative Begriff Unrechtsstaat auch zur Kennzeichnung des nationalsozialistischen Regimes. Die Andeutung einer Gleichsetzung beider politischer Systeme durch den Begriff des Unrechtsstaats mag bei Ostdeutschen zusätzlich Vorbehalte gegen die Anwendung des Begriffs auf die DDR bestärken. Nach wie vor ist aber fast die Hälfte der Sachsen-Anhalter der Überzeugung, dass die DDR kein Rechtsstaat war. 44 Prozent, wie auch schon 2012 und 2014, befürworteten es hingegen, eine Verharmlosung von DDR-Unrecht unter Strafe zu stellen (Ebenda). Vor allem die älteren Generationen der „DDR- und Nachkriegskinder“ sehen die DDR klar als Diktatur an (67 bzw. 75 Prozent). Ansonsten fallen die Einflüsse des Alters eher gering aus. Ein höherer formaler Bildungsgrad verstärkt die systemkritische Sichtweise (Tab. 7).

Kontinuierlich, seit dem Start des Sachsen-Anhalt-Monitors 2007 bis heute, sind die Befragten ganz überwiegend Teil der Meinung, dass es sich „in der DDR privat alles in allem ganz gut leben“ ließ (70 Prozent). Auch dies erklärt das subjektive und bei in der DDR aufgewachsenen Befragten emotionale Widerstreben, die eigene Biografie als Teil eines Unrechtsstaates anzusehen. Zu der Überzeugung, dass man zwischen dem durch Bevormundung, Repression und Konformitätsdruck geprägten politischen Dasein und selbstbestimmtem privaten Leben trennen konnte und dies auch im Rückblick müsse, passt auch die Bejahung der Aussage „Es war nicht alles schlecht in der DDR“. Eben diese allgemein abwägende Einschätzung erhält innerhalb des Fragekomplexes seit 2007 die höchsten Zustimmungswerte. 30 Jahre nach der Deutschen Einheit stimmen 80 Prozent dieser Aussage eher bzw. voll zu. Demgemäß wünschen sich fast ebenso viele, dass sich die Darstellung der DDR in den Medien nicht ausschließlich den Themen des SED-Diktatur und Stasi widmen sollte (ebd.).

Diesen konstanten Ausschnitt im DDR-Bild, an dem die Bevölkerung bis heute mehrheitlich festhält, als Verklärung oder Verharmlosung der Diktatur zu verstehen, geht unseres Erachtens fehl. Denn: Dem Alltag und der Lebenswelt, wie sie zu DDR-Zeiten bestanden haben, die guten Seiten ohne jede Einschränkung abzusprechen, hieße ja, zugleich diesen Abschnitt in den Biographien der damaligen Generationen pauschal zu entwerten. Viele Angehörige der älteren Jahrgänge suchten und fanden seinerzeit ein Selbstwertgefühl in ihrer beruflichen Qualifikation und ihrer Arbeitsleistung, auch und gerade wegen der Erschwernisse der Mangelwirtschaft, die ihnen spezielle Fertigkeiten (insbesondere die Kunst der Improvisation und ein soziales Miteinander) abverlangte³¹. Diese Selbsterfahrung wirkt bis heute identitätsbildend (vgl. auch Kap.

31 Vgl. hierzu die den „Stellvertreterumfragen“ entnommene Einschätzung in der DDR-Bevölkerung im Jahr 1979 über „Bestimmte Dinge, die man nur unter der Hand bekommt“, abgedruckt in Gabriel/ Holtmann/ Jaeck u.a. (2015), Deutschland 25. Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen, Bonn, S. 51.

2) und wehrt sich dagegen, dass diese Seite des eigenen Lebens im Nachhinein pauschal abgewertet wird.

Gerade die älteren Generationen haben ihr privates Leben in der DDR, unbeschadet deren Diktaturcharakters, mit gut 88 Prozent in positiver Erinnerung.. Diese Einschätzung ist umso fester verankert, je mehr Zeit ihres Lebens die Menschen in der DDR verbracht haben. Wie eine neue Studie zum Thema 25 Jahre Deutsche Einheit aufzeigt, vertritt gerade diese ältere Generation Ostdeutscher immer noch häufiger die Auffassung, bestimmte Bereiche des Lebens und Systemleistungen hätten sich nach 1990 nicht verbessert, sondern eher verschlechtert. So zum Beispiel der soziale Zusammenhalt, die soziale Gerechtigkeit, der Schutz vor Verbrechen, das Bildungssystem und die Kinderbetreuung³².

Bei denjenigen Fragen, welche auf Sozialismus als mögliche Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung abzielen, fallen die Zustimmungsraten zwar im Vergleich zur Bewertung der privaten Lebensbedingungen niedriger aus, sie sind aber in den letzten sechs Jahren teilweise deutlich angestiegen (7). Etwas mehr als jede(r) Zehnte (13 Prozent, +4 Prozentpunkte seit 2014) sieht in der Rückkehr zu sozialistischer Ordnung eine politische Option für das Land. Nicht ganz die Hälfte (40 Prozent, +4 Prozentpunkte seit 2014) ist der Ansicht, Sozialismus und Demokratie ließen sich gut miteinander vereinbaren. 37 Prozent (+ 9 Prozentpunkte seit 2014) plädieren für eine Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftsunternehmen. Dass der Sozialismus im Grunde eine gute Idee ist, welche in der Vergangenheit bisher nur unzulänglich umgesetzt wurde, glaubt die Mehrheit (57 Prozent) der Befragten (Ebenda).

Die Einflüsse von Bildung und Alter fallen insgesamt eher moderat aus. Auffällig ist allerdings, dass vor allem die Nachwendegeneration eher eine Rückkehr zum Sozialismus in Betracht zieht; jeder fünfte Befragte teilt diese Meinung³³. Noch etwas höher fällt der Anteil bei Personen mit niedriger schulischer Bildung aus. Eine genaue Betrachtung verschiedener Bestimmungsfaktoren folgt bei der Betrachtung der Einzeldimensionen im anschließenden Kapitel.

32 Holtmann (2020), Abbildung 2.

33 Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich bei der Untersuchung des systemkritischen Extremismus (Kap. 12). Hier sind es ebenfalls vor allem junge Menschen zwischen 18 und 29 Jahren, die häufiger der Ansicht sind, weitere Reformen würden nicht ausreichen und drastischere revolutionäre Maßnahmen seien stattdessen nötig.

**Tab. 7 Einstellungen zur DDR nach Alter und Bildung, im Zeitverlauf seit 2007
(Nennungen „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ in Prozent)
(Mittelwerte von -2 völlige Ablehnung bis +2 völlige Zustimmung)**

Frage 23 (a-j)	Sachsen-Anhalt						Altersgruppe ³⁴ (Generation)*				Schulabschluss*		
	Zeitverlauf [°] (Ø von -2 bis +2)					2020 (vgl. 2014)	Bis 34	35 - 45	46- 67	>67	niedrig	mittel	hoch
	2007	2009	2012	2014	2020								
b) Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.	-0,2	-0,3	-0,2	-0,3	0	37 (+9)	33	33	34	46	45	36	34
f) Sozialismus und Demokratie sind im Grunde ganz gut vereinbar.	0,3	0,1	0,1	0	0,2	40 (+4)	42	32	39	45	47	40	40
h) Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.	-0,9	-0,9	-1,0	-1,2	-0,8	13 (+4)	20	16	13	7	22	15	9
d) Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.	0,9	0,7	0,6	0,6	0,6	57 (+2)	43	44	61	67	59	59	53
e) Trotz aller Einschränkungen konnte man in der DDR privat alles in allem ganz gut leben.	1,2	1,1	0,9	1	0,9	70 (+1)	47	64	73	83	76	75	61
i) Es war nicht alles schlecht in der DDR.	1,5	1,4	1,3	1,3	1,3	80 (-1)	65	79	83	88	86	83	75
g) Darstellung der DDR in Medien sollte sich nicht nur auf die Stasi und die SED-Diktatur beschränken.	1,5	1,4	1,3	1,3	1,2	79 (-2)	59	76	83	87	67	79	82
a) Die DDR war ein Unrechtsstaat.		0,2	0,2	0,3	0,2	38 (-2)	30	43	39	36	31	35	43
j) Das politische System der DDR war eine Diktatur.	1,1	1,0	1,0	1,1	0,9	65 (-6)	55	57	67	75	60	63	70
c) Es sollte strafbar sein, wenn jemand DDR-Unrecht verharmlost [°] .		0,4	0,4	0,3	0,2	44 (0)	41	41	47	41	46	43	44

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

[°] Fragewortlaut ist länger (siehe Kap.13; Frage 23)

In der obigen Tabelle kommt zum Ausdruck, dass einzelne Fragenkomplexe inhaltlich ähnlich betrachtet werden. Das heißt: Personen, die einer der Antwortvorgabenzustimmen, neigen dazu, auch bestimmten anderen Punkten eher zuzustimmen, und vice versa. Diese konvergenten Einschätzungen lassen sich inhaltlich und statistisch³⁵ auf drei latente Dimensionen reduzieren, die im Folgenden durch jeweils zusammengefasste Fragepunkte repräsentiert werden.

Die hier zuerst vorgestellte *1. Dimension: „Sozialismus als Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“* enthält zwar nicht automatisch ein konkret positives Urteil über die DDR. Die gemachten Bewertungen transportieren aber ein solches positives Bild, insbesondere bei den älteren Generationen, zum Teil mit. Dieser zeithistorische Erfahrungshintergrund ist in Ostdeutschland, zumindest in vermittelter Form, noch allgemein gegenwärtig und dient daher häufig als eine maßstäbliche Größe bei der Beant-

34 Für die hier verwendete Altersgruppierung orientieren wir uns an den DDR-bezogenen Generationen. (Aufbaugeneration [„(Nach-)Kriegskinder“] -> DDR-Generation [„DDR-Kinder“]-> Wendegeneration [„Wendekinder“] -> Post-DDR-Generation [„Nachwende-Kinder“]) Als klassifizierungsgebender Kontext dient dabei ungefähr die Zeit der Geburt und der primären (familiären) Sozialisation.

35 Als Methode der Dimensionsreduzierung, wird hier und in folgenden Kapiteln eine konfirmatorische Faktorenanalyse verwendet. Der Herausbildung der drei ermittelten Faktoren erweist sich über die Jahre hinweg als konstant.

wortung der abstrakten Systemfragen. Allerdings nimmt dieser Zusammenhang mit den nachwachsenden Generationen, insbesondere bei der Generation der Nachwende-Kinder, tendenziell ab. In dieser Generation dürften, da Sozialismus und DDR nicht per se als Einheit verinnerlicht sind, die jeweiligen Fragepunkte eher unter aktuellen gesellschaftlichen Prämissen eingeschätzt und beantwortet werden.

Im aggregierten Antwortkomplex formt sich somit entweder ein sozialismusaffines oder sozialismuskritisches Einstellungsmuster aus. Die Aussage, dass der Sozialismus im Grunde eine gute Idee sei, aber nur unzulänglich ausgeführt wurde, kann sowohl der ersten als auch der zweiten Dimension zugeordnet werden, hat für die erste aber eine deutlich höhere Erklärungskraft und wird folglich für die weiteren Analyse dieser zugeordnet.

1. Dimension:

Sozialismus als Staats- und Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

- ❖ „Sozialismus und Demokratie sind im Grunde ganz gut vereinbar.“
- ❖ „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.“
- ❖ „Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.“
- ❖ „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.“

Die *zweite Dimension* „*Lebenswelten in der DDR (Es war nicht alles schlecht...)*“ beinhaltet hauptsächlich Sichtweisen auf die privaten Lebenswelten, deren Bewertung für die DDR, wie oben bereits beschrieben, im Monitor seit 2007 nach wie vor außerordentlich positiv ausfällt und über die Zeit kaum Veränderungen aufweist. Befragte, die hier allen abgefragten Aussagen zustimmen, neigen zu einem eher weichgezeichneten Bild der DDR-Vergangenheit, das den Lebensalltag und das politische System tendenziell entkoppelt und folglich rückblickend auch getrennt betrachtet, was vor für Angehörige jener Generationen zutrifft, die einen großen Teil ihres Lebens in der DDR verbracht haben. Bei konsequenter Ablehnung der Aussagen fällt das Bild der DDR spiegelbildlich negativ aus.

2. Dimension:

Lebenswelten in der DDR (Es war nicht alles schlecht...)

- ❖ „Es war nicht alles schlecht in der DDR.“
- ❖ „Trotz aller Einschränkungen konnte man in der DDR privat alles in allem ganz gut leben.“
- ❖ „Die Darstellung der DDR in Fernsehen und Presse sollte sich nicht nur auf die Stasi und die SED-Diktatur beschränken.“

Die *dritte Dimension* „*Verurteilung des Sozialismus in der DDR*“ ist inhaltlich gekennzeichnet durch eine starke Distanzierung vom politischen System der DDR. Personen mit einem unterstützenden Antwortverhalten nehmen hier eine klar ablehnende und prinzipiell kritische Haltung zum politischen System der DDR ein. Zudem sind sie der

Ansicht, dass eine Verharmlosung des Unrechts in der DDR unter Strafe gestellt werden sollte.

3. Dimension:

Verurteilung des Sozialismus in der DDR

- ❖ „Das politische System der DDR war eine Diktatur.“
- ❖ „Die DDR war ein Unrechtsstaat.“
- ❖ „Es sollte strafbar sein, wenn jemand DDR-Unrecht verharmlost oder den Schießbefehl an der früheren innerdeutschen Grenze leugnet.“

Im Folgenden wird dargestellt, wie sich die seitens der Befragten abgegebenen Beurteilungen auf die erläuterten drei Dimensionen nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen und politisch-kulturellen Einstellungen verteilen.

4.3.1 *Determinanten der Dimension –*

Sozialismus als Staats- und Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

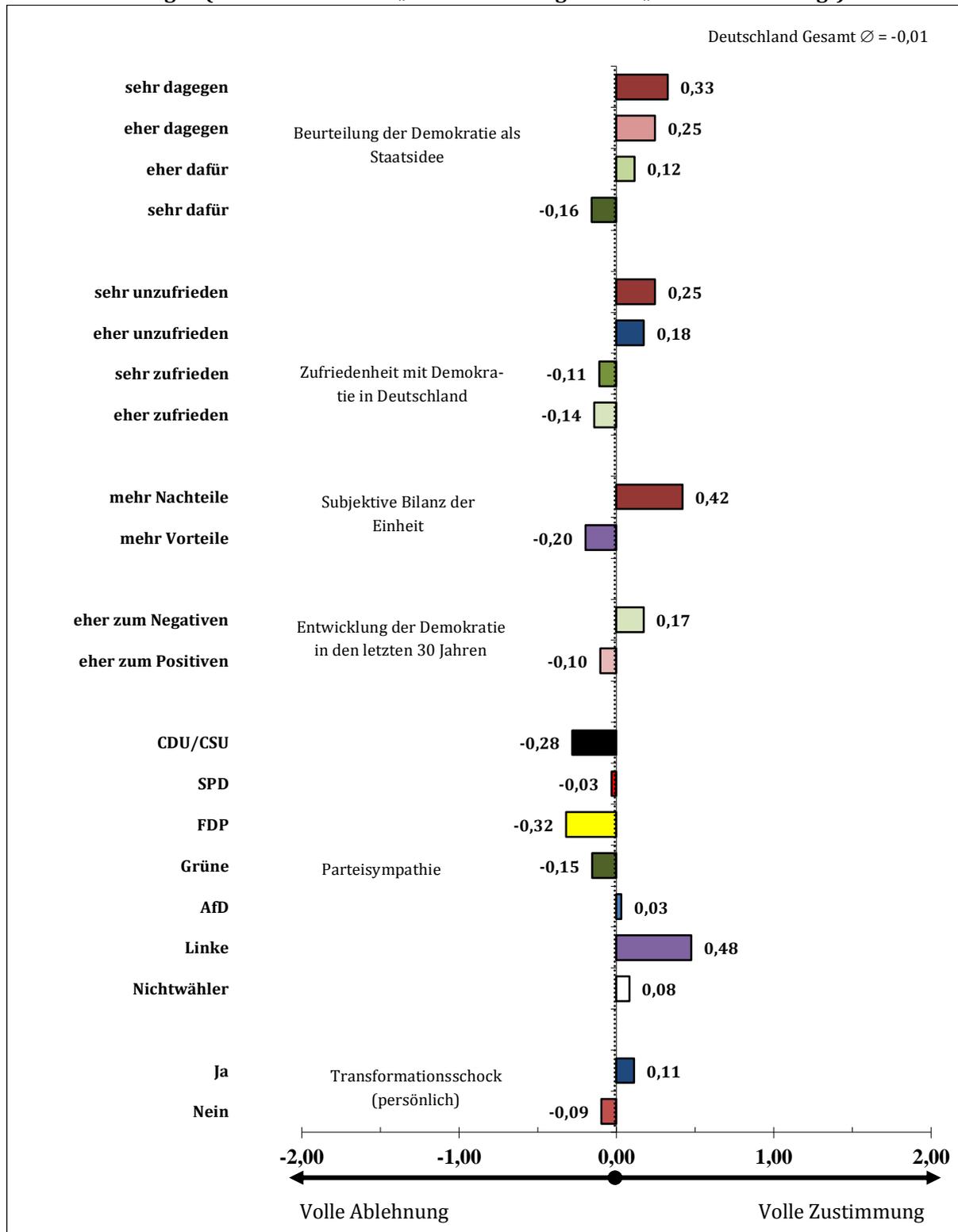
Wie bei der Betrachtung der einzelnen Indikatoren schon angedeutet, ist der Mittelwert seit 2014 in Richtung einer positiven Grundeinschätzung leicht gestiegen und liegt mit dem Wert Null (+0,22 zu 2014) genau in der Mitte der Skala. Anders als 2014 fallen die statistischen Zusammenhänge vergleichsweise gering aus (Abb. 18). Die Schwankungen um den Mittelwert liegen bei einem Wert von maximal 0,48 Skalenpunkten. Den stärksten Einfluss übt dabei die Parteisympathie aus. So geht die Parteipräferenz mit klaren Systempräferenzen einher: Während Anhänger von CDU, FDP und Grünen besonders klar und jene von SPD und AfD deutlich schwächer die sozialistische Option ablehnen (SPD) bzw. ihr leicht zustimmen (AfD), positionieren sich ausschließlich Gefolgsleute der Linken deutlich im zustimmenden Skalenbereich. Verglichen mit 2014, sind die Verhältnisse überwiegend gleich geblieben; allein Anhänger der Grünen äußern sich 2020 weniger ablehnend (ebd.).

Wer mit den Leistungen des demokratischen Systems einverstanden ist und auch die Demokratie grundsätzlich nicht in Frage stellt, neigt seltener dazu, für ein sozialistisches Systemmodell einzutreten und damit in diesem Entwurf indirekt eine Alternative zur existierenden demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung zu sehen. (Abb. 18). Wer allerdings die Entwicklung der Demokratie in den letzten 30 Jahren negativ bewertet, nach dem Systemumbruch persönlich von den Umbrüchen auf dem Arbeitsmarkt betroffen war (vgl. Abb. 15) und dadurch die Deutsche Einheit als Verlustgeschäft erlebt hat, sieht in einem sozialistischen System eher eine akzeptable Alternative (Abb. 18).

Dies spiegelt sich auch in der Betrachtung der sozioökonomischen Einflussfaktoren wider. Hier führen empfundene Ungerechtigkeit, ein geringes Haushaltseinkommen, die Bedrohung durch Armut und ein niedriger Bildungsabschluss dazu, dass der Sozia-

lismus als Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung überdurchschnittlich positiv eingeschätzt wird (Abb. 19).

Abb. 18 Sozialismus als Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsform nach unterschiedlichen Einstellungen (Mittelwerte von -2 „volle Ablehnung“ bis +2 „volle Zustimmung“)



Alle dargestellten Einflussfaktoren sind auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

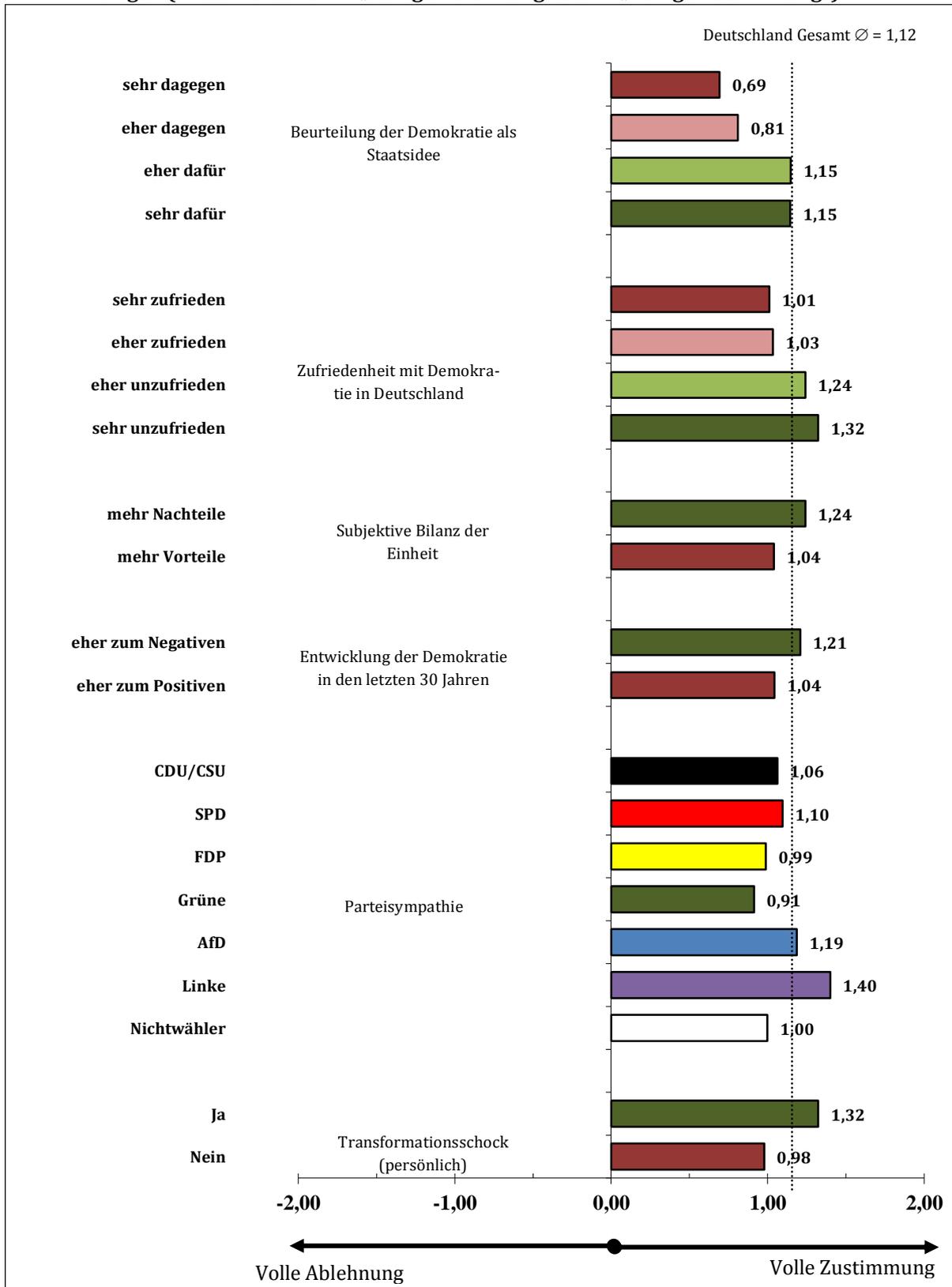
Gesamtbetrachtung der Dimension erweist sich die Generationenzugehörigkeit als nicht signifikant.

4.3.2 *Determinanten der Dimension – Lebenswelten in der DDR – „Es war nicht alles schlecht“*

Insgesamt bleibt bei dieser Dimension die Verteilung der Skala über die Zeit weitestgehend konstant. Allerdings ist auch hier seit 2014 eine leichte Verschiebung des Mittelwertes von 1,04 auf 1,12 weiter in den positiven Skalenbereich hinein zu verzeichnen. Wie auch bei der Einstellung zum Sozialismus als abstraktem Systemmodell, kommt der Parteipräferenz, den Faktoren Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und der Unterstützung der Demokratieidee auch für die Bewertung der Lebensverhältnisse der DDR Erklärungskraft zu (Abb. 20). Bei Anhängern der etablierten politischen Parteien zeigt sich das aus früheren Umfragen vertraute Verteilungsmuster: Wer zu den Bündnisgrünen, der FDP, der CDU oder der SPD neigt, hegt ein vergleichsweise kritisches DDR-Bild. Wer mit der Linken sympathisiert, urteilt überproportional häufig wohlwollend. Auch AfD-Anhänger platzieren sich insgesamt stärker als der Landesdurchschnitt im positiven Feld. Bekennende Nichtwähler liegen mehrheitlich auf dem Level der Regierungsparteien im Land.

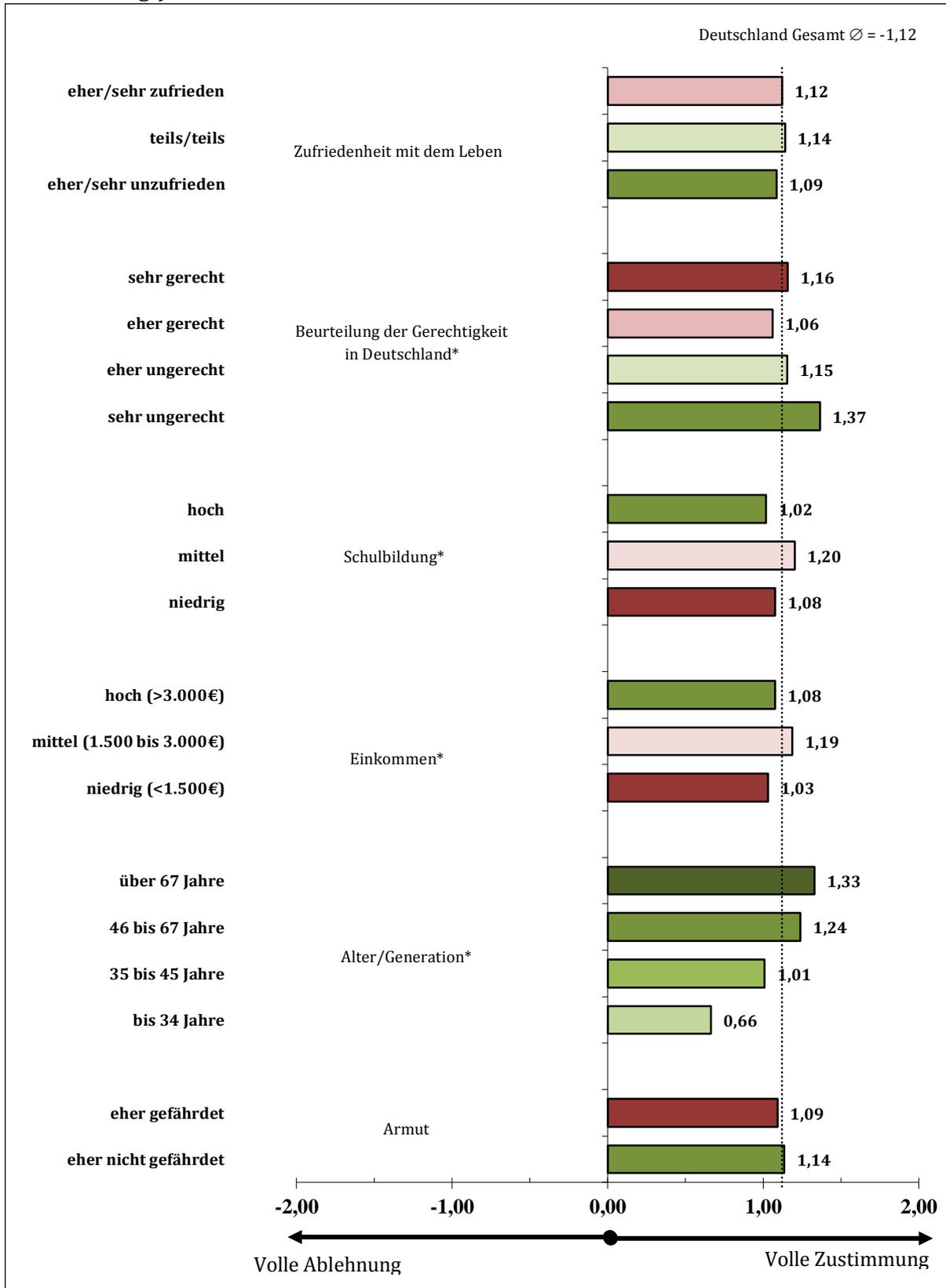
Wiederum zeigt sich, dass vor allem diejenigen an der Lebenswelt der DDR wenig Positives erkennen können, die mit dem Funktionieren der Demokratie sehr zufrieden sind (Abb. 20). Überraschend ist, dass grundsätzliche Gegner der Demokratieidee die DDR-Vergangenheit weit weniger positiv erinnern als Menschen, die dem System der Demokratie zustimmen. Andererseits bestätigt dies, wie oben beschrieben, dass eine positive Erinnerung der eigenen Biografie in der DDR nicht automatisch mit Kritik am demokratischen politischen System einhergeht. Klar erkennbar, wie schon bei der Bewertung der Sozialismusidee, ist der Einfluss der subjektiven Umbruchsbilanz. So werden die vermeintlich guten Seiten der DDR besonders dann betont, wenn die Perspektive auf das politische und eigene Leben der letzten 30 Jahre eher negativ ausfällt (ebd.). Die persönliche Betroffenheit durch negative Transformationserfahrungen in den 1990iger Jahren verstärkt dieses Bild nochmals deutlich.

Abb. 20 Lebenswelten in der DDR (Es war nicht alles schlecht...) nach unterschiedlichen Einstellungen (Mittelwerte von -2 „völlige Ablehnung“ bis +2 „völlige Zustimmung“)



Alle Einflussfaktoren sind auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Abb. 21 Lebenswelten in der DDR (Es war nicht alles schlecht...) nach sozialstrukturellen Kriterien und Einstellungen (Mittelwerte von -2 „volle Ablehnung“ bis +2 „volle Zustimmung“)



* Einflussfaktor ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

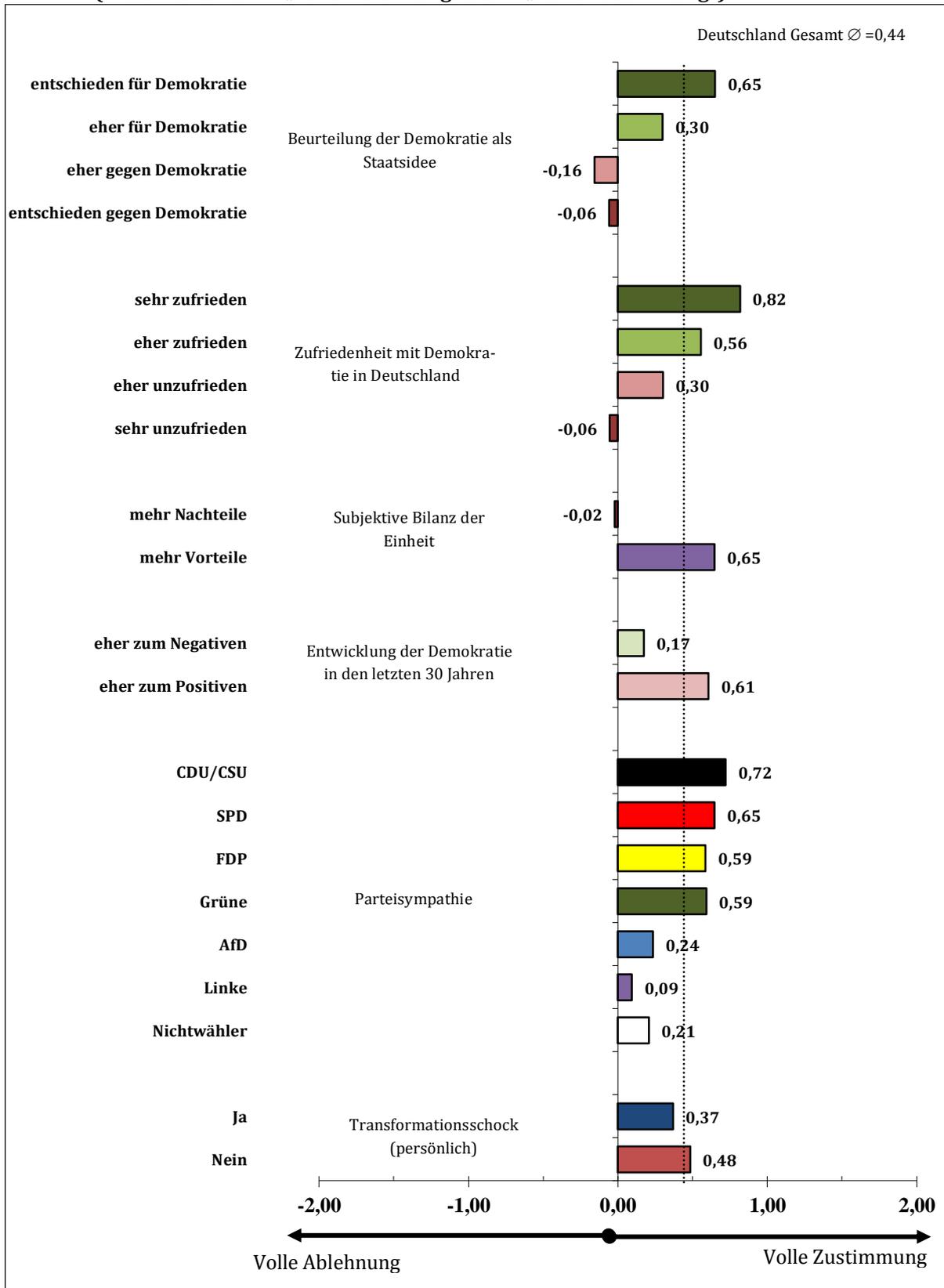
Die in die obenstehende Abbildung (Abb. 21) aufgenommenen sozioökonomischen Vergleichsgrößen erklären die unterschiedlichen Ansichten über die private Lebenswelt DDR nur gering. Die Lebensbedingungen des verblichenen Systems erfahren aber dann eine stärkere Aufwertung wenn man glaubt, in Deutschland gehe es ungerecht zu (Abb. 21). Mit zunehmendem Alter, d.h. je größer der Anteil der „DDR-Biografie“ am eigenen Leben ausfällt, desto positiver fällt im Rückblick auch die Einschätzung der Lebensbedingungen in der DDR aus.

4.3.3 Determinanten der Dimension – Verurteilung des Sozialismus in der DDR

Wie schon in den Jahren zuvor, stellt sich das politische System der DDR für die Mehrheit der Befragten als eine Kombination aus Diktatur und Unrechtsstaat dar, deren repressive Methoden nicht verharmlost werden dürfen. Wie schon bei den zwei anderen Dimensionen erkennbar, hat sich diese Wahrnehmung aber leicht abgeschwächt; der Mittelwert sinkt von 0,56 auf 0,44. Die Verurteilung der untergangenen staatlichen Ordnung der DDR fällt 2020 somit insgesamt etwas weniger deutlich aus als noch sechs Jahre zuvor.

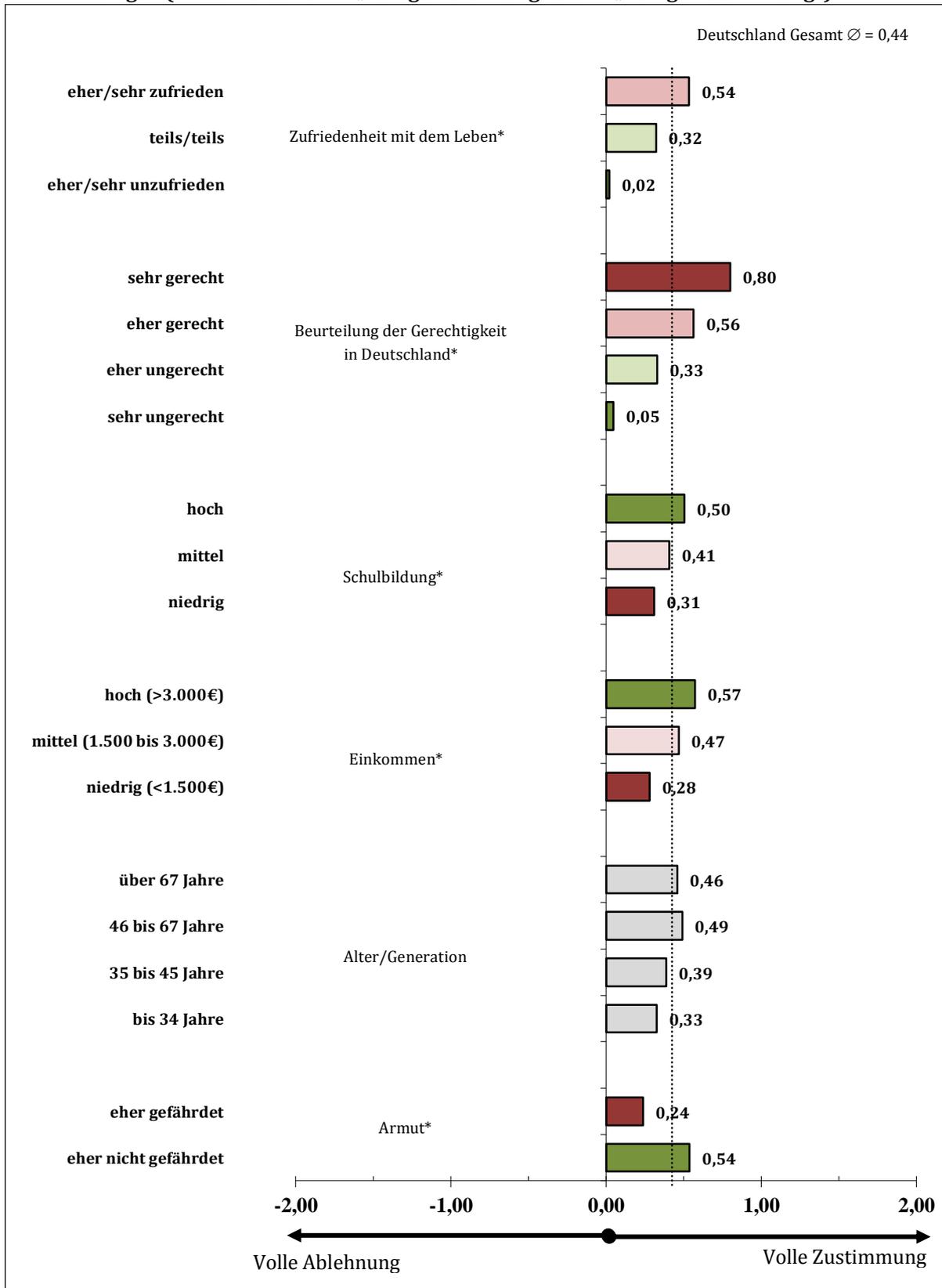
Das Erklärungsmuster, das sich aus den Faktoren Unterstützung der Demokratieidee, Zufriedenheit mit der aktuellen Leistung der Demokratie im Land und der Parteisympathie zusammensetzt, tritt bei der dritten Dimension des DDR-Bildes noch schärfer hervor als bei der ersten und zweiten Dimension. Sind die Befragten klare Unterstützer des demokratischen Systems und beurteilen sie auch dessen Funktionieren überwiegend positiv, so lehnen sie das politische System der DDR entschiedener ab. Die sehr zufriedenen und sehr unzufriedenen Befragten trennt hier fast ein Skalenspunkt (Abb. 22). Die Kontrolle der Parteipräferenz bestätigt die bereits dargestellte polare Verteilung: Während im Umfeld der Linken und auch der AfD-Sympathisanten die entschiedene Systemkritik an der DDR eher verhalten ausfällt, äußern sich Parteigänger der Regierungsparteien und der FDP überdurchschnittlich kritisch. (Abb. 22). Ist hingegen die persönliche Biographie in der Zeit nach dem Systemwechsel überwiegend von negativen Erfahrungen geprägt, fällt auch hier das Urteil entsprechend wohlwollender aus. Das ist vor allem dann der Fall, wenn jemand die Verhältnisse hierzulande als ungerecht ansieht, mit seinem Leben unzufrieden ist sowie ein geringes Einkommen und einen niedrigen Schulabschluss hat. (Abb. 23). Die Generationenzugehörigkeit erweist sich auch in dieser Dimension als nicht aussagekräftig. Das heißt, alle Altersgruppen liegen mit ihrem Meinungsprofil leicht unter- oder oberhalb des Landesmittels.

**Abb. 22 Verurteilung des Sozialismus in der DDR nach unterschiedlichen Einstellungen
(Mittelwerte von -2 „volle Ablehnung“ bis +2 „volle Zustimmung“)**



Alle Einflussfaktoren sind auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Abb. 23 Verurteilung des Sozialismus in der DDR nach sozialstrukturellen Kriterien und Einstellungen (Mittelwerte von -2 „völlige Ablehnung“ bis +2 „völlige Zustimmung“)



* Einflussfaktor ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

In der Zusammenfassung aller drei Dimensionen des DDR-Bildes bestätigt sich aktuell das bereits 2012 und 2014 herauskristalisierte Grundmuster: Je nach Alter, Lebenszu-

friedenheit, Demokratieakzeptanz und Parteipräferenz sowie in Teilen abgeschwächt auch nach sozioökonomischen Kriterien, fällt die Sicht des abstrakten Sozialismusmodells „hinter“ der DDR und des vormals real existierenden Sozialismus der DDR und die dort gegebenen Lebensumstände unterschiedlich aus. Menschen, die mit ihren heutigen Lebensverhältnissen und den Leistungen der Demokratie insgesamt sowie in den letzten Jahren zufrieden sind, gehen häufiger auf Distanz zum sozialistischen Systemmodell, gegenwartsbezogen und im Rückblick. Sie verweisen weniger auf die vorgeblich guten Seiten der DDR und heben die repressiven Regimemerkmale nachdrücklich hervor. Auch entlang der unterschiedlichen Parteipräferenzen scheiden sich die Geister. Eine DDR-kritische Grundhaltung lassen vor allem Anhänger der etablierten Parteien erkennen, weniger kritisch zum DDR-Sozialismus stehen Anhänger der Linken und abgeschwächt auch der AfD. In der jüngeren Generation findet die sozialistische Systemalternative, einer hier teilweise existierenden kapitalismuskritischen Grundhaltung entsprechend, moderat häufiger Zuspruch.

5 Vertrauen

Unter Vertrauen wird „eine auf bestimmte Standards und Erwartungen gestützte positive Orientierung auf Objekte“³⁶ verstanden. In der Forschung wird zwischen (inter-)personalem und generalisiertem Vertrauen unterschieden.³⁷ Personales Vertrauen bezieht sich auf konkrete Menschen und ist vorrangig im Bereich der sozialen Beziehungen angesiedelt. Generalisiertes Vertrauen kann sich entweder auf eine Gruppe von Personen (z. B. Freunde, eine Nation) oder auf Institutionen (z. B. staatliche Institutionen, Gewerkschaften) richten und hat bevorzugt einen politischen bzw. öffentlichen Bezug. Gemeinsam ist beiden Varianten von Vertrauen, dass, wer vertraut, dies mit einer positiven Erwartung für die Zukunft verbindet. Wer einen solchen Vertrauensvorschuss leistet, geht immer ein Risiko ein, da nicht auszuschließen ist, dass gewährtes Vertrauen enttäuscht wird. Im Folgenden werden beide Vertrauensdimensionen in Bezug auf die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt näher betrachtet.

5.1 Vertrauen in Mitmenschen

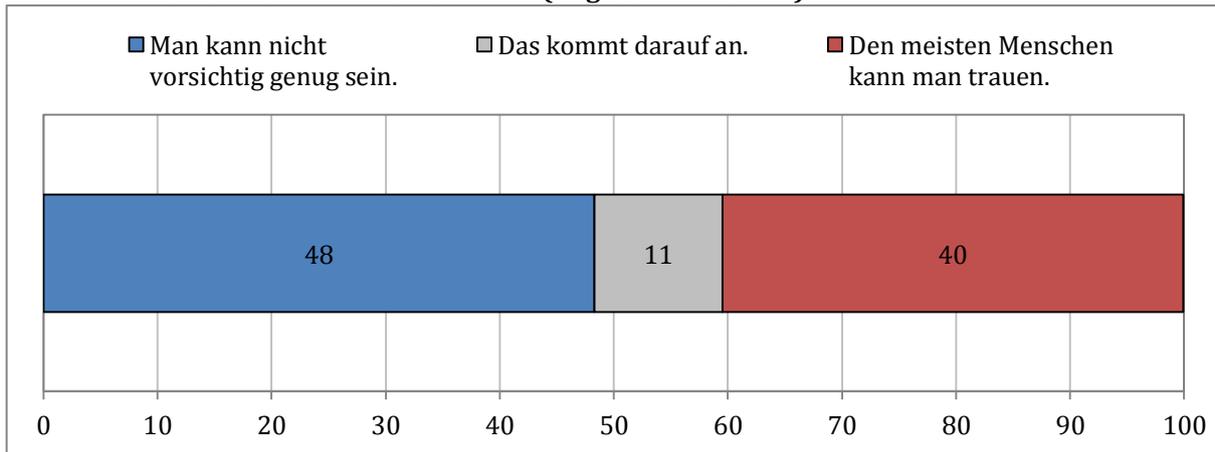
Vor die Auswahl gestellt, ob man den meisten trauen kann oder nicht vorsichtig genug sein kann, vertreten 40 Prozent der Bürger in Sachsen-Anhalt die Meinung, dass man der Mehrheit der Mitmenschen vertrauen könne. Allerdings ist knapp die Hälfte der Befragten der Ansicht, dass Skepsis gegenüber anderen Menschen durchaus angebracht ist. 11 Prozent der Sachsen-Anhalter machen ihre Vertrauensbereitschaft vom Kontext bzw. der Situation abhängig (vgl. Abb. 24).³⁸ Lässt man die abwägende Antwortkategorie („kommt darauf an“) außer Betracht (vgl. Fußnote 38), liegt das aktuell für Sachsen-Anhalt gemessene soziale Vertrauen unter vergleichbaren bundesweit gemessenen Werten.³⁹

36 Gabriel, O. (2002): Politisches Vertrauen. In: Greiffenhagen, M./Greiffenhagen, S./Neller, K. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Politischen Kultur der BRD. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 494-499.

37 Bierhoff, H.-W. (2002): Politisches Vertrauen: Verschiedene Dimensionen, verschiedene Ebenen der Betrachtung. In: Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): Politisches Vertrauen: Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation. Baden-Baden: Nomos, S. 243.

38 Ein Vergleich mit den Werten von 2018 ist nur bedingt möglich, da die Antwortoption „Das kommt darauf an“ 2018 von den Interviewern während des Telefoninterviews vorgelesen wurde und 2020 nicht. Lässt man die dritte Antwortoption bei der Analyse beiseite und stellt lediglich die beiden Aussagen „Man kann nicht vorsichtig genug sein.“ vs. „Den meisten Menschen kann man trauen.“ gegenüber, ergibt sich ein Anstieg des Vertrauens zwischen 2018 und 2020 um 14 Prozentpunkte von 34 auf 47 Prozent.

39 Vgl. Gabriel, O. W./Holtmann, E. u. a. 2015: Deutschland 25. Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 187; Decker, F. u. a. (2019): Vertrauen in Demokratie. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 27.

Abb. 24 Zwischenmenschliches Vertrauen (Angaben in Prozent)

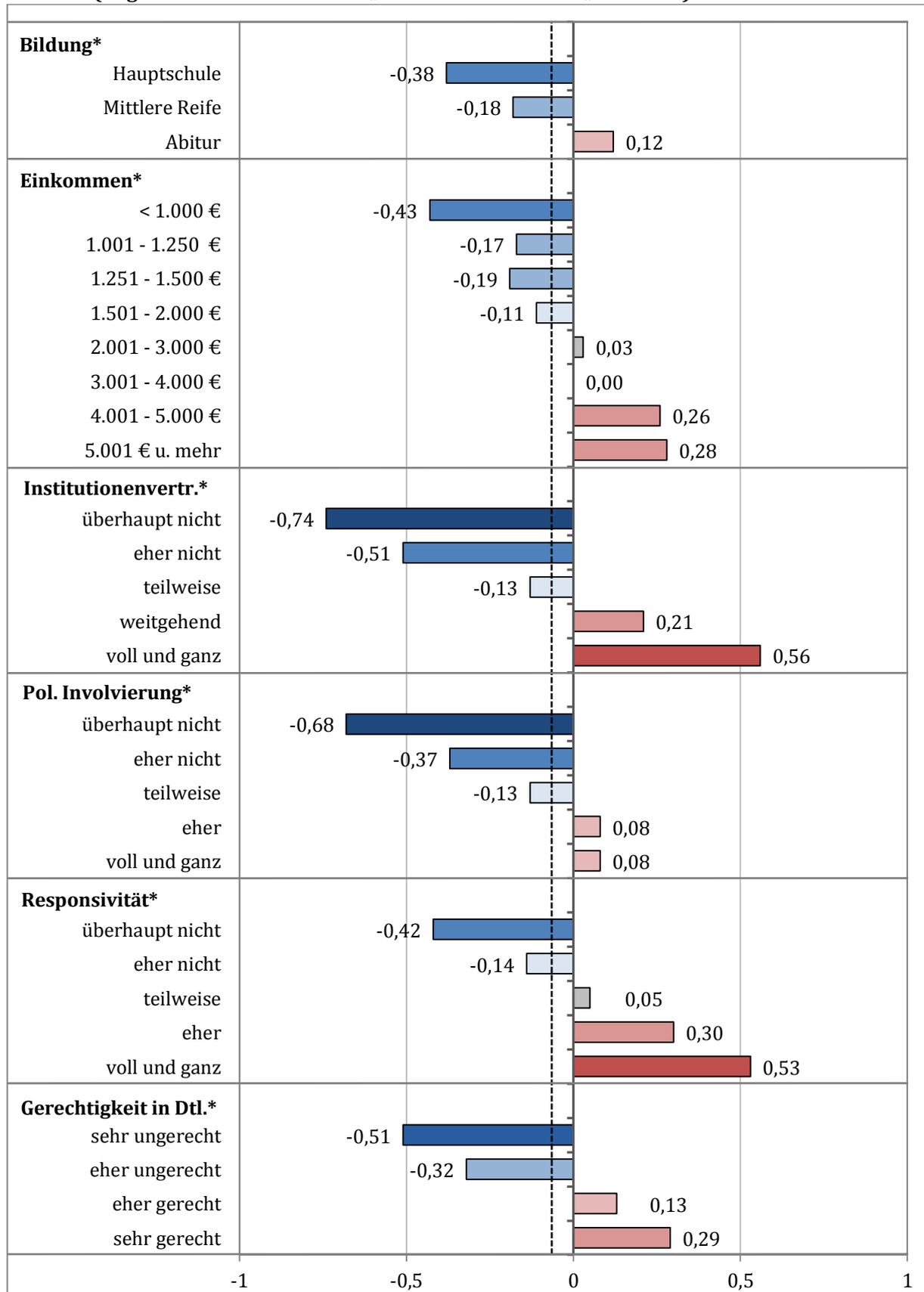
Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Bei der Frage, welche Faktoren interpersonales bzw. zwischenmenschliches Vertrauen begünstigen und welche ihm entgegenstehen, lassen sich zwei Gruppen von Faktoren unterscheiden: zum einen solche, die sich auf die immaterielle und materielle Ressourcenausstattung einer Person beziehen (z. B. Bildung, Einkommen), und zum anderen solche, die die politischen Einstellungen betreffen (Vertrauen in politische Institutionen, politische Involvierung, Beurteilung der Offenheit des politischen Systems, Gerechtigkeitsempfinden). Verglichen mit 2018 werden die meisten Faktoren bestätigt, die sich als bedeutsam für die Erklärung von interpersonalem Vertrauen erwiesen haben.

Wie aus der nächsten Abbildung (Abb. 25) hervorgeht, steigt mit zunehmender Ressourcenausstattung einer Person deren Vertrauen in die Mitmenschen. Mit Blick auf das Bildungsniveau ist festzustellen, dass insbesondere Personen mit Hauptschulabschluss ihren Mitmenschen gegenüber besonders kritisch eingestellt sind. Personen mit Abitur sind hingegen vertrauensfreudiger, wenn auch auf niedrigem Niveau. Abgesehen vom Bildungsniveau als einer immateriellen Ressource übt auch die materielle Ressourcenausstattung in Form des Einkommens einen Effekt auf das interpersonale Vertrauen aus: Je höher das monatliche Haushaltseinkommen, desto eher wird den Mitmenschen vertraut. Ebenso steigt mit zunehmender Lebenszufriedenheit das Vertrauen in die Mitmenschen (grafisch nicht ausgewiesen).

Neben der individuellen Ressourcenausstattung tragen auch politische Einstellungen zur Erklärung bei, weshalb die Bürger Sachsen-Anhalts ihren Mitmenschen vertrauen oder misstrauen. Generell besteht zwischen personalem Vertrauen in Mitmenschen und generalisiertem Vertrauen in politische Institutionen ein enger Zusammenhang. Dies kommt in dem besonders starken Effekt zum Ausdruck. Das heißt: Wer den Mitmenschen vertraut, vertraut auch eher politischen Institutionen – und umgekehrt.

Abb. 25 Zwischenmenschliches Vertrauen nach verschiedenen Erklärungsfaktoren
(Angaben: Mittelwerte von -1 „vertraue nicht“ bis +1 „vertraue“)



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Darüber hinaus ist zu beobachten, dass Personen, die sich stärker mit dem politischen System auseinandersetzen, das heißt politisch interessiert sind, häufig über Politik diskutieren und sich politisch kompetent fühlen, eher ihren Mitmenschen vertrauen als Personen, die politisch weniger oder nicht involviert sind. Außerdem gilt, dass Befragte, die die Offenheit des politischen Systems positiv bewerten eher bereit sind, anderen Menschen vertrauensvoll zu begegnen (Abb. 25). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass nur eine Minderheit der Sachsen-Anhalter die Rückkopplungsbereitschaft (Responsivität) des politischen Systems als tatsächlich gegeben erachtet. Ein deutlicher Effekt auf das zwischenmenschliche Vertrauen geht schließlich von Gerechtigkeitsvorstellungen aus. Sachsen-Anhalter, die den Eindruck haben, es gehe alles in allem in Deutschland ungerecht zu, sind ihren Mitbürgern gegenüber unverkennbar kritischer eingestellt als Personen, die die Ansicht vertreten, es gehe in Deutschland generell gerecht zu.

5.2 Vertrauen in politische Institutionen

Ein wesentliches Element für das Funktionieren einer Demokratie ist das Vertrauen der Bürger in die Institutionen des Staates und darauf, dass die gewählten Politiker ihr Handeln am Gemeinwohl ausrichten und die Interessen des Volkes vertreten. Über die Notwendigkeit und das gebotene Ausmaß politischen Vertrauens bestehen in der Forschung unterschiedliche Ansichten. Anhänger einer demokratischen Elitenherrschaft vertreten die Auffassung, dass eine breite Vertrauensbasis zwischen Bevölkerung und Institutionen eine notwendige Voraussetzung für effektive Regierungsarbeit ist. Befürworter einer starken Basisdemokratie sprechen sich hingegen für eine gestärkte kritische Öffentlichkeit aus, die das Handeln der politischen Führung kontrolliert. Sie sehen in zu viel einseitig gewährtem Vertrauen seitens der Bürger in die politischen Institutionen und in deren Repräsentanten die Gefahr, dass Vertrauens- und Machtmissbrauch Vorschub geleistet wird.

Andere Autoren wiederum sehen in einer gesunden Mischung von politischem Vertrauen und Misstrauen, das je nach Bevölkerungsgruppe und über die Zeit variiert, das beste Mittel für das Funktionieren einer Demokratie. In jedem Falle gilt: Ist das Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Politik ausgewogen, werden wichtige politische Entscheidungen von den Bürgern auch dann akzeptiert, wenn sie kurzfristig den eigenen Interessen widersprechen. Unter solchen Bedingungen trägt politisches Vertrauen nicht nur zur Kooperation bei, sondern reduziert auch die Transaktionskosten.⁴⁰ Üblicherweise wird zwischen rechts- und parteienstaatlichen Institutionen unterschieden.⁴¹ Parteienstaatliche Institutionen, wie das Parlament, die Regierung und die Par-

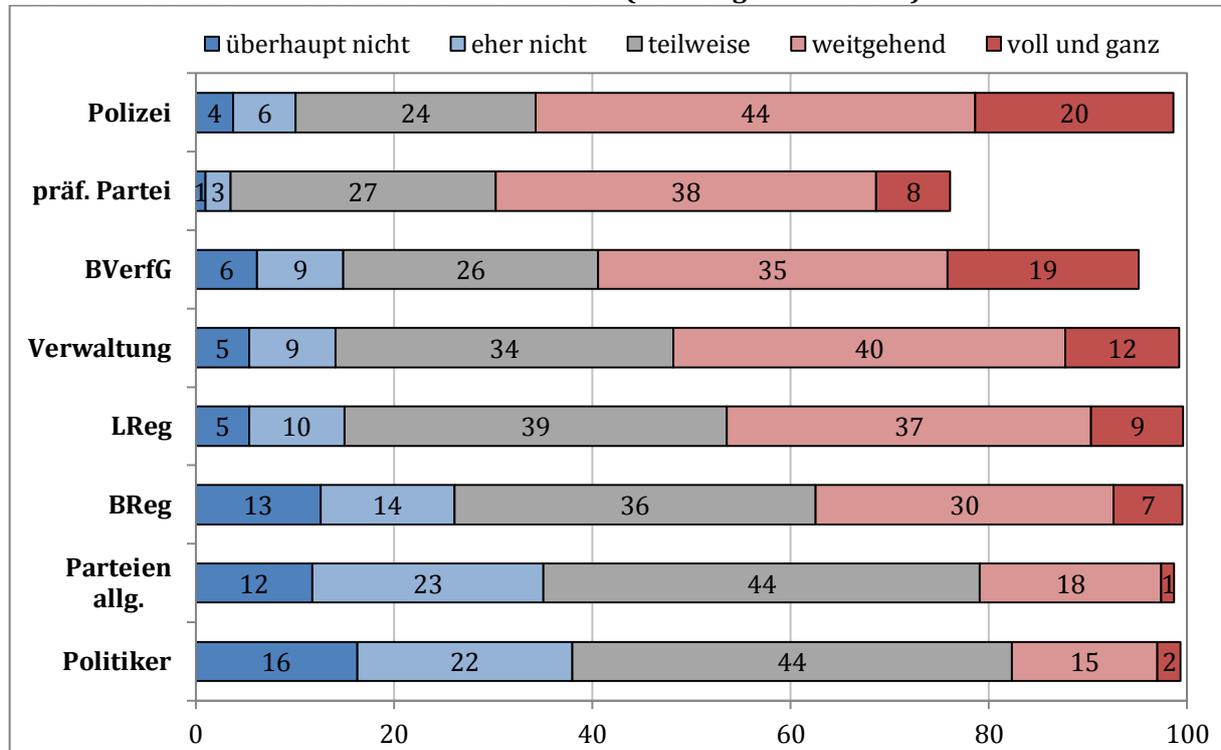
40 Vgl. Braun, D. (2010): Politisches Vertrauen in neuen Demokratien Europas. Working Paper Nr. 131, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung; Schweer, M. K. (2000): Politisches Vertrauen: Theoretische Ansätze und empirische Befunde. In: Ders. (Hrsg.): Politische Vertrauenskrise in Deutschland?, Münster: Waxmann, S. 9-26.

41 Vgl. Gabriel, O. (2002) a.a.O.

teien, gestalten maßgeblich politische Entscheidungen mit, sind stärker in die Tagespolitik und damit einhergehende Konflikte eingebunden und werden daher seitens der Bürger auch stärker mit Interessenkämpfen identifiziert. Da die meisten Bürger keinen direkten Kontakt mit parteienstaatlichen Institutionen haben, ist für diese eine größere Distanz zum Bürger kennzeichnend. Rechtsstaatliche Institutionen, wie die Gerichte, die Polizei und die Verwaltung, setzen hingegen in erster Linie politische Entscheidungen um oder wenden Gesetze an. Sie ermangeln politischer Entscheidungsgewalt und werden als politisch neutral und unparteiisch wahrgenommen.⁴²

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie es um das Vertrauen der Sachsen-Anhalter in öffentliche Einrichtungen des politischen Lebens bestellt ist. Wie folgende Abbildung (Abb. 26) zeigt, variiert das Vertrauen der Bürger in verschiedene Institutionen teilweise deutlich und bildet eine klare Vertrauenshierarchie ab.

Abb. 26 Vertrauen in verschiedene Institutionen (Nennungen in Prozent)



Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt – oder keine präferierte Partei.

Am stärksten vertraut die Bevölkerung des Landes der Polizei. Fast zwei Drittel der Sachsen-Anhalter gibt an, der Polizei weitgehend oder voll und ganz zu vertrauen. Danach folgt das Vertrauen in die vom Befragten präferierte Partei.⁴³ Bemerkenswert hierbei ist das gesplante Verhältnis der Sachsen-Anhalter beim Vertrauen in die politi-

⁴² Vgl. Völkl, K. (2006): Überwiegt die Verdrossenheit oder die Unterstützung? Die Einstellungen der West- und Ostdeutschen zur Demokratie, zu politischen Institutionen und Politikern. In: Falter, J. W. u. a. (Hrsg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. München: Beck, S. 57-81.

⁴³ Hierbei gilt es berücksichtigen, dass sich 22 Prozent der Sachsen-Anhalter keiner Partei enger verbunden fühlen, und folglich diesen Teilaspekt nicht bewertet haben.

schen Parteien. Wird nach der Einstellung gegenüber den Parteien allgemein gefragt, fällt das Urteil der Befragten negativ aus. Lediglich Politikern wird noch weniger Vertrauen entgegengebracht. Diese Bewertung deckt sich mit einer langen Tradition der Kritik an Parteien und am Parteienstaat in Deutschland, die von Vorwürfen wie Machtbesessenheit, Bürgerferne, Eigennutz und mangelnder Vertrauenswürdigkeit begleitet wird.⁴⁴ Fragt man jedoch nach dem Vertrauen in die von Befragten bevorzugte Partei, fällt die Einschätzung positiv aus und nimmt in der Vertrauenshierarchie Platz zwei ein.

Auf den Plätzen drei und vier folgen das Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht und in die Verwaltung. Gut die Hälfte der Bevölkerung (54 Prozent) steht dem obersten Gerichtshof auf Bundesebene als überparteilich angesehener Institution positiv gegenüber und vertraut ihr. Auch der Verwaltung vertraut jeder zweite Sachsen-Anhalter weitgehend bzw. voll und ganz. Damit werden die ersten Plätze – sieht man einmal von dem Sonderfall der präferierten Partei ab – von rechtsstaatlichen Institutionen eingenommen.

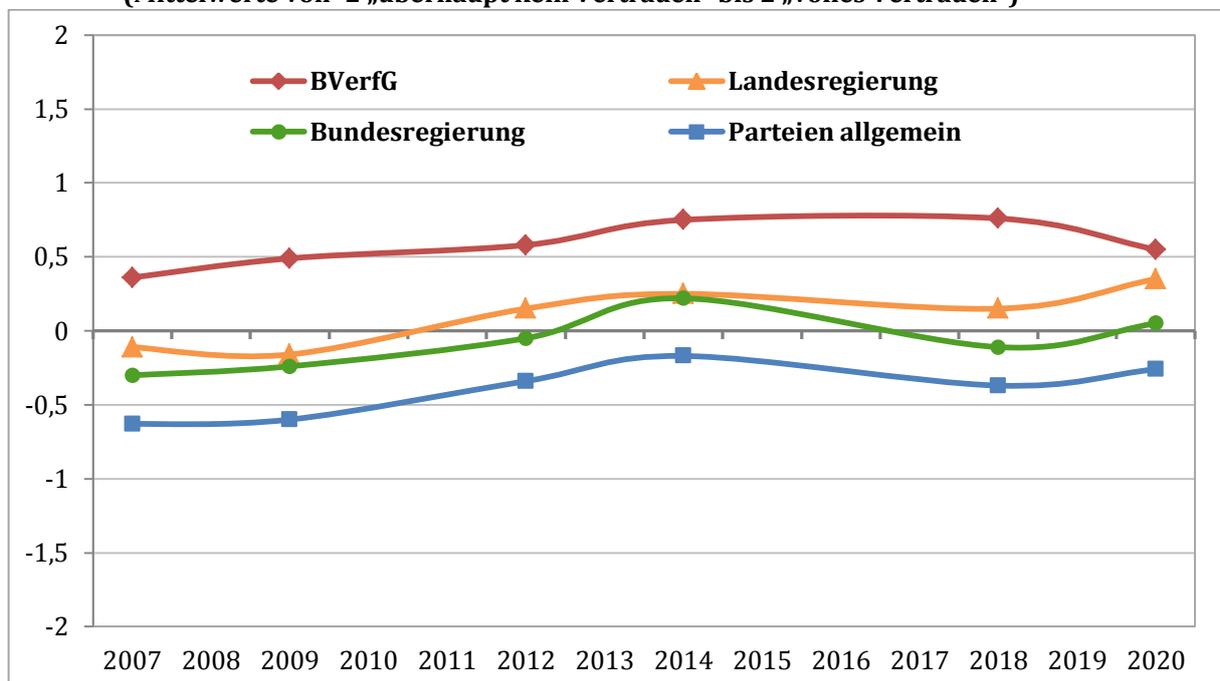
Bei der Landes- und Bundesregierung als parteienstaatlichen Institutionen fällt auf, dass die Landesregierung in der Wahrnehmung der Bürger besser abschneidet als die Bundesregierung. Während lediglich 37 Prozent der Befragten der Bundesregierung weitgehend und völlig vertrauen, sind es bei der Landesregierung 46 Prozent. Am Ende der Vertrauenshierarchie befinden sich – wie bereits erwähnt – politische Parteien allgemein und Politiker. Gerade einmal 19 bzw. 17 Prozent der Befragten geben an, diesen zu vertrauen.

Betrachtet man die Entwicklung des Institutionenvertrauens der Bürger Sachsens-Anhalts im Zeitverlauf (vgl. Abb. 27), zeigt sich, dass zwischen 2007 und 2014 das politische Vertrauen der Bevölkerung kontinuierlich gestiegen ist, sieht man von einem kleinen, kurzfristigen Vertrauensrückgang in die Landesregierung 2009 ab. Seitdem sind unterschiedliche Entwicklungsverläufe je nach Institution erkennbar. Das Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht blieb 2014 und 2018 auf relativ hohem Niveau stabil. 2020 musste es allerdings im Gegensatz zu den parteienstaatlichen Institutionen einen deutlichen Vertrauensverlust hinnehmen. Dies hat es mit den beiden anderen rechtsstaatlichen Institutionen Polizei und Verwaltung gemein. In ähnlichem Ausmaß wie das Bundesverfassungsgericht erfuhr auch die Polizei Vertrauenseinbußen im Vergleich zu 2018. Weniger betroffen vom Vertrauensrückgang war die Verwaltung, allerdings wurde auch ihr 2020 ein geringeres Vertrauen als 2018 attestiert. Eine mögliche Erklärung für das gesunkene Vertrauen in die rechtsstaatlichen Institutionen ist, dass die in den letzten beiden Jahren deutlich größer gewordene Vertrauensverweigerung bei AfD-Anhängern (siehe Abb. 29) Gerichte, Polizei und Verwaltung mit einschließt.

44 Vgl. Gabriel, O. W./Holtmann, E. (2010): Der Parteienstaat – ein immerwährendes demokratisches Ärgernis? Ideologiekritische und empirische Anmerkungen zu einer aktuellen Debatte. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 57 (3), S. 307-328. Neuestens E. Holtmann (2018): Völkische Feindbilder. Ursprünge und Erscheinungsformen des Rechtspopulismus in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Einen deutlichen Vertrauenszuwachs unter den Sachsen-Anhaltern erfuhr hingegen die Landesregierung. Sie erhielt 2020 die beste Bewertung seit Durchführung des Sachsen-Anhalt-Monitors 2007. Ebenso stieg das Vertrauen der Befragten in die Bundesregierung und auch die politischen Parteien allgemein. Nachdem die Bevölkerung diesen drei parteienstaatlichen Institutionen 2018 einen Teil ihres Vertrauens entzogen hatte, konnten sie es 2020 weitgehend zurückgewinnen. Zu vermuten ist, dass die Sachsen-Anhalter, wie auch ihre Landsleute bundesweit, den genannten Organen einen Vertrauensbonus für das Corona-Krisenmanagement aktuell gutschreiben.⁴⁵ An der Rangfolge in der Vertrauenshierarchie hat sich über die sechs Erhebungszeitpunkte hinweg jedoch nichts geändert.

Abb. 27 Vertrauen in Institutionen im Zeitverlauf, 2007 – 2020
(Mittelwerte von -2 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 2 „volles Vertrauen“)



Quellen: SAM 2007 – 2020

Um festzustellen zu können, welche Umstände Vertrauen oder Misstrauen in politische Institutionen und Entscheidungsträger befördern, wurde für die folgenden Analysen ein Vertrauensindex gebildet, der die zentralen, in die Umfrage aufgenommenen politischen Institutionen und Akteure auf Gemeinde-⁴⁶, Landes- und Bundesebene vereint. Mit Hilfe von Mittelwertvergleichen werden die Einflüsse verschiedener Indikatoren auf das generelle Institutionenvertrauen untersucht. Dafür wurden diverse potenzielle Erklärungsfaktoren herangezogen. Im Folgenden werden diejenigen näher behandelt, die sich am erklärungskräftigsten erwiesen haben. Hierzu zählen die Responsivität, die

⁴⁵ Vgl. Kühne, S. u. a. (2020): Zusammenhalt in Corona-Zeiten: Die meisten Menschen sind zufrieden mit dem staatlichen Krisenmanagement und vertrauen einander. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Aktuell Nr. 49).

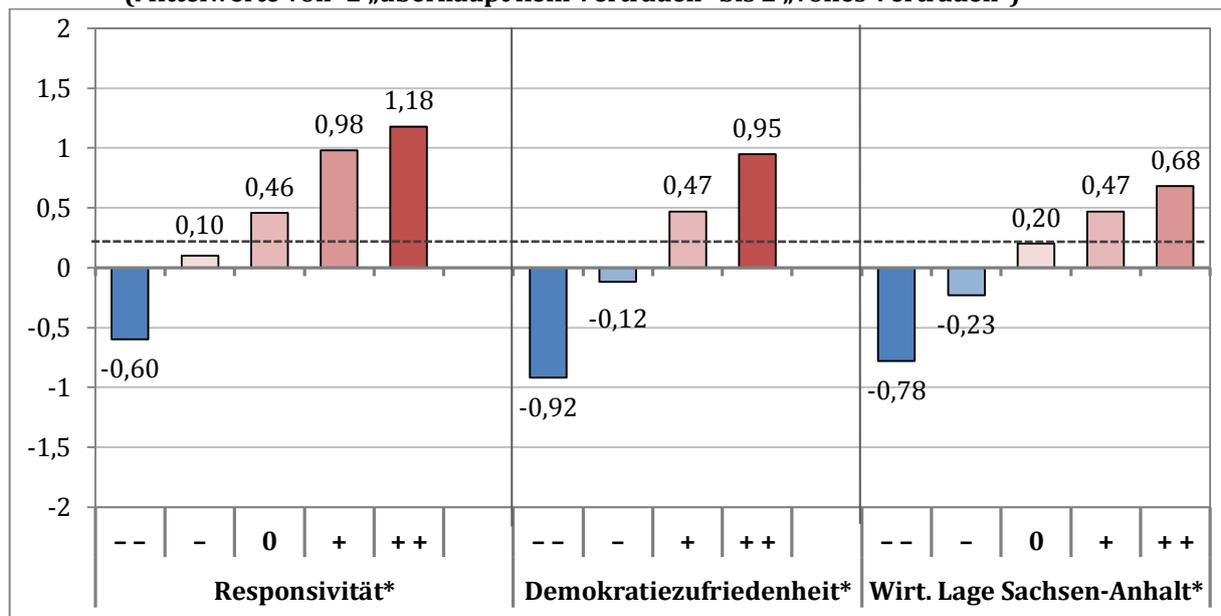
⁴⁶ Die Gemeindeebene wird über das Item „Verwaltung“ indirekt einbezogen.

soziale Deprivation, die Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Performanz des Systems sowie politische Verhaltensdispositionen. Dabei üben 2020 weitgehend die gleichen Faktoren einen nachweisbaren Einfluss auf das Institutionenvertrauen aus wie 2018.

Stark beeinflusst wird das Institutionenvertrauen durch die empfundene Offenheit des politischen Systems gegenüber Anliegen der Bürger (Responsivität), wie die verhältnismäßig große Differenz zwischen Minimum (-0,60) und Maximum (1,18) der Skalenwerte belegt (vgl. Abb. 28). Dieser Zusammenhang ist insofern plausibel, als in einer repräsentativen Demokratie die Erwartungen der Bürger einen zentralen Bezugspunkt des Regierungshandelns darstellen. Hat der Bürger den Eindruck, dass seine Interessen durch die Regierung nicht in ausreichendem Maße vertreten werden, öffnet sich eine gefühlte Responsivitätslücke. Dieses Gefühl der Vernachlässigung wirkt sich auf Dauer stark vertrauensmindernd aus.

Ebenso bestätigt sich abermals der Zusammenhang, dass mit zunehmender Zufriedenheit mit den politischen und wirtschaftlichen Leistungen des Systems ein höheres Vertrauen in die Institutionen einhergeht (ebenda). Demzufolge neigen Menschen, die mit dem Funktionieren der Demokratie aktuell zufrieden sind, dazu, den öffentlichen Einrichtungen und Politikvertretern eher zu vertrauen. Insbesondere Personen, die mit dem Funktionieren der Demokratie gegenwärtig unzufrieden sind, misstrauen auch den Institutionen. Zudem übt die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt einen Einfluss auf die Bildung von Vertrauen aus: Je positiver die Wirtschaftskraft im Land eingeschätzt wird, desto mehr Vertrauen haben die Befragten in politische Institutionen und Politiker.

Abb. 28 Institutionenvertrauen nach Responsivität, Demokratiezufriedenheit und Gerechtigkeitsbeurteilung (Mittelwerte von -2 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 2 „volles Vertrauen“)



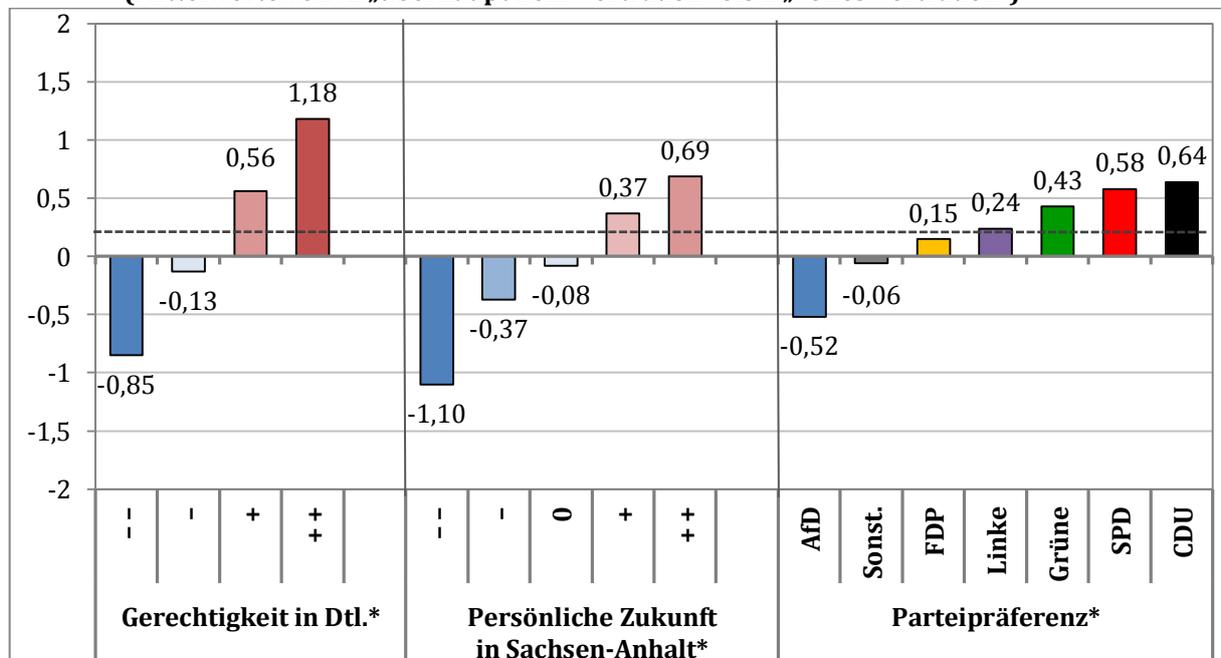
*Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt das durchschnittliche Institutionenvertrauen aller Befragten an.

Der Erklärungsansatz der sozialen Deprivation geht davon aus, dass Menschen in ähnlichen sozialen Lagen einen vergleichbaren Habitus ausbilden, der sich z. B. zu einer Schichtmentalität oder einem Klassenbewusstsein kollektiv formiert. Dieser Habitus kann sich auf die Bewertung von politischen Akteuren und Institutionen auswirken, sofern diese für die individuelle Situation Betroffener mitverantwortlich gemacht werden. Die folgende Abbildung (vgl. Abb. 29) zeigt, dass diese Annahme durch die Daten bestätigt wird. Wer den Eindruck hat, dass es in Deutschland eher ungerecht zugeht und seine persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt negativ bewertet, bringt auch den Institutionen weniger Vertrauen entgegen. Ebenso gilt, dass Personen, die der Meinung sind, die deutsche Einheit habe alles in allem mehr Nachteile gebracht, politischen Institutionen und Politikvertretern stärker misstrauen (grafisch nicht ausgewiesen).

Bezüglich der politischen Verhaltensdispositionen lässt sich feststellen, dass Personen, die beabsichtigen, im Falle einer anstehenden Landtagswahl ihre Stimme abzugeben, ein höheres Vertrauen in politische Institutionen und Politiker haben als potenzielle Nichtwähler (grafisch nicht ausgewiesen). Außerdem kann die so genannte Home-team-Hypothese⁴⁷ bestätigt werden. Demnach vertrauen Bürger, deren bevorzugte Partei der Regierung angehört, den Institutionen eher als Personen, deren Partei nicht an der Regierung beteiligt ist. Wie gezeigt wird, vertrauen Anhänger der Regierungsparteien CDU, SPD und Grüne den Institutionen am stärksten, während insbesondere Parteigänger der AfD Misstrauen äußern.

Abb. 29 Institutionenvertrauen nach Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt und Parteipräferenz (Mittelwerte von -2 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 2 „volles Vertrauen“)



*Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt das durchschnittliche Institutionenvertrauen aller Befragten an.

47 Vgl. Braun, D. (2010): Politisches Vertrauen in neuen Demokratien Europas. Working Paper Nr. 131, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, S. 13.

6 Politische Involvierung und politische Responsivität

6.1 Einbindung der Bürger in die Politik

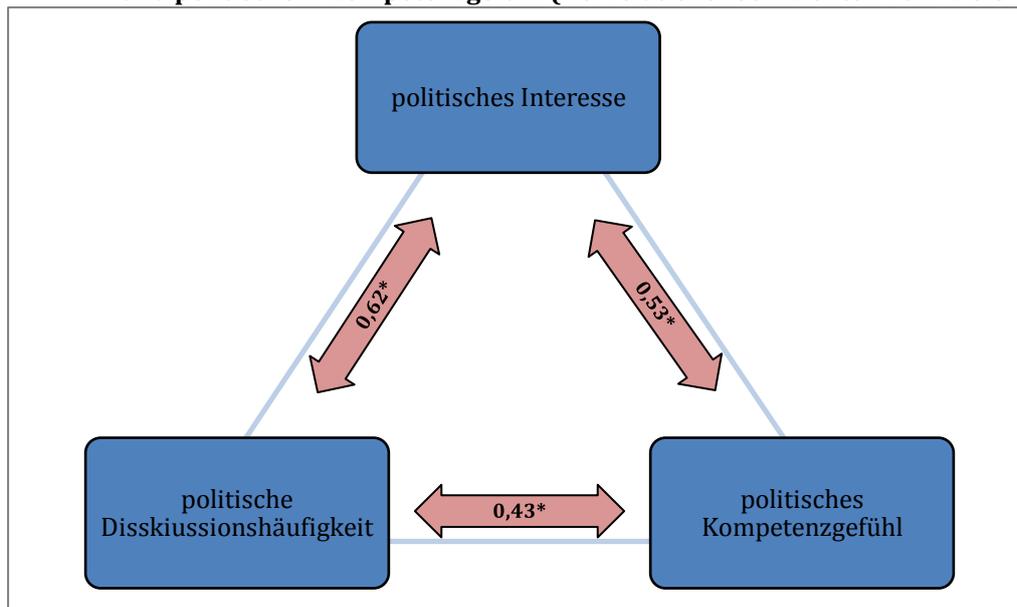
Eine wesentliche Voraussetzung für eine stabile und funktionsfähige Demokratie ist, dass sich die Bürger mit politischen Fragen auseinandersetzen. In der politischen Einstellungsforschung wird die mentale Beschäftigung mit Politik mit dem Begriff der politischen Involvierung beschrieben. Hierzu zählen Einstellungen wie das politische Interesse, ferner das Gefühl, politisch etwas bewirken zu können, und die politische Diskussionshäufigkeit.

Die politische Involvierung ist in einer Demokratie eine notwendige Voraussetzung für die Durchsetzung der Interessen der Bürger, für die Herstellung von Offenheit des politischen Systems (Responsivität) gegenüber den Wählern und für die Kontrolle der politischen Entscheidungsträger. Diese Möglichkeiten der Einflussnahme eröffnen sich den Bürgern jedoch nur dann, wenn sie sich für Politik interessieren und überzeugt sind, politische Sachverhalte verstehen, beurteilen und gegebenenfalls beeinflussen zu können. Schaltet sich die Bevölkerung nur gering in das politische Geschehen ein, besteht die Gefahr der Abkopplung der politischen Führung. Eine gewisse Garantie für ein verantwortungsvolles Handeln der Herrschenden sind demzufolge Bürger, die die Folgen politischer Entscheidungen verstehen und einschätzen können und im Bedarfsfall auch politisch aktiv werden, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Demnach fördert ein hohes Ausmaß an politischer Involvierung eine verantwortliche und bürger-nahe Politik.⁴⁸

Dass alle drei Indikatoren (Politikinteresse, politische Diskussionshäufigkeit und politisches Kompetenzgefühl) auch in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts eng miteinander zusammenhängen, lässt sich empirisch nachweisen (vgl. Abb. 30). Dabei bestätigt sich das von 2014 und 2018 bekannte Zusammenhangsmuster im Jahr 2020 noch deutlicher: Insbesondere zwischen dem Politikinteresse und der politischen Diskussionshäufigkeit einerseits und dem Politikinteresse und dem politischen Kompetenzgefühl andererseits besteht eine starke wechselseitige Abhängigkeit. Etwas weniger stark ist der Zusammenhang zwischen politischer Diskussionsfähigkeit und politischem Kompetenzgefühl. Demnach gilt: Nicht jeder, der oft über Politik redet, ist politisch selbstbewusst (kompetent). Ebenso gilt umgekehrt: Nicht jeder, der politisch kompetent ist, diskutiert viel über Politik.

48 Vgl. Gabriel, O. W. (2005): Politische Einstellungen und politische Kultur. In: Gabriel, O. W./ Holtmann, E. (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. München: Oldenbourg, S. 457-522: 470.

Abb. 30 Zusammenhang zwischen Politikinteresse, politischer Diskussionshäufigkeit und politischem Kompetenzgefühl (Korrelationskoeffizienten von -1 bis +1°)



*Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

° -1 = perfekter negativer Zusammenhang, 0 = überhaupt kein Zusammenhang, 1 = perfekter positiver Zusammenhang.

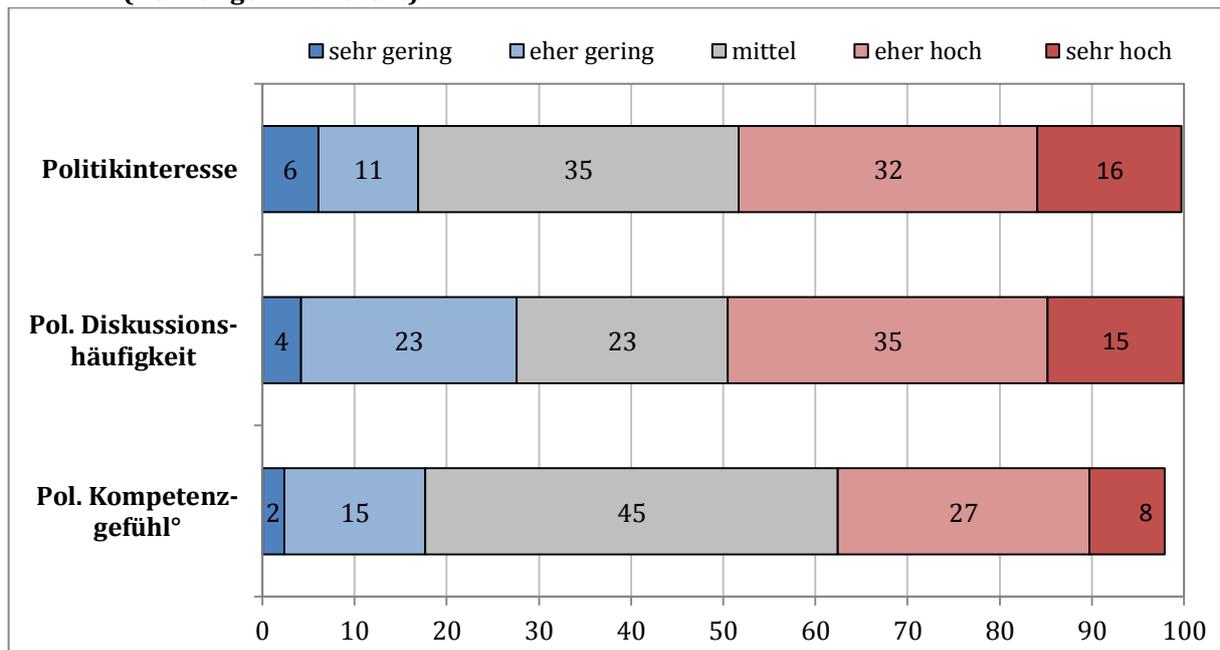
In welchem Ausmaß sind die Bürger in Sachsen-Anhalt politisch involviert? – Wie die aktuellen Daten zeigen, fällt die politische Involvierung je nach Indikator unterschiedlich aus (vgl. Abb. 31). Insgesamt ist fast die Hälfte der Sachsen-Anhalter stark oder sehr stark an Politik interessiert. 17 Prozent der Befragten interessieren sich dagegen wenig oder überhaupt nicht für Politik.

Ein etwas anderes Muster zeigt sich bei der politischen Diskussionshäufigkeit. Jeder zweite Sachsen-Anhalter diskutiert, eigenen Angaben zufolge, täglich oder mehrmals die Woche mit Familienmitgliedern, Freunden oder Arbeitskollegen über Politik. Anders als beim politischen Interesse gibt allerdings gut ein Viertel der Befragten an, sich seltener als mehrmals im Monat oder nie über Politik zu unterhalten.

Politisch kompetent fühlen sich 35 Prozent der Befragten. 45 Prozent würden ihr politisches Kompetenzniveau als mittelmäßig einstufen und 17 Prozent fühlen sich weniger oder gar nicht in der Lage, politische Sachverhalte zu verstehen und zu beurteilen.

Insgesamt ergibt sich damit ein geteiltes Bild, was die politische Involvierung der Bürger in Sachsen-Anhalt angeht. Zusammenfassend kann man das Einstellungsmuster wie folgt beschreiben: Das politische Kompetenzniveau hält mit dem politischen Interesse und der politischen Diskussionshäufigkeit nicht mit.

Abb. 31 Politisches Interesse, politische Diskussionshäufigkeit und politische Kompetenz (Nennungen in Prozent)



Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

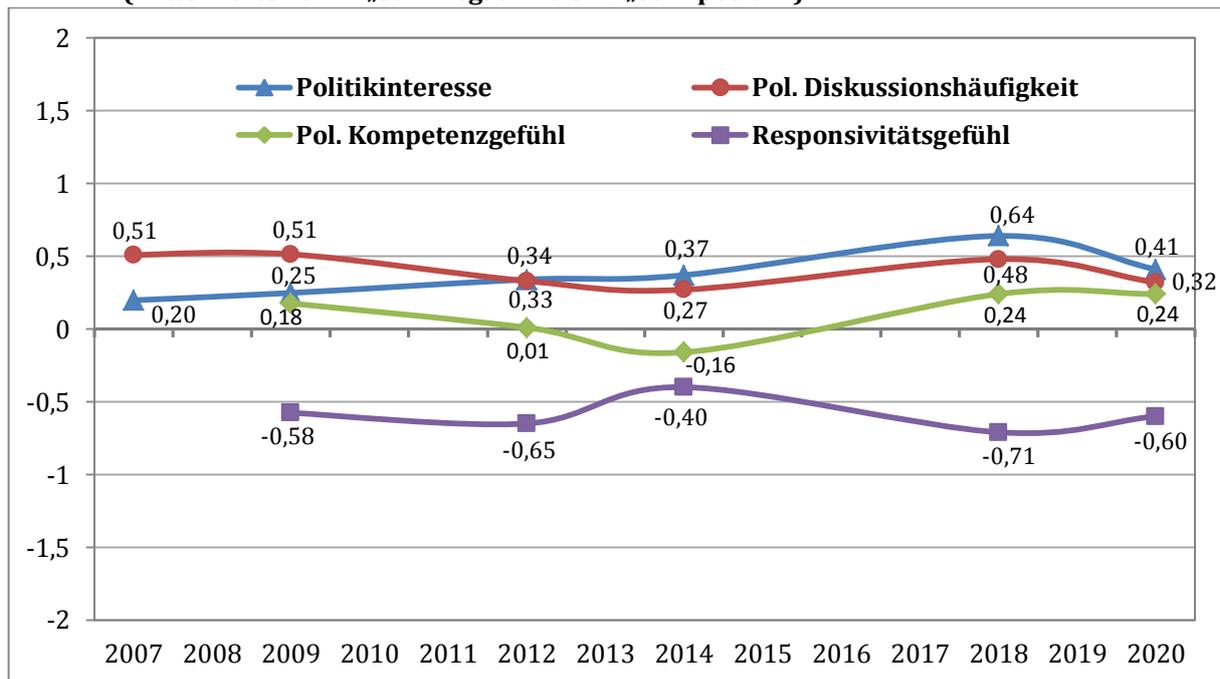
°Politisches Kompetenzgefühl - Index aus 3 Fragen:

- Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.
- Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit Politik befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.
- Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.

Im Zeitverlauf von 2007 bis 2020 betrachtet, haben sich die Teildimensionen der politischen Involvierung der Bürger Sachsen-Anhalts durchaus verändert (vgl. Abb. 32). Das Politikinteresse ist zwischen 2007 und 2018 kontinuierlich gestiegen und 2020 erstmals klar rückläufig. Die Entwicklung der politischen Diskussionshäufigkeit gleicht einer kleinen Berg- und Talfahrt. 2007 und 2009 auf relativem hohem Niveau gestartet, bis 2014 abnehmend, um 2018 wieder anzusteigen und 2020 erneut zurückzugehen. Auch das politische Kompetenzgefühl war zwischen 2009 und 2014 zurückgegangen, stieg 2018 deutlich an und blieb 2020 auf diesem Niveau stabil. Die unterschiedlichen Entwicklungen der drei Indikatoren politischer Involvierung bewirken, dass sie gegenwärtig relativ dicht beieinander liegen und demzufolge im Durchschnitt nur geringe Unterschiede in der Bevölkerung auftreten.

Es liegt nahe zu vermuten, dass die während der Pandemie gemachten Erfahrungen die zwischen 2018 und 2020 eingetretenen Veränderungen in der oben dargestellten Zeitreihe ausgelöst haben: Stark eingeschränkte soziale Kontakte reduzieren politische Diskussionen. Wenn existenzielle Ängste und Sorgen aufbrechen, gilt das Interesse weniger der Politik. Und wenn zugleich das Krisenmanagement der Regierenden als angemessen erfahren wird, erhält deren Responsivität bessere Noten.

Abb. 32 Entwicklung der politischen Involvierung und Responsivität im Zeitverlauf, 2007 -2020
(Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



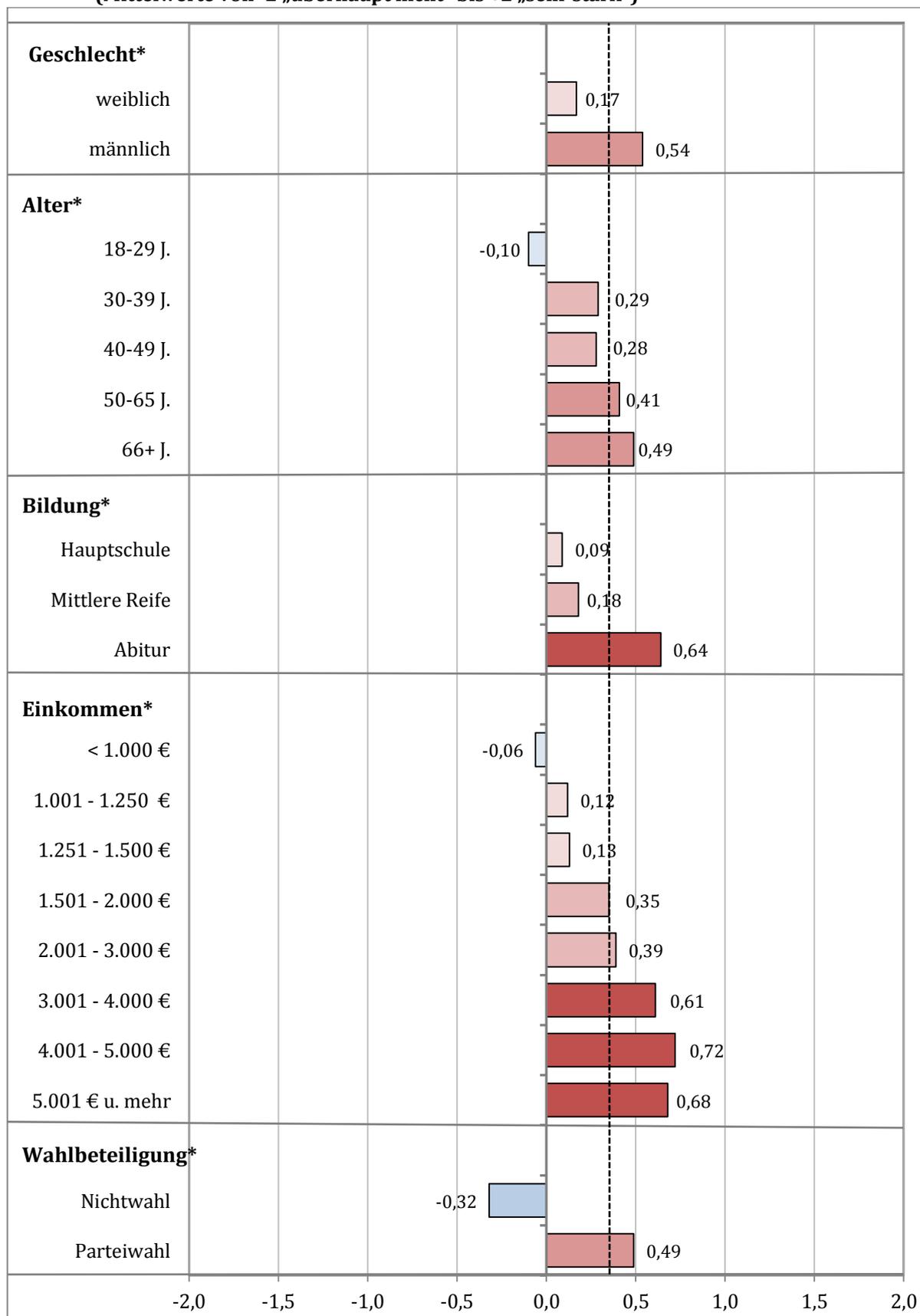
Quellen: SAM 2007 - 2020

Um die Frage zu beantworten, welche Faktoren dafür verantwortlich sind, dass manche Bürger involvierter sind als andere, wurde wie beim Institutionenvertrauen ein Index „politische Involvierung“ gebildet, der sich aus dem Politikinteresse, der politischen Diskussionshäufigkeit und dem politischen Kompetenzgefühl zusammensetzt. Im Folgenden werden diejenigen Einflussfaktoren näher betrachtet, die sich am erklärungskraftigsten für die politische Involvierung erwiesen (vgl. Abb. 33).

Besonders deutlichen Einfluss auf die politische Involvierung übt weiterhin die materielle und immaterielle Ressourcenausstattung in Form des Einkommens und der Bildung aus: Je höher das monatliche Haushaltseinkommen ausfällt, desto stärker sieht sich die betreffende Person politisch involviert. Dies trifft insbesondere auf jene Sachsen-Anhalter zu, die über ein monatliches Haushaltseinkommen von über 3.000 Euro verfügen. Beim Bildungsniveau fühlen sich Personen mit Abitur um ein Vielfaches politisch kompetenter als Personen mit Hauptschul- oder Realschulabschluss.

Abgesehen von der individuellen Ressourcenausstattung üben noch andere Persönlichkeitsmerkmale einen Einfluss auf die politische Involvierung aus. So lässt sich ein Geschlechtereffekt beobachten. Frauen sind weniger politisch involviert als Männer. Ebenso steigt die politische Involvierung mit zunehmendem Alter. Besonders wenig involviert sind die 18- bis 29-Jährigen.

**Abb. 33 Politische Involvierung nach verschiedenen Erklärungsfaktoren
(Mittelwerte von -2 „überhaupt nicht“ bis +2 „sehr stark“)**



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

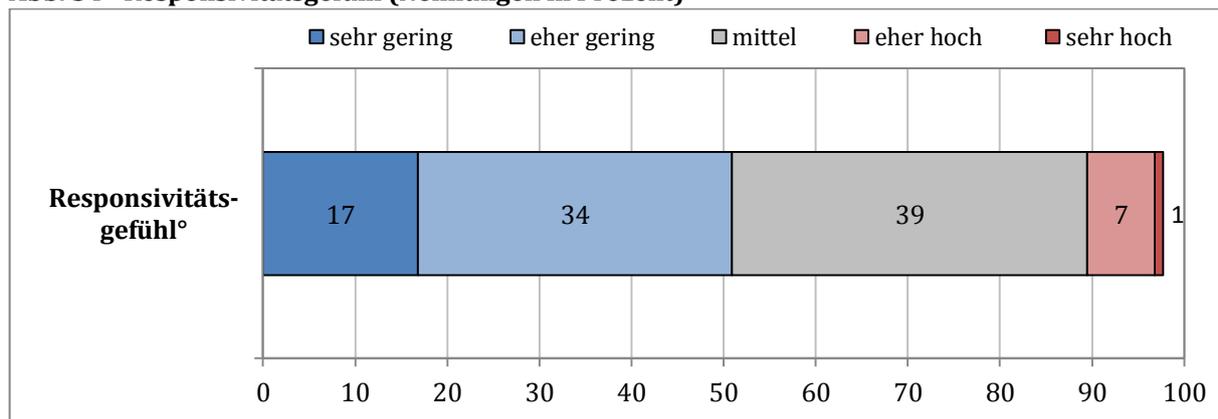
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Ferner stehen die politische Verhaltensdisposition in Form der Wahlbeteiligung und die politische Involvierung einer Person in einem klaren Zusammenhang. So sind, wie wir auch im Sachsen-Anhalt-Monitor 2015, dessen Schwerpunktthema die Nichtwahl war, dargestellt haben⁴⁹, bekennende Nichtwähler deutlich weniger politisch involviert als Personen, die beabsichtigen, an einer bevorstehenden Landtagswahl teilzunehmen.

6.2 Beurteilung der Offenheit des politischen Systems

Neben der politischen Involvierung spielt die Beurteilung der Offenheit des politischen Systems durch die Bürger für dessen Funktionsfähigkeit und Stabilität eine bedeutsame Rolle. In der Literatur wird die Überzeugung der Bürger, dass das politische System für ihre Anliegen offen ist und auf diese aufgeschlossen reagiert, als politische Responsivität bezeichnet. Voraussetzung für diese Bereitschaft zur Rückkopplung ist, dass die politischen Repräsentanten, vor allem die Parlamentsabgeordneten, an den Wünschen und Erwartungen der Wähler interessiert sind, diese aufnehmen und in den politischen Entscheidungsprozess einfließen lassen.⁵⁰

Abb. 34 Responsivitätsgefühl (Nennungen in Prozent)



Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

°Responsivitätsgefühl - Index aus 3 Fragen:

- Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.
- Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.
- Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.

Im Vergleich mit der politischen Involvierung (Durchschnittswert 0,34) wird die Offenheit des politischen Systems seitens der Sachsen-Anhalter deutlicher negativer beurteilt (Durchschnittswert von -0,60). Lediglich 8 Prozent der Bevölkerung des Landes sind der Ansicht, dass sich die politische Elite responsiv gegenüber den Wünschen der Bürger verhält. Jeder zweite Sachsen-Anhalter vertritt stattdessen die Meinung, dass

49 Vgl. Holtmann, E./Jaek, T. 2015: Sachsen-Anhalt-Monitor 2015. Nichtwahl. Strukturmerkmale, Motivlagen und sozialräumliche Verankerung, Halle: Zentrum für Sozialforschung Halle e.V., S. 65.

50 Brettschneider, F. (2002): Responsivität. In: Greiffenhagen, M./Greiffenhagen, S./Neller, K. (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 541-547.

die politischen Entscheidungsträger die Präferenzen der Bevölkerung weitgehend ignorieren (vgl. Abb. 34).

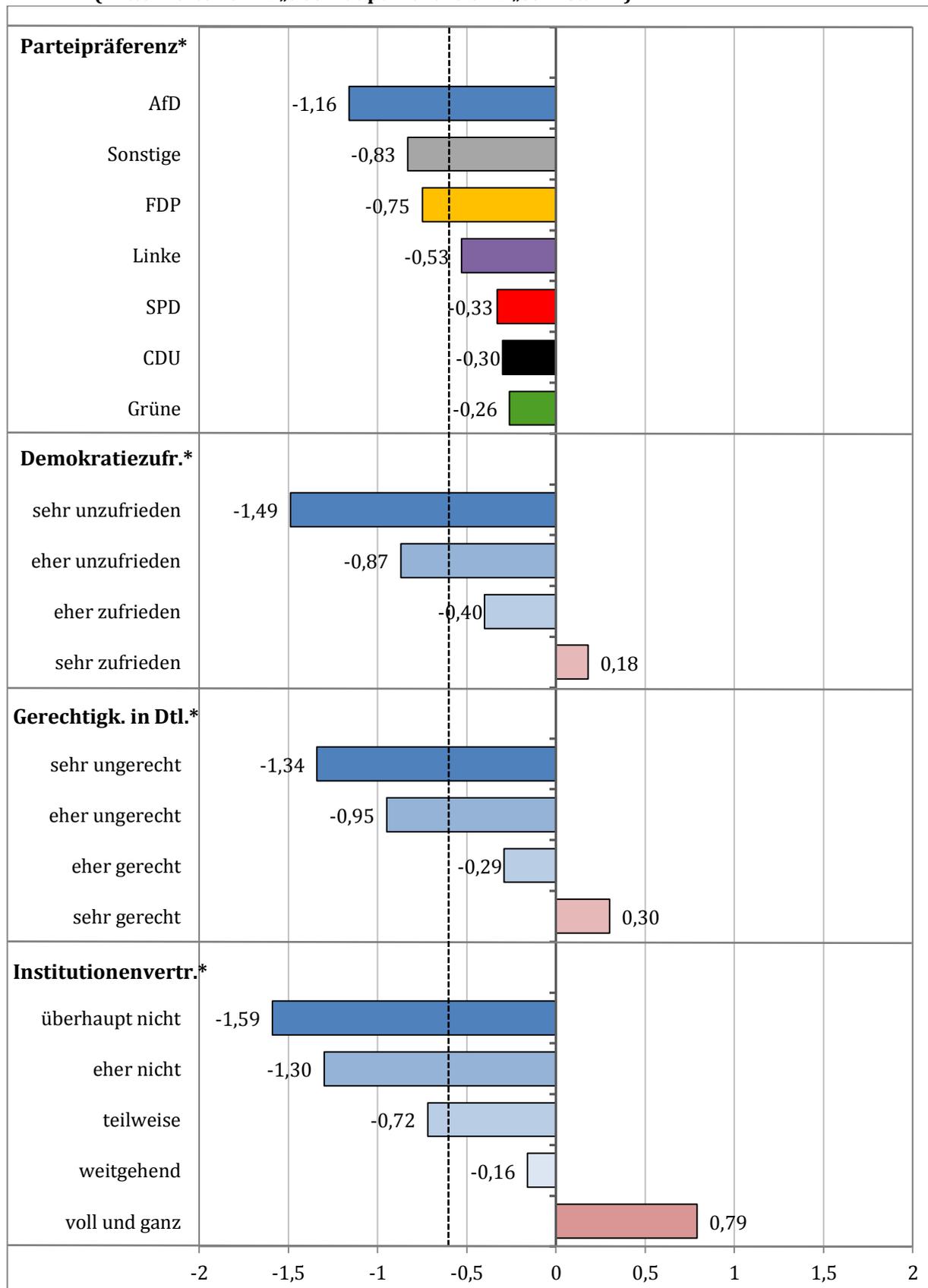
Im Zeitverlauf betrachtet, fällt das Responsivitätsgefühl der Bürger seit 2009, als es erstmals im Sachsen-Anhalt-Monitor erhoben wurde, erkennbar kritischer als die politische Involvierung aus (vgl. Abb. 32). Abgesehen von einer kleinen Erholung 2014 ist es nach dem Rückgang 2018 aktuell zwar wieder leicht angestiegen, liegt aber auf dem Ausgangsniveau von 2009.

Bei den Erklärungsfaktoren für die Responsivitätseinschätzung der Sachsen-Anhalter sind deutliche Parallelen zu 2018 erkennbar. So ist ein klarer und alle anderen Individualmerkmale übertreffender Zusammenhang mit dem Institutionenvertrauen nachweisbar (vgl. Abb. 35). Je mehr die Bürger den Einrichtungen des öffentlichen Lebens und den Politikern vertrauen, desto responsiver beurteilen sie das politische System.

Ferner übt auch die Demokratiezufriedenheit und das Gerechtigkeitsempfinden einen Einfluss auf die Wahrnehmung der Responsivität aus: Menschen, die zufriedener mit der Demokratie sind und den Eindruck haben, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht zugeht, bewerten die Offenheit des Systems deutlich positiver als Personen, die mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, unzufrieden sind und eher ungerechte Verhältnisse sehen (ebenda).

Mangelnde politische Responsivität kann sich auch auf das Abstimmungsverhalten bei der nächsten Wahl auswirken. Im Hinblick auf die Parteipräferenz stufen die Anhänger der derzeit im Land regierenden Parteien CDU, SPD und Grüne die Offenheit des politischen Systems am positivsten ein. Allerdings fällt auch das Urteil von Anhängern dieser Parteien kritisch aus. Eine besonders negative Meinung äußern Personen, die mit der AfD sympathisieren (ebenda).

**Abb. 35 Responsivitätsgefühl nach verschiedenen Erklärungsfaktoren
(Mittelwerte von -2 „überhaupt nicht“ bis +2 „sehr stark“)**



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

7 Einstellungen zur Demokratie

7.1 Die drei Dimensionen des Verständnisses von Demokratie

Bei der Demokratie handelt es sich um ein politisches System, das der Idee nach auf der Selbstbestimmung gleichberechtigter und politisch mündiger Bürgerinnen und Bürger gründet. Wirksame Kontrolle staatlicher Macht stellt eine zentrale Voraussetzung dafür dar, dass der demokratische Zustand des Systems erfüllt ist. Gewährleistet wird das Element der Kontrolle zum einen auf der Arbeitsebene der staatlichen Institutionen durch das Prinzip der *Gewaltenteilung* und größtmögliche Transparenz politisch-administrativer Entscheidungsprozesse sowie zum anderen im Verhältnis zwischen Bürger und Staat durch periodisch abgehaltene allgemeine Wahlen und außerdem häufig noch zusätzlich durch direktdemokratische Wahlen und Abstimmungen.

Der so umrissenen *Idee der Demokratie* wird in freien Staatsgesellschaften eine Wertigkeit zugemessen, die sich aus sich selbst heraus begründet und an sich keiner weiteren Rechtfertigung bedarf. Über die tatsächliche *Stabilität* einer real existierenden Demokratie ist damit allerdings noch nichts abschließend ausgesagt. Die Festigkeit einer demokratischen Ordnung, d.h. ihre institutionelle Architektur, ihr Leistungsvermögen und ihre ‚Überlebensfähigkeit‘, bemisst sich am Grad der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger. Diese Zustimmung hängt wiederum wesentlich davon ab, ob eine Demokratie über genügend Hilfsmittel („Ressourcen“) verfügt, die sie zu ihrer Bestandserhaltung aktivieren kann. Als solche Stabilisierungshilfen werden in der politikwissenschaftlichen Literatur insbesondere die *Integrationskapazität*, d.h. die Fähigkeit, möglichst viele Teile der vielschichtigen Gesellschaft ‚mitzunehmen‘ und einzubinden, ferner die *Partizipationskapazität*, also die angemessene Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen, sowie die *Distributionskapazität*, d.h. die wohlfahrtsstaatliche „Verteilung des Sozialproduktes durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen auch jenseits des Marktes“ genannt.⁵¹

Erst wenn es gelingt, die erwähnten Leistungen in genügendem Maße zu erbringen, kann ein demokratisches System auf eine stabile Unterstützung seitens seiner Bürgerinnen und Bürger rechnen. Zweckmäßigerweise wird dabei zwischen *genereller* („diffuser“) und *spezieller* („konkreter“) *Systemunterstützung* analytisch unterschieden. Während erstere die Anerkennung der Idee der Demokratie als bestmögliche politische Lebens- und Herrschaftsform beinhaltet, meint letztere das Ausmaß der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Die Unterscheidung ist sinnvoll, denn ein überzeugter Demokrat kann fallweise zum Beispiel mit den Leistungen von Regierung und/oder bestimmter Parteien durchaus unzufrieden sein. In einem bedenklichen Ma-

51 Wolfgang Merkel (1999): Systemtransformation, Wiesbaden, S. 59, mit Bezug auf Almond (1979) und Sandschneider (1995).

ße instabil ist ein demokratisches System erst dann, wenn der Idee der Demokratie die grundsätzliche Anerkennung in weiten Teilen der Gesellschaft verweigert wird.

„Verglichen mit anderen Staatsideen, bin ich für Demokratie“ – dieser Aussage stimmen 2020 „entschieden“ rund 50 Prozent und „eher“ weitere gut 43 Prozent der Sachsen-Anhalter zu – mithin fast alle, wie bereits 2018 (vgl. Tab. 8).⁵² Der Anteil entschiedener Demokraten ist innerhalb der letzten zwei Jahre allerdings um 11 Prozentpunkte zurückgegangen. Am antidemokratischen Gegenpol hat sich die Zahl derer, die der Demokratie eher ablehnend gegenüberstehen, um 3 auf 5 Prozentpunkte, sowie der entschiedenen Systemgegner von 1 auf 3 Prozentpunkte erhöht.

Tab. 8 Demokratie als beste Staatsidee (Nennungen in Prozent)

Die Idee der Demokratie mit anderen Staatsideen vergleichend, bin ich	Sachsen-Anhalt (Ø) 2020 (2018)	Alter in Jahren*				
		18-29	30-39	40-49	50-65	>65
entschieden für Demokratie	50 (61)	39	54	46	52	51
eher für Demokratie	43 (37)	44	34	48	43	45
eher gegen Demokratie	5 (2)	11	11	3	4	3
entschieden gegen Demokratie	2 (1)	7	1	3	1	0

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Zwar stellen die entschiedenen Systemgegner in Sachsen-Anhalt mit rund 3 Prozent nach wie vor zahlenmäßig eine gesellschaftliche Randgröße dar. Dennoch sind Absetzbewegungen im Bereich des breiten ideellen Demokratiekonsensus unübersehbar. Auf der einen Seite hat sich das nachdrückliche Bekenntnis zur Demokratie abgeschwächt, während die Gegner der Demokratie sich der Zahl nach verdoppelt haben. Letztere sind aktuell überdurchschnittlich oft in der jüngeren Altersgruppe unter 30 Jahren vertreten (ebenda). Wer mit der Demokratie ideell fremdelt oder ihr gegenüber feindlich eingestellt ist, zählt zudem überwiegend zu Geringverdienern, hat häufiger eine einfache schulische Bildung (maximal Hauptschulabschluss), ist häufiger in Ausbildung oder nicht berufstätig, ist eher weiblich, ist vermehrt wohnhaft in kleinen Gemeinden unter 2.000 Einwohnern oder den beiden Großstädten des Landes und ist häufiger Nichtwähler oder vorzugsweise Anhänger der AfD.

Schon bei der Erhebung vor zwei Jahren lag die Zahl derer, die sich entschieden mit dem Demokratieprinzip identifizieren, in der jüngsten Altersgruppe (damals der 18 bis 24 Jährigen) niedriger. Wir haben dies, wie auch für die damals ähnlich kritisch eingestellten Mittdreißiger und Mittvierziger, auf mögliche lebenszyklische Effekte zurückgeführt, die sich, so die Annahme, teils als jugendtypische Abstandshaltung gegenüber politisch-programmatischen Bindungen bemerkbar machen und teils durch erhöhte

52 Wir benutzen hier wie schon im SAM 2018 eine 4er-Skala. Die Wahl einer 4er-Skala anstelle einer 5er-Skala hat lt. einer in der Forschungsliteratur vertretenen Beobachtung den Effekt, dass es Befragte zu eindeutigerer Positionierung anhält: „Die absoluten Zustimmungen oder Ablehnungen sind im Vergleich mit der 4er-Antwortskala deutlich geringer“ (Angelika Vetter 1997, S. 47f.).

berufliche und familiäre Belastungen bedingt sind. Der letztgenannte Faktor würde mit der hier an anderer Stelle beschriebenen psychischen Sonderbelastung gerade jüngerer Menschen durch die Auswirkungen der Pandemie eine plausible situative Bestätigung erhalten.

Dennoch erklärt dies nicht allein, weshalb prinzipielle Gegnerschaft zur Demokratie gerade in Teilen der jüngeren Generation Auftrieb erhalten hat. Hinzu kommen zwei weitere erklärende Faktoren: Einmal findet eine altersspezifische politische Radikalisierung in der Richtung antidemokratischen Denkens statt, die in der Entfremdung von institutionellen demokratischen Garantien erkennbar wird (vgl. Kapitel 7.2) und die ebenso bei weiteren 2020 gemessenen Einstellungen (vgl. Kapitel 12.3) in den Daten zum Ausdruck kommt. Hinzu tritt zweitens der im vorliegenden Monitor ebenfalls aufgezeigte Befund, dass das Gerechtigkeitsempfinden gerade junger Menschen gestört ist, mit der Folge, dass ein solcher Vertrauensschwund auch die ideelle Unterstützung der Demokratie untergräbt (vgl. Kapitel 8).

Dass in direkt vergleichender Abwägung die Einschätzung des *demokratischen politischen Systems in Deutschland*, „so wie es in der Verfassung festgelegt ist“, im Gesamtbild kritischer ausfällt als bei dem abstrakten Bekenntnis zur Idee der Demokratie, verwundert nicht (Tab. 9). Da einzelne konstitutionelle Merkmale der im Grundgesetz verankerten Architektur der Demokratie Gegenstand – zweifelsfrei legitimer – verfassungspolitischer Kontroversen sind und bleiben, wie z.B. Wahlrechtsfragen oder die Ausweitung der Instrumente direkter Demokratie auf die Bundesebene, fällt die Zustimmung zur existierenden Verfassungsordnung in der Regel geringer aus.

Eine solche abgestufte Akzeptanz von demokratischer Idee und konkreter Verfassungsordnung nimmt auch die Bevölkerung Sachsen-Anhalts vor. Über 70 Prozent sind mit dem demokratischen System der Bundesrepublik „sehr“ (13 Prozent) bzw. „eher“ (59 Prozent) zufrieden. Demgegenüber äußern sich 22 Prozent „eher“ und 6 Prozent „sehr unzufrieden“. In letzterer Teilgruppe der entschiedenen Kritiker sind wie vor zwei Jahren doppelt so viele Männer wie Frauen vertreten.

Tab. 9 Das demokratische Verfassungssystem der Bundesrepublik (Nennungen in Prozent)

Mit dem demokratischen Verfassungssystem der Bundesrepublik bin ich	Sachsen-Anhalt (Ø) 2020	Alter in Jahren				
		18-29	30-39	40-49	50-65	>65
sehr zufrieden	13	11	16	17	11	12
eher zufrieden	59	63	53	55	58	63
eher unzufrieden	22	17	23	21	24	24
sehr unzufrieden	6	10	8	6	7	7

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Auffallend ist, dass die Zufriedenheit mit dem politischen System Deutschlands gegenüber 2018 signifikant, nämlich um 15 Prozentpunkte gestiegen ist. Besondere altersspezifische Abweichungen sind dabei aktuell nicht feststellbar. Die Systemzufriedenheit steigt, wie zu erwarten, an mit der Höhe des Einkommens und dem Grad formaler Bildung.

Bei der Parteisympathie schält sich, wie schon 2018, eine Dreier-Anordnung heraus: Ganz überwiegend zufrieden mit der Verfassungsordnung des Grundgesetzes äußern sich die Anhänger der Grünen (89 Prozent), der SPD (87 Prozent), der FDP (86 Prozent) sowie der CDU (annähernd 86 Prozent). Mit Abstand folgen die Anhänger der Linkspartei (70 Prozent). Das Schlusslicht bilden Parteigänger der AfD; aber auch in deren Partei Umfeld ist fast die Hälfte der Befragten (knapp 48 Prozent) mit dem politischen System Deutschlands zufrieden. In der Systemfrage sind mit der AfD Sympathisierende allerdings deutlich polarisiert: Jeder vierte Anhänger (ca. 26 Prozent) bekundet, mit der existierenden demokratischen Ordnung sehr unzufrieden zu sein.

Regional tritt eine überproportional hohe Systemunzufriedenheit vor allem im Saalekreis (annähernd 45 Prozent) auf, ferner in Jerichower Land (ca. 38 Prozent), Anhalt-Bitterfeld (ca. 36 Prozent) und Mansfeld-Südharz (annähernd 35 Prozent). In kleinen Gemeinden unter 5.000 Einwohnern sind überdurchschnittlich viele Menschen zufrieden (5 Prozent), deutlich weniger sind dies in kleinen Städten (5.000 – 20.000 Ew).

Verglichen mit der hohen ideellen Sympathie für die demokratische Staatsform und der niedriger ausfallenden Identifikation mit dem politischen System des Grundgesetzes fällt, wie schon bei früheren Umfragen des SAM, die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie Deutschlands geringer aus (vgl. Tab. 10). Insgesamt 62 Prozent der Befragten äußern sich sehr (8 Prozent) oder eher zufrieden (54 Prozent). Sehr oder eher unzufrieden mit der Leistungsfähigkeit der Demokratie zeigen sich 39 Prozent. Damit schließt Sachsen-Anhalt zum Niveau der Demokratiezufriedenheit auf, das gegenwärtig für Gesamtdeutschland gemessen wird.⁵³

Tab. 10 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland, nach Altersgruppen und Bildung (Nennungen in Prozent)

Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem	Sachsen-Anhalt (Ø) 2020	Alter in Jahren					Bildung*		
		18-29	30-39	40-49	50-65	>65	Hauptschule	Realschule	Abitur
sehr zufrieden	8	8	11	12	6	5	7	6	10
eher zufrieden	54	51	51	55	51	59	49	53	57
eher unzufrieden	29	29	25	25	33	29	35	32	23
sehr unzufrieden	10	10	13	8	11	7	10	9	10

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Beim Blick auf die Daten fällt die enorme Zunahme an Demokratiezufriedenheit ins Auge. Verglichen mit der Erhebung 2018 ist dies ein Mehr von 22 Prozentpunkten. Der Aufwuchs zieht sich quer durch sämtliche Bevölkerungsschichten. In allen Alters- und Bildungsgruppen sind, ausgenommen nur nicht Berufstätige⁵⁴, zweistellige Zuwachsraten zu verzeichnen. Auch die jüngeren Jahrgänge ordnen sich in diesen generellen Auf-

53 Der ARD-DeutschlandTrend weist für Oktober 2020 Anteile von 64 Prozent von mit der Demokratie (sehr) Zufriedenen sowie von 35 Prozent weniger/gar nicht Zufriedenen aus. Die Zahlen für Ostdeutschland lauten: 50 Prozent Zufriedene und 49 Prozent Unzufriedene.

54 In diesem Bevölkerungsteil liegen die (Un)Zufriedenheitswerte etwa auf dem Niveau von 2018.

wärtstrend ein. Bei Betrachtung der Faktoren Bildung und Einkommen in ihrer Bedeutung für die Einschätzung der Performanz der bundesdeutschen Demokratie zeigen sich zwar die bekannten linearen Effekte (vgl. Tab. 10 und Tab. 11), aber die in unteren Einkommens- und Bildungsschichten vormals gemessene überdurchschnittliche Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie hat sich deutlich abgeschwächt.

Tab. 11 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland, nach Erwerbsstatus und Einkommen (Nennungen in Prozent)

Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem	Sachsen-Anhalt (Ø) 2020	Erwerbsstatus*				Einkommen		
		berufstätig	nicht berufstätig	im Ruhestand	in Ausbildung	niedrig (<1500 Euro)	mittel (<3000 Euro)	hoch (>3000 Euro)
sehr zufrieden	8	8	10	6	9	6	7	11
eher zufrieden	54	53	44	56	63	47	57	60
eher unzufrieden	29	30	22	30	17	32	29	23
sehr unzufrieden	10	9	24	7	11	15	8	7

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Bedeutsam für die individuelle Bewertung des Funktionierens der Demokratie ist auch, ob die eigenen Lebensumstände und die persönliche wirtschaftliche Lage besser oder schlechter eingeschätzt werden. Dieser schon 2012, 2014 und 2018 nachgewiesene Zusammenhang bestätigt sich im Spiegel der Daten von 2020 neuerlich: Die nachstehende Tabelle (Tab. 12) zeigt: Wer mit seiner Lebenssituation und seiner wirtschaftlichen Lage zufrieden ist, stellt auch der Praxis der Demokratie gute Noten aus. Und umgekehrt befinden sich unter jenen, die mit ihrer Lebenslage und ihren materiellen Bedingungen hadern, mit mehr als 60 Prozent überdurchschnittlich viele Personen, die das Funktionieren der hiesigen Demokratie kritisieren (ebenda). Doch ist gegenwärtig in der Gruppe der ökonomisch Unzufriedenen jeder Dritte dennoch mit der Demokratie eher oder sehr zufrieden. Das sind über 20 Prozentpunkte mehr als vor zwei Jahren.

Tab. 12 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland nach Zufriedenheit mit Lebenssituation und Einschätzung der wirtschaftlichen Lage (Nennungen in Prozent)

Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem	Sachsen-Anhalt (Ø)	Zufriedenheit mit Lebenssituation*			eigene wirtschaftliche Lage*		
		zufrieden	teils/teils	unzufrieden	gut	teils/teils	schlecht
sehr zufrieden	8 (3)	10	3	2	10	3	3
ziemlich zufrieden	54 (38)	63	40	31	60	50	32
ziemlich unzufrieden	29 (47)	22	43	33	25	34	41
sehr unzufrieden	10 (13)	5	14	33	5	13	24

In Klammern Vergleichswerte 2018. Abweichungen zu 100 % weiß nicht/k. A./rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Bei der Demokratiezufriedenheit nach Parteipräferenz zeichnet sich dasselbe ‚tripartistische‘ Verteilungsmuster wie bei der Systemakzeptanz ab (Tab. 13). Zufriedenheit be-

kundet eine große Mehrheit der Anhänger von SPD, Grünen, CDU und FDP. Mit Abstand folgen Parteigänger der Linkspartei, aber auch diese äußern sich mehrheitlich zufrieden. Unzufriedenheit überwiegt aktuell lediglich bei Anhängern der AfD und erklärten Nichtwählern. Aber auch hier ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie gewachsen (AfD-Anhänger: + 8 Prozentpunkte; Nichtwähler: + 28 Prozentpunkte). Im Gesamtbild stellen sich, dem mehr Zufriedenheit signalisierenden Gesamttrend folgend, die Differenzen zwischen den für die Parteien ermittelten Werten deutlicher abgeflacht dar.

Tab. 13 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland nach Parteipräferenz (Nennungen in Prozent)

Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem	Sachsen-Anhalt (Ø) 2020	Parteipräferenz*						
		CDU	AfD	Linke	SPD	FDP	Grüne	Nichtwähler
sehr zufrieden	8	10	1	8	11	6	18	2
eher zufrieden	54	72	28	49	71	67	63	36
eher unzufrieden	29	18	34	30	16	19	17	49
sehr unzufrieden	10	0	37	12	2	6	3	14

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie drückt immer ein Votum über deren Leistungsbilanz aus. Wenngleich durch den aktuellen Trend abgeschwächt, wird auch gegenwärtig erkennbar, dass bei der Bewertung des Funktionierens der Demokratie die persönliche Nähe oder Distanz von Befragten zur jeweils regierenden Parteienkonstellation eine Rolle spielt: Während Anhänger der im Land derzeit regierenden Parteien CDU, SPD und Grüne überdurchschnittlich Zufriedenheit mit der Systemleistung bekunden, sind Parteigänger von FDP und Linkspartei mit der aktuellen Performanz der Demokratie weniger zufrieden. Anhänger der AfD bilden gemeinsam mit erklärten Nichtwählern die Speerspitze der Unzufriedenheit.

Bei der Demokratiezufriedenheit werden abermals auch regionale Höhen und Tiefen erkennbar. Überproportional unzufrieden äußern sich insbesondere Bewohner im Saalekreis (ca. 55 Prozent), im Altmarkkreis Salzwedel (47 Prozent) und im Salzlandkreis (rund 45 Prozent). Demgegenüber liegt im Bördekreis (ca. 74 Prozent) im Kreis Harz (ca. 73 Prozent) und im Kreis Stendal (ca. 66 Prozent) die Zufriedenheitsrate deutlich über dem Landesdurchschnitt. Sichtlich polarisiert ist das Meinungsbild in kleinen Gemeinden unter 2.000 Einwohnern. Dort sind Zufriedenheit und Unzufriedenheit gleichermaßen überdurchschnittlich hoch.

Sehr bzw. ziemlich unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie hierzulande zeigen sich, wie die nächste Tabelle (Tab. 14) ausweist, deutlich mehr Befragte auf der rechten als auf der linken Seite des politischen Spektrums. Diese Positionierung bestätigt das schon 2018 vorhandene Grundmuster. Deutlich wird im Zweijahresvergleich, dass sich die aktuell generell angestiegene Demokratiezufriedenheit im Links-

und im Mitte-Bereich widerspiegelt, während im rechten Bereich des Links-Rechts-Spektrums sich die Verteilung zufrieden/unzufrieden wenig verändert hat.

Tab. 14 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland nach Links-Rechts-Selbsteinstufung (Nennungen in Prozent)

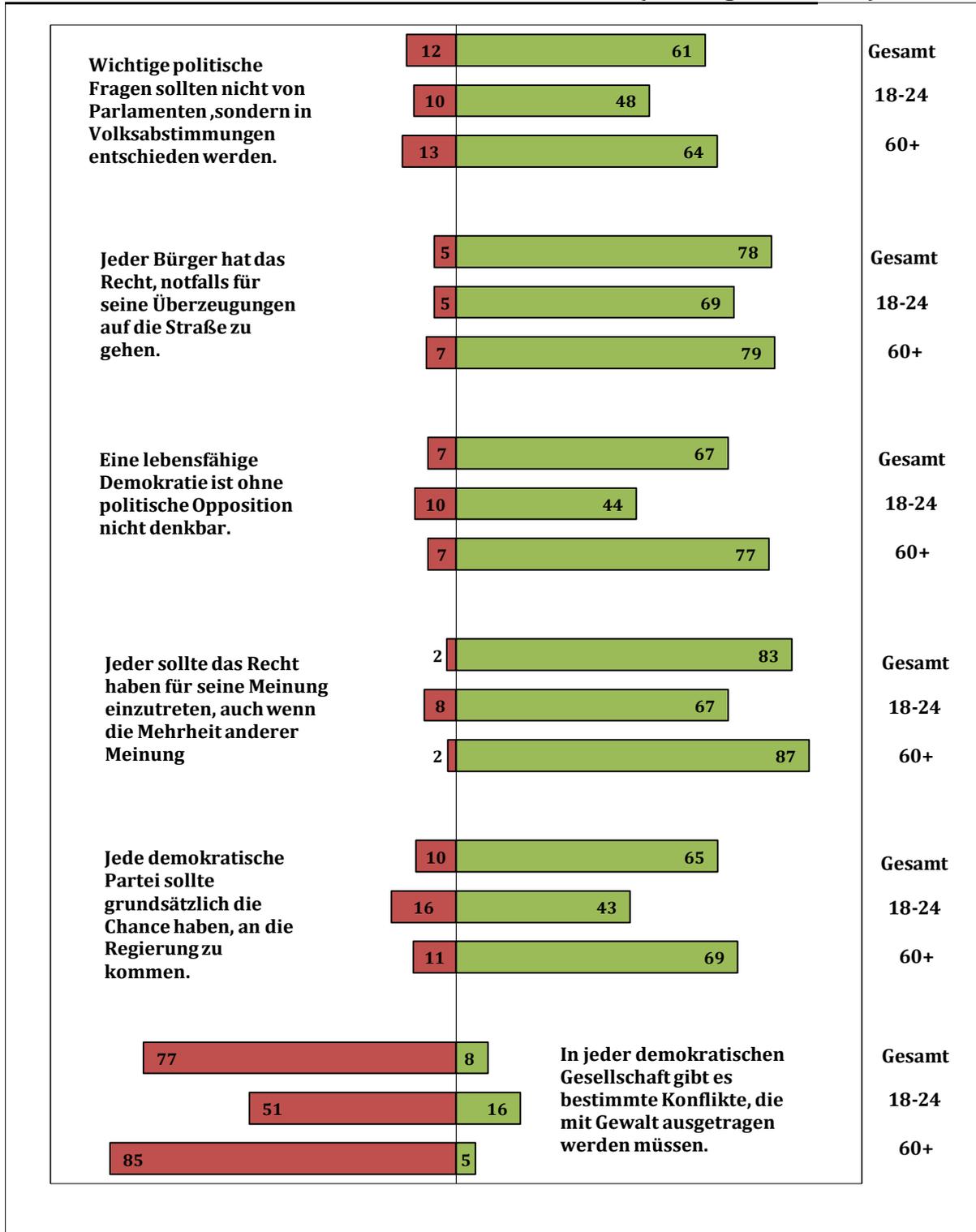
Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem	Sachsen-Anhalt (Ø) 2020 (2018)	Links-Rechts-Selbsteinstufung*		
		Links	Mitte	Rechts
sehr zufrieden	8 (3)	10	8	3
ziemlich zufrieden	54 (38)	54	56	35
ziemlich unzufrieden	29 (47)	28	29	35
sehr unzufrieden	10 (13)	9	8	27

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

7.2 Demokratieverständnis und institutionelle Garantien

Die bis hierher vorgestellten Dimensionen des Verständnisses und der Bewertung der Demokratie formen sich aus drei verschiedenen Perspektiven zu einem Gesamturteil der Bürgerinnen und Bürger. Indes ist Demokratie nicht nur eine abstrakte Idee, eine verfassungsförmige Ordnung und ein konkretes Leistungsversprechen, womit sich die normative Erwartung guten Regierens (*Good Governance*) verbindet. Vielmehr bedarf Demokratie, um den an sie gerichteten Erwartungen gerecht zu werden, auch bestimmter institutioneller Ausstattungsmerkmale. Dazu zählen zum einen formale Garantien für einen echten Parteienwettbewerb und eine handlungsfähige Opposition sowie zum anderen die Gewährleistung von Bürgerrechten, wie z.B. Meinungs- und Demonstrationsfreiheit. Die aktuelle Ausprägung dieses Zusammenhangsmusters ist in der folgenden Abbildung (Abb. 36) ersichtlich.

Abb. 36 Demokratieverständnis und institutionelle Garantien (Nennungen in Prozent)


rote Balken: „stimme eher nicht zu/stimme überhaupt nicht zu“

grüne Balken: „stimme eher zu/stimme voll und ganz zu“

Abweichungen zu 100 % Antwortkategorie teils, teils/weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Um den Vergleich mit 2018 zu ermöglichen, bilden hier die 18-24jährigen die jüngste Altersgruppe und die über 60jährigen die älteste Gruppe.

In den Jahren zuvor hatte eine übergroße Mehrheit der Bevölkerung des Landes das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und auf Demonstration sowie die unentbehrli-

che Existenz einer Opposition bejaht. Das ist auch im Jahr 2020 nicht anders, allerdings mit Abstrichen. Das Recht des Bürgers, „notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen“, reklamieren etwa 78 Prozent (-9 Prozentpunkte). Dass Opposition in der Demokratie unverzichtbar ist, bekräftigen ähnlich viele, nämlich annähernd 67 Prozent (-17). Für das Recht, eine abweichende Meinung öffentlich zu vertreten, plädieren annähernd 83 Prozent (-6). Deutlich weniger, aber immerhin noch rund 65 Prozent (-10) treten der Auffassung bei, dass jede demokratische Partei die Chance haben müsse, an die Regierung zu kommen (vgl. Abb. 36 oben).

Im Vergleich zum Monitor 2018 erweist sich dieses demokratische Grundverständnis in Sachsen-Anhalt zwar nach wie vor auf hohem Niveau mehrheitsfähig. Es hat jedoch seither an stabiler Verankerung in der Gesellschaft eingebüßt. Diese Veränderung hat offenbar ihre Ursache in der vertieften politischen Spaltung, wie sie in den Ergebnissen der letzten Bundestagswahl und der Landtagswahlen seit 2016 zum Ausdruck kommt. In dem Maße, wie sich die politische Auseinandersetzung zunehmend nach Feindbildern sortiert, verringert sich auch die Bereitschaft, die demokratischen Grundtugenden (partei)politischer Toleranz dem politischen Gegner einschränkungslos zuzubilligen.

Die vier abgefragten demokratischen Elementarrechte bzw. Basisgarantien wurden vor zwei Jahren und werden auch gegenwärtig weitgehend unabhängig von Alter, Bildungsgrad, Stellung im Beruf und sozialem Status eingefordert. Allerdings mit einer vom Gros der Bevölkerung nicht geteilten und für die Zukunftsfähigkeit der Demokratie bedenklichen Abweichung. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich nämlich ein autoritäres bzw. antidemokratisches Denkmuster eines gewachsenen Teils der jüngsten Altersgruppe: 18- bis 24-Jährige sprechen sich überdurchschnittlich weniger häufig aus für das uneingeschränkte Demonstrationsrecht (69 Prozent/ zu 2018 minus 19), die Meinungsfreiheit Andersdenkender (67 Prozent/ minus 33), das Erfordernis einer politischen Opposition (44 Prozent/ minus 38) und die Regierungsfähigkeit einer jeden demokratischen Partei (43 Prozent/ minus 21). Auch ziehen sie überdurchschnittlich häufig, nämlich zu 16 Prozent (2018: 1 Prozent), eine mit Gewalt ausgetragene Konfliktregelung ins Kalkül.

Nach Parteivorlieben sortiert, scheiden sich die Geister partiell ebenfalls. Einesteils werden Demonstrations- und Meinungsfreiheit, das Existenzrecht politischer Opposition sowie die prinzipielle Chance aller demokratischen Parteien auf Regierungsteilhabe parteiübergreifend und Nichtwähler einschließend mit mehr oder weniger großen Mehrheiten befürwortet. Von diesem Main Stream weichen AfD-Anhänger in mehrfacher Hinsicht ab: Einesteils befürworten sie am nachdrücklich zu jeweils über 80 Prozent das Recht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit. Andererseits treten sie am wenigsten für das Existenzrecht der Opposition ein (57 Prozent), was angesichts der prononcierten und teilweise fundamentalistischen Oppositionsstrategie der AfD im Parlament nicht unbedingt zu erwarten ist. Die prinzipielle Legitimation jeder demokratischen Partei für eine Regierungsbeteiligung wird hinwiederum von AfD-

Parteilägern nachdrücklich (mit 72 Prozent) eingefordert – indirekt ein Indiz dafür, dass der von der Partei besetzte Außenseiterstatus für die meisten ihrer Anhänger keine Sache politischer Überzeugung ist.

Während die Demonstrations- und Meinungsfreiheit, die Existenzgarantie für politische Opposition sowie die Chance demokratischer Parteien zur Teilhabe an der Regierung zu den Verfassungsnormen gehören, die prinzipiell *nicht abstimmbar* sind, gehört die institutionelle Regelung des Verhältnisses von repräsentativer und direkter Demokratie zum kontroversen, d.h. Mehrheitsentscheidungen unterliegenden Sektor auch der bundesdeutschen Verfassungsordnung. Wie in vielen anderen Ländern Europas, ist in der deutschen Bevölkerung die Sympathie für Direkte Demokratie weit verbreitet. In Ostdeutschland fällt die Zustimmung für diese Option seit der Wiedervereinigung durchwegs höher aus.⁵⁵

In diesem Punkt bleibt auch in Sachsen-Anhalt das Mehrheitsbild eindeutig. Der Frage, ob wichtige Fragen „nicht von Parlamenten, sondern in Volksabstimmungen entschieden werden“ sollten, stimmen aktuell knapp zwei Drittel der Befragten „eher“ (24 Prozent) oder „voll und ganz“ (38 Prozent) zu (vgl. Abb. 36). Das sind insgesamt 5 Prozentpunkte weniger als vor zwei Jahren. Wie bereits 2018 fällt die Zustimmung bei Älteren (ab 40 Jahren) größer aus. Mit steigendem Einkommen und höherer Bildung wächst die Plebiszitskepsis. Im Parteienfeld sprechen sich AfD-Anhänger überproportional häufig (rund 83 Prozent), Parteigänger der Grünen hingegen unterdurchschnittlich häufig (ca. 49 Prozent) für eine Erweiterung der volksunmittelbaren Demokratie aus.

Gehört auch der gewaltsame Konfliktaustrag zur Demokratie? – Rund 78 Prozent der befragten Sachsen-Anhalter sehen darin eine inakzeptable politische Grenzverletzung. Nur eine kleine Minderheit von knapp 8 Prozent bekundet dafür Sympathie (vgl. ebenda). Gegenüber 2018 hat sich die Anzahl allerdings verdoppelt. Unter den Jüngeren bis unter 30 Jahren, häufiger mit einfachem Schulabschluss, sind dies mit 17 Prozent deutlich mehr als in allen anderen Altersgruppen.

Als Zwischenfazit ist festzuhalten: Die langjährige, immer wieder empirisch bestätigte politikwissenschaftliche Lehrmeinung, dass die Zustimmung zur Idee der Demokratie stets höher liegt als zur existierenden demokratischen Verfassungsordnung und die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie am geringsten ausfällt, wird durch die Daten des SAM 2020 abermals bestätigt. Allerdings sind innerhalb dieser hierarchischen Anordnung die Gewichte der Verteilung der drei Demokratie-Dimensionen in Bewegung geraten: Das ideelle Bekenntnis zur Demokratie hat an Intensität eingebüßt. Demgegenüber ist die Zustimmung zur Verfassungsordnung der Bundesrepublik und mehr noch die Demokratiezufriedenheit stark gewachsen. Letztere schließt zu den beiden anderen Dimensionen deutlich auf. Dieses Zufriedenheitsniveau basiert jedoch

55 Das bestätigen etwa die Befunde der Bevölkerungsumfrage 2014/8 in Holtmann (Hrsg.) (2019): Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt/New York, S. 89.

auf situativen Einschätzungen der Systemleistungen und ist entsprechend fluide. Ein gleichgewichtiger Ausgleich für das, wie oben dargelegt, tendenziell weniger entschiedene Eintreten für die Idee der Demokratie ist höhere Demokratiezufriedenheit also nicht.

7.3 4 Typen der Einstellung zur Demokratie

Die Signatur als parlamentarische Demokratie ist das kennzeichnende Merkmal unserer politischen Ordnung auf Bundes- und Landesebene. Ausgehend von den aktuell erhobenen Daten, die aufzeigen, dass Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlicher Verteilung sich mit der Demokratie im Allgemeinen und ihrer spezifisch deutschen Ausprägung im Besonderen identifizieren können oder nicht sowie deren Funktionsfähigkeit infrage stellen oder nicht, stellen wir im Folgenden, angelehnt an ein Kategorienraster Oskar Niedermayers⁵⁶, vier Typen der Einstellung zur Demokratie vor. In diese Typologie finden die unterschiedlichen Kombinationen der abgestuften Bewertungen für alle drei Demokratiedimensionen, d.h. der Wertdimension (Idee der Demokratie), der Strukturdimension (Demokratie als Verfassungsordnung) und der Performanzdimension (Funktionieren der Demokratie) Eingang. Die folgende Tabelle gibt über die so gebildete 4er-Typologie Auskunft.

Tab. 15 Typologie demokratischer Orientierungen (Nennungen in Prozent)

	Orientierung gegenüber der ...			Sachsen-Anhalt		
	Idee	Verfassung	Funktion	2015	2018	2020
Antidemokraten	-	-	-	5	2	5
Systemkritische Demokraten	+	-	-	32	35	20
Politikkritische Demokraten	+	+	-	23	28	15
Zufriedene Demokraten	+	+	+	41	36	60

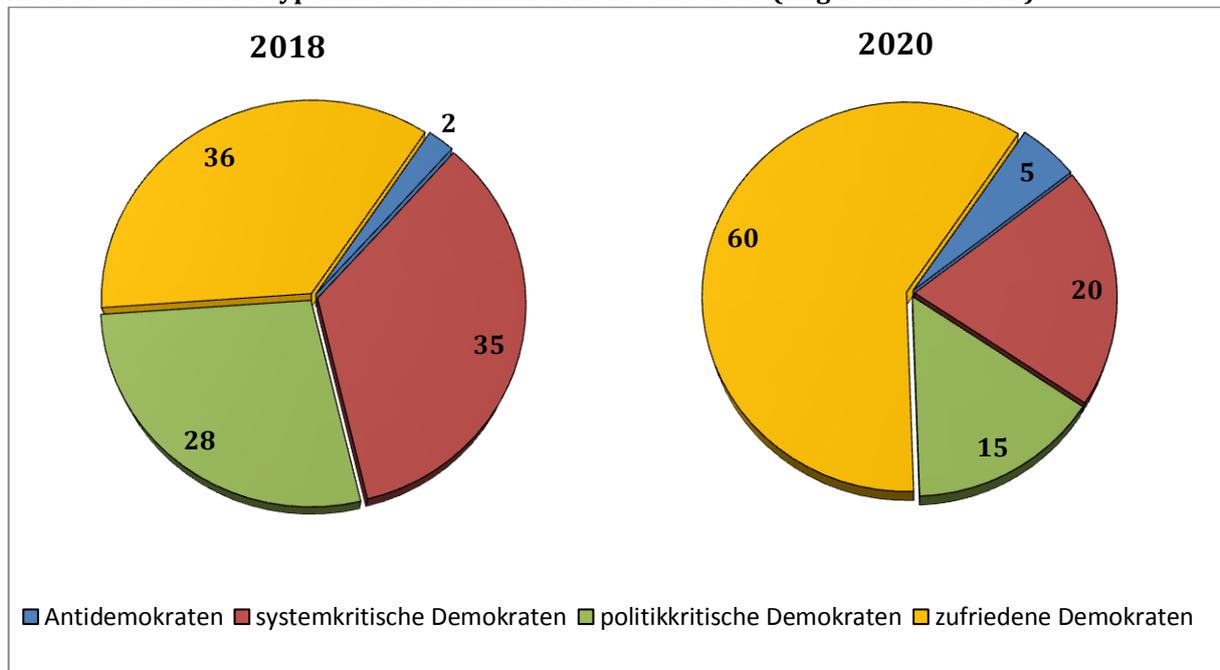
Quelle: Eigene Abbildung nach Niedermayer 2009
Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Als „Antidemokraten“ werden Personen bezeichnet, die sich gegenüber allen drei Ausprägungen der Demokratie ablehnend bzw. unzufrieden äußern. Zu diesem Typus können in Sachsen-Anhalt aktuell fünf Prozent gerechnet werden, drei Prozentpunkte mehr als 2018. Als „systemkritische Demokraten“ gelten jene, welche zwar die Idee der Demokratie prinzipiell gutheißen, aber sowohl mit ihrer in Deutschland existierenden Form als auch ihrer Performanz hadern. Diesem Typus lassen sich aktuell 20 Prozent zurechnen, 15 Prozentpunkte weniger als 2018. Der „politikkritische“ Typus schließt

56 Niedermayer, O. (2009): Bevölkerungseinstellungen zur Demokratie: Kein Grundkonsens zwischen Ost- und Westdeutschen, In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2, S. 383-397.

jene ein, die lediglich mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind. Hier ging die Zahl von 36 Prozent 2018 auf aktuell 15 Prozent zurück. Als „zufriedene Demokraten“ firmieren jene, die alle drei Dimensionen positiv bewerten. Das waren vor zwei Jahren 36 Prozent und sind jetzt 60 Prozent. Die beiden folgenden Kuchendiagramme (Abb. 37) veranschaulichen die innerhalb der letzten zwei Jahre eingetretenen Veränderungen.

Abb. 37 Demokratietypen in Sachsen-Anhalt 2018 und 2020 (Angaben in Prozent)



Quelle: Eigene Berechnungen

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Die binnen zwei Jahren eingetretenen Verschiebungen sind erheblich. Während die ‚kritische Mitte‘, also die system- bzw. politikkritischen Demokraten, fast um die Hälfte kleiner geworden ist, haben sich die beiden äußeren Pole vergrößert. Die nach wie vor sehr schmale Minderheit der Antidemokraten hat sich von vormals zwei auf nunmehr fünf Prozent mehr als verdoppelt. Enorm zulegen konnte die Gruppe der zufriedenen Demokraten. Dieses Segment steht mit aktuell 60 Prozent für die große Mehrheit der befragten Sachsen-Anhalter. Rechnet man die politikkritischen Demokraten mit hinzu, so ist, gemessen an dieser Typologie, die Demokratie in der Masse der Bevölkerung des Landes breit verankert (Abb. 37).

Zu berücksichtigen ist hierbei, dass diese verbreiterte Akzeptanz der Demokratie auch einer gegenwärtig hohen Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie geschuldet ist. Diese Einstellung ist jedoch ein Spiegel der Einschätzung vornehmlich der aktuellen politischen Situation und unterliegt insoweit tagespolitischen Schwankungen. Der zahlenmäßig große Aufwuchs „zufriedener Demokraten“ ist folglich nur bedingt ein Gradmesser für die Stabilität der Demokratie im Land. Die in den Daten auch erkennbare und oben dargestellte Tendenz, die bei Teilen der Bevölkerung, insbe-

sondere der jungen Generation, in die Richtung einer Aufweichung des entschiedenen Bekenntnisses zur Idee der Demokratie weist, gehört mit zum Gesamtbild der Zustandsbeschreibung der Demokratie. Die Tendenz zu einer geistigen Abkehr vom Demokratieprinzip rührt an den legitimatorischen Kern unserer Verfassungsordnung. Aufgrund dieser Anzeichen einer beginnenden Kernschmelze bei demokratischen Grundwerten ist eine wehrhafte Demokratie besonders gefordert.

8 Gerechtigkeitsempfinden

Der Begriff der Gerechtigkeit ist juristisch wie auch im Erwartungshorizont der Menschen „eng mit dem Gleichbehandlungsgebot verbunden“.⁵⁷ Gerechtigkeit soll der verfassungspolitischen Idee nach objektiv vorrangig drei Dinge gewährleisten: Zum einen die Rechtssicherheit, welche der Rechtsstaat verbürgt; zum zweiten jenen „Freiheitsraum eigenständiger Lebensgestaltung“⁵⁸ sichern, der jedem Menschen zusteht; zum dritten steht Gerechtigkeit als *soziale* Gerechtigkeit in enger Verbindung mit der verwandten Leitidee der Gleichheit. Das dem Grundgesetz inhärente Sozialstaatsgebot zielt darauf ab, soziale Ungleichheit in angemessener Weise auszugleichen. Einer prägnanten Formulierung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zufolge ist der Staat, und insbesondere der Gesetzgeber, grundsätzlich verpflichtet, „für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze und damit für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen“.⁵⁹

Das Ausmaß, in welchem die Bürger davon überzeugt sind, dass es hierzulande „alles in allem eher gerecht oder eher ungerecht zugeht“, erlaubt Rückschlüsse darauf, wie es um den wahrgenommenen Allgemeinzustand von Staat und Gesellschaft aus sozialmoralisch begründeter Sicht der Bevölkerung bestellt ist. Hier hat sich im vergangenen Jahrzehnt die Einschätzung gewandelt. Nachdem sich im Jahr 2014 noch positive und negative Einschätzungen die Waage gehalten hatten (jeweils 47 Prozent der Sachsen-Anhalter empfanden den allgemeinen Gang der Dinge in Deutschland als eher gerecht oder eher ungerecht) und 2018 dann mehr als die Hälfte die allgemeine Lage als „sehr“ bzw. „eher gerecht“ (3 bzw. 51 Prozent) bewerteten, fällt das überwiegend positive Urteil 2020 nochmals deutlicher aus. Aktuell meinen annähernd 56 Prozent, dass es in Deutschland alles in allem gerecht (ca. 54 Prozent) bzw. sehr gerecht (ca. 2 Prozent) zugehe. Rund 44 Prozent sind gegenteiliger Ansicht (Abb. 38) Damit liegt Sachsen-Anhalt in etwa auf der Höhe des bundesweiten Trends.⁶⁰

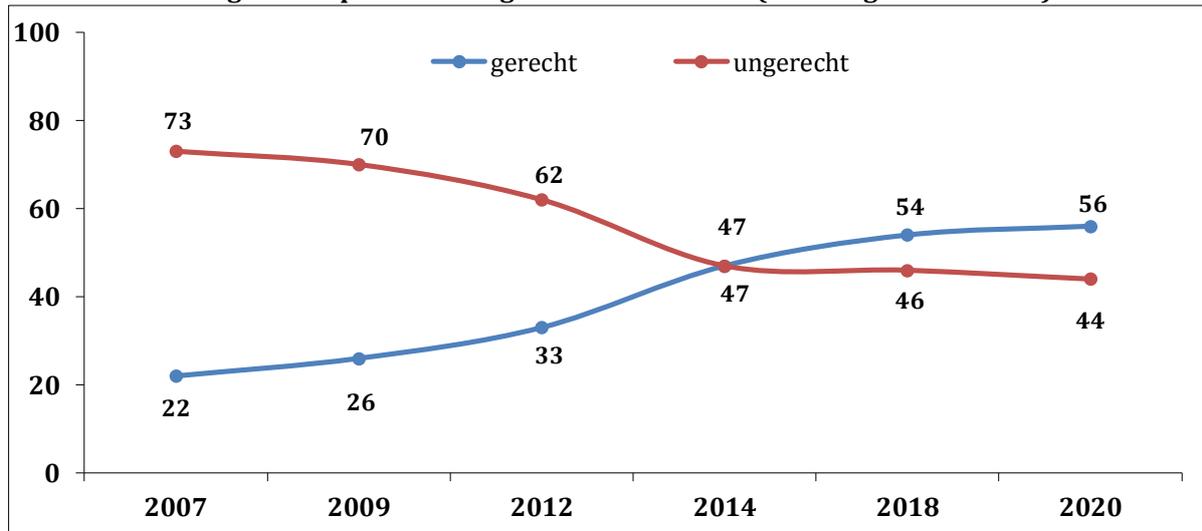
57 Benda, E. (1984): Der soziale Rechtsstaat. In: Maihofer, W./Benda, E./Vogel, H. J. (Hrsg.): Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 1. Aufl., Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 483.

58 Ebenda., S. 482.

59 BVerfGE Band 22, S. 180 und 204.

60 Bundesweite Vergleichsdaten liegen mit einer ZSH-Umfrage aus dem Jahr 2018 vor. Demnach beurteilten seinerzeit rund 56 Prozent die Verhältnisse in Deutschland als (eher) gerecht und rund 44 Prozent als (eher) ungerecht (Bevölkerungsumfrage Politische Partizipation in West- und Ostdeutschland).

Abb. 38 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland (Nennungen in Prozent)



Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Gab es 2018 beim allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden noch eine Geschlechterdifferenz, der zufolge Frauen die Zustände pessimistischer beurteilten, so ist die Verteilung nach Geschlecht 2020 ausgeglichen. Gleichermäßen 56 Prozent der Frauen wie der Männer schätzen gegenwärtig die allgemeine Situation mehrheitlich als eher/sehr gerecht und jeweils 44 Prozent als eher/sehr ungerecht ein (vgl. Tab. 16).

Tab. 16 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Geschlecht und Parteipräferenz (Nennungen in Prozent)

Frage 26:	Sachsen-Anhalt (Ø)	Parteipräferenz							Geschlecht*	
		2020	CDU	Linke	SPD	AfD	FDP	Grüne	Nichtw.	m.
sehr/eher gerecht	56	76	50	76	22	57	69	35	56	56
sehr/eher ungerecht	44	24	50	24	78	42	31	65	44	44

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Aufgeschlüsselt nach Parteipräferenzen, zeigt sich 2020 ähnlich wie schon zwei Jahre zuvor die für Sachsen-Anhalt kennzeichnende tripolare Verteilung: Während Anhänger von CDU, SPD und Bündnisgrünen vergleichsweise positiv urteilen und relativ dicht beieinander liegen, bilden mit der AfD Sympathisierende und Nichtwähler eine Kontrastgruppe, die am meisten Gerechtigkeitsdefizite sieht. Zwischen diesen beiden Positionieren sich auf gleicher Höhe Anhänger der Linkspartei und der FDP (Ebenda). Parteigänger der Grünen (+8) und mehr noch der AfD (+11) sehen ein höheres Gerechtigkeitsdefizit als noch vor zwei Jahren.

Erkennbar sind Generationenunterschiede: In der jüngsten Altersgruppe (18 bis 29 Jahre) werden aktuell die meisten kritischen Stimmen artikuliert, während in der ältesten Generation (ab 66 Jahren) die Verhältnisse am häufigsten als eher/sehr gerecht

angesehen werden (Tab. 17).⁶¹ Im Vergleich zu 2018 sind die Veränderungen in beiden Alterskohorten erheblich, auch unter Berücksichtigung der geänderten Kohorten-Einteilung. Vor zwei Jahren zeigten sich 75 Prozent der 18- bis 24-Jährigen von einem allgemein gerechten Gang der Dinge überzeugt, hingegen in der ältesten Generation (60 Jahre und älter) 51 Prozent. Die auffallend pessimistische Einschätzung unter jüngeren Erwachsenen ist vermutlich situationsbedingt: Es sind vor allem Angehörige dieser Generation, darunter vor allem in die Phase der Ausbildung eintretende Personen und junge Familien, also jene Gruppen, welche die pandemiebedingten Einschränkungen ihrer Lebenschancen und ihrer Lebensgestaltung als bedrückend empfinden.

Tab. 17 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Alter und Schulabschluss (Nennungen in Prozent)

Frage 21:	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren*					Schulabschluss*		
	2020	18-29	30-39	40-49	50-65	>65	Hauptschule	Realschule	Abitur
sehr/eher gerecht	56	47	52	59	50	65	51	50	65
sehr/ eher ungerecht	44	53	48	41	50	35	49	50	35

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Diese Interpretation der Daten wird durch die soziale Verteilung der Antworten gestützt. Unter Befragten im Ausbildungsalter ist das auf Deutschland bezogene Gerechtigkeitsempfinden innerhalb der letzten zwei Jahre von 66 auf ca. 57 Prozent zurückgegangen, in der Tendenz ebenso, wenngleich weniger stark bei nicht Berufstätigen um rund 3 Prozent (Tab. 18).

Tab. 18 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Tätigkeit (Nennungen in Prozent)

Frage 21:	Sachsen-Anhalt (Ø)	Erwerbsstatus*			
	2020	berufstätig	nicht berufstätig	inAusbildung	im Ruhestand
sehr/eher gerecht	56	55	41	57	61
ehr/eher ungerecht	44	46	59	43	39

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Bei dem sozialstrukturellen Merkmal Bildung wird das aus den früheren Monitoren vertraute Bild in der Grundtendenz fortgeschrieben: Befragte mit Hauptschul- und Realschulabschluss sehen nach wie vor deutlich häufiger als solche mit Abitur bzw. Hochschulausbildung Gerechtigkeitsdefizite.

Regional weisen die Prozentwerte für Stadt- und Landkreise beim Gerechtigkeitsempfinden auch gegenwärtig ein Gefälle aus. In einigen Kreisen liegt die Anzahl derer,

61 Ein Vergleich mit den Daten von 2018 ist aufgrund geänderter Altersgruppen-Einteilung nicht möglich.

welche die Situation als „ungerecht“ ansehen, erkennbar über dem Landesdurchschnitt (44 Prozent), so im Saalekreis (fast 58 Prozent), in der Stadt Halle (ca. 50 Prozent) und im Landkreis Stendal (rund 50 Prozent). In Mansfeld-Südharz (ca. 14 Prozent), im Jerichower Land (ebenfalls ca. 14 Prozent) sowie im Salzlandkreis (ca. 12 Prozent) leben überproportional viele Befragte, welche die Verhältnisse als „sehr ungerecht“ bewerten. Die Unterschiede zwischen demografisch schrumpfenden, stabilen und wachsenden Regionen sind marginal. Hinsichtlich der Ortsgrößenklassen wird wie schon 2018 kein klares Muster erkennbar.

Zwischen dem Gerechtigkeitsempfinden, der Lebenszufriedenheit und der Demokratiezufriedenheit bestehen auch 2020 die bekannt klaren Zusammenhänge: Wer mit seinem Leben, der eigenen wirtschaftlichen Situation und der Demokratie zufriedener ist, bewertet auch das Ausmaß an Gerechtigkeit in Deutschland wohlwollender, und umgekehrt (Tab. 19).

Tab. 19 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Lebenszufriedenheit, eigener wirtschaftlichen Lage und Demokratiezufriedenheit (Nennungen in Prozent)

Frage 26	Sachsen-Anhalt (Ø)	Lebenszufriedenheit*			eigene wirtschaftliche Lage*			Demokratiezufriedenheit*	
	2020	zufrieden	teils/teils	unzufrieden	gut	mittel	schlecht	zufrieden	unzufrieden
sehr/eher gerecht	56	70	33	21	69	41	23	73	27
sehr/eher ungerecht	44	30	67	79	31	59	78	27	73

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

In früheren Messungen des Sachsen-Anhalt-Monitors, so zuletzt 2018, wurde die Frage, ob man im Vergleich mit anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern persönlich einen gerechten Anteil erhält, häufiger bejaht als ein allgemein gerechter Zustand im Land. Diese Verteilung hat sich jetzt umgekehrt: Aktuell sagen annähernd 54 Prozent der Befragten, rund 10 Prozentpunkte weniger als 2018, persönlich widerfahre ihnen Gerechtigkeit (ca. 49 Prozent) oder sogar ein Übermaß davon (rund 5 Prozent) (Tab. 20). Einen Mangel an persönlicher Gerechtigkeit beklagen rund 47 Prozent, rund 10 Prozentpunkte mehr als vor zwei Jahren (vgl. ebenda). Dabei liegen die Anteile derer, die glauben, „etwas weniger“ (knapp 38 Prozent) bzw. „sehr viel weniger“ (rund 9 Prozent) als gerecht zu erhalten, höher als 2018. Andererseits hat sich die Anzahl derer, die sich *mehr als gerecht* behandelt wähnen (ca. 5 Prozent) seither halbiert.

Ersichtlich ist: Der auf der Zeitleiste seit 2009 dokumentierte Wandel – die Mittelgruppe derer, die sich gerecht bedient sehen, vergrößerte sich stetig – ist vorerst gestoppt (Tab. 21 unten). Erstmals wieder seit 2012 fühlen sich aktuell weniger Sachsen-Anhalter persönlich gerecht bedacht. Auch liegt dieser Anteil jetzt nicht mehr höher als die Anzahl derjenigen, die bestätigen, dass es in Deutschland allgemein gerecht zugehe (vgl. Tab. 2119). Die Bewertung des persönlich gerechten Anteils, der Lebenszufriedenheit

denheit und der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie zeigt ein weitgehend gleiches Verteilungsmuster (Tab. 200).

Tab. 20 Erhalt von rechtem Anteil nach Lebenszufriedenheit und Demokratiezufriedenheit (Nennungen in Prozent)

Frage 27	Sachsen-Anhalt (Ø)	Lebenszufriedenheit			Demokratiezufriedenheit	
	2020	zufrieden	teils/teils	unzufrieden	zufrieden	unzufrieden
sehr viel mehr	1	1	1	0	1	1
etwas mehr	4	6	2	2	6	2
gerechter Anteil	49	59	32	22	59	32
etwas weniger	38	32	50	44	30	49
sehr viel weniger	9	3	16	31	4	17

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Anders als bei Personen im Rentenalter, hat sich insbesondere bei den jüngeren Altersgruppen die Bewertung der persönlichen Habenseite deutlich von „gerecht“ nach „ungerecht“ verschoben (Tab. 211). Das trifft, schwächer ausgeprägt, auch auf Personen in Ausbildung sowie vor allem auf nicht Berufstätige zu. Die oben für die Veränderungen im allgemeinen Gerechtigkeitsempfinden angebotene situative Erklärung lässt sich folglich auf die aktuell als weniger gerecht wahrgenommene persönliche Lebenslage übertragen. Hier sind, bedingt durch „Corona“, bisher als stabil erachtete Lebensbedingungen und Lebensaussichten offenbar ins Rutschen geraten.

Tab. 21 Erhalt von rechtem Anteil nach Alter und Stellung im Beruf (Nennungen in Prozent)

Frage 22	Sachsen-Anhalt (Ø)					Alter in Jahren*					Erwerbsstatus			
	2009	2012	2014	2018	2020	18-29	30-39	40-49	50-65	>65	berufstätig	nicht berufstätig	Ruhestand	Ausbildung
sehr viel mehr	-	1	2	2	1	-	-	1	1	1	1	-	1	-
etwas mehr	2	10	14	8	4	6	6	7	3	3	6	1	3	3
gerechter Anteil	44	39	45	54	49	40	47	43	40	63	44	29	58	58
etwas weniger	39	35	31	32	38	44	38	43	43	27	41	46	30	36
sehr viel weniger	14	12	6	5	9	10	9	7	12	6	8	25	8	3

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Weiterhin gilt: Die individuelle Ausstattung mit materiellen und immateriellen Ressourcen spielt eine Rolle dafür, wie das subjektive Gerechtigkeitsempfinden ausfällt. Wer die Hochschulreife besitzt oder über ein hohes Einkommen verfügt, sieht sich öfter gerecht behandelt (Tab. 22). Jedoch treten die Verlust Erfahrungen an persönlicher Gerechtigkeit bei mittleren und höheren Bildungsschichten im Zwei-Jahres-Vergleich häufiger auf. Aufgeschlüsselt nach Parteipräferenzen (hier nicht abgebildet), sehen sich

AfD-Anhänger (ca. 76 Prozent) und Nichtwähler (57 Prozent) am meisten benachteiligt, mit einigem Abstand dahinter folgen Parteigänger der Linkspartei (48 Prozent), von Bündnis90/Die Grünen (ca. 46 Prozent) und FDP (42 Prozent). Demgegenüber sehen sich Anhänger der CDU (ca. 71 Prozent) wie der SPD (68 Prozent) überdurchschnittlich häufig gerecht bzw. mehr als gerecht bedacht.

**Tab. 22 Erhalt von rechtem Anteil nach Schulabschluss und Einkommen
(Nennungen in Prozent)**

Frage 22	Sachsen-Anhalt (Ø)	Einkommen*			Bildung*		
	2020	Niedrig (<1500 €)	Mittel (< 3000 €)	Hoch (≥3000 €)	Hauptschule	Realschule	Abitur
sehr viel mehr	1	0	1	1	1	0	1
etwas mehr	4	2	4	8	5	4	5
gerechter Anteil	49	35	52	58	51	42	57
etwas weniger	38	47	35	30	33	44	30
sehr viel weniger	9	15	8	3	10	10	8

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von ≤ 5 % signifikant.

Fassen wir zusammen: Während nochmals mehr Sachsen-Anhalter als zwei Jahre zuvor den Zustand *allgemeiner* Gerechtigkeit hierzulande positiv bewerten, sind gegenwärtig deutlich weniger der Ansicht, *persönlich* den gerechten Anteil zu erhalten. Dass sich beide Gerechtigkeits-Indikatoren auseinander entwickeln, tritt neu auf. Der bis vor zwei Jahren erkennbare Langzeittrend zu einer „gefühlter gerechter nivellierter Mehrheitsgesellschaft“ – so unsere Aussage im Monitor 2018 – ist einstweilen gestoppt. Dass das nun bekundete Gerechtigkeitsdefizit häufiger auf die individuelle Lebenslage bezogen und nicht in gleichem Maße den allgemein in Deutschland herrschenden Zuständen angelastet wird, spricht für eine situative, d.h. pandemiebedingte Erklärung dieses Sachverhalts.

9 Freiheit-Gleichheit-Sicherheit

Die drei Begriffe Freiheit – Gleichheit – Sicherheit werden in der politikwissenschaftlichen Einstellungsforschung als „generelle Werte“ bezeichnet. Solche Werte benennen „die allgemeinen Zielzustände, die die Richtung der Organisation des Sozialstaats festlegen“.⁶² „Generelle Werte, die die Zielzustände festlegen, sind auf der einen Seite sozio-ökonomische Sicherheit und Gleichheit und auf der anderen Seite die Freiheit im Sinne der individuellen Autonomie“.⁶³ Der Vorschlag, die drei Zielwerte in einen engen Zusammenhang mit sozialstaatlicher Intervention zu stellen, ist plausibel. In der langen sozialstaatlichen Tradition Deutschlands spielt die allgemeine Erwartung von Schutz gegen Lebensrisiken durch staatlich gewährleistete Systeme sozialer Sicherung eine zentrale Rolle. „Sicherheit“ hat indes nicht nur eine soziale und ökonomische Seite, sondern schließt in einem weiteren Sinne außerdem den Schutz vor Bedrohung von Leib und Leben sowie die Abwehr persönlicher Gefahren mit ein. Dieses Schutzbedürfnis hat vor dem Hintergrund terroristischer Anschläge in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen.

Anders als „Sicherheit“, die eine elementare Gefühlslage ausdrückt, haben „Freiheit“ und „Gleichheit“ den Status klassischer liberaler Grundrechte. Beide Basisnormen sind 1949 in die Verfassungskonstruktion des demokratischen und sozialen Rechtsstaates des Grundgesetzes eingegangen und nach der deutschen Einigung in die Grundrechtskataloge der ostdeutschen Bundesländer übernommen worden. Materiell im Rechtssinne stehen die Zielgrößen „Freiheit“ und „Gleichheit“ nicht antithetisch gegenüber, sondern sind eng aufeinander bezogen. So ist nach bundesdeutschem Verfassungsverständnis ein Leben in Freiheit nur auf der Grundlage allgemein gleicher Zugangschancen zu öffentlichen Gütern möglich.

Wenn wir, wie schon in den früheren Ausgaben des SAM seit 2007, die befragten Bürgerinnen und Bürger auffordern, entweder der Freiheit oder der Gleichheit hypothetisch den Vorzug zu geben, dann aus der Überlegung heraus, dass die Antworten der Befragten so zum Ausdruck bringen, in welchem Ausmaß in der Bevölkerung des Landes zwei unterschiedliche Lebensentwürfe und Konzepte von Demokratie verteilt sind:

Wer sich – hypothetisch – für Freiheit entscheidet, schätzt vor allem, so die Annahme, den Wert persönlicher Entfaltung und aktivbürgerlicher Beteiligungsrechte. Aus dieser „libertären“ Sicht erscheint der korrespondierende Begriff „Gleichheit“ der Freiheit insofern untergeordnet, als mit ersterem vorrangig eine Garantie *gleicher Startchancen* verbunden wird, Demnach kommt es darauf an, gleiche Ausgangsbedingungen zu schaffen, dank derer sich individuelle Aktivitäten verschieden entfalten

62 Roller, E. (1999): Staatsbezug und Individualismus: Dimensionen des sozialkulturellen Wertewandels. In: Ellwein, T./Holtmann, E. (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven, Opladen, Westdeutscher Verlag, S. 229-246.

63 Ebd.

können. Gerechtigkeit wird aus dieser Perspektive folgerichtig primär als „Verfahrensgerechtigkeit“ verstanden.⁶⁴ Wer für „Freiheit“ optiert, ist grundsätzlich bereit, ökonomische Ungleichverteilung und soziale Differenz als Ergebnis der innergesellschaftlichen Anwendung des Leistungsprinzips anzuerkennen.

Wer demgegenüber eine Präferenz für Gleichheit äußert, erwartet vorrangig von der Politik, dass real existierende ungleiche Lebensbedingungen möglichst ausgeglichen werden. „Gleichheit“ lehnt sich hier eng an das hergebrachte Sozialstaatskonzept an, das, abgesegnet auch durch höchstrichterliche Rechtsprechung, auf die nachjustierende Korrektivgewalt des Gesetzgebers und auf Umverteilung mittels Transferleistungen setzt, um bestehende Disparitäten der Lebenschancen finanziell abzufedern. Aus dieser „egalitären“ Perspektive ist gerecht, was sich an der Bedarfsdeckung orientiert, mithin möglichst für „Verteilungsgerechtigkeit“ sorgt.⁶⁵

Auch der dritte im Monitor abgefragte Begriff „Sicherheit“ ist seit langem eine feste Größe in der politischen Kultur und Gesellschaftskultur der Bundesrepublik. Im kollektiven deutschen Gedächtnis wirkt historisch die Erfahrung von „Unsicherheitslagen“ nach, wie sie in der soziologischen Literatur für die Nachkriegsjahre beschrieben worden ist.⁶⁶ Diese Grunderfahrung wiederholte sich in der Phase des Systemumbruchs in Ostdeutschland neuerlich. Im März 1990 sagten rund 90 Prozent der Ostdeutschen, ihnen sei „nach Sicherheit streben“ als Zielmarke wichtig. Aber auch in Westdeutschland stimmten dieser Aussage zum gleichen Zeitpunkt ca. 80 Prozent zu.⁶⁷

Wie bei den normativen Zielmarken „Gleichheit“ und „Gerechtigkeit“, lässt sich auch beim Richtwert „Sicherheit“ die psychologische Verbindungslinie zum Wohlfahrts- bzw. Sozialstaat ziehen. Eine jüngere Studie stellt fest, „dass die Bevölkerung dem Staat immer noch in einem sehr hohen Ausmaß die Verantwortung für eine adäquate Absicherung des Lebensstandards bei sozialen und gesundheitlichen Risiken zuschreibt“.⁶⁸ Der Sozialstaat, konstatiert eine andere Studie, genieße „als Instrument der umfassenden Absicherung von Lebensrisiken“ nach wie vor hohe Wertschätzung.⁶⁹ Insgesamt seien die Wohlfahrtsansprüche an den Sozialstaat in Ostdeutschland höher.⁷⁰

Blickt man auf die Entwicklung der letzten Jahre, so stellt sich, wie schon 2018, die gefühlte Sicherheitslage aus Sicht der Deutschen gegenwärtig komplex dar. Die Furcht, Opfer einer Gewalttat zu werden, hat zugenommen. Dem Deutschen Viktimisierungs-

64 Empter, S./Vehrkamp, R. B. (2007): Soziale Gerechtigkeit: Eine Bestandsaufnahme, Gütersloh, Verlag Bertelsmann Stiftung, S.10.

65 Ebenda, S. 11f., ferner S. 51ff. und 77ff.

66 Vgl. Braun, Hans (1978): Das Streben nach „Sicherheit“ in den 50er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 18, S. 279 – 306.

67 Gabriel/ Holtmann/ Jaeck u.a. (2015), S. 66.

68 Heinrich, Robert/ Jochem, Sven/ Siegel, Nico A. (2017): Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates (www.fes-2017plus.de), S. 3.

69 Krömmelbein, Silvia/ Nüchter, Oliver (2013): Bürger wollen auch in Zukunft weitreichende soziale Sicherung, in: ISI-Sonderausgabe 2013, S. 41.

70 Ebenda, S. 39

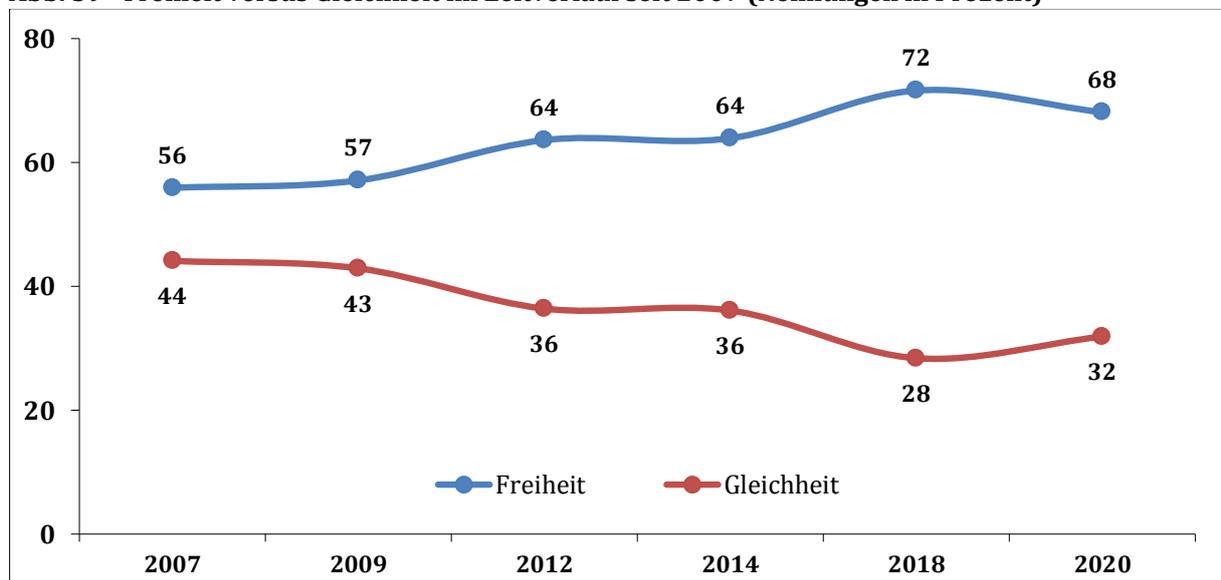
Index 2017 zufolge fühlt sich zwar die große Mehrheit der Bevölkerung (ca. 79%) nachts in ihrer Wohngegend sicher, aber jeder Fünfte (22%) unsicher. Ebenso viele (22%) haben Angst, von einem terroristischen Anschlag betroffen zu werden.⁷¹ Dabei ist die Kriminalitätsfurcht im Osten Deutschlands stärker ausgeprägt. Der in Bezug auf die Wohnumgebung „größte Anteil furchtsamer Personen“ lebt mit 30 Prozent in Sachsen-Anhalt.⁷²

Zur Kriminalitätsfurcht kommen kulturelle Bedrohungsgefühle und Abwehrreflexe. Viele Menschen sehen die Zuwanderung von Asylbewerbern und Flüchtlingen als eine kulturelle wie soziale Herausforderung. Die Forderung, für Migranten die Sozialleistungen zu kürzen, findet in Ostdeutschland größere Zustimmung als im Westen.⁷³

Damit ist die psychologische Ausgangslage skizziert, die den Rahmen vorgibt, um die aktuell erhobenen Daten zur Priorisierung der Leitwerte Freiheit, Gleichheit und Sicherheit im Monitor 2020 einzuordnen. Wir haben daher diesmal die Frage nach dem wichtigstem politischen Problem in Sachsen-Anhalt aufgenommen. Auf diese Einstellungsdimension gehen wir im anschließenden Kapitel ausführlicher ein (siehe Kap. 10).

Im Vergleich zu den vorangegangenen Erhebungen von 2007, 2009, 2012, 2014 und 2018 blieb zwar die Rangfolge der Wertorientierungen der Sachsen-Anhalter gleich, aber die Abstände bei der Priorisierung von Freiheit versus Gleichheit und Freiheit versus Sicherheit haben sich verändert. Gaben vor zwei Jahren noch annähernd drei Viertel aller Befragten der Freiheit gegenüber der Gleichheit den Vorzug, so ist dieser Wert 2020 auf ca. 68 Prozent leicht zurückgegangen (Abb. 39).

Abb. 39 Freiheit versus Gleichheit im Zeitverlauf seit 2007 (Nennungen in Prozent)



Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt/beides gleichwertig

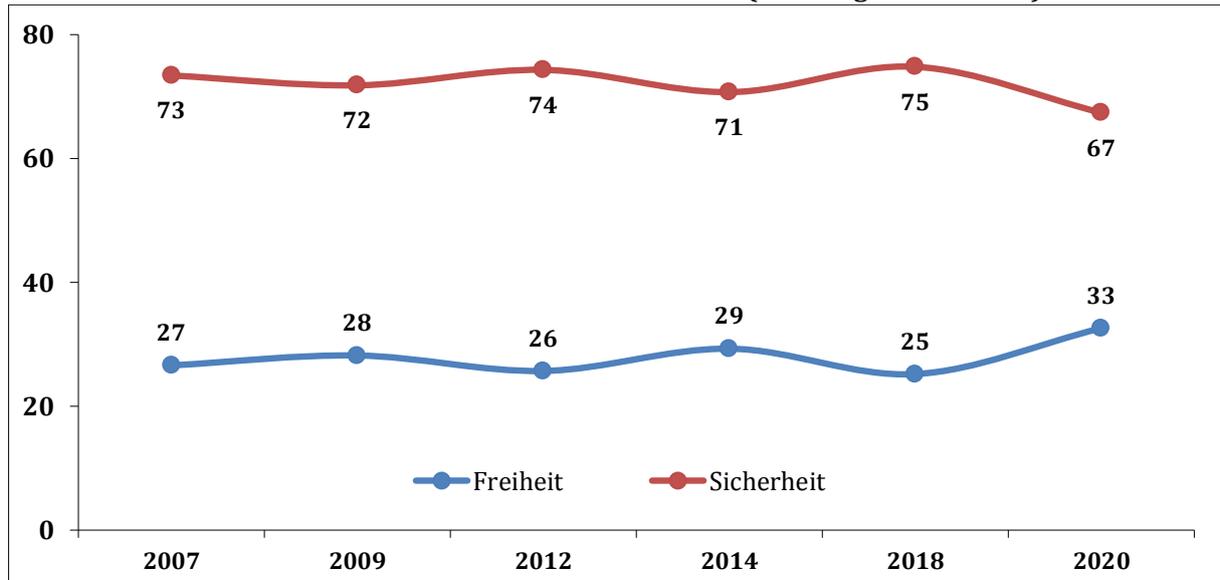
71 Bundeskriminalamt (Hrsg.) (2017): Der Deutsche Viktimisierungs-Index 2017, S. 46 und 48.

72 Ebenda, S. 53.

73 Decker, Frank u.a. (2019): Vertrauen in Demokratie (www.fes.de/fuer-ein-besseres-morgen), S. 63.

Wie schon in der Vergangenheit kehrt sich das Verhältnis um, wenn eine Präferenzentscheidung zwischen „Freiheit“ und „Sicherheit“ getroffen werden soll. Hier ziehen gegenwärtig gut 67 Prozent der Sachsen-Anhalter die Sicherheitskarte, gegenüber 2018 ist das ein Rückgang um mehr als sieben Prozentpunkte (vgl. Abb. 40). Ursächlich für diese Verschiebung könnte sein, dass infolge der in Zeiten der Pandemie eingeschränkten persönlichen Bewegungsspielräume der Leitwert „Freiheit“ aktuell größere Bedeutung gewinnt.

Abb. 40 Freiheit versus Sicherheit im Zeitverlauf seit 2007 (Nennungen in Prozent)



Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt/beides gleichwichtig

Auch unter Berücksichtigung der mutmaßlich pandemiebedingt rückläufigen Tendenz bleibt das Sicherheitsbedürfnis der Sachsen-Anhalter seit Beginn unserer Messungen auf einem hohen Niveau. Dies spricht für die Annahme, dass der „doppelte Transformationsschock“, dem die Bevölkerung Ostdeutschlands zunächst einigungsbedingt in der ersten Hälfte der 1990er Jahre und sodann während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 ausgesetzt gewesen ist, in der persönlichen Sicht auf Lebensumstände, Arbeitsbedingungen und Politik weiterhin nachwirkt und durch situative Herausforderungen wie das weiterhin von vielen Befragten priorisierte Problemthema Zuwanderung verstärkt wird.⁷⁴

Im direkten Abgleich mit „Gleichheit“ befürworten Anhänger aller sechs Parteien, am deutlichsten der FDP und der AfD, die Freiheitsoption (vgl. Tab. 23). Relativ stark dem Vorrang von „Gleichheit“ verpflichtet sind, wie in den Jahren zuvor, Parteigänger der Linkspartei sowie selbsterklärte Nichtwähler.

⁷⁴ Dieses Thema beschreibt keineswegs ein ostdeutsches Problemreservat. Einer 2019 veröffentlichten Studie zufolge sehen gut 54 Prozent Ostdeutsche und ca. 48 Prozent Westdeutsche einen Grund für rückläufigen sozialen Zusammenhalt in „zu vielen Zuwander_innen“ (Decker, Frank u.a., Vertrauen in Demokratie, Bonn 2019, S. 68f.; www.fes.de/fuer-ein-besseres-morgen).

Aufgeschlüsselt nach sozialen Merkmalen, sind es wiederum relativ häufig Bezieher niedriger Einkommen und Hauptschulabsolventen, die sich vorrangig für „Gleichheit“ entscheiden. Eine ausgeprägte Vorliebe für „Freiheit“ hegen auch diesmal Befragte, die in der Ausbildung sind, sowie Besserverdienende. Sobald „Sicherheit“ hypothetisch ins Spiel kommt, ändert sich das Einstellungsbild nicht unerheblich: Nun sind es insbesondere Ruheständler, Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen sowie Inhaber niedriger und mittlerer Schulabschlüsse, die lieber auf der ‚sicheren Seite‘ sein wollen. Die Wohndauer in Sachsen-Anhalt spielt keine erhebliche Rolle.

Betrachtet man die altersmäßige Verteilung, so formt sich bei der Entgegensetzung von „Freiheit“ und „Gleichheit“, wie schon 2018 erkennbar, eine ‚Alterswanne‘ aus, deren erhöhte Ränder pro Gleichheit bei den jüngsten und älteren Altersgruppen liegen und die sich in den mittleren Jahrgängen der 30-bis 50-Jährigen nach unten ausbuchtet (vgl. Tab. 23). Anders verhält es sich bei dem Alternativen-Paar „Freiheit“ versus „Sicherheit“. Hier steigt das Sicherheitsbedürfnis ab einem Alter von 50 Jahren an.

Tab. 23 Freiheit versus Gleichheit und Freiheit versus Sicherheit nach Alter und Parteipräferenz (Nennungen in Prozent)

Frage 29 und Frage 30	Sachsen-Anhalt (Ø) 2020 (2018)	Alter in Jahren*					Parteipräferenz*					
		18-29	30-39	40-49	50-65	>65	CDU	SPD	Linke	Grüne	AfD	FDP
Freiheit	68 (72)	69	72	73	64	67	73	68	55	79	77	81
Gleichheit	32 (28)	31	28	27	36	33	27	32	45	21	23	19
Freiheit	33 (25)	47	47	46	28	18	25	32	32	58	37	36
Sicherheit	67 (75)	53	53	54	72	82	75	68	68	42	63	64

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ bei Freiheit vs. Sicherheit, nicht bei Freiheit vs. Gleichheit signifikant.

10 Problempriorität und Lösungskompetenz

Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, das Vertrauen in die politischen Institutionen und die Beurteilung der Rückkopplung (Responsivität) der repräsentativen Organe zu den Bürgerinnen und Bürgern werden maßgeblich durch die kontinuierliche Evaluation von Leistungen des politischen Systems („Systemoutput“) seitens der Bevölkerung beeinflusst.⁷⁵ Für die Bewertung ist von Bedeutung, welche Probleme in der Gesellschaft als besonders dringlich wahrgenommen werden und welche Lösungskompetenz den politischen Akteuren bei diesen Problemen zugeschrieben wird.

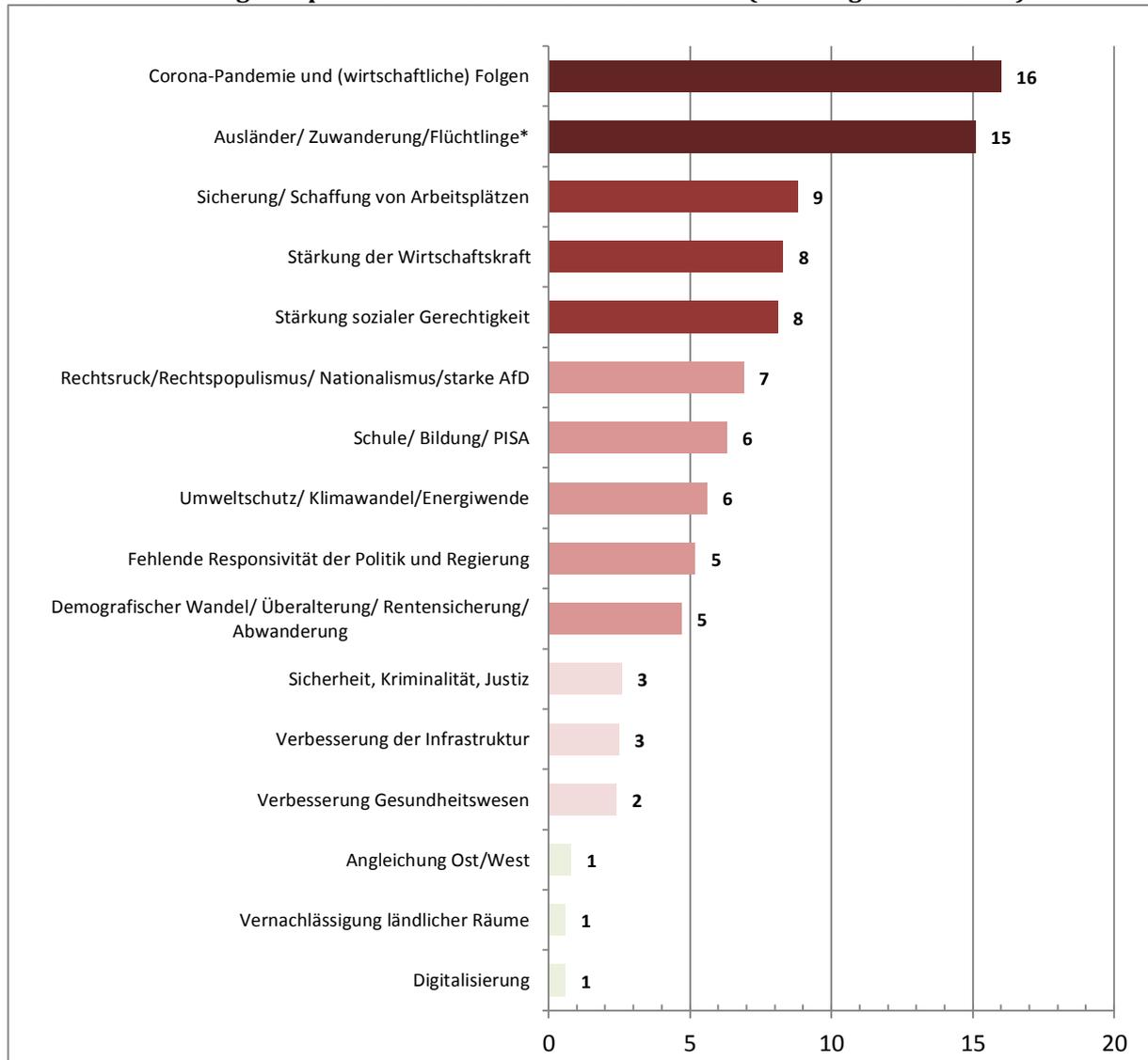
Von der ihnen zugeschriebenen Fähigkeit, für wichtige Probleme tragfähige Lösungen anbieten zu können, hängen die Wahlchancen der Parteien wesentlich ab. Einer gesicherten Erkenntnis der Wahlforschung zufolge, ist die politische „Sachkunde“ einer Partei das vorherrschende Motiv ihrer Wähler. Nicht anders war dies bei der letzten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im März 2016: 17 Prozent nannten eine längerfristige Parteibindung, 16 Prozent die Person des/der Spitzenkandidat(in) und 59 Prozent die angebotenen Sachlösungen als Wahlmotiv.⁷⁶

10.1 Wichtigste Probleme in Sachsen-Anhalt

Was sind in den Augen der Sachsen-Anhalter im Jahr 2020 die drängenden Probleme des Landes? –Wie schon im SAM 2018, haben wir die Befragten mittels einer offenen Frage gebeten, das ihrer Meinung nach wichtigste Problem zu benennen. Im Ergebnis zeigt sich eine klare Problemhierarchie (Abb.41): 16 Prozent setzen die Corona-Pandemie und deren wirtschaftliche Folgen auf Platz 1 der Dringlichkeitsskala. Rund 15 Prozent nennen das Thema Ausländer/ Zuwanderung/ Flüchtlinge. Danach folgen mit deutlichem Abstand die Problembereiche Arbeit (ca. 9 Prozent), Wirtschaft (gut 8 Prozent) und soziale Gerechtigkeit (rund 8 Prozent, Abb. 41). Geringere, aber nennenswerte Erwähnung erfahren die Themen Rechtspopulismus/ Nationalismus (ca. 7 Prozent), Schule/ Bildung (gut 6 Prozent), Umweltschutz/ Klimawandel (annähernd 6 Prozent) und fehlende Responsivität der Politik (ca. 5 Prozent).

75 Vgl. Easton, D. (1965): A Systems Analysis of Political Life. New York/London/Sydney. John Wiley & Sons, Inc., S. 30 f.

76 Holtmann/ Völkl 2016, S. 555. – Die gleiche Rangfolge der Wahlmotive kennzeichnet auch die Bundestagswahl 2017, mit Ausnahme der CDU/CSU, bei deren Wählern der Kandidatenbonus und Sachkompetenz mit jeweils 38 Prozent gleichauf lagen.

Abb. 41 Das wichtigste⁷⁷ politische Problem in Sachsen-Anhalt (Nennungen in Prozent)


Quelle: Eigene Berechnungen

* Die Bildung der Kategorien erfolgte anhand der gegebenen Antworten auf die offene Frage nach dem wichtigsten politischen Problem im Land. Die Hervorhebung, welche entsteht, indem einzelne Gruppen in den Kontext eines „Problems“ gesetzt werden, ist ein Resultat des gemessenen Antwortverhaltens.

Die soziodemografische Verteilung der Antworthäufigkeiten bei den beiden meistgenannten wichtigsten Problemen bestätigt den Effekt lebenszyklischer Interessenlagen (Tab. 24). In den meistgenannten vorrangigen Problemen spiegeln sich die Problemansichten der jüngsten und der ältesten Altersgruppe nur bedingt wieder. Es sind vor allem die berufsaktiven Jahrgängen zwischen 25 und 60 Jahren, welche die Pandemie und die Zuwanderung als größte Herausforderungen ansehen. Einkommen, Bildung und berufliche Stellung sind hingegen für die Priorisierung von Problemen nachrangig.

⁷⁷ Trotz der eindeutigen Frage nach *dem wichtigsten* politischen Problem im Land (Frage 28), kam es häufig zur Nennung mehrerer „wichtigster“ Probleme. Dieses Antwortverhalten wurde bei der Rekodierung der Frage berücksichtigt. Folglich entspricht die Gesamtsumme aller Anteile insgesamt nicht 100 Prozent, da diese Frage im Nachhinein wie eine mögliche Mehrfachnennung behandelt wurde.

Nach Parteipräferenz wird die Dringlichkeit unterschiedlich eingestuft. Für Anhänger der Grünen haben die vom Gros der Bevölkerung gelisteten Probleme vergleichsweise geringe Bedeutung. Parteigänger von AfD und FDP stufen die Zuwanderungsfrage mit 39 bzw. 30 Prozent überproportional häufig als vorrangig ein (ebenda).

Tab. 24 Die 2 wichtigsten Probleme in Sachsen-Anhalt, nach Alter, Stellung im Beruf, Einkommen und Parteipräferenz (Nennungen in Prozent)⁷⁸

Frage 28	Corona-Pandemie und (wirtschaftliche) Folgen	Ausländer / Zuwanderung / Flüchtlinge
	16	15
Alter		*
18 - 24 Jahre	8	10
25 - 34 Jahre	20	18
35 - 44 Jahre	16	20
45 - 59 Jahre	18	19
60 J. u. älter	12	10
Beruflicher Status		*
berufstätig	16	19
nicht berufstätig	19	19
im Ruhestand	13	11
in Ausbildung	20	11
Schulbildung		
niedrig	13	13
mittel	16	18
hoch	15	13
Einkommen		
niedrig	16	13
mittel	15	16
hoch	15	16
Parteisympathie		
CDU	19	12
AfD	18	39
Linke	13	13
SPD	14	10
Die Grünen	9	9
FDP	21	30
Nichtwähler	16	14

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

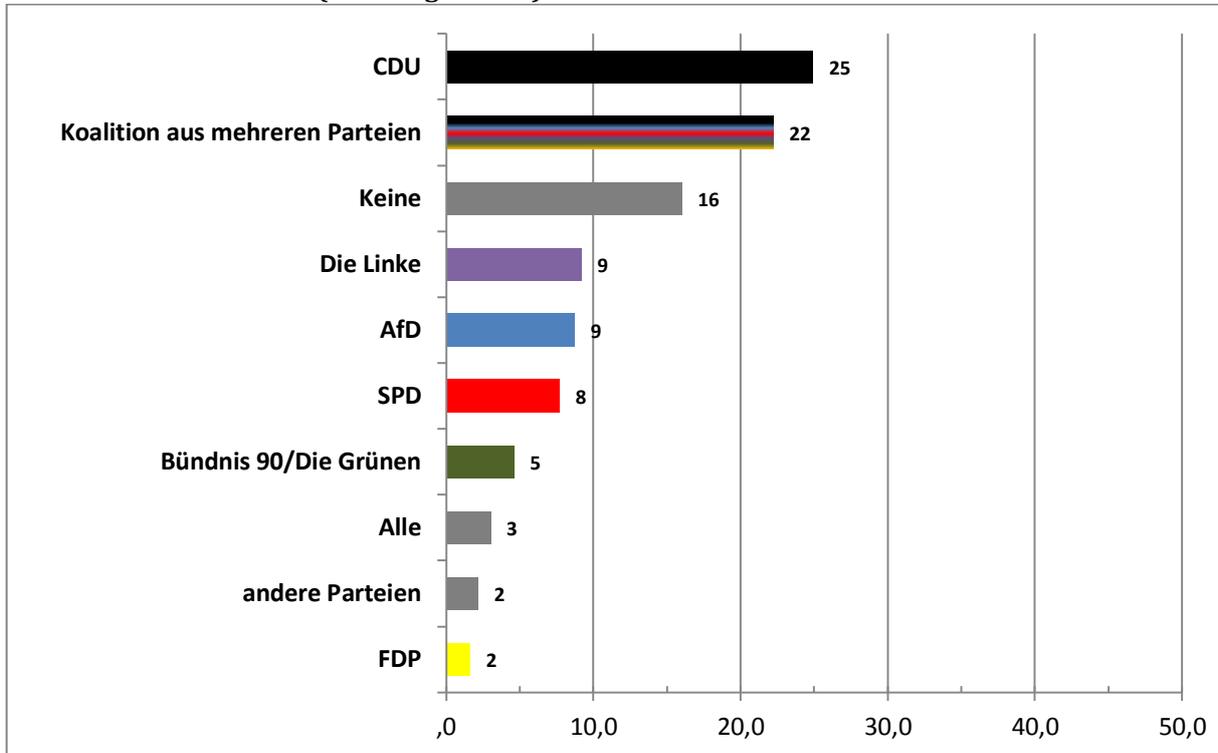
10.2 Den Parteien zugeschriebene Lösungskompetenz

Die Antworten auf die Frage, welche Partei am besten geeignet sei, „das wichtigste Problem zu lösen“, bestätigen den Parteien traditionell zugeschriebene Stärken und Schwächen. Der CDU wird die allgemein größte, d.h. sämtliche von Befragten genannte Probleme bündelnde Lösungskompetenz zugeschrieben, mit geringem Abstand gefolgt

⁷⁸ Für die differenzierte Betrachtung der anderen Probleme ist die Fallzahl nicht ausreichend.

von einer Koalitionsregierung aus mehreren Parteien⁷⁹ (Abb. 42). „Keiner Partei“ trauen 16 Prozent die Fähigkeit zu, das erstrangige Problem zu lösen. Alle anderen dem Landtag derzeit angehörenden Parteien kommen auf deutlich geringere Kompetenzwerte.

Abb. 42 Zuschreibung Lösungskompetenz der Parteien für das wichtigste politische Problem in Sachsen-Anhalt (Nennungen in %)



Quelle: Eigene Berechnungen

Soweit die Einschätzung der generellen bzw. grundsätzlichen Lösungskompetenz, wie sie sich auf die Parteien innerhalb des Parteiensystems des Landes verteilt. Die themenspezifische Lösungskompetenz einzelner Parteien für die vorrangig genannten Probleme stellt sich aus Sicht der Sachsen-Anhalter wie folgt dar: Der CDU wird für die fünf am häufigsten genannten „wichtigsten“ klassischen Sachfragen⁸⁰ – Zuwanderung, Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Soziales – klar die größte Lösungskompetenz zugeschrieben (Tab. 25). Die AfD kommt auf relativ viele Nennungen im von ihr selbst vorzugsweise besetzten Politikfeld Zuwanderung/ Flüchtlinge. SPD und Linke schreiben ihre

⁷⁹ Als mögliche Koalitionen, welche sich am ehesten für die Lösung der Probleme eigenen, wurden Rot-Rot-Grün (25), die große Koalition aus CDU und SPD (21), die aktuelle regierende Kenia-Koalition aus CDU, SPD und Grünen (15), Rot-Grün (15) und eine Koalition aus CDU, SPD und Linke (8) genannt. Die Zahlen in Klammer entsprechen hier den absoluten Nennungen und sind somit für alle Befragten nicht repräsentativ.

⁸⁰ Das aktuell mit Abstand am häufigsten als wichtigstes Problem benannte Problem der Coronapandemie bleibt hier unberücksichtigt, weil damit in der Wahrnehmung der Bevölkerung keine spezifische Parteikompetenz, sondern regierungsamtliches Krisenmanagement verbunden wird. Vgl. hierzu die Untersuchung von Simon Kühne u.a. (2020): Zusammenhalt in Corona-Zeiten: Die meisten Menschen sind zufrieden mit dem staatlichen Krisenmanagement und vertrauen einander (DIW Aktuell 49).

traditionelle Kernkompetenz in der Sozialpolitik fort. Für alle fünf Problemlagen mögen zwischen 30 und 40 Prozent der Befragten „keiner Partei“ Lösungsfähigkeit zubilligen.⁸¹ Wie schon vor zwei Jahren, sind generelle Zweifel an der Lösungskompetenz aller Parteien mithin weit verbreitet.

Tab. 25 Die den Parteien zugewiesene Lösungskompetenz für die 10 meistgenannten „wichtigsten Probleme“ (Nennungen in Prozent) ⁸²

Frage 24	Zuwan- derung/ Flüchtlinge	Bildung/ Lehrer- mangel	Arbeit/ Arbeits- plätze	Wirtschaft	Sozial politik	Rente/ Alterung+	Politik/ Politiker allgemein	Gesund- heitssys- tem+	Infra- struktur+	Entloh- nung+
alle Parteien	4	15	3	3	0	-	14	-	-	-
CDU	28	19	34	47	32	-	40	-	-	-
AfD	21	4	2	4	0	-	0	-	-	-
Linke	5	12	14	10	23	-	9	-	-	-
SPD	8	13	17	17	27	-	11	-	-	-
B90/ Grüne	1	8	4	5	0	-	2	-	-	-
FDP	5	8	6	10	0	-	6	-	-	-
keine Partei	35	34	35	30	39	-	31	-	-	-

Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt
+ aufgrund geringer Fallzahl keine Prozentwerte ausgewiesen

81 Für Bündnis90/Die Grünen und die FDP sind die Fallzahlen in den für diese Parteien „favorisierten“ Themenfeldern zu gering, um verlässliche Aussagen machen zu können.

82 Bei der Interpretation dieser Daten ist zu berücksichtigen, dass für das von den jeweiligen Parteianhängern genannte wichtigste Problem die entsprechende Lösungskompetenz nur zum Teil der persönlich bevorzugten Partei zugemessen wird.

11 Einstellungen zum Format einer Minderheitsregierung und zu deren bevorzugter Zusammensetzung

11.1 Bildung einer Minderheitsregierung? – Befürwortung und Ablehnung

Führen allgemeine Wahlen zu einer solchen Verteilung der parlamentarischen Kräfteverhältnisse, dass die Bildung einer Regierung, die von einer Mehrheit der Volksvertretung getragen wird, im Ergebnis nicht möglich ist, so rückt als mögliche Alternative eine Minderheitsregierung in den Fokus der Überlegungen. Während eine solche Konstellation in skandinavischen Demokratien als ein gewohnter politischer Vorgang angesehen wird, gilt sie im hergebrachten herrschenden Politikverständnis der Bundesrepublik gemeinhin als ein Krisensymptom oder bestenfalls als ein Übergangszustand, einhergehend mit instabilem Regieren, der so bald als möglich vom Normalzustand einer Mehrheitsregierung abgelöst werden sollte.

Teil dieser kritischen Einschätzung sind vorliegende Arbeiten der vergleichenden Politikforschung auf der Länderebene, die mit Blick auf das sogenannte „Magdeburger Modell“ der seinerzeit von der PDS tolerierten sozialdemokratisch geführten Minderheitsregierung (1994–2002) entstanden sind.⁸³ Andererseits kann ein Votum des Wahlvolks eben dazu führen, dass im Parlament jene Parteien bzw. Fraktionen, die sich wechselseitig als regierungsfähig anerkennen, nicht die Mehrheit erhalten bzw. sich nicht auf eine Mehrheitsregierung einigen können. Dies ist derzeit im Thüringer Landtag der Fall. Dort wie auch in Brandenburg und Sachsen bilden die Landtagswahlresultate vom Herbst 2019 einen inzwischen erreichten Stand erhöhter parteipolitischer Polarisierung ab, wodurch die Regierungsbildung erschwert und ihre Varianten eingeschränkt worden sind. In der Folge solcher Wählervoten kommen Koalitionen zustande, die, wie derzeit in Sachsen-Anhalt, nicht den bevorzugten Optionen aller Koalitionspartner entsprechen, den Kraftaufwand regierungsinterner Verständigung erhöhen und zentrifugale Kräfte freisetzen. Unter diesen Vorzeichen ist nicht auszuschließen, dass in dem im Juni 2021 neu gewählten Landtag eine Minderheitsregierung ins Spiel kommen wird.

In den aktuellen Sachsen-Anhalt-Monitor wurde daher die Frage aufgenommen: „Für den Fall, dass nach der kommenden Landtagswahl keine Mehrheit für eine Regierung zustande kommt: Würden Sie die Bildung einer Minderheitsregierung befürworten?“ – Insgesamt knapp 58 Prozent der Sachsen-Anhalter fänden das gut, ablehnend äußern sich knapp 43 Prozent. Dabei sind Unterschiede zwischen den Altersgruppen

83 Vgl. Kropp, Sabine (2001): *Regieren in Koalitionen. Handlungsmuster und Entscheidungsbildung in deutschen Länderregierungen*, Wiesbaden; ferner Sturm, Roland/ Kropp, Sabine (Hrsg.) (1999): *Hinter den Kulissen von Regierungsbündnissen. Koalitionspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden*, Baden-Baden.

schwach ausgeprägt; lediglich unter Mittvierzigern sind Befürworter über- und ablehnende Stimmen unterdurchschnittlich vertreten (ca. 64 gegenüber ca. 36 Prozent). Frauen favorisieren häufiger ein Minderheitskabinett als Männer (ca. 61 gegenüber ca. 54 Prozent). Die Stellung im Erwerbsleben sorgt nicht für unterschiedliche Einschätzungen, ebenso wenig wie das regionale oder örtliche Umfeld. Der Faktor Bildung hat einen schwachen Effekt: Befragte mit höherem Schulabschluss befürworteten eine Minderheitsregierung häufiger.

Aufgeschlüsselt nach Parteisymphathien (Tab. 26), zeigt sich folgende Verteilung pro und kontra Minderheitsregierung: Mehrheitlich prinzipiell ablehnend äußern sich Anhänger der FDP. Grundsätzliche Zustimmung kommt am häufigsten aus den Anhängerschaften der Partei Die Linke (ca. 68 Prozent), der Bündnisgrünen (rund 63 Prozent) sowie der SPD (ca. 62 Prozent). Bei der CDU teilen sich Befürworter und Gegner in ungefähr zwei gleiche Hälften.

Tab. 26 Pro und Kontra Minderheitsregierung, nach Parteisymphathien (Nennungen in Prozent)

	Ja, fände ich gut	Nein, lehne ich ab	Kommt darauf an
Gesamt	57	40	3
CDU	48	50	2
AfD	57	43	0
Die Linke	68	27	4
SPD	62	33	5
B90/Grüne	63	32	5
FDP	40	57	2
Andere Partei	58	40	2
Nichtwähler	47	52	1

Abweichungen zu 100% sind rundungsbedingt.

11.2 Bevorzugte Zusammensetzung

Welche theoretisch denkbaren Allianzen einer Minderheitsregierung werden von den Anhängern der Landesparteien, soweit sie diese Regierungsvariante grundsätzlich befürworten, jeweils favorisiert? – Darüber gibt nachfolgende Tabelle (Tab. 27) Aufschluss. Ganz überwiegend würde dieser Teil der Parteigänger aller hier abgefragten sechs Parteien⁸⁴ zu allererst den Gang der eigenen Partei in ein Minderheitsbündnis unterstützen (mit 78 Prozent noch am wenigsten Anhänger der CDU). Die folgenden Aussagen stehen unter dem Vorbehalt parteispezifisch geringer Fallzahlen: Auf der Präferenzliste der CDU-Anhänger folgen die SPD und die FDP, dahinter der zweite derzeitige Koalitionspartner Bündnis90/Die Grünen und die Linkspartei. Für die AfD als Bündnisgenossen sprechen sich weniger als ein Prozent der mit der CDU sympathisierenden Befürworter eines Minderheitskabinetts aus.

Für dieses Format aufgeschlossene Anhänger der Linkspartei teilweise Prozent auch ein Zusammengehen mit der Union vorstellen, geben aber einer Minderheitskons-

⁸⁴ Erfasst sind hier nur Befragte, die eine Minderheitsregierung grundsätzlich befürworten (n = 627).

tellation mit SPD bzw. den Grünen den Vorzug. SPD-Anhänger präferieren die derzeitigen Koalitionsparteien CDU und Grüne, eine Allianz mit der Linkspartei ist für einen kleineren Teil vorstellbar. Anhänger der Grünen bevorzugen die SPD und sprechen sich zu fast gleichen Teilen außerdem für die Linkspartei und den derzeitigen Koalitionspartner CDU aus. Unter AfD-Anhängern findet nur ein Zusammengehen mit der CDU und/oder der FDP nennenswerte Unterstützung.

Tab. 27 Bevorzugte Zusammensetzung einer Minderheitsregierung nach Parteisympathien (Nennungen in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

Partei sympathie ↓	Favorisierte Partei bei Minderheitsregierung					
	CDU	AfD	Die Linke	SPD	B90/Grüne	FDP
CDU	78 (99)	1 (1)	8 (10)	20 (26)	9 (12)	12 (15)
AfD	[16 (10)]	[80 (47)]	[4 (3)]	[2 (1)]	[0 (0)]	[15 (9)]
Die Linke	14 (16)	1 (1)	85 (97)	32 (36)	32 (37)	1 (2)
SPD	[27 (23)]	[2 (2)]	[17 (15)]	[90 (77)]	[39 (33)]	[8 (7)]
B90/Grüne	[25 (16)]	[1 (1)]	[27 (18)]	[38 (25)]	[81 (53)]	[4 (3)]
FDP	[46 (9)]	[0 (0)]	[5 (1)]	[7 (1)]	[11 (2)]	[89 (17)]
Andere Partei	[24 (7)]	[6 (2)]	[17 (5)]	[19 (6)]	[12 (4)]	[14 (4)]
Nichtwähler	[11 (7)]	[5 (3)]	[12 (8)]	[11 (8)]	[17 (11)]	[8 (5)]

Erläuternde Hinweise:

in runden Klammern = Anzahl der Fälle, die Partei X im Falle einer Minderheitsregierung präferiert;

eckige Klammern = Prozentwerte auf Basis Gesamtfallzahl < 100;

eckige Klammern + durchgestrichen = Gesamtfallzahl < 30;

teilweise sehr schiefe Verteilungen.

Daraus folgt, dass Aussagen nur unter Vorbehalt möglich sind.

Lesehilfe: Für eine Beteiligung der CDU an einer Minderheitsregierung (Spalte 1) sprechen sich 78 Prozent der CDU-Anhänger, 16 Prozent der AfD-Anhänger, 14 Prozent der Linken-Anhänger usw. aus.

Perspektivisch sind zwei Punkte bedeutsam: Zum einen findet die AfD als eventueller Partner einer Minderheitsregierung in der Anhängerschaft der CDU verschwindend geringe Unterstützung. Zum anderen wird die Option Rot-Rot-Grün zwar von Parteigängern der Linkspartei favorisiert, weniger trifft dies aber für Sympathisanten der SPD und der Bündnisgrünen zu; hier würden die Anhänger teilweise auch ein Zusammengehen mit der CDU bevorzugen.

12 Einstellungskomplex politischer Extremismus

12.1 Begriffsklärung

Das folgende Kapitel behandelt verschiedene Formen extremistischer Einstellungsmuster. Angelehnt an die letzten Monitore werden grundsätzliche Systemgegnerschaft und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in ihren gegenwärtigen verschiedenen Facetten und deren Einflussfaktoren in Sachsen-Anhalt aufgezeigt.

Extremismus wird öffentlich teilweise als politischer Kampfbegriff lanciert. Das erschwert seine Verwendung als methodische Kategorie. Aus wissenschaftlicher Sicht werden unter dem Extremismus-Begriff Ideologien bzw. Gesinnungen subsumiert, die auf einer operationalisierten politischen Einstellungs-Skala (z.B. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechts- und Linksextremismus, Links-Rechtsskala, u. a.) innerhalb des abgefragten Spektrums die „Extremwerte“, in dem Fall also die äußeren Pole, besetzen⁸⁵. Politischer Extremismus ist, dem Politikforscher Hans-Gerd Raschke zufolge,

„eine mehr oder weniger stark ausgeprägte pathologische Komponente moderner demokratischer Gesellschaften“ und scheinbar „eine normale Begleiterscheinung entwickelter Demokratien zu sein“.⁸⁶

Einer anderen politikwissenschaftlichen Definition nach bedeutet Extremismus „die prinzipielle, unversöhnliche Gegnerschaft gegenüber Ordnungen, Regeln und Normen des demokratischen Verfassungsstaates sowie die fundamentale Ablehnung der mit ihm verbundenen gesellschaftlichen und ökonomischen Gegebenheiten“.⁸⁷ Die Loyalität zur bundesdeutschen Verfassungsordnung verlangt im Übrigen nicht zwingend auch ein Bekenntnis zur Marktwirtschaft. Denn: „Ein bestimmtes Wirtschaftssystem ist durch das Grundgesetz nicht gewährleistet.“⁸⁸

Beobachten lässt sich in der Realität eine breite Auffächerung von Spielarten von Extremismus, die sich teilweise, wie der militante Islamismus, einer Einordnung auf der eindimensionalen Links-Rechts-Skala entziehen. Extremistische Websites zeigen, so beobachtete Jaschke schon vor Jahren, „eine überraschende Vielfalt: Neben Rechts- und Linksextremismus finden sich dort teilweise militante Tierschützer, Schwulenhasser, Abtreibungsgegner, religiöse Kulte, Waffenfetischisten und diverse Variationen von *hate crime*.“⁸⁹

85 Vgl. Holtmann (Hrsg.), 1994: Politiklexikon, München Wien, S.165.

86 H.-G. Jaschke, 2007: Politischer Extremismus (bpb-Schriftenreihe Band 621), Bonn, S. 12 und 9.

87 Klaus Schubert/ Martina Klein, 2006: Das Politiklexikon (bpb-Schriftenreihe Band 1174), 5. Auflage, Bonn S. 106.

88 So das Bundesverfassungsgericht schon 1954, vgl. BVerfGE 4, S. 11.

89 Jaschke (2007), S. 8.

In der Literatur wird häufig *Gewaltbereitschaft* bzw. das Gutheißen von Gewaltanwendung zum Austragen politischer Konflikte dem politischen Extremismus als ein kennzeichnendes Element zugeordnet.⁹⁰ Das Aufrufen zur Anwendung von Gewalt bzw. der Vorsatz zur gewaltsamen Abschaffung der demokratischen Ordnung markiert das Überschreiten einer verfassungspolitischen roten Linie, die laut Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ein Parteienverbot grundsätzlich legitimiert.

„Eine Partei ist nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie die obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung (vgl. BVerfGE 2,1 [12f.]) nicht anerkennt; es muss vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen.“⁹¹

12.2 „Regiehinweise“ und methodisches Vorgehen

Politische Extremisten nehmen im demokratischen Rechtsstaat eine Außenseiterposition ein. Das führt in der Regel dazu, dass, wer sich einer extremistischen Szene informell zurechnet, ihr organisatorisch beiträgt oder sich an Gewaltaktionen beteiligt, die Deckung der Anonymität bevorzugt.

Nicht nur für die eindeutige personelle Zuordnung politisch motivierter Kriminalität sondern auch für die Erhebung des extremistischen Potentials mittels Umfragen und daraus wissenschaftlich abgeleitete Aussagen zu Verhaltenspotentialen ergeben sich daraus besondere Anforderungen. Dass sich extrem gesinnte Befragte auch in einer anonymisierten Befragung nicht „outen“, ist nicht auszuschließen.

Als Nutzerinformation schalten wir dem nachstehenden Kapitel einen „Regiehinweis“ vor, mit welchem das von uns gewählte methodische Vorgehen in seinen konzeptionellen und operativen Schritten erläutert wird. In einem ersten Schritt nehmen wir eine Klärung für Begriff und inhaltliche Reichweite von Extremismus vor. Sodann überprüfen wird anhand der Daten unserer aktuellen Bevölkerungsumfrage, inwieweit Zusammenhänge zwischen dem von uns konstruierten Extremismus-Einstellungskomplex einerseits und Einstellungsvariablen wie der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala, der Grundhaltung zur Demokratie oder erklärter Gewaltbereitschaft sowie sozialstruktureller Indikatoren andererseits bestehen. Dieses Vorgehen gibt auch Aufschluss über die gegenwärtige Verteilung der Häufigkeiten auf die beiden äußersten Pole rechts und links. Sodann setzen wir unsere Befunde zu extremistischen Einstellungen in Beziehung zur Kriminalstatistik und zum Täterfeld des Rechts- und Linksextremismus in Sachsen-Anhalt. Anschließend kehren wir zur Einstellungsanalyse zurück und nehmen den Einstellungskomplex Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

90 Heitmeyer (Hrsg.), 1992: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Weinheim/München, S.13. Vgl. ferner Heitmeyer/ Monika Schröttle (Hrsg.), 2006: Gewalt. Beschreibungen-Analysen-Prävention (bpb-Schriftenreihe Band 563), Bonn, S. 435ff.

91 BVerfGE 5, 83.

in den Blick, hierbei gilt aus aktuellem Anlass ein besonderes Augenmerk dem Merkmal des Antisemitismus.

Anlass für diese aktuelle inhaltliche Schwerpunktsetzung war der antisemitisch motivierte Anschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) am 9. Oktober 2019. In diesem Zusammenhang erfragen wir die Reaktionen, die diese Tat bei den Menschen in Sachsen-Anhalt hervorgerufen hat. Vor allem wollten wir wissen, ob sich in der Bevölkerung die Grundhaltung zum Antisemitismus infolge dieses Anschlages verändert hat oder nicht.

12.3 Die Messung extremistischer Einstellungen

Die letzten Daten zur Messung extremistischer Einstellungen im Rahmen des Sachsen-Anhalt-Monitors liegen etwa zwei Jahre zurück. In der Rückbetrachtung kann in den meisten klassischen Bereichen *rechtsextremer* Einstellungen⁹² kontinuierlich ein leichter Rückgang bzw. eine Stagnation derjenigen Anteile in der Bevölkerung nachgewiesen werden, welche diese Einstellungsmuster unterstützen. Das bestätigten auch andere einschlägige Studien⁹³ im Zeitverlauf. Zu berücksichtigen ist aber, dass die Messinstrumente schon angewendet wurden, bevor sich, beginnend im letzten Quartal des Jahres 2015, die Situation durch die Zuwanderung von Flüchtlingen enorm veränderte. So nehmen Rassismus, Ausländer(Fremden-)feindlichkeit und Antisemitismus seit einigen Jahren ausweislich der Einstellungsmessung, wie oben bereits erwähnt, eher ab als zu. Dementgegen haben aber Islamfeindlichkeit, der Glaube an Etabliertenvorrechte und vor allem die Abwertung von Asylsuchenden deutlich an Boden gewonnen⁹⁴. Es stellt sich somit die Frage, ob dieses Messinstrument die Lebenswirklichkeit in Anbetracht aktueller Problemprioritäten (vgl. Kap. 10) noch valide abbilden kann.

Im Sachsen-Anhalt-Monitor 2020 werden deshalb hauptsächlich Einstellungen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit/GMF – einschließlich Einstellungen zu Geflüchteten und Asylsuchenden – erhoben. Ein bewährtes methodisches Hilfsmittel für die Bildung der Extremismus-Konstrukte ist hier die Links-Rechts-Skala (Abb. 43) und deren Einfluss auf die gemessenen Konstrukte des systemkritischen Extremismus, des GMF-Syndroms und des Antisemitismus.

Nicht nur die Mehrheit der Sachsen-Anhalter, sondern auch die meisten Deutschen verorten sich politisch vornehmlich in der Mitte (45 Prozent). Differenzierter betrachtet wird erkennbar, dass dabei das Mitte-Links-Spektrum (ca. 34 Prozent [38 Prozent im Jahr 2018]) insgesamt stärker besetzt ist als das Mitte-Rechts-Feld (13 Prozent [7 Prozent 2018]; Ebd.). Dieses Verteilungsmuster zeigt sich relativ konstant, es unter-

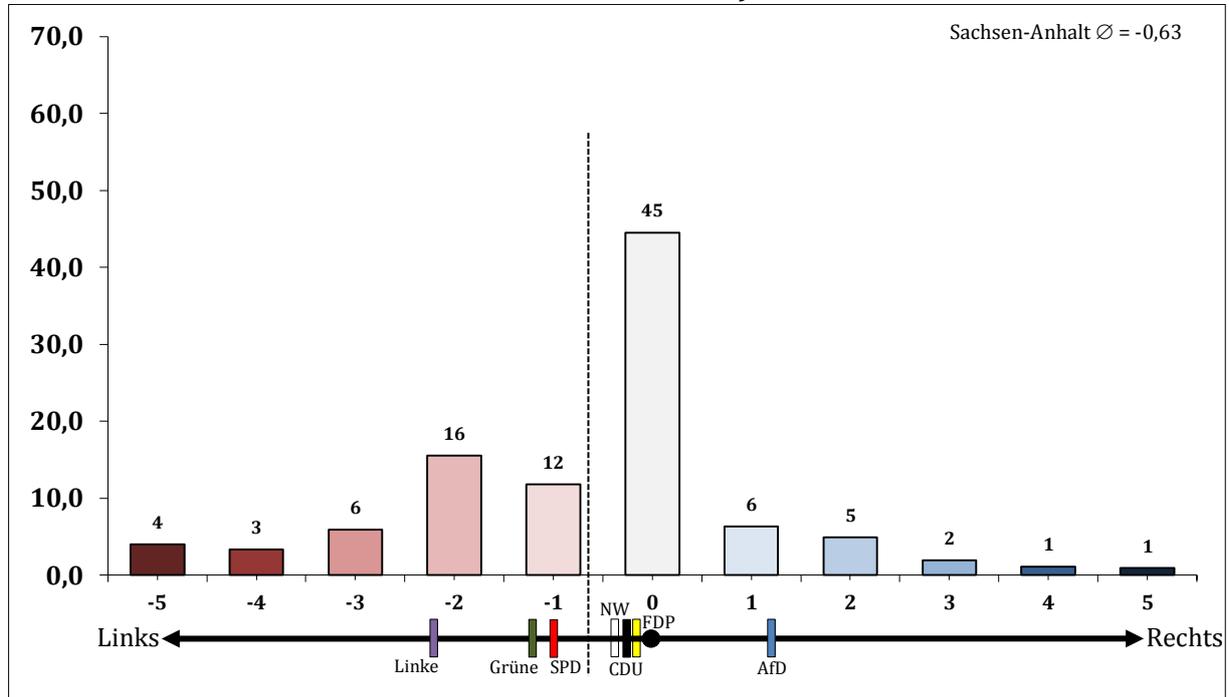
92 Befürwortung einer Diktatur, Chauvinismus (übersteigter Patriotismus), Verharmlosung des Nationalsozialismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus.

93 Bielefelder Mitte-Studie: Zick et al., 2019: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Bonn. S.82ff. und 141ff.

94 Ebenda, S. 83.

scheidet sich nur leicht von dem vor zwei Jahren. Anzumerken ist aber, dass die Mitte-Rechts-Position zugenommen hat.

Abb. 43 Links-Rechts-Selbsteinstufung (Anteile in Prozent und Mittelwerte [Parteien] auf einer Skala von -5 sehr links bis +5 sehr rechts)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des SAM und des Allbus (Ost- und Westdeutschland, Deutschland gesamt) Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Diese Tendenz ist in Ostdeutschland und auch in Sachsen-Anhalt stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Die ‚linksschiefe‘ Verteilungskurve hat sich in den letzten zwei Jahren zu Gunsten der Mitte-Rechts-Ausrichtung verändert⁹⁵. Dennoch war und ist deutschlandweit seit 1990 im Osten wie im Westen eine leichte, aber kontinuierliche Tendenz zur politischen Mitte-Links-Einordnung feststellbar⁹⁶. Ob es sich bei der jüngsten Rechtsverschiebung um eine Trendwende handelt oder nur um eine punktuelle Ausnahme, sollte im Rahmen der nächsten Studien betrachtet werden.

Kontrolliert nach der Parteipräferenz, dem stärksten Erklärungsfaktor, wird erkennbar, dass allein die AfD eine Anhängerschaft hat, welche sich überhaupt rechts von der Mitte positioniert. Alle anderen Parteianhänger, auch die der CDU, der FDP und der Nichtwähler, verorten sich auf einer gemäßigt linken Mitte-Position. Dabei ordnen sich Anhänger der Linken am deutlichsten und solche der Grünen und auch der SPD sichtbar im linken Spektrum ein.

Die politische Aussagekraft der Links-Rechtsskala ist in den Sozialwissenschaften nicht unumstritten⁹⁷. Mittlerweile wird davon ausgegangen, dass die Orientierungs-

95 Holtmann, E./Jaeck, T./Völkl, K. (2018), S. 86ff.

96 Genauer hierzu: Gabriel, O. W./Holtmann, E./Jaeck, T./Leidecker, M./Maier, J. (2015): Deutschland 25. Zeitbilder Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. S.103ff..

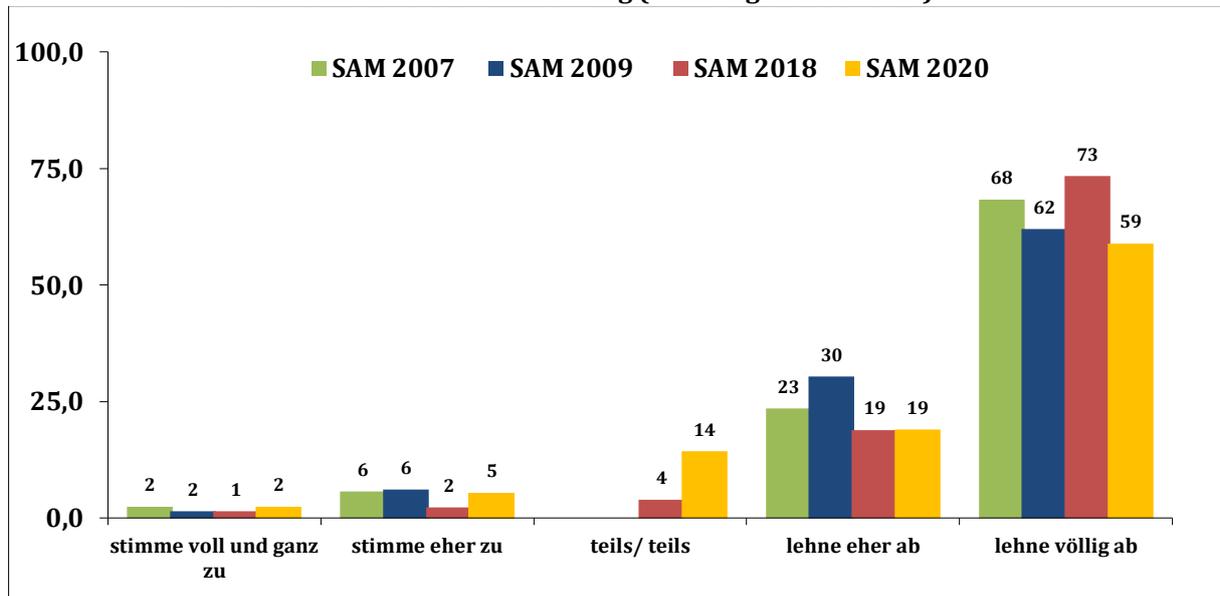
97 Stöss (2010), S. 17.

marke „links“ i.d.R. eher mit positivem sozialem Wandel, Vielfalt, sozialer Gerechtigkeit und sozialer Gleichheit in Verbindung gebracht wird, während „rechts“ mit konservativen bis autoritären Einstellungsmustern, Erhalt des Status quo, Ungleichwertigkeitsvorstellungen und der Anerkennung sozialer und gesellschaftlicher Differenzierung assoziiert wird⁹⁸. Das alles gilt nicht gleichermaßen als „Gesinnungsfolie“ für die Besetzung der Extrempole, welche hier mit 5 Prozent (links) und 1 Prozent (rechts) vergleichsweise kleine Gruppenzugehörigkeiten aufweisen.

Diese (Selbst-)Einordnung in die Randkategorien allein ist folglich nicht unbesehen gleichbedeutend mit radikalen oder gar extremen inhaltlichen Positionen⁹⁹. Jedoch zeigt beispielsweise der GMF-Survey einen manifesten Zusammenhang zwischen der Selbsteinordnung in das rechte politische Spektrum und einer höheren Ausprägung des gesamten GMF-Syndroms¹⁰⁰ und aller seiner Unterkategorien. Dieser Effekt zeigt sich dort bereits bei moderaten Mitte-Rechts-Positionen. Diese und andere Zusammenhänge werden in den nachfolgenden Teilkapiteln noch genauer betrachtet.

Zu den Ergebnissen im Einzelnen: Um potentielle Gewaltbereitschaft zu messen, wurden die Sachsen-Anhalter gefragt, ob sie der Ansicht seien, dass es bestimmte Konflikte in einer demokratischen Gesellschaft gibt, für deren Lösung Gewalt unerlässlich ist (Abb. 44).

Abb. 44 Gewalt als Instrument der Konfliktlösung (Nennungen in Prozent)



Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Die Abbildung zeigt, dass diese Affinität für Gewalt nach wie vor nur von einem marginalen Teil der Bevölkerung geteilt wird (ca. 8 Prozent). Allerdings kann, über die Zeit

98 Vgl. dazu auch Gabriel, Oscar W./Neller, Katja (2010): Bürger und Politik in Deutschland, in: Gabriel/Plasser (Hrsg.), Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa, Baden-Baden: Nomos, 57 – 146. S. 125.

99 Ebd.

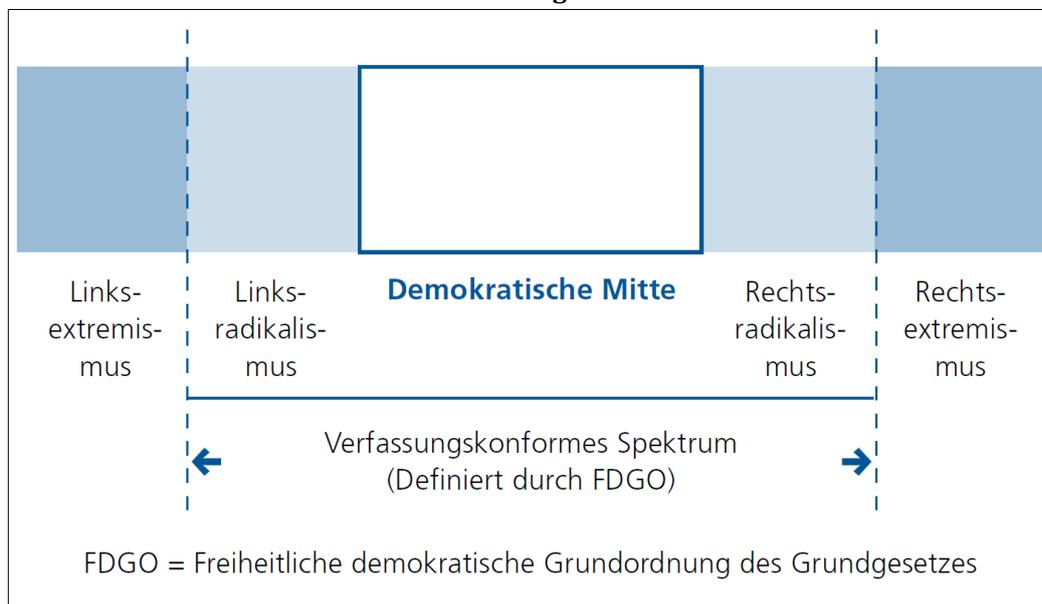
100 Zick et al. (2019), S.94.

seit 2007 betrachtet, aktuell nicht mehr von einer rückläufigen Tendenz gesprochen werden. Die entschiedene und gemäßigte Zustimmung sind in den letzten zwei Jahren leicht angestiegen und erreichen in etwa das Niveau der Werte von 2007. Die noch 2018 nachweisbare nahezu geschlossene generelle Ablehnung von Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung nimmt dagegen deutlich – und zwar um fast 15 Prozentpunkte – ab. Dafür steigt der Anteil der Unentschiedenen auf gut 14 Prozent (+ 10 Prozentpunkte) stark an – was letztlich bedeutet, dass 2020 fast jeder Vierte unter bestimmten Umständen Gewalt für die Lösung einzelner Konflikte in einer Demokratie als angemessen erachtet. Damit liegen die ablehnenden Einstellungen unter den Werten des Ausgangsjahres 2007. Dass sich in Teilen der Gesellschaft die Hemmschwelle, gewalttätig im öffentlichen Raum zu agieren, in letzter Zeit tatsächlich abgesenkt hat, wird bundesweit bei systemfeindlichen bzw. antidemokratischen Protestauftritten demonstriert.

Setzt man politisch linke und rechte Positionen ins Verhältnis zur Gewaltbereitschaft, ergibt sich mathematisch ein leicht positiver Zusammenhang zwischen der politischen Selbstverortung im rechten Spektrum und der Akzeptanz von Gewalt. Insgesamt sind die Fallzahlen an den politischen Rändern aber sehr gering¹⁰¹.

Nochmals zurück zur Begrifflichkeit. Im Verständnis der Verfassungsschutzbehörden wird Extremismus als ein verfassungswidriges Einstellungs- bzw. Verhaltensmuster wie in nachstehender Abbildung systematisch eingeordnet.

Abb. 45 Extremismus-Modell des Verfassungsschutzes nach Stöss



Quelle: Stöss (2010), S. 14

¹⁰¹ Die Fallzahl dieser Gruppen liegt in einem methodischen Grenzbereich, sodass Ergebnisse hier nur unter Vorbehalt interpretiert werden können. Die geringe Fallzahl an sich ist allerdings auch ein Faktum. Zum einen ist die Verbreitung gewaltaffiner Einstellungen so gering, dass sie mit quantitativen empirischen Methoden ohne sehr hohe Gesamtfallzahlen nur schwer messbar sind. Zum anderen sind Personen mit diesen Einstellungsmustern schwer mittels Umfragen zu erreichen (siehe Einführung zum Kapitel). Hinzu kommen, trotz der Zusicherung von Anonymität, noch Effekte sozialer Erwünschtheit, die das Antwortverhalten beeinflussen können.

Als extremistisch gelten und werden seitens des Verfassungsschutzes beobachtet solche

„Bestrebungen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben.“¹⁰²

Im Sachsen-Anhalt-Monitor wird die extremistische Komponente, die zwischen radikaler Systemkritik und erklärter Systemfeindschaft oszilliert, 2020 über 4 Variablen¹⁰³ gemessen, bei welchen vorliegende Analysen ergeben haben, dass sich jene zwar nicht a priori klar dem rechten oder dem linken politischen Spektrum zuordnen lassen¹⁰⁴, dass ein verbindendes Element dieser Variablen aber die grundsätzliche Gegnerschaft zum demokratischen politischen System der Bundesrepublik ist¹⁰⁵. Die vier Variablen sind:

- (1) Ablehnung der Idee der Demokratie,
- (2) Befürwortung einer Diktatur in der Not,
- (3) Revolution statt weiterer Reformen,
- (4) Staat als Unterdrückungsinstrument, das abgeschafft gehört.

Mit Hilfe dieser Variablen wurde dieses Einstellungskonstrukt gesondert untersucht. Die Verteilung der Antworten ist in der folgenden Abbildung (Abb. 46) sichtbar. Dabei zeigt sich die gleiche statistisch linksschiefe Verteilung wie schon bei der Gewaltbereitschaft (Abb. 44).

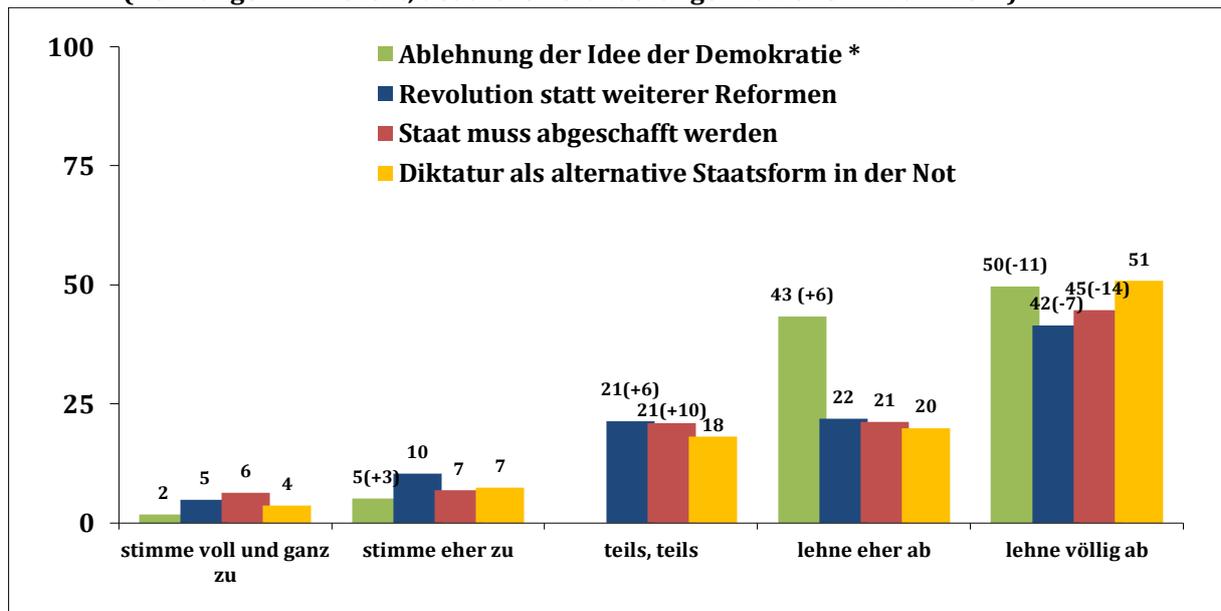
102 Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) § 3 „Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden“: Satz 1

103 2018 wurden drei Variablen zur Messung heran gezogen. In diesem Jahr wurde die Messung um die Variable „Diktatur als alternative Staatsform in der Not“ erweitert.

104 In einer Studie der FU Berlin zum Linksextremismus vom Juli 2016 (Deutz-Schroeder, M./Schroeder, K. (2016) Linksextreme Einstellungen und Feindbilder, Berlin, S. 14) wurde diese Dimension als „Demokratiefeindlichkeit“ bezeichnet. Eine Dimension, die auch in dieser sowohl am rechten als auch linken Rand Zustimmung generiert.

105 Dieses verbindende Element formuliert Eckhard Jesse (2018) in Rahmen eines Workshops folgendermaßen: „Jeder Rechtsextremist ist ein Antidemokrat. Aber nicht jeder Antidemokrat ist [automatisch] ein Rechtsextremist“ [Ergänzung durch Autor]. Geiges, Lars (2018) In: Demokratie-Dialog 2-18 - Göttinger Institut für Demokratieforschung, S. 18.

**Abb. 46 Systemkritische und systemfeindliche Einstellungen
(Nennungen in Prozent, deutliche Veränderungen zu 2018 in Klammern)**



Abweichungen zu 100 % weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt
* 4er – Skala

Wie schon bei der potentiellen Gewaltbereitschaft, werden die systemkritischen bzw. systemfeindlichen Einstellungen nur von einem sehr geringen Anteil der Bevölkerung mitgetragen. Gerade einmal 2 Prozent lehnen die Idee der Demokratie grundsätzlich ab. Jeweils etwa 5 bzw. 6 Prozent plädieren entschieden für eine Revolution anstelle weiterer Reformen und für eine Abschaffung des Staates als Instrument der Unterdrückung. Vier Prozent würden eine Diktatur in Zeiten der der Not befürworten. Diese Zustimmungsraten haben sich in den letzten zwei Jahren kaum verändert. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn auf die Entwicklung der Ablehnungsraten dieses extremistischen Musters in den letzten zwei Jahren schaut. Diese Anteile sind zu Gunsten der „Teil, teils“-Kategorie und nicht etwa der „Lehne eher ab“-Kategorie signifikant, um teilweise über 10 Prozentpunkte, abgeschmolzen. D.h. die ablehnende Haltung gegenüber systemkritischen bzw. systemfeindlichen Einstellungen wurde aufgeweicht. Lehnten die Befragten Forderungen wie die Abschaffung des Staates oder Revolution statt weiterer Reformen 2018 noch zu ca. 50 bzw. 60 Prozent völlig ab, so liegen die Anteile 2020 bei 42 bzw. 45 Prozent (Abb. 46). Zumindest teilweise mittgetragen werden diese Forderungen mittlerweile von jedem fünften Befragten.

Mit der gesonderten Betrachtung des Extremismus nehmen wir in Teilen Ansichten der Extremismus-Theorie auf. Diese definiert Extremismus als eine strikte Ablehnung (der Regeln und Normen) des demokratischen Verfassungsstaates¹⁰⁶ und ordnet diese nicht ausschließlich einem rechten oder linken politischen Spektrum zu.

¹⁰⁶ Siehe Backes, U. / Jesse, E.(1983): Demokratie und Extremismus: Anmerkungen zu einem antithetischen Begriffspaar, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 33 (1983), H. 44, S. 3–18.

12.4 Determinanten eines systemkritischen Extremismus

Die vier identifizierten Indikatoren wurden zu einer Mittelwertskala „systemkritischer Extremismus“ zusammengefasst (Abb. 47). Diese Skala deckt wie die anderen Skalen im Monitor eine theoretische Spannweite von -2 bis +2 ab. Hier entspricht der Pol -2 einer sehr schwachen Ausprägung von systemkritischen Extremismus. Der Pol +2 stünde für die entsprechend diametrale Gegenposition. Die Ausprägungen der Zusammenhangsmaße können den folgenden Abbildungen entnommen werden (Abb. 47 und Abb. 48).

Der Mittelwert dieser Extremismus-Skala liegt für Sachsen-Anhalt bei etwa -1, nähert sich also im Zweijahresvergleich um ca. 0,2 Skaleneinheiten dem kritischeren positiven Pol an. Das Mittel ist allerdings auf Grund des neu hinzugekommenen vierten Items nur bedingt über die Zeit interpretierbar. Das heißt, insgesamt finden wir in Sachsen-Anhalt gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor ein eher randständiges Extremismuspotential vor, welches die Legitimation von Staatlichkeit und das demokratische politische System grundsätzlich in Frage stellt. Im Vergleich zu 2018 blieb die Wirkungskraft der gemessenen Einflussfaktoren nahezu deckungsgleich unverändert.

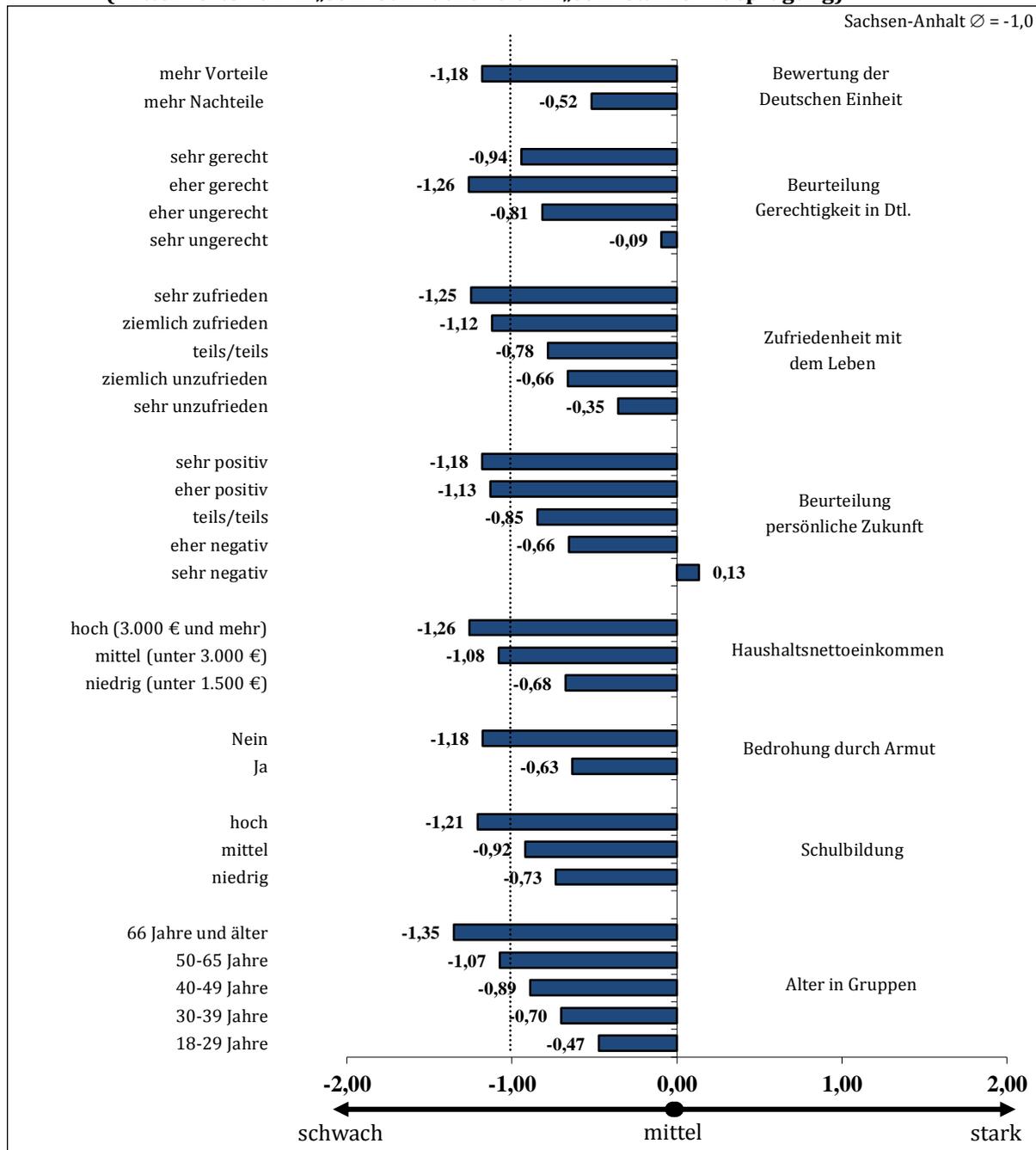
Im Schatten der im Land ganz überwiegend positiven Grundhaltung zur demokratischen Ordnung finden wir, wie die nach folgende Abbildung (Abb. 47) veranschaulicht, systemkritische Einstellungen vor allem unter Personen, die mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind und politischen Akteuren und Institutionen wenig Vertrauen entgegen bringen sowie noch etwas stärker unter Kritikern der existierenden demokratischen Verfassungsordnung. Aufgeschlüsselt nach der Parteipräferenz sind vor allem Anhänger der AfD und bekennende Nichtwähler insgesamt weniger systemkonform. Der Abstand bei der Systemfrage hat sich zwischen den Anhängern etablierter Parteien und denen der AfD seit 2018 nochmals vergrößert. Mit deutlichem Abstand verorten sich Anhänger von CDU, SPD, FDP und den Grünen überdurchschnittlich als systemtragend. Mit leichtem Abstand (0,2 Punkte) dazwischen rangieren Sympathisanten der Linkspartei auf dem landesweiten Mittelwert.

Nachdem wir die obige vierdimensionale Extremismusform zunächst losgelöst von dem linken und rechten Einstellungsspektrum untersucht haben, wird im nächsten Schritt überprüft, wie sich die beiden konträren ideologischen Positionen auf diese Skala auswirken.

Bei der Selbstverortung auf einem Links-Rechts-Kontinuum ist ein starker linear ansteigender Zusammenhang zwischen einer gemäßigt linken und einer rechten Verortung mit Staatsablehnung nachweisbar. Jedoch ist links außen nicht gleich rechts außen. Wer sich auf dem Kontinuum äußerst links einordnet, erweist sich etwa so systemtragend wie der Durchschnitt des Landes, während Personen mit äußerst rechter Anschauung deutlich stärker systemkritisch aufgestellt sind. Wer für „Freiheit“ in der Abwägung mit „Gleichheit“ votiert, ist im Durchschnitt eher systemloyal, allerdings ist

Sozialstrukturelle Einflussfaktoren werden in der folgenden Abbildung (Abb. 48) dargestellt. Dabei werden Indikatoren sozialer Deprivation, wie das Gerechtigkeitsempfinden persönlich und allgemein, ferner die Lebenszufriedenheit und die Einschätzung der persönlichen Zukunft sowie sozioökonomische Statuskriterien wie Einkommen, Bildungsabschluss und die Bedrohung durch Armut und Alter herangezogen (ebenda). Diese Vorgehensweise werden wir für auch die nachfolgenden Analysen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und des Antisemitismus beibehalten.

Abb. 48 Skala systemkritischer Extremismus nach sozialstrukturellen Einstellungen/Kriterien (Mittelwerte von -2 „sehr schwache“ bis +2 „sehr starke“ Ausprägung)



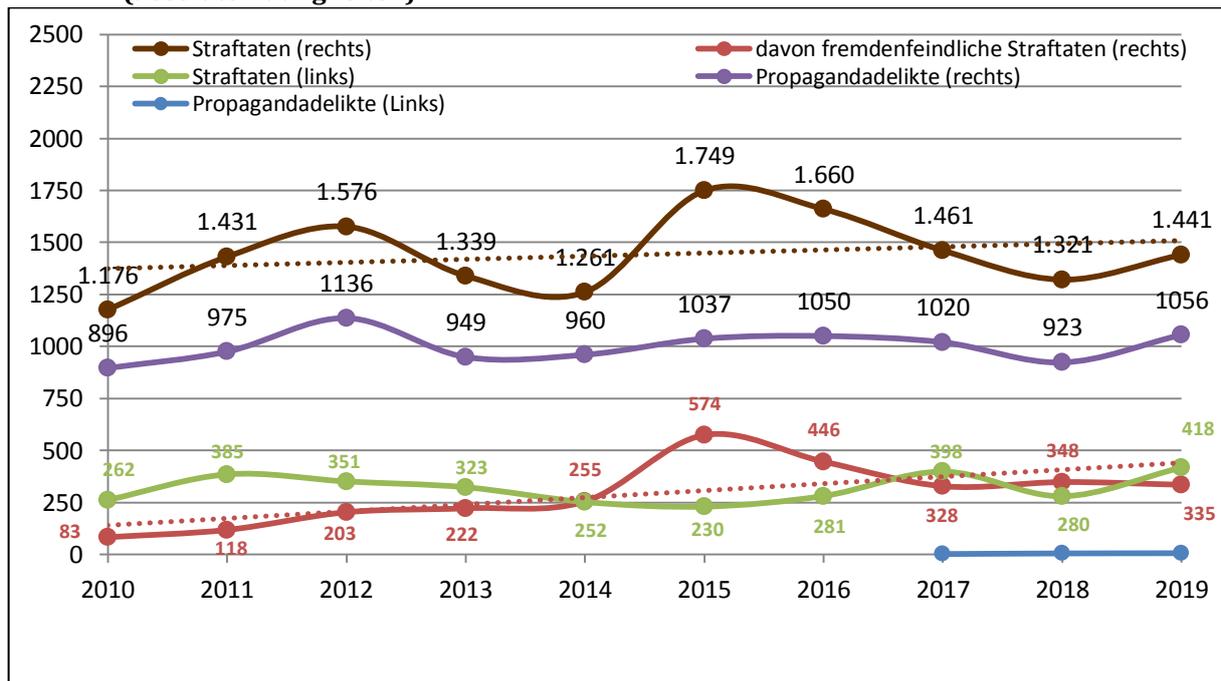
Alle dargestellten Einflüsse sind auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Wie die obenstehende Abbildung verdeutlicht, wird der systemkritische Extremismus insbesondere durch ein soziales Deprivationsgefühl, also ein hohes Ungerechtigkeitsempfinden und das Gefühl, zu kurz zu kommen, verstärkt. Dabei ist die Einflussstärke dieser Indikatoren deutlich stärker als diejenige des Haushaltseinkommens. Das heißt, die tatsächliche monetäre Ausstattung trägt weniger zur Affinität für Extremismus bei als subjektiv wahrgenommene allgemeine und persönliche Ungerechtigkeit. Dennoch zeigt sich, dass mit höheren Einkommen die Wahrscheinlichkeit einer extremistischen Grundhaltung abnimmt, ebenso im Falle geringerer Bedrohung durch Armut. Ebenfalls können Unzufriedenheit mit dem Leben, eine pessimistische Sicht auf die persönliche Zukunft und eine rückblickend als nachteilig wahrgenommene Deutsche Einheit extremistische Neigungen stärken. Bildung zeigt einen nahezu identischen Zusammenhang wie die Höhe des Einkommens. Insgesamt ähnliche Effekte sind für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus ebenfalls nachweisbar (vgl. Kap. 12.6 und 12.7).

12.5 Extremistisches Täterfeld in Sachsen-Anhalt

Wie oben gezeigt, besteht zwischen starker Bindung an rechte oder linke Ideologien sowie der Affinität für politischen Extremismus ein Zusammenhang. Die Frage ist nun, wie dieser auf der Einstellungsebene allerdings nur für eine kleine Minderheit messbare Zusammenhang sich in tatsächliches Verhalten umsetzt bzw. mit einem zahlenmäßig identifizierbaren Personenkreis in Beziehung gesetzt werden kann. Um dies zu klären, werden im Folgenden die Daten der Verfassungsschutzberichte des Landes Sachsen-Anhalt zur politisch motivierten Kriminalität mit herangezogen. Diese Daten wurden im Zeitverlauf seit 2010 ausgewertet. Dokumentiert werden nachstehend politisch motivierte Straftaten (Abb. 49) und Gewalttaten (Abb. 50) aus dem linken und rechten politischen Spektrum sowie amtliche Angaben des rechts-(Tab. 28) und linksextremistischen (Tab. 29) Personenpotentials.

Abb. 49 Politisch motivierte Straftaten (Links und Rechts) im Zeitverlauf seit 2010 (absolute Häufigkeiten)



Quelle: Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutzberichte (2000-2019), Statista.com

Wie das obige Verlaufsdiagramm (Abb. 49) ausweist, liegen rechtsmotivierte Straftaten seit 2010 der Zahl nach im Schnitt immer auf einem mindestens dreifach höheren Niveau als die Vergleichsdaten für linksmotivierte Delikte. Die Zeitreihen zeigen über den gesamten Beobachtungszeitraum einen linearen Anstieg, der im Bereich der rechten und linken Straffälligkeit ähnlich ausfällt. Ein zwischenzeitlich kurzfristig steiler Anstieg ist bei rechtsmotivierten Straftaten erkennbar. Diese stiegen von 2014 bis 2015 um fast 500 Delikte auf 1.749 an. Damit erreichten sie den höchsten Wert seit 2010. Seit 2016 fällt die Kurve wieder ab, steigt aber seit 2018 erneut an. Ein Vergleich der Propagandadelikte beider politischer Lager zeigt eine klar dominierende Präsenz rechter Fälle mit 1.056 zu linken Fällen mit sechs im gleichen Jahr.

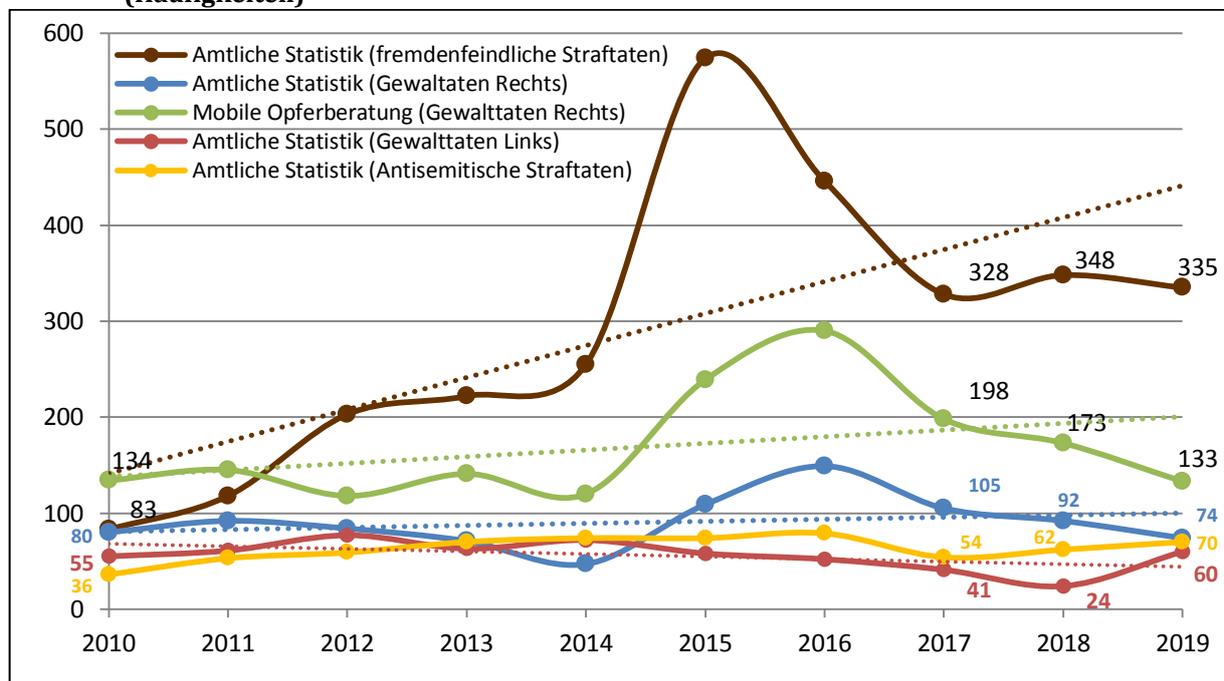
Ein Vergleich mit der nachfolgenden Abbildung (Abb. 50) zeigt, dass es sich dabei vor allem um Delikte mit einem fremdenfeindlichen oder auch antisemitischen Motivationshintergrund handelte. In den letzten Jahren wird ein Anstieg antisemitischer Straftaten seit 2017 auf mittlerweile 70 erkennbar. Der deutliche Anstieg fremdenfeindlicher Delikte im Jahr 2015 und der Aufwuchs rechter Straftaten 2015/2016 fallen zeitlich zusammen mit der im gleichen Zeitraum rapide wachsenden Zahl von Asylbewerbern und Geflüchteten. Ein in Falldichte und zeitlichen Schwankungen gleichlaufender Trend ist im Bereich der linksextrem motivierten Straffälligkeit nicht erkennbar.

Die nächste Grafik (Abb. 50) zeigt die Entwicklung fremdenfeindlicher Straftaten und politisch motivierter Gewalttaten im rechten und linken Spektrum. Hier fällt im Vergleich zur Betrachtung der politisch motivierten Straftaten in der vorangegangenen Abbildung auf, dass sich die Zahlen für fremdenfeindliche Straftaten seit 2014 innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt und im Vergleich zu 2011 nahezu verfünffacht

haben. Damit erreichte diese Zeitreihe im Jahr 2015 ihren bisherigen Höhepunkt seit dem Jahr 2000 und fällt danach bis 2016 wieder stark ab. Seit 2017 liegen die Werte mehr oder weniger konstant zwischen 330 und 350.

Aus den Daten der mobilen Opferberatung geht ebenfalls ein deutlicher Anstieg von 2014 bis 2016 hervor. Auch hier haben sich die gemeldeten Fälle innerhalb von zwei Jahren mehr als verdoppelt. Die amtliche Statistik misst auf einem etwas niedrigeren Niveau sogar eine Verdreifachung der Gewalttaten im rechten Spektrum innerhalb desselben Zeitraumes. Dieser Trend schwächte sich erst 2017 leicht ab und sinkt weiter bis 2019. Gewalttaten aus dem linken politischen Spektrum liegen auf einem niedrigeren Niveau, steigen aber von einem Tiefststand 2018 bis 2019 vergleichsweise stark an.

Abb. 50 Politisch motivierte Gewalttaten und Straftaten im Zeitverlauf seit 2010 (Häufigkeiten)¹⁰⁷



Quelle: Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutzberichte (2000-2019) / Monitoring der mobilen Opferberatung

Trotz des teilweise exponentiellen Anstiegs im Bereich politisch motivierter Kriminalität von rechts wird der personelle Kern des Rechtsextremismus hierzulande vom Verfassungsschutz seit 2010 weitgehend konstant auf etwa 1.400 Personen geschätzt und nimmt laut Verfassungsschutz seit 2017 insbesondere im Bereich der Parteien ab. Demzufolge müsste während der Zeitspanne um 2015 die Mehrfachtäterschaft und Gewaltbereitschaft in dieser Gruppe sprunghaft angestiegen und im Nachgang wieder abgeflacht sein. (Tab. 28). Ein solcher hypothetischer Zusammenhang lässt für den Linksextremismus nur bedingt nachweisen, da hier die Anzahl der Personen und der

¹⁰⁷ Obwohl die Anzahl der Gewalttaten (rechts) abnehmen hat die Anzahl der direkt Betroffenen im Gegensatz zum Vorjahr zugenommen. Mit enthalten sind bspw. der zweifache Mord (60-facher versuchter Mord) des Anschlages in Halle (Saale) als eine Straftat.

jährlich registrierten politisch motivierten Straftaten, mit Ausnahme des letzten Jahres weitgehend gleich geblieben ist (Tab. 29).

Zusammenfassend lässt sich, wie schon 2018, festhalten, dass der auf der Einstellungsebene gewonnene Befund einer höheren Gewaltbereitschaft und eines stärker systemkritischen Extremismus im rechten politischen Spektrum sich auf personeller Ebene in der größeren Zahl bekennender Rechtsextremisten sowie auf der Handlungsebene in höherer rechtsextremistisch motivierter politischer Delinquenz widerspiegelt. Dementsprechend spiegeln sich die Befunde der Einstellungsebene, d.h. einer höheren Gewaltbereitschaft (vgl. Kap. 12.3) und eines stärkeren systemkritischen Extremismus (Abb. 47 unterer Teil), im rechten politischen Spektrum auch in den Daten der Handlungsebene wider.

Tab. 28 Potential rechtsextremistischer Personen in Sachsen-Anhalt¹⁰⁸

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	800	760	780	830	700	800	800	760	740	740
Neonazis	240	290	330	430	340	390	410	350	340	360
in Parteien	300	250	250	250	280	280	265	265	265	180
Gesamt	1.390	1.340	1.400	1.510	1.320	1.470	1.475	1.375	1.300	1.230

Quelle: Verfassungsschutzberichte des Landes 2011 bis 2019

Tab. 29 Potential linksextremistischer Personen in Sachsen-Anhalt

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Gewaltbereite Linksextremisten, insbesondere Autonome	220	230	230	230	230	230	230	230	270	290
Parteien und sonstige Gruppierungen, u. a. die „Rote Hilfe“	260	290	290	280	290	250	260	260	260	260
Gesamt	480	520	520	510	520	480	490	490	530	550

Quelle: Verfassungsschutzberichte des Landes 2011 bis 2019

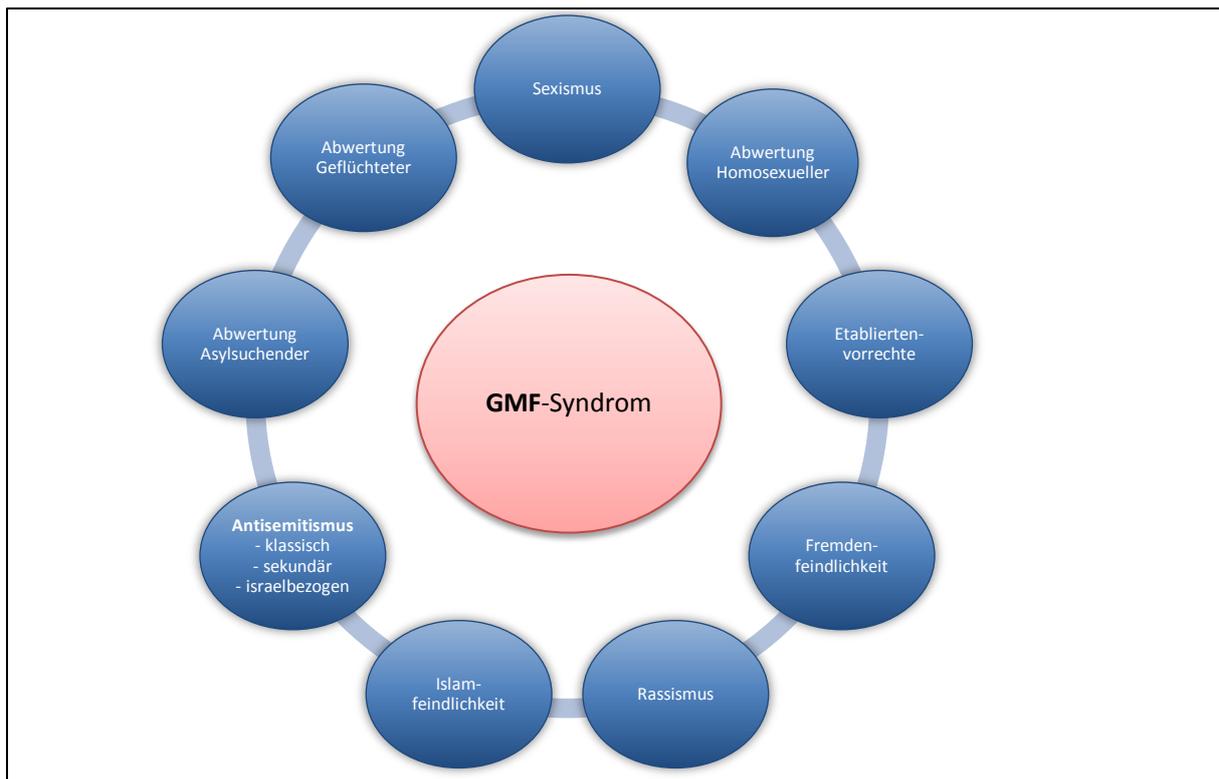
12.6 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Die Studie „Deutsche Zustände“, die von Wilhelm Heitmeyer von 2002 bis 2011 durchgeführt wurde, bildet die Grundlage des Konzepts der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF), welches das Operationalisierungskonstrukt des Rechtsextremis-

¹⁰⁸ Diese Zahlen beinhalten nicht vollständig die wachsende Reichsbürgerszene. Allerdings werden Rechtsextremisten, welche klar der Reichsbürgerszene zuordenbar sind, in dieser Statistik berücksichtigt, aber nicht anders herum. Ebenfalls nicht Teil des Verfassungsschutzberichtes von 2019 ist, das in Schnellroda ansässige Institut für Staatspolitik des neurechten Verlegers Götz Kubitschek. Dieses wird seit Anfang 2020 als Verdachtsfall eingestuft. Auch der im März 2020 vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ eingestufte „Der Flügel“ als ehemalige Gruppierung innerhalb der AfD ist nicht Teil der Statistik.

mus gemäß der so genannten Konsensus-Definition¹⁰⁹ um einige Facetten erweitert hat. Hierbei werden vor allem Komponenten einer sozialen Dimension mit in die Analyse einbezogen. Die politische Dimension, wie etwa die Affinität zu anderen Staatsformen oder auch Gewaltbereitschaft, spielen hingegen für die Konstruktion von GMF explizit keine Rolle und wurden hier bereits gesondert betrachtet. Das verbindende Kennzeichen beider Ansätze, also des Rechtsextremismus und des GMF-Syndroms, ist das Vorhandensein von Ungleichwertigkeitsvorstellungen gegenüber anderen Ethnien, Lebensweisen oder überhaupt „Anderem“ oder Neuem. Während im Konzept des Rechtsextremismus nur allgemein nach sozialdarwinistischen Einstellungen gefragt wird, werden im GMF-Modell dezidierte abwertende Einstellungen gegenüber anderen (Menschen)Gruppen erhoben. Dieses verbindende Kennzeichen „Abwertung von Anderen“ wird im GMF-Konzept deutlich erweitert und betrachtet nicht nur die Gruppen der Ausländer und Semiten wie bei der Messung des Rechtsextremismus. Zudem kann das Konzept ohne weiteres um relevante Gruppen erweitert werden, um sich aktuellen Entwicklungen und verschiedenen Kontexten anzupassen (Abb. 51).

Abb. 51 Dimensionen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im SAM 2020



Quelle: Eigene Abbildung abgewandelt nach Zick et al. (2016)

109 „Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellt. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“ Stöss, R. (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin. Friedrich-Ebert-Stiftung. S.56f.

So wurden dem GMF-Konzept in den letzten Jahren beispielsweise die Dimensionen Islamfeindlichkeit, abwertende Haltungen zu Trans*menschen und Antiziganismus hinzugefügt.

Die fehlende Flexibilität bezüglich der Inklusion weiterer Personengruppen im Anwendungsbereich der Konsensus-Definition stellt im Übrigen einen Hauptkritikpunkt am Analysekonzept des Rechtsextremismus dar. Denn ein integraler Bestandteil von Rechtsextremismus ist die Ideologie einer Ungleichwertigkeit von Leben, und diese Grundeinstellung bezieht sich in der Regel auf alle, als vermeintlich „schwach, abweichend, nicht normal oder [eben] fremd [bzw. anders] usw.“ (Zick/Klein, S. 62 [Erg. der Autoren]) deklarierten Gruppen¹¹⁰, und eben nicht nur auf Ausländer (Fremde) und Semiten.

Wie oben bereits erwähnt zeigte sich bei diesen Faktoren zudem bisher ein rückläufiger Trend. Nur bei drei Kategorien, nämlich der Abwertung von Asylsuchenden, der Muslimfeindlichkeit und den so genannten Etabliertenvorrechten, verzeichnet die Bielefelder Studie einen Anstieg an abwertenden Haltungen. Daraus kann gefolgert werden, dass das Thema Asyl und Zuwanderung im Gefolge der gewachsenen Flüchtlingsproblematik der letzten Jahre für die psychologische Konstruktion des rechtsextremen Weltbildes, verglichen mit den bisher gemessenen klassischen Indikatoren, wie Abwertung von hier lebenden Ausländern, Verharmlosung des Nationalsozialismus usw. bedeutender geworden ist

Diese Umschichtung der Reizthemen und Ressentiments bildete sich offenbar auch innerhalb der aktivistischen Szene ab. Der Verfassungsschutz des Landes Sachsen-Anhalt beobachtete eine Umfokussierung des organisierten Rechtsextremismus auf die Asyl- und Flüchtlingsthematik.

„Ihre bisherigen Themenschwerpunkte, die in der Regel mit der Verherrlichung der NS-Zeit zu tun hatten, traten in den Hintergrund. Bestimmend war weit überwiegend die Asyl- und Flüchtlingsthematik.“¹¹¹

Ergänzt wird das GMF-Syndrom um die so genannten Etabliertenvorrechte gegenüber anderen Gruppen. Hierbei wird untersucht, inwieweit die ansässige (*autochthone*) Bevölkerung der Ansicht ist, mehr Rechte zu haben als neu hinzugezogene (*allochthone*) Menschen. Im aktuellen Sachsen-Anhalt Monitor haben wir einige Gruppen des GMF-Survey nicht berücksichtigt; hierzu gehören Langzeitarbeitslose, Menschen mit physischer oder psychischer Beeinträchtigung, Obdachlose, Trans*menschen sowie Sinti und Roma. Dass die bisherigen Instrumente zur Erfassung von Einstellungen im rechten Spektrum die aktuell gehegten Orientierungen und Verhaltensmuster aus unserer Sicht nur noch bedingt erfassen können, war einer der Gründe dafür, das methodische Portfolio seit dem 2018er Monitor um Indikatoren gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die auf die Bewertung von Flüchtlingen und Schutzsuchenden abheben, zu erwei-

110 Zick, A./Klein, A. (2014): Fragile Mitte - Feindselige Zustände, Bonn, S. 61ff.

111 Ministerium für Inneres und Sport (2015): Verfassungsschutzbericht 2015, S. 21f.

tern. Bezugnehmend auf den Anschlag auf eine Synagoge in Halle vor gut einem Jahr wurde das Konzept um verschiedene Aspekte des Antisemitismus erweitert (Abb. 51), welche im Abschnitt 12.7 gesondert untersucht werden..

12.6.1 Verteilung des GMF-Syndroms in Sachsen-Anhalt

Die von uns erhobenen Indikatoren sind in der folgenden Tabelle vollständig dargestellt (Tab. 30). Dabei wurden die jeweiligen Randkategorien „stimme voll und ganz zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“ farblich abgehoben und in ihren Anteilsausprägungen abgebildet.

Tab. 30 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt
(Nennungen „stimme voll und ganz zu“ / „stimme überhaupt nicht zu“ in Prozent)

Frage 34 a-p	Sachsen-Anhalt		Deutschland Gesamt (2018/19)
	2018	2020	
Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	31	29	27,1
	13	9	14
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.	16	16	13,9
	38	27	41,8
Homosexualität ist unmoralisch.	5	4	6,9
	75	61	76,0
Es ist ekelhaft wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	9	7	11,8
	57	49	65,8
Aussiedler sollten besser gestellt sein als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.	7	8	7,8
	47	31	52,6
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	3	4	5,1
	71	51	70,6
Für die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge sollte eine Obergrenze eingeführt werden.	49	41	38,1
	11	8	21,4
Der Lebensstandard der Deutschen wird durch die Aufnahme der Flüchtlinge sinken.	14	18	12,4
	35	24	42,3
Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt.	19	24	11,6
	14	8	18,9
Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat strenger sein.	53	40	38,6
	4	4	5,7
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	2	3	2,9
	83	65	74,7
Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	2	3	4,3
	80	59	64,5
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurück schicken.	8	15	6
	42	27	58,1
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	20	23	15,9
	27	19	37,5
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	8	10	6,5
	42	33	52,6
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	15	19	18,1
	36	26	37,7

Zustimmung

Ablehnung

Quelle: Daten SAM 2018/2020, Daten Deutschland Zick et al.(2019), S. 66ff.

Ergänzt werden die Daten durch die Ergebnisse der neuesten Hauptstudie zum GMF-Syndrom¹¹², „Verlorenen Mitte – Feindselige Zustände: rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019“. Da hier erstmals auch fünfstufige Antwortskalen verwendet wurden bietet sich ein direkter Vergleich an. Allerdings liegt die Datenerhebung der Studie nicht ganz zwei Jahre zurück.

Die Anteile derjenigen Sachsen-Anhalter, die einzelnen Facetten des GMF-Syndroms voll und ganz zustimmen, liegen im deutschlandweiten Vergleich teilweise leicht über oder unter dem bundesweiten Durchschnitt der Referenzstudie (siehe Tab. 30).

Eine Ausnahme bilden die Einstellungen zu Lesben und Schwulen in der heutigen Gesellschaft. Hier sind die Menschen im Land deutlich weniger als bundesweit der Ansicht, Homosexualität sei unmoralisch oder fänden es abstoßend, wenn diese öffentlich ausgelebt wird. Bei asylkritischen und fremdenfeindlichen Einstellungen fallen die Anteile im Land hingegen teilweise deutlich höher als im Bundesdurchschnitt aus. So glaubt jeder vierte Befragte in Sachsen-Anhalt, dass die meisten Asylbewerber nur vorgäben, in ihrer Heimat politisch verfolgt zu werden, und ihrem Land folglich aus freien Stücken oder aus wirtschaftlichen Gründen den Rücken kehren. Bundesweit sind nur knapp 12 Prozent dieser Ansicht. Auch die Forderung, Ausländer bei hierzulande knapper Arbeit in die Heimat zurückzuschicken (15 Prozent), und das Pauschalurteil, es gäbe zu viele Ausländer im Land (23 Prozent), findet in Sachsen-Anhalt mehr Zuspruch.

Auffallend ist wie schon 2018, und aktuell noch deutlicher als vor zwei Jahren, dass die einzelnen Dimensionen innerhalb des GMF-Syndroms in Sachsen-Anhalt wesentlich weniger entschieden abgelehnt werden. Hier finden sich mittlerweile Unterschiede von bis zu 30 Prozentpunkten zu bundesweiten Vergleichswerten, und das ausnahmslos bei allen Facetten des GMF-Syndroms. Besonders deutlich wird die Diskrepanz bei Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Einstellungen zu Geflüchteten und Etabliertenvorrechten. Wie auch beim Extremismus (vgl. Abb. 44 und Abb. 46) haben sich die Anteile derer verkleinert, die eine klar ablehnende Haltung vertreten (Tab. 30). Für die politisch- wie soziokulturelle Widerstandsfähigkeit der regionalen Zivilgesellschaft gegenüber Intoleranz und konkreten Ausprägungen des Syndroms gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist die verstärkte Neigung, sich nicht festzulegen und stattdessen eine „neutrale“ Position einzunehmen, eine ernsthafte Herausforderung.

Für nicht ganz 30 Prozent ist es selbstverständlich, dass Menschen die neu im Land sind, sich erstmal mit „weniger“ zufrieden geben müssen. Ein kleinerer Anteil (16 Prozent) befürwortet, dass solche Neubürger über weniger Rechte verfügen sollten als diejenigen, die vorher da waren. Die Forderung nach einer Höchstgrenze für Flüchtlinge findet landesweit (wie bundesweit) eine Zustimmung von etwa 40 Prozent; fast identisch fällt der Anteil derer aus die sagen, der Staat solle Asylanträge strenger prü-

112 Zick et al.(2019).

fen. Rund 18 Prozent der Sachsen-Anhalter befürchten, die Aufnahme von Geflüchteten würde mit einer Absenkung des Lebensstandards für Deutsche einhergehen. Ebenfalls fast jeder Fünfte fürchtet eine Überfremdung durch Muslime im eigenen Land. Eine Zuwanderung dieser Personengruppe würden zehn Prozent in Sachsen-Anhalt und sieben Prozent in ganz Deutschland grundsätzlich verbieten (Tab. 30). Unzweifelhaft rassistische Aussagen wie einer Überlegenheit „der weißen Rasse“ tragen nur etwa fünf Prozent der Landesbevölkerung mit. Die Aussage, dass man Aussiedler, weil ja eigentlich deutscher Abstammung, besser stellen sollte als Menschen nichtdeutscher Herkunft, findet regional wie bundesweit bei acht Prozent Zustimmung. - Die Bestimmungsfaktoren des GMF-Syndroms werden im Folgenden betrachtet.

12.6.2 Determinanten von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Für die Erklärung von Rechtsextremismus sowie von menschenfeindlichen und abwertenden Einstellungsmustern lassen sich aus der Literatur unterschiedliche theoretische Hypothesen heranziehen. Die für den vorliegenden Sachsen-Anhalt-Monitor 2020 und auch schon für die zurückliegenden Ausgaben verwendeten Annahmen werden im Folgenden kurz dargestellt. Einige dieser Annahmen können auch für die Erklärung des systemkritischen Extremismus und den Antisemitismus verwendet werden (vgl. Kapitel 12.3 und 12.7).

Eines der bekanntesten Erklärungsmuster ist die *Autoritarismus-These*. Diese wurde im Zuge der Studien zur „Authoritarian Personality“ von Theodor W. Adorno¹¹³ und anderen 1933 in die USA emigrierten Wissenschaftlern des Frankfurter Instituts für Sozialforschung entwickelt. Mit verschiedenen methodischen Ansätzen, u. a. Gruppendiskussionen, Interviews und Befragungen, wurde damals untersucht, welche individualpsychologischen Orientierungen in Deutschland dem Nationalsozialismus und Rassismus Vorschub geleistet hatten. Adorno fand seine These erhärtet, dass vor allem Menschen mit einem autoritätshörigen also „autoritären Charakter“ dazu neigen, sich Diktaturen kritiklos zu unterwerfen und insbesondere Vorurteile ungeprüft anzunehmen. Die These der Autoritären Persönlichkeit wurde in den ersten beiden Monitoren von 2007 und 2009 empirisch überprüft und bestätigt.¹¹⁴ Sie wird im aktuellen Monitor aber nicht nochmals direkt getestet. Wenn allerdings eine „Diktatur als Staatsform in der Not“ Akzeptanz findet, kann von einer autoritären Prägung ausgegangen werden.

Ein weiterer individualpsychologischer Untersuchungsansatz ist die von Robert K. Merton¹¹⁵ in Anlehnung an Émile Durkheim entwickelte *Anomietheorie*. Diese besagt im Kern, dass Personen, deren individuelle Teilhabe an materiellen und ideellen Kollektivgütern aufgrund sozialstruktureller Merkmale begrenzt ist, sich entweder zur Wahrung

113 Adorno, T. W. u. a. (1950): *The Authoritarian Personality*. New York.

114 Vgl. Holtmann, E./Fürnberg, O./Jaeck, T. (2007) sowie Holtmann, E./Jaeck, T./Völkl, K. (2009).

115 Merton, R. K. (1938): *Social Structure and Anomie*. In: *American Sociological Review*, 3, S. 672-682.

ihrer Interessen zusammenschließen oder aber gegen den Rest der Gesellschaft abgrenzen. Die Konzentration und Begrenzung des Interaktions- und Handlungsspielraums allein auf das eigene Milieu¹¹⁶ (Eigengruppe) kann in der Folge zu abweichendem Verhalten, konkret zu Ressentiments und feindlichen Einstellungsmustern gegenüber „Fremden, Anderen, vermeintlich schwächeren Gruppen etc.“ (Fremdgruppe) führen.¹¹⁷

Im Sachsen-Anhalt-Monitor wird die Triftigkeit dieser Theorie mit Hilfe unterschiedlicher Fragen untersucht, so z. B. dem Ungerechtigkeitsempfinden, einem niedrigen sozioökonomischen Status (Bildung, Einkommen, Beruf), einer individuellen Bilanz nach 30 Jahren Deutschen Einheit oder auch der subjektiv eingeschätzten Bedrohung durch Armut. Ein indirekter Einfluss anomischer Verhaltensweisen – durch Abgrenzung – erschließt sich zudem über die weiter unten erläuterte Kontakthypothese.

Ein weiterer Erklärungsansatz, der im Rahmen des Monitors geprüft wird, ist die *Theorie der (subjektiven) relativen Deprivation*. Diese besagt, dass Zufriedenheit nicht direkt durch die eigenen objektiven Lebensbedingungen (wie z.B. das eigene Haushaltseinkommen) bestimmt wird, sondern dadurch, dass die Situation der eigenen Person oder Gruppe in Relation zu anderen Personen oder Gruppen gesetzt wird. Aufgrund dieses Selbstvergleichs wird eine Diskrepanz wahrgenommen zwischen dem, was man hat, und dem, was einem der eigenen Meinung nach zusteht.

Empfundene Benachteiligungen dieser Art können sich in Extremismus und eben auch in auf bestimmte Gruppen bezogenen feindlichen Einstellungen entladen, dann nämlich, wenn die „Anderen“ als Sündenbock für die eigene (vermeintliche) Benachteiligung oder Notlage ausgemacht werden. Analog kann die Schuldzuschreibung auch an politische Institutionen und Akteure (Politiker) oder gesellschaftliche Großgruppen wie Westdeutsche oder Ostdeutsche erfolgen¹¹⁸. Mit anderen Worten: Relative Deprivation kann zu sozialer, wirtschaftlicher und politischer Unzufriedenheit führen, die sich an anderen Personen(-gruppen), die eine Projektionsfläche für Neid und den Verdacht der Bevorzugung abgeben, festmacht¹¹⁹.

Geprüft wird die Deprivationsthese im aktuellen Sachsen-Anhalt-Monitor anhand der Zufriedenheit mit der eigenen gesellschaftlichen und ökonomischen Situation, der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, der Bewertung der persönlichen

116 Dieser Prozess einer Abgrenzung – auch von Fakten die den eigenen Ansichten widersprechen – lässt sich ebenso im Rahmen der psychologischen Betrachtung des so genannten „Echokammer-Effektes“ feststellen.

117 Vgl. auch Heitmeyer, W. (1989) Rechtstextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim.

118 Die Unterscheidung zwischen Individuen und Gruppen wird als „egoistische“ bzw. „fraternalistische“ relative Deprivation bezeichnet. Vgl. Runciman, W. G. (1966): *Relative Deprivation and Social Justice: a Study of Attitudes to Social Inequality*. London. - Paul. Farwick, A. (2008): *Segregation und Eingliederung: zum Einfluss der räumlichen Konzentration von Zuwanderern auf den Eingliederungsprozess*. Wiesbaden.

119 Vgl. Güttler, P. O. (2003): *Sozialpsychologie: Soziale Einstellungen, Vorurteile, Einstellungsänderungen*. München.

Zukunft und des subjektiven Gefühls, ob man auch das bekommt, was einem zusteht. Das Empfinden, durch die Deutsche Einheit mehr verloren als gewonnen zu haben, kann diesem Erklärungsansatz ebenfalls zugeordnet werden.

Eng verwoben mit dem Ansatz der relativen Deprivation ist die *Gruppenbedrohungstheorie*. Diese besagt, dass der Wettbewerb um knappe Ressourcen (*Konkurrenzhypothese*), wie zum Beispiel um Arbeitsplätze, bezahlbaren Wohnraum oder Sozialleistungen des Staates, ein Auslöser für extremistische und gruppenbezogene menschenfeindliche Einstellungen sein kann. Um die Annahme zu überprüfen, werden in der Regel – ähnlich wie bei der Anomietheorie – sozioökonomische Merkmale, wie der formale Bildungsgrad oder die Bedrohung durch Armut, untersucht. Zum einen wird vermutet, dass Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau und unsicheren ökonomischen Verhältnissen sich durch die Konkurrenz „fremder“ Gruppen noch stärker bedroht sehen und in der Folge eher zu extremistischen Einstellungen neigen. Zum anderen wird der Ausländeranteil eines Wohngebietes in den Blick gerückt, der eine soziale Konkurrenzsituation räumlich abbildet. Insbesondere im Zuge der hohen Bedeutung der Flüchtlingsthematik (Kap. 10) hat diese Theorie zunehmend Beachtung gefunden.

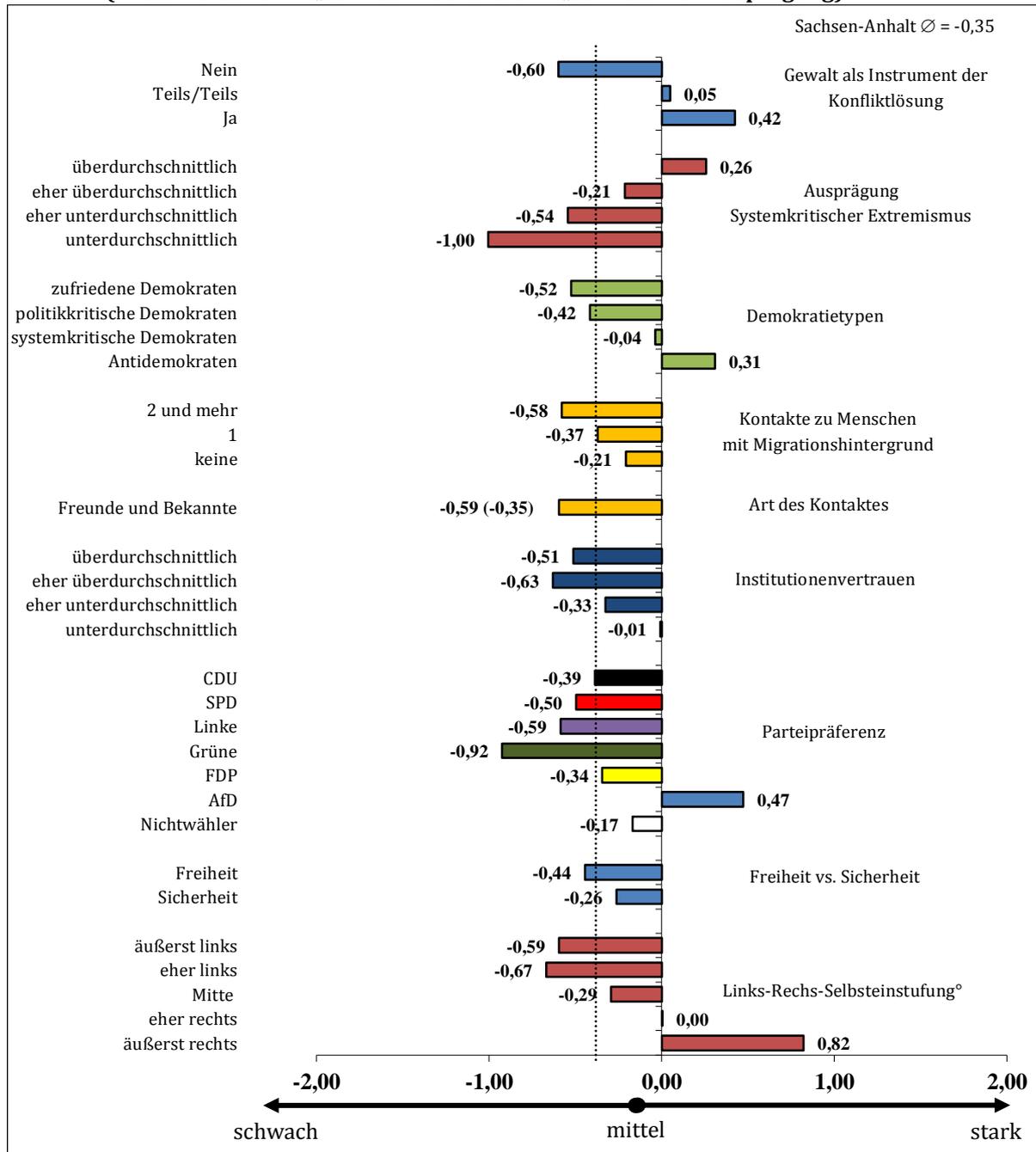
Dem gegenüber steht die Hypothese des so genannten *Intergruppen-Kontakts* („*Kontakt-Hypothese*“). Sie basiert ursprünglich auf der Forschung von Allport und Williams¹²⁰ zu gespannten Beziehungen zwischen der weißen und afro-amerikanischen Bevölkerung der USA in den 1950er Jahren. Die Grundannahme lautet hier, dass häufige Kontakte zwischen verschiedenen Gruppen unter bestimmten Bedingungen dazu führen, dass Vorurteile und negative Ansichten über die „Fremdgruppe“ abgebaut werden und die gegenseitige Wahrnehmung positiv beeinflussen. Die Kontakte sollten dabei idealerweise auf „Augenhöhe“ stattfinden (Arbeit, Kindergarten, Schule, Verein usw.). Kontakte, die beispielsweise ausschließlich auf der Basis geografischer Nähe zustande kommen, können dementsprechend auch gegenteilige Prozesse auslösen (siehe Theorie der Gruppenbedrohung) und somit die Kontakthypothese überformen¹²¹.

Im Folgenden wird die im Sachsen-Anhalt-Monitor 2020 erhobene Dimension des GMF-Syndroms und im Nachgang – nochmals detaillierter und gesondert – die Dimension des Antisemitismus in ihrer Gesamtheit aufgeschlüsselt und nach Einflussfaktoren betrachtet. Die Auswahl der Einflussfaktoren basiert größtenteils auf den oben ausgeführten theoretischen Vorüberlegungen zur Erklärung fremden- und menschenfeindlicher sowie extremistischer Zusammenhangsmuster und individueller politischer Präferenzen.

120 Vgl. Allport, G. W. (1954): *The Nature of Prejudice*. Cambridge; Robin, M. (1947): *The Reduction of Intergroup Tensions. A Survey of Research on Problems of Ethnic, Racial and Religious Group Relations*. New York: Social Science Research Council.

121 Ein vergleichbares Phänomen tritt beispielsweise auf, wenn Kontakte Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund nur durch die räumliche Nähe (Nachbarschaft) bestehen und eben nicht auf „Augenhöhe“ stattfinden (Arbeitsplatz, Freunde und Bekannte, Familie, Verein). Ein solcher Prozess ließ sich 2016 bspw. im Wohnquartier „Südpark“ in Halle (Saale) beobachten. (Jaeck, 2016 <https://www.mz-web.de/halle-saale/soziologe-zum-brennpunkt-suedpark--ghetto--wohl-eher-ein-problemviertel--24767034>)

**Abb. 52 Skala GMF-Syndrom nach politischen Einstellungen
(Mittelwerte von -2 „sehr schwache“ bis +2 „sehr starke“ Ausprägung)**



Alle dargestellten Einflüsse sind auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

° Kodiert aus Links-Rechtsskala (0-10): „sehr Links“ (0-2), „eher Links“ (3-4), „Mitte“ (5), „eher Rechts“ (6-7), „sehr Rechts“ (8-10)

Die stärkste Erklärungskraft für eine Affinität zum Rechtsextremismus haben klare politische Positionierungen, wie beispielsweise die entschiedene Ablehnung demokratischer Grundwerte und Prinzipien, ausgeprägt systemkritische Einstellungen, die Parteisympathie und die Links-Rechts-Selbsteinschätzung. So unterscheiden sich orientiert an den vier hier bereits vorgestellten Demokratietypen (Kap. 7.3), Antidemokraten von zufriedenen Demokraten um fast einen Skalenpunkt (Abb. 52). Zudem befinden sich die erklärten Gegner der Demokratie als eine der wenigen Gruppen im positiven

Wertebereich der Skala, welcher für ein zunehmend geschlossenes GMF-Syndrom steht. Beim Vertrauen in politische Institutionen findet sich ein identischer, wenngleich schwächer ausgeprägter Effekt. Wer sich ausweislich unserer Daten vornehmlich als systemkritisch bekennt und offen für Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung zeigt, äußert sich signifikant abwertender gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen als andere Befragte. Hingegen erweisen sich überdurchschnittlich systemloyale Personen als am meisten aufgeschlossen und tolerant gegenüber Anderen.

Ebenso deutlich fällt der Unterschied zwischen Personen aus, die sich im politischen Spektrum links oder rechts verorten. Hier beträgt die Differenz deutlich mehr als einen Skalenpunkt (1,4). Befragte mit einer eher neutralen politischen Einstellung teilen die Mehrheitsmeinung im Land. Bei den gemäßigten und den gesinnungsfesten Linken liegt der Mittelwert unter dem landesweiten Gesamtwert. Bekennende äußerst Rechte zeigen die mit Abstand stärkste Ausprägung menschenfeindlicher Einstellungen (Abb. 52), was insgesamt ca. 4 Prozent der Befragten im Land einschließt (vgl. Abb. 43).

Unter den Sympathisanten politischer Parteien positionieren sich Anhänger der AfD dem Pol eines ausgeprägten GMF-Syndroms am nächsten. CDU-, FDP- und SPD-Wähler entsprechen mehr oder weniger dem landesweiten Durchschnitt. Hingegen zeigen sich Anhänger der Linken und mehr noch der Grünen für dieses Einstellungsmuster am wenigsten empfänglich. Nichtwähler liegen in ihrer Position zwischen AfD-Anhängern und dem Landesdurchschnitt. Dieser Befund war schon 2018 in gleicher Weise, wenngleich weniger stark ausgeprägt feststellbar¹²².

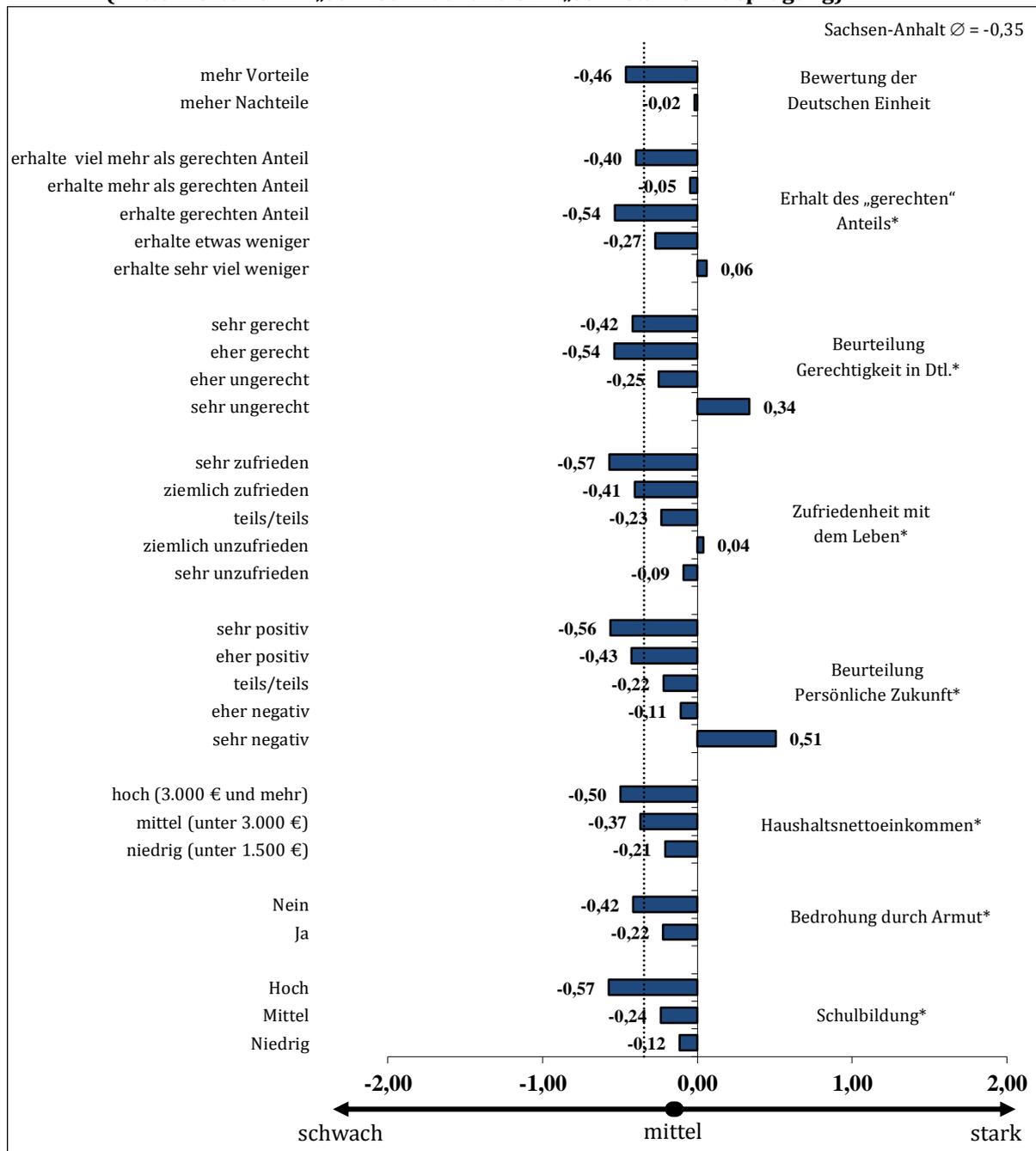
Die so genannte Kontakthypothese nach Allport hat auf die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im direkten Vergleich eine eher moderate Erklärungskraft. Je häufiger Kontakte mit hier lebenden Ausländern bestehen, desto weniger wahrscheinlich ist eine intolerante Weltanschauung gegenüber „Anderen“. Dies gilt insbesondere für „freiwillige“ Kontakte im Alltag, die auf „Augenhöhe“ im Freundes- und Bekanntenkreis gepflegt werden¹²³. Wird „Sicherheit“ wichtiger als „Freiheit“ erachtet, schlägt sich das in einem leichten Anstieg menschenverachtender Werthaltungen nieder (Abb. 52). Dies ist insofern bedeutsam, als sich gut zwei Drittel der Sachsen-Anhalter im direkten Vergleich für Sicherheit aussprechen würden (Abb. 40).

Vorhandene relative soziale Deprivation wirkt vor allem indirekt über psychosoziale Einstellungen und nur bedingt über klassische sozioökonomische Faktoren wie Bildung, Einkommen und beruflichen Status.

122 SAM 2014, S. 116., 2018, S.111

123 Für die Erklärung des GMF-Syndroms mit Hilfe der Kontakthypothese kann es sinnvoll sein die Erhebung der Kontakte (Frage 35) welche sich im Monitor auf „...in Deutschland lebende Ausländer“ beschränkt auch auf andere innerhalb der GMF untersuchte Gruppen zu erweitern. Um allerdings alle Facetten der GMF abzubilden wären entsprechend viele zusätzliche Fragen nötig. Gegebenenfalls könnte auch eine Anpassung der Frage vorgenommen werden.

**Abb. 53 Skala GMF-Syndrom nach sozialstrukturellen Einstellungen/Kriterien
(Mittelwerte von -2 „sehr schwache“ bis +2 „sehr starke“ Ausprägung)**



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Ist jemand davon überzeugt, dass ihm mehr zusteht als er bekommt, betrachtet er die letzten 30 Jahre seit der Wiedervereinigung überwiegend negativ und glaubt dieselbe Person ferner, es gehe hierzulande prinzipiell ungerecht zu, dann äußert sich das nicht nur in Unzufriedenheit und sinkendem Vertrauen gegenüber der Regierung, der Verfassung und den Politikern, sondern schlägt sich auch in einem manifest menschenverachtenden Weltbild nieder. Dabei werden in erster Linie „Andere“ (Politiker, „das Establishment“, „die Westdeutschen“ oder eben wie im GMF-Syndrom verankert, Fremde, Geflüchtete, Muslime bzw. vermeintlich Schwächere usw.) für das eigene Scheitern oder

Nachteilerleben verantwortlich gemacht (Abb. 53). Am stärksten zeigt sich diese Reaktion bei der Beurteilung der persönlichen Zukunft; fällt das Zeugnis hier ungenügend aus, sind intolerante Einstellungen sehr wahrscheinlich.

Sozialstrukturell wird gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit durch die gleichen Faktoren wie der systemkritische Extremismus begünstigt. Allerdings sind diese Zusammenhänge weit weniger stark ausgeprägt (vgl. Abb. 48 und Abb. 53). Insgesamt fallen sozialstrukturelle Faktoren, wie schon 2018, weniger ins Gewicht als die politischen Orientierungen.

Die gleichwohl durchgängig signifikanten Einflüsse sozioökonomischer Kriterien wie Bildung, Einkommen und ein vorhandenes Armutsrisiko sprechen sowohl für die Erklärungskraft der Anomietheorie als auch der Konkurrenzhypothese (Gruppenbedrohungstheorie). Wie schon im letzten Monitor bestätigt sich, dass höher Gebildete weniger anfällig für intolerante Weltanschauungen sind. Ähnliche, jedoch etwas schwächer ausgeprägte Zusammenhänge zeigen sich für das Haushaltseinkommen.

Insgesamt erweisen sich die Indikatoren relativer Deprivation, also persönliche Unzufriedenheit, wahrgenommene Ungerechtigkeit, gefühlte Benachteiligung und pessimistische Zukunftsaussichten, als am stärksten aussagekräftig. Das Alter oder die Generationszugehörigkeit zeigt im Gegensatz zum systemkritischen Extremismus kaum einen nennenswerten Effekt.

Somit können alle herangezogenen theoretischen Annahmen, die Anomietheorie, die relative Deprivation, die Gruppenbedrohungstheorie, die Kontakthypothese und indirekt über systemkritischen Extremismus auch die Autoritarismusthese, bestätigt werden.

12.7 Antisemitismus

Neben dem fremdenfeindlichen Syndrom gehört Antisemitismus seit jeher zum Kernbestand menschenfeindlicher Ideologien. Als antisemitisch lassen sich solche Einstellungen und Verhaltensweisen klassifizieren, die den Juden als Einzelnen oder als Gruppe negative Eigenschaften zuordnen, welche mit Rasse oder Religion begründet werden und Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder gar Vernichtung zu rechtfertigen suchen.¹²⁴

Antisemitismus ist in der Gegenwart kein ideologisches Alleinstellungsmerkmal des Rechtsextremismus. Vielmehr existiert auch eine antisemitische Grundströmung auf der radikalen Linken, die sich „hauptsächlich gegen Israel und – gepaart mit dem Antiamerikanismus – gegen eine kapitalistische Globalisierung richtet“¹²⁵. In der Israel-

124 So die Definition bei Pfahl-Traughber, A. (2002): Antisemitismus in der deutschen Geschichte, Opladen, S. 9; Vgl. auch Bundesamt für Verfassungsschutz (2005): Argumentationsmuster im rechtsextremistischen Antisemitismus. Aktuelle Entwicklungen, Köln, S. 7.

125 Holz, K., (2005): Neuer Antisemitismus? – Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft, In: BMI (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs. Berlin, S. 32.

und USA-feindlichen Stoßrichtung sind Rechtsextremisten wiederum ideologisch eng verwandt mit der antizionistischen Judenfeindschaft eines islamischen Fundamentalismus.

Vergleichbar mit der Islam- oder Fremdenfeindlichkeit, gedeiht Antisemitismus auch dort – oder gemäß der Kontakthypothese gerade dort – wo ein jüdischer Bevölkerungsteil gar nicht existiert oder nur als Randgruppe präsent ist, was im Prinzip auf alle Regionen in Deutschland zutrifft.¹²⁶ Unterschwellige Feindseligkeit gegen Juden und auch andere Gruppen, „funktioniert“ auch ohne eine konkrete Projektionsfläche¹²⁷. Wie beim anderen Feindbild der Fremden und Anderen, richtet sich das antisemitisch unterlegte Ressentiment gegen jene, „die nicht so leben wie man selbst“.¹²⁸

Am 9. Oktober 2019 wurde in Halle ein Anschlag auf die Synagoge verübt, dem zwei Menschen zum Opfer fielen. Dieser Terroranschlag hat die Sicht auf den Antisemitismus in ganz Deutschland verändert. Der Prozess gegen den Attentäter wird seit dem 21. Juli 2020 am Oberlandesgericht Naumburg aus Platzgründen in der Landeshauptstadt verhandelt und voraussichtlich im Dezember dieses Jahres enden. Dem Ereignis Rechnung tragend haben wir das Messinstrument des GMF-Syndroms neben dem klassischen Antisemitismus um zwei weitere Facetten erweitert, den sekundären Antisemitismus und den israelbezogenen Antisemitismus. Jedes Unterkonstrukt wird im Fragebogen durch zwei Fragepunkte gemessen.

1. Klassischer Antisemitismus:

- a. „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“.
- b. „Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig“.

Der klassische Antisemitismus, also die unverhohlene und unmittelbare Abwertung von Juden, basiert zum einen auf der verschwörungstheoretisch aufgeladenen Einbildung, dass Juden in der Welt bzw. in Deutschland zu viel Einfluss hätten. Diese Projektion ist Teil eines bis heute existierenden Phantasmas einer „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“, welche u.a. Teil der NS-Ideologie war und in verschiedenen Auslegungen seit 1917 überdauert. Damit korrespondiert das denunzierende Raunen, dass Juden etwas „eigentümliches“ an sich hätten, was ihre Diskriminierung und Verfolgung irgendwie rechtfertigen könnte. Diese Ressentiments gehören sowohl zum klassischen

126 Mitglieder jüdischer Gemeinden stellen in ganz Deutschland, ob Ost oder West, eine kleine Minderheit dar. Nach Angaben des Zentralrats der Juden und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST), liegt die Anzahl der Mitglieder jüdischer Gemeinden in Deutschland mittlerweile nur noch bei etwa 99.771 Personen (2019). Zum Vergleich: Die Anzahl in Deutschland lebender Muslime wird für 2015 vor den Flüchtlingsbewegungen auf etwa 4,5 Mio geschätzt. Heute geht man von einer Zahl um die 5 Mio. aus. (Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und https://www.deutschlandfunk.de/religionsstatistik-zahl-der-muslime-in-deutschland.886.de.html?dram:article_id=408677).

127 Bundesamt für Verfassungsschutz (2005): Verfassungsschutzbericht 2005, S. 3.

128 Kramer, S. J. (2005): Antisemitismus in der heutigen Gesellschaft, In: BMI (2005): Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs, S. 24.

Messinstrument des Rechtstextremismus als auch zum Grundfragenkatalog der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF).

2. Sekundärer Antisemitismus:

- a. „Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden“.
- b. „Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören“.

Der sekundäre Antisemitismus beschreibt ein Einstellungsmuster, das die Auffassung transportiert, Juden würden aus ihrer Verfolgung während des II. Weltkrieges und durch den Holocaust heute Vorteile nicht zuletzt finanzieller Natur ziehen, indem sie beispielsweise die Deutschen dafür „zahlen lassen“. Dass man unter die Verbrechen an den Juden und das Stigma der deutschen Schuld endlich „einen Schlusstrich ziehen“ müsse, gehört ebenfalls zu dieser Ausdrucksform antijüdischen Denkens, welche mit Verharmlosung und Relativierung der Shoa einhergeht. Gerade die jüngsten Entwicklungen im Rahmen der so genannten „Querdenken“- „Hygiene- und Anti-Coronademos“ zeigen, wie unverhohlen der Holocaust und der Nationalsozialismus verharmlost werden. Wenn etwa pandemiebedingte Einschränkungen der persönlichen Bewegungsfreiheit mit der Verfolgung von Juden während des Nationalsozialismus gleichgesetzt werden, wenn sich Impfgegner und Corona-Leugner mit einem dem Judenstern nachempfundenen gelben Emblem markieren¹²⁹ oder wenn einzelne Demonstrationsteilnehmer sich mit der von den Nazis ermordeten Widerstandskämpferin Sophie Scholl vergleichen¹³⁰, wird öffentlich vorgeführt, wie das historisch singuläre Geschehen von NS-Vernichtungsherrschaft und rassistisch motiviertem Völkermord für antidemokratische und antisemitische Agitation aktuell missbraucht wird

3. Israelkritischer Antisemitismus:

- a) „Durch die israelische Politik werden mir Juden immer unsympathischer“.
- b) „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“.

Beim israelbezogenen Antisemitismus dient die Politik Israels als Rechtfertigung dafür, eigene Vorurteile gegenüber Juden zu bestätigen. Dabei geht es zum einen um die Wiederbelebung von antijüdischen Stereotypen und zum anderen darum, das politische

129 Dazu kürzlich: <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/ns-vergleiche-antisemitismus-101.html> abgerufen 24.11.2020.; <https://www.tagesspiegel.de/politik/antisemitismus-bei-corona-leugnern-protest-mit-judenstern-gegen-den-staat/25806326.html> abgerufen am 20.11.2020. Hinzu kommen klassische rechtstextreme Elemente, welche mit einer Verharmlosung des Nationalsozialismus durch NS-Vergleiche einhergehen. Dazu kürzlich: <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/corona-ns-vergleich-101.html> abgerufen am 19.11.2020

130 Dazu kürzlich: https://www.zeit.de/news/2020-11/22/selbst-ernannte-sophie-scholl-bei-corona-demo-in-hannover?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

Handeln eines Staates, dem gleichzeitig das Existenzrecht abgesprochen wird, als typisch jüdisch darzustellen. Derartige Einstellungen erscheinen auf den ersten Blick nicht unbedingt antisemitisch. Klar abzugrenzen von dieser Form des Antisemitismus ist eine grundsätzlich legitime Kritik an der Politik des Staates, welche eben nicht mit antisemitischen Vorurteilen operiert¹³¹. Bei den oben dargestellten Fragestellungen haben wir uns an der Mitte-Studie von 2014 „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ orientiert¹³².

Die zweite Frage im Monitor zu diesem Themenkomplex bezieht sich direkt auf den Anschlag in Halle. Hier wird danach gefragt, ob sich für die Bürger des Landes unter dem Eindruck des Terroraktes ihre Einschätzung des Antisemitismus in Deutschland verändert hat. Gefragt wurde zudem nach den Gründen für die bekundeten Aussagen.¹³³

Für die meisten Menschen im Land ist die eigene Grundhaltung zum Antisemitismus in Deutschland nach dem Anschlag unverändert geblieben (62 Prozent). Nur etwa jeder Fünfte gibt an, seine Einschätzung geändert zu haben. Weitere 10 Prozent haben dazu keine Meinung. Die Begründungen fallen ganz unterschiedlich aus und lassen keine einfache Generalisierung in dem Sinne zu, dass eine Antwort mit anti- oder prosemischen Aussagen verbunden wäre. Nur vereinzelt gibt es im Antwortverhalten dafür Hinweise.

Für jene Befragten, deren Meinung sich nach der Terrorat verändert hat, ist ausgemacht, dass antisemitische Einstellungen im Land wieder erstarken. Viele zeigen sich entsetzt, überrascht und geschockt über das Ausmaß, die Heftigkeit und die Brutalität der Tat und geben an, seitdem mehr Angst vor vergleichbaren Anschlägen zu haben. Als Gegenmaßnahmen werden vor allem politische Schritte gefordert. Plädiert wird hier unter anderem für ein strengeres und strikteres Vorgehen, für härtere Strafen und keinerlei Nachsicht mit antisemitischen Äußerungen. Vergleichsweise häufig wird zudem angegeben, man sei sich nach dem Anschlag der Tragweite eines antisemitischen Weltbildes überhaupt wieder bewusst geworden. Kennzeichnenderweise beginnen viele dieser Aussagen mit „Ich hätte nicht gedacht, dass...“. In dem folgenden Antwortbeispiel sind fast alle Punkte enthalten, welche von Befragten geäußert wurden, weshalb dieses Zitat die Bandbreite der Aussagen treffend zusammenfasst:

„Ich hatte nicht erwartet, dass ein derart extremes Ereignis in unserer modernen Gesellschaft stattfinden würde und bin erschüttert über das Erstarken von rechtsextremen Strukturen und Netzwerken, dem von der Politik und zuständigen Ämtern nicht ausreichend [ent]gegengewirkt wird und eine Aufklärung kaum erfolgt. [...] Die Politik sollte mehr Förderung und Behandlung für psychisch Kranke fokussieren, um so präventiv Straftaten zu verhindern und die Lebensqualität [...]“. (ID 27).

131 Zick, A./Klein A. (2014) Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn. S. 71

132 Ebd. S. 70f.

133 Gewählt wurde hierfür das Format einer offenen Frage.

Andere Antworten auf dieselbe Frage waren:

„Ich hätte vor diesem Tag so etwas und auch mit solch einer Zielstellung für nicht mehr möglich gehalten.“ (ID 779)

„Es hat sich dahingehend geändert, dass es einfach nah ist und mitten in unserer Gesellschaft. Was vorher so weit weg schien. Doch leider kommt der Antisemitismus und rechte Hetze immer mehr vor und wird so schnell nicht wieder gehen.“ (ID 606)

„Er ist mir bewusster geworden, einen so tief sitzenden Hass mit Gewaltbereitschaft hatte ich nicht erwartet. Ich sehe allerdings ein Versagen der Justiz-Behörden, des Strafvollzugs und insbesondere der medialen Bühne, die extremem Gedankengut geboten wird (Talkshows mit rechtsextremen Politikern, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden etc.) und der generellen Ohnmacht der deutschen Politik in Bezug auf das Internet und dort bestehende radikale Gruppen und deren Austausch von Informationen.“ (ID 530)

Dafür, dass sich die Sichtweise auf den Antisemitismus im Land unter dem Eindruck des Anschlags *nicht* geändert hat, werden insbesondere zwei Gründe immer wieder genannt. Eine Begründung lautet, dass der Antisemitismus eine Tatsache sei, welche in der gleichen Intensität schon immer existiert habe und dass sich dies durch den Anschlag – mit der Ausnahme einer gestiegenen medialen Aufmerksamkeit – auch nicht ändern werde. Ergänzend wird hinzugefügt, dass der Anschlag das antisemitische Einstellungsmuster lediglich wieder mehr ins Bewusstsein der Gesellschaft zurückgeholt habe. Typische Aussagen hierzu sind:

„Antisemitismus war vorher wie nachher leider da. Meine persönliche Einschätzung kann sich nicht durch einen einzigen Anschlag ändern. Ich dachte vorher und denke jetzt auch, dass mehr gegen Antisemitismus getan werden muss. (ID 111)“

„Er war immer da, ist immer da und wird immer da sein, was soll sich da geändert haben? (ID 490).“

Ein anderes Begründungsmuster hebt darauf ab, der Anschlag sei die Tat eines Einzeltäters gewesen, welcher als psychisch krank, nicht zurechnungsfähig, verirrt usf. eingestuft wird. Von diesem Einzelfall könne nicht auf eine allgemein veränderte Situation in Bezug auf den Antisemitismus geschlossen werden. Zudem werden solche Taten als unvorhersehbar betrachtet. Vereinzelt wird auch vermutet, der Bezug der Tat zum Antisemitismus in der Gesellschaft sei auf Grund der Unzurechnungsfähigkeit des Täters nicht gegeben.

„Tat eines Einzeltäters, der sich reingesteigert hat in den Antisemitismus, kann man nicht auf die Bevölkerung zurückführen (ID 23295)“

Dass die eigene Sichtweise auf den Antisemitismus trotz des Anschlages unverändert geblieben ist, bedarf für einen erheblichen Teil der Befragten keiner weiteren Begründung. Dabei gab die Mehrheit an, vorher wie nachher gegen antijüdische Denkmuster gewesen zu sein. Weniger häufig wird auch die Zuwanderung, insbesondere durch

muslimisch geprägte Bevölkerungsgruppen, für das Erstarren eines Antisemitismus verantwortlich gemacht.

12.7.1 Antisemitische Einstellungen im Land

Auch 2020 stimmen nur etwa drei Prozent dem „Phantasma jüdischer Macht“¹³⁴, das heißt der Meinung zu, Juden hätten in Deutschland bzw. auf der Welt zu viel Einfluss. Ein ebenso kleiner Teil glaubt, Juden hätten quasi-natürliche Eigenschaften, welche ihre Verfolgung rechtfertigen würde. Die in Sachsen-Anhalt gemessenen Anteile entsprechen dem deutschlandweiten Niveau. Der Anteil derer, die den Ansichten eines sekundären Antisemitismus beipflichten, liegt deutlich höher als noch 2018. Jeder fünfte empfindet es als lästig, auch heute noch mit Informationen über den Holocaust konfrontiert zu werden, und gut jeder zehnte nimmt mit Missbehagen zur Kenntnis, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden (Tab. 31).

**Tab. 31 Antisemitismus in Sachsen-Anhalt
(Nennungen „stimme voll und ganz zu“ / „stimme überhaupt nicht zu“ in Prozent)**

Frage 34s-x	Sachsen-Anhalt		Deutschland Gesamt (2018/19)
	2018	2020	
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	3	3	2,7
	69	46	73,5
Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	2	3	2,3
	75	57	76,5
Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden.	8	10	6,5
	42	33	52,6
Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören.	5	19	18,1
	36	26	37,7
Durch die israelische Politik werden mir Juden immer unsympathischer.		5	
		42	
Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.		6	6,8
		34	44,4

Zustimmung

Ablehnung

Quelle: Daten SAM 2018/2020, Daten Deutschland Zick et al.(2019), S. 66f.

Einer israelbezogenen Kritik am jüdischen Volk stimmt eine Minderheit von im Schnitt gut fünf Prozent der Sachsen-Anhalter zu.

Im Rückblick nehmen die Zustimmungsraten insgesamt zwar nur leicht zu, aber im Vergleich zu den Jahren davor eben nicht mehr ab. Anlass zum Nachdenken geben auch hier vornehmlich die rückläufigen Anteile der antisemitische Stereotype ausdrücklich verneinenden Antworten, die sich erheblich beim klassischen Antisemitismus um bis

134 Holz, K, (2005): Neuer Antisemitismus? – Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft, In: BMI (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs, Berlin, S. 32.

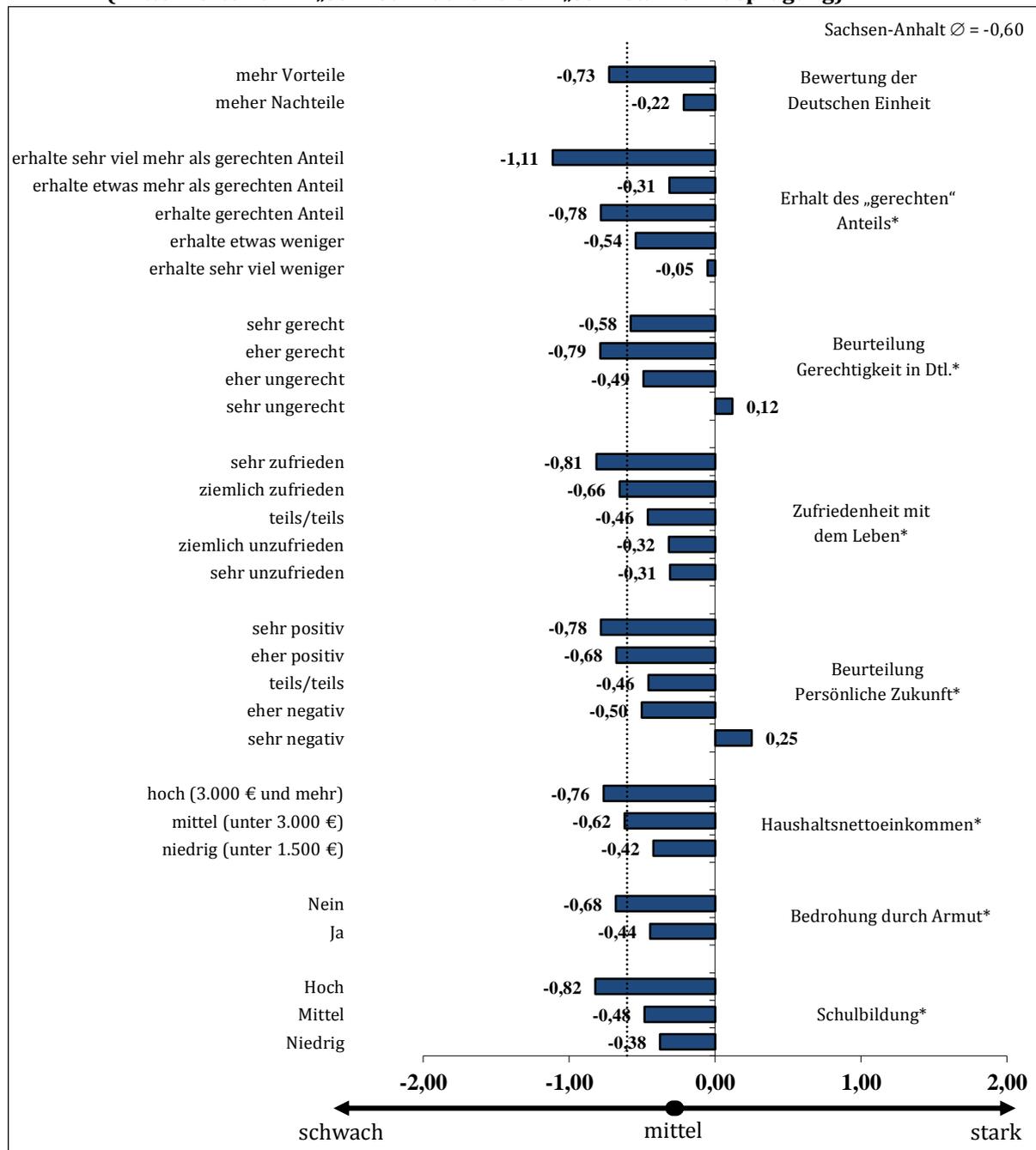
zu 25 Prozentpunkte verringert haben (Tab. 31). Liegen die Sachsen-Anhalter bei den antisemitismus-affinen Zustimmungsraten im bundesweiten Vergleich noch in etwa gleichauf, fallen die Anteile der Ablehnenden durchwegs unverkennbar niedriger aus als in der Bundesrepublik insgesamt. Dies gilt besonders für den primären und sekundären Antisemitismus.

12.7.2 Determinanten von Antisemitismus

Der aus dem GMF-Syndrom ausgekoppelte Antisemitismus-Index wird hier analog zum Extremismus- und GMF-Index erstellt. Dabei werden die gleichen Erklärungsansätze und Variablen mit einbezogen, welche auch bei den anderen beiden Skalen Verwendung finden. Der Wert -2 entspricht einem minimalen und der Wert +2 einem maximal antisemitischem Weltbild. Der Mittelwert liegt mit -0,6 im moderat ablehnenden Skalenraum (Abb. 54).

Für den Antisemitismus insgesamt bestätigen sich – teilweise noch eindrücklicher – die gleichen Einflussfaktoren wie schon bei der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Klar judenfeindliche Positionen finden sich vor allem bei Menschen mit einem überdurchschnittlich stark ausgeprägten systemkritischen Einstellungshorizont, einer höheren Gewaltbereitschaft und denjenigen, die sich auf dem politischen Spektrum eher rechts verorten. Bei allen diesen Faktoren liegt die Differenz zwischen den jeweiligen Randkategorien bei deutlich über einem Skalenpunkt. Aufgeschlüsselt nach parteipolitischen Präferenzen sind es allein die Anhänger der AfD, die antisemitische Einstellungsmuster mittragen. Die Anhänger aller anderen Parteien mit Ausnahme der Grünen, die Antisemitismus am stärksten ablehnen, liegen mehr oder weniger auf der Höhe des landesweiten Gesamtniveaus. Nichtwähler positionieren sich in etwa zwischen den AfD-Anhängern und dem Mittelwert. Kontakte zu hier lebenden Ausländern können auch hier einen abschwächenden Effekt auf Antisemitismus ausüben, und das vor allem dann, wenn diesen auf Augenhöhe und im Freundes- und Bekanntenkreis begegnet wird. Die Zufriedenheit mit dem demokratischen System, hier operationalisiert über die Demokratietypen, und ein höheres Vertrauen in die politischen Institutionen des Landes mindert die Wahrscheinlichkeit antijüdischer Denkmuster ebenso. Vergleichsweise gering fällt der Einfluss einer Präferenz für Freiheit oder Sicherheit aus (ebenda).

**Abb. 55 Skala Antisemitismus nach sozialstrukturellen Einstellungen/Kriterien
(Mittelwerte von -2 „sehr schwache“ bis +2 „sehr starke“ Ausprägung)**



* Der Einfluss ist auf einem Niveau von $\leq 5\%$ signifikant.

Somit können die gleichen theoretischen Annahmen, d.h. Autoritarismusthese, Anomie-theorie, relative Deprivation, Gruppenbedrohungstheorie und auch die Kontakthypothese, bestätigt werden.

13 Fragebogen Sachsen-Anhalt Monitor 2020

Frage 1. Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer derzeitigen Lebenssituation? Sind Sie...

sehr zufrieden
ziemlich zufrieden
teils/teils
ziemlich unzufrieden
sehr unzufrieden

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 2. Wie stark fühlen Sie sich mit den folgenden Gebieten verbunden?

- a) dem Ort, in dem Sie wohnen
- b) Sachsen-Anhalt
- c) Ostdeutschland
- d) Gesamtdeutschland
- e) Europa

sehr stark
ziemlich
wenig
gar nicht

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 3. Würden Sie, wenn Sie die Wahl hätten, lieber in einem anderen deutschen Bundesland leben?

- a) Ja. → weiter mit Frage 4
- b) Nein, würde ich nicht. → weiter mit Frage 7

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 4. a) Wenn ja: In welchem? ...

Bundesland: ...

**weiß nicht **keine Angabe

offene Nachfrage Wenn Frage 3 = Ja:

Frage 5. Warum würden Sie lieber in einem anderen Bundesland leben?
(Mehrfachantworten stichpunktartig notieren)

Offene Frage:

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 6. Warum leben Sie gerne in Sachsen-Anhalt?

Offene Frage:

weiß nicht keine Angabe

Frage 7. Manche Leute sagen, dass man den meisten Menschen trauen kann. Andere meinen, dass man nicht vorsichtig genug sein kann im Umgang mit anderen Menschen. Was ist Ihre Meinung dazu?

Den meisten Menschen kann man trauen.

Man kann nicht vorsichtig genug sein.

**spontan: Das kommt darauf an.

weiß nicht keine Angabe

Frage 8. Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag in Sachsen-Anhalt Landtagswahl wäre?

(Bitte nicht vorlesen, sondern zuordnen!)

(Nur bei Nachfragen: Gemeint ist die Zweitstimme.)

CDU

AfD

Die Linke

SPD

Bündnis 90/Die Grünen

FDP

Andere Partei, und zwar: _____ (INT: Bitte eintragen!)

würde nicht wählen

würde ungültig wählen

** weiß nicht** keine Angabe

Frage 9. Für den Fall, dass nach der kommenden Landtagswahl keine Mehrheit für eine Regierung zustande kommt: Würden Sie die Bildung einer Minderheitsregierung befürworten?

ja, fände ich gut **FILTER** Wenn ja, dann Frage 10

nein, lehne ich ab **FILTER** Wenn nein, dann Frage 11

**spontan: Das kommt darauf an.

** weiß nicht** keine Angabe

Frage 10. Welcher Partei oder welchen Parteien würden Sie – im Falle einer Minderheitsregierung – den Vorzug geben?

(offene Nennung; Auf Nachfrage: Von einer Minderheitsregierung spricht man, wenn die Parteien welche die Regierung stellen sollen, keine Mehrheit im Parlament haben.)

.....

** weiß nicht** keine Angabe

Frage 11. Wie beurteilen Sie die derzeitige wirtschaftliche Lage....

- a) in Sachsen-Anhalt
- b) im Ort, in dem Sie wohnen

Und wie ist das mit...

- c) Ihrer eigenen wirtschaftliche Lage

sehr gut
gut
teils/teils
schlecht
sehr schlecht?

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 12. Wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt: sehr positiv, eher positiv, teils/teils, eher negativ oder sehr negativ?

(Bei Nachfragen: subjektive Einschätzung/Beurteilung des eigenen, künftigen Lebens (bzw. Lebensplanung) in Sachsen-Anhalt)

sehr positiv
eher positiv
teils/teils
eher negativ
sehr negativ

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 13. Und wie ist das mit dem Land Sachsen-Anhalt: Sehen Sie die Zukunft Sachsen-Anhalts: sehr positiv, eher positiv, teils/teils, eher negativ oder sehr negativ?

sehr positiv
eher positiv
teils/teils
eher negativ
sehr negativ

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 14. In den Jahren nach 1990 mussten die Menschen im Osten Deutschlands große Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt und in Ihrer persönlichen wirtschaftlichen Situation bestehen. Wie ist das bei Ihnen: Waren Sie persönlich oder Menschen in Ihrem näherem Umfeld von diesen Herausforderungen betroffen?

(Mehrfachnennungen möglich)

- a) Ja, persönlich.
- b) Ja, in der Familie oder näheren Verwandtschaft.
- c) Ja, im Freundes- und Bekanntenkreis.
- d) Nein

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 15. Hat die deutsche Einheit alles in allem Ihrer Meinung nach mehr Vorteile oder mehr Nachteile gebracht?

mehr Vorteile
mehr Nachteile

**spontan: weder noch/ hält sich die Waage
weiß nicht/keine Angabe

Frage 16. Hat sich Ihrer Meinung nach die Demokratie in Sachsen-Anhalt in den letzten dreißig Jahren seit der Einheit eher zum Positiven oder eher zum Negativen entwickelt?

eher zum Positiven
eher zum Negativen

**spontan: weder noch/ hält sich die Waage
weiß nicht/keine Angabe

Frage 17. Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht?

sehr stark
ziemlich stark
mittelmäßig
weniger stark
überhaupt nicht

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 18. Wie oft sprechen Sie in der Familie, mit Freunden oder Arbeitskollegen über Politik: Würden Sie sagen täglich, mehrmals in der Woche, mehrmals im Monat, seltener oder nie?

täglich
mehrmals in der Woche
mehrmals im Monat
seltener
nie

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 19. Die drei folgenden Fragen beschäftigen sich mit der Demokratie. Zunächst geht es um die Bewertung der Idee der Demokratie im Allgemeinen. Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen. Sind Sie ...?

entschieden für Demokratie
eher für Demokratie
eher gegen Demokratie
entschieden gegen Demokratie

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 20. Nun geht es um die Demokratie in Deutschland. Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es in der Verfassung festgelegt ist? Sind Sie damit ...?

- sehr zufrieden
- eher zufrieden
- eher unzufrieden
- sehr unzufrieden

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 21. Und sind Sie alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert?

- sehr zufrieden
- eher zufrieden
- eher unzufrieden
- sehr unzufrieden

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 22. In der Politik reden die Leute häufig von „Links“ und „Rechts“. Wenn Sie an eine Skala von 0 bis 10 denken, wo würden Sie sich selbst einordnen, wenn 0 links und 10 rechts bedeutet.

Links										Rechts
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 23. Jetzt folgen einige Sätze, die Sie bestimmt schon irgendwann einmal gehört haben. Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, ob Sie ihm voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. (Rotieren)

- a) Die DDR war ein Unrechtsstaat.
- b) Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
- c) Es sollte strafbar sein, wenn jemand DDR-Unrecht verharmlost oder den Schießbefehl an der früheren innerdeutschen Grenze leugnet.
- d) Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.
- e) Trotz aller Einschränkungen konnte man in der DDR privat alles in allem ganz gut leben.
- f) Sozialismus und Demokratie sind im Grunde ganz gut vereinbar.
- g) Die Darstellung der DDR in Fernsehen und Presse sollte sich nicht nur auf die Stasi und die SED-Diktatur beschränken.
- h) Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.
- i) Es war nicht alles schlecht in der DDR.
- j) Das politische System der DDR war eine Diktatur.

- stimme voll und ganz zu
- stimme eher zu
- teils/teils
- stimme eher nicht zu
- stimme überhaupt nicht zu

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 24. Wie sehr vertrauen Sie den folgenden Gruppen und Einrichtungen - voll und ganz, weitgehend, teilweise, eher nicht oder überhaupt nicht?
(Rotieren **b** bis **g**, **a** immer als erstes **i** immer als letztes Item!)

- a) den politischen Parteien im Allgemeinen
- b) der Bundesregierung
- c) dem Bundesverfassungsgericht
- d) der Landesregierung von Sachsen-Anhalt
- e) den Politikern
- f) der Polizei
- g) Ihrer Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung
- h) der Partei, der Sie sich verbunden fühlen.

vertraue ich voll und ganz

vertraue ich weitgehend

vertraue ich teilweise

vertraue ich eher nicht

vertraue ich überhaupt nicht

**weiß nicht **keine Angabe **für (h) fühle mich mit keiner Partei verbunden

Frage 25. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu Politik und Gesellschaft zu - voll und ganz, eher, teils/teils, eher nicht oder überhaupt nicht? (Rotieren)

- a) Die ganze Politik ist so kompliziert, dass ich nicht versteht, was vorgeht.
- b) Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.
- c) Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.
- d) Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, Ihre Ansichten interessieren sie nicht.
- e) Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.
- f) Die Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.

stimme voll und ganz zu

stimme eher zu

teils/teils

stimme eher nicht zu

stimme überhaupt nicht zu]

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 26. Geht es in Deutschland Ihrer Meinung nach alles in allem sehr gerecht, eher gerecht, eher ungerecht oder sehr ungerecht zu?

sehr gerecht

eher gerecht

eher ungerecht

sehr ungerecht

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 27. Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten? Oder glauben Sie, dass Sie sehr viel mehr, etwas mehr, etwas weniger oder sehr viel weniger als Ihren gerechten Anteil erhalten?
(Bei Nachfragen: Es geht ganz allgemein um die persönliche Ansicht bzw. Einschätzung, ob man im Vergleich zu anderen in Deutschland findet, das man das bekommt was einem zusteht)

erhalte gerechten Anteil *(später im Datensatz Mittelkategorie[3])*

erhalte sehr viel mehr als gerechten Anteil

erhalte etwas mehr

erhalte etwas weniger

erhalte sehr viel weniger

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 28. Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste politische Problem in Sachsen-Anhalt?

Problem: -----*(INT: Bitte stichpunktartig notieren)*

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 29. Und welche Partei im Land ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, dieses wichtigste Problem zu lösen?

(Filter nur wenn wichtigstes Problem genannt)

(Bitte nicht vorlesen, sondern zuordnen!)

CDU

AfD

Die Linke

SPD

Bündnis 90/Die Grünen

FDP

Andere Partei, und zwar: _____ *(INT: Bitte eintragen!)*

Koalition aus mehreren Parteien, und zwar: _____ *(INT: Bitte eintragen)*

Alle Parteien

Keine Partei

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 30. Welche der folgenden Eigenschaften treffen Ihrer Meinung nach auf Sachsen-Anhalt zu, welche nicht?

(rotieren)

Sachsen-Anhalt ist ...

- a) ein Land mit gesunder Umwelt und Natur
- b) für Touristen ein interessantes Reiseziel
- c) ein Land der Kultur und Künste
- d) ein Land mit guten Zukunftsaussichten.
- e) ein bedeutender Wissenschafts-, Universitäts- und Hochschulstandort
- f) ein attraktiver Standort für neue Unternehmen
- g) ein Land mit freundlichen und aufgeschlossenen Menschen
- h) ein Land, in dem man sich zu Hause fühlen kann.

- i) etwas anderes und zwar (notieren)

trifft nicht zu

trifft zu

****weiß nicht **keine Angabe**

Frage 31. Wenn es um die politische Ordnung geht, kann man unterschiedlicher Meinung sein. Bitte sagen Sie mir wieder zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

(Rotieren)

- a) Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen.
- b) Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.
- c) Jeder sollte das Recht haben für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist.
- d) Jede demokratische Partei sollte die Chance haben, an die Regierung zu kommen.
- e) In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.
- f) Wichtige Fragen sollten nicht von Parlamenten, sondern in Volksabstimmungen entschieden werden.
- g) Die Lebensbedingungen werden durch Reformen nicht besser – wir brauchen eine Revolution.
- h) Der Staat ist ein Instrument der Unterdrückung, das abgeschafft werden muss.
- i) Wenn es Not tut, ist eine Diktatur die bessere Staatsform.

stimme voll und ganz zu

stimme eher zu

teils/teils

stimme eher nicht zu

stimme überhaupt nicht zu

****weiß nicht **keine Angabe**

Frage 32. Wenn Sie sich für Freiheit oder für Gleichheit entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Freiheit

Gleichheit

**spontan: Beides gleichermaßen

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 33. Und wenn Sie sich für Freiheit oder für Sicherheit entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Freiheit

Sicherheit

**Spontan: Beides gleichermaßen

**weiß nicht **keine Angabe

Frage 34. Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, zu denen man unterschiedliche Meinungen haben kann. Wie sehr stimmen Sie diesen Aussagen zu?

(Rotieren a bis v, Frage teilen)

- c) Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.
- d) Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.
- e) Aussiedler sollten besser gestellt sein als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.
(INT: bei Nachfrage: z.B. Russlanddeutsche)
- f) Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.
- g) Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.
- h) Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.
- i) Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.
- j) Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurück schicken.
- k) Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland in Wirklichkeit gar nicht verfolgt.
- l) Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.
- m) Für die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge sollte eine Obergrenze eingeführt werden.
- n) Der Lebensstandard der Deutschen wird durch die Aufnahme der Flüchtlinge sinken.

Nun folgen noch einmal einige weitere Aussagen zu diesem Thema. Sagen Sie uns bitte auch hierfür nochmal, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen oder eben nicht.

- o) Homosexualität ist unmoralisch.
- p) Es ist ekelhaft wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.
- q) Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.
- r) Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.
- s) Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss. (klass. Antisem.)
- t) Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mit schuldig. (klass. Antisem.)
- u) Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden. (sek. Antisem.)
- v) Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören. (sek. Antisem.)
- w) Durch die israelische Politik werden mir Juden immer unsympathischer. (israelkrit. Antisem.)
- x) Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat. (israelkrit. Antisem.)

stimme voll und ganz zu
 stimme eher zu
 teils/teils
 stimme eher nicht zu
 stimme überhaupt nicht zu

**weiß nicht **keine Angabe

**Frage 35. Haben Sie persönlich Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern?
 Wenn ja, in welchen der folgenden welchen Bereichen Ihres persönlichen Umfeldes?**

- a) Ja, in Ihrer eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft?
- b) Ja, an Ihrem Arbeitsplatz?
- c) Ja, in Ihrer Nachbarschaft?
- d) Ja, in Ihrem sonstigen Freundes- und Bekanntenkreis?
- e) nein

**weiß nicht **keine Angabe

**Frage 36. Am 9. Oktober letzten Jahres wurde ja in Halle ein Anschlag auf die Synagoge verübt.
 Hat sich dadurch Ihre Einschätzung des Antisemitismus in Deutschland verändert?**

- a) Wenn Ja, inwiefern
- b) Wenn Nein, warum nicht

**weiß nicht **keine Angabe

Autorenverzeichnis

Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH e.V.) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

www.zsh-online.de/

Prof. Dr. Everhard Holtmann

Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH)

an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

www.zsh-online.de/zsh/mitarbeiter-innen/employee/5-everhard-holtmann

Dipl.-Soz. Tobias Jaeck

Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH)

an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

www.zsh-online.de/zsh/mitarbeiter-innen/employee/6-tobias-jaeck

Dr. Kerstin Völkl

Institut für Politikwissenschaft

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

<https://systemanalyse.politik.uni-halle.de/methoden/methodenteam/dr.kerstin.voelkl/>



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung



zsh

Zentrum für Sozialforschung Halle e.V.
an der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg